

Verein
für
Kommunalwissenschaften e.V.



Aktuelle Beiträge
zur Kinder- und Jugendhilfe 21

Lokale Agenda 21
Gestaltungsmöglichkeiten
für Jugendhilfe und Schule
– eine Herausforderung
für die Kommunalpolitik?

Dokumentation der Fachtagung des
Vereins für Kommunalwissenschaften e.V.
in Kooperation mit dem
Deutschen Institut für Urbanistik
am 1. und 2. Oktober 1999
in Berlin

Verein für Kommunalwissenschaften e.V.
Straße des 17. Juni 112 · D-10623 Berlin · Telefon 030 39001-0 · Telefax 030 39001-100

Fachtagungen Jugendhilfe
Telefon 030 39001-136 · Telefax 030 39001-146 · e-mail: agfj@vfk.de · Internet: www.vfk.de/agfj

Diese Fachtagung wurde aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

Impressum:

Herausgeber:

Verein für Kommunalwissenschaften e.V.

Ernst-Reuter-Haus · Straße des 17. Juni 112 · 10623 Berlin

Postfach 12 03 21 · 10593 Berlin

Redaktion, Satz und Layout:

Roland Kühne

Fritz-Kirsch-Zeile 24

12459 Berlin

Herstellung:

Verein für Kommunalwissenschaften e.V.

Berlin 2000

Hinweise zur Online-Ausgabe:

Der vorliegende Tagungsband wird vom Verein für Kommunalwissenschaften e.V. nicht mehr als Druckfassung aufgelegt. Seit Januar 2005 besteht die Möglichkeit, die Fachbeiträge und Diskussionen aus dem Internet herunter zu laden. Die Texte sind schreibgeschützt.

Inhaltsverzeichnis	Seite
Vorwort	7
DR. ROLF-PETER LÖHR <i>Geschäftsführer des Vereins für Kommunalwissenschaften e. V., Berlin</i>	
Lokale Agenda 21 - Herausforderungen und Chancen für Jugendhilfe und Schule - Grußwort an die Fachtagung	9
DR. EDITH NIEHUIS <i>Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend</i>	
Nachfragen	16
MODERATION: DR. ROLF-PETER LÖHR <i>Geschäftsführer des Vereins für Kommunalwissenschaften e. V., Berlin</i>	
<u>Einführungsreferat zum Tagungsthema</u>	
Die Lokale Agenda 21 - mehr als Umweltschutz. Kommunale Gestaltungsmöglichkeiten, Partner und Projekte	19
CORNELIA RÖSLER <i>Koordinatorin des Arbeitsbereiches „Umwelt“ im Deutschen Institut für Urbanistik (Difu), Berlin</i>	
<u>Fachreferat aus Sicht einer Großstadtverwaltung</u>	
Die Gestaltung des Lokalen Agenda 21-Prozesses am Beispiel des Amtes für Kinderinteressen der Stadt Köln - Erfahrungen aus der aktiven Zusammenarbeit mit Kindern und Jugendlichen	30
BIRGIT SCHMITZ <i>Leiterin des Amtes für Kinderinteressen der Stadt Köln</i>	
<u>„Blitzlichter“ aus der Praxis</u>	
Partizipation an kommunalen Prozessen am Beispiel des Projektes „Meine Stadt - 2010“ - Jugendliche entwickeln ein Konzept für eine zukunftssträchtige Region	36
DR. MATHIAS ALSLEBEN <i>Freiberuflicher Projektleiter, Bützow, Mecklenburg-Vorpommern</i> THOMAS KUHLMANN <i>Leiter der Arbeitsgruppe „Schule“ der Jugendratsversammlung der Stadt Bützow, Mecklenburg-Vorpommern</i>	

Potsdam, aber sicher! Erfahrungen bei der Entwicklung und Förderung von Schulprojekten	44
ANGELIKA KITZIG	
<i>Leiterin der Sicherheitskonferenz (SIKO) der Stadtverwaltung der Landeshauptstadt Potsdam</i>	

Ergebnisse der Diskussion in drei Arbeitsgruppen

Arbeitsgruppe 1:	
Aktivierung und Motivierung von Kindern und Jugendlichen, sich an der Umsetzung der Lokalen Agenda 21 zu beteiligen - Bericht der Arbeitsgruppe	52
DR. ANNETT FISCHER	
<i>Wissenschaftliche Mitarbeiterin des Arbeitsbereiches „Umwelt“ im Deutschen Institut für Urbanistik (Difu), Berlin</i>	

Praxisbericht in der Arbeitsgruppe 1:	
„Wer uns nicht hört, regiert verkehrt!“ - Erfahrungen mit einem Projekt in Berlin	56
ARVID KRÜGER	
<i>Mitglied der Jugendgruppe des Projektes „Drehscheibe Kinderpolitik - Berliner Büro für Kinder- und Jugendinteressen“, Träger: Stiftung SPI Berlin</i>	

Praxisbericht in der Arbeitsgruppe 1:	
Das terranet café, ein crossmediales Projekt zum Thema „Umweltschutz“	64
RUTH LEMMEN	
<i>Marketingleiterin der Firma TERRATOOLS Software- und Filmproductions GmbH & Co. KG, Potsdam</i>	

Arbeitsgruppe 2:	
Jugendliche und Kommunalpolitik - Welche Lobby haben Kinder und Jugendliche? Formen der Beteiligung und Chancen der Umsetzung von Lokalen Agenda 21-Projekten - Bericht der Arbeitsgruppe	74
KLAUS T. HOFMANN	
<i>Stellvertretender Vorsitzender des Vereins zur Förderung von Community Education (COMED e. V.), Dortmund</i>	

Praxisbericht in der Arbeitsgruppe 2:	
Das Projekt „Rathaus Europa - Lokale Agenda - Jugend in der Stadt“	77
BIRGIT SCHMITZ	
<i>Leiterin des Amtes für Kinderinteressen der Stadt Köln</i>	

Arbeitsgruppe 3: Bildung für eine nachhaltige Entwicklung im schulischen und außerschulischen Bereich - Bericht der Arbeitsgruppe	84
--	----

SUSANN WAGNER

Agendabeauftragte im Landesjugendamt Rheinland, Köln

Praxisbericht in der Arbeitsgruppe 3: Die Gesamtschule „Globus am Dellplatz“ - die erste Agenda-Schule in Nordrhein-Westfalen	87
--	----

BIRGIT SCHULTEN

Agendabeauftragte der Gesamtschule „Globus am Dellplatz“, Duisburg

Praxisbericht in der Arbeitsgruppe 3: Zukunftsfähige Lebensstile entwickeln - (wie) geht das? Motivation und Bildungsansätze für eine nachhaltige Entwicklung	92
--	----

DR. PETER MARKUS

*Studienleiter der Evangelischen Akademie Iserlohn/
Institut für Kirche und Gesellschaft*

Praxisbericht in der Arbeitsgruppe 3: Erfahrungen aus NRW: Lieber mit dem „Bauch von Jugendlichen fühlen“ als im „Geist der Sustainability-Debatte denken“!	98
--	----

PETER SCHÜTZ

*Leiter der Koordinierungsstelle für die außerschulische Naturschutz- und
Umweltbildung an der Natur- und Umweltschutz-Akademie (NUA)
des Landes Nordrhein-Westfalen, Recklinghausen*

MONIKA DEHN

Studentin, Praktikantin an der Natur- und Umweltschutz-Akademie (NUA)

Fachreferat aus Sicht von Politik und Wirtschaft

Eine Option für die Zukunft? „Jugend entwickelt Berlin“ - Kreativwettbewerb für Teens und Twens aus Berlin und Brandenburg, ein Beispiel für die Umsetzung der Lokalen Agenda 21	110
---	-----

BÄRBEL PETERSEN

*Pressesprecherin der „Partner für Berlin“,
Gesellschaft für Hauptstadt-Marketing mbH*

Fachreferat aus Sicht eines freien Trägers der Jugendhilfe

Einen Schritt voraus? Initialzündungen für die Lokale Agenda 21 durch nichtstaatliche Organisationen und Vereine	129
---	-----

JOHANNES MATHES-BIENERT

*Landesvorsitzender des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend,
Landesstelle Bayern, München*

**Vorstellungen der Stiftung für die Rechte zukünftiger
Generationen (SRzG) als Jugendinitiative für Generationengerechtigkeit**

**Lokale Agenda 21 - Perspektiven für Schule und Ausbildung,
Wege aus der „Nachhaltigkeitsfalle“** 140

DANIEL DETTLING

*Leiter des Arbeitskreises „Zukunft der Arbeitsgesellschaft“
der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG),
Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Lehrstuhls für
Europäisches Verfassungs- und Sozialrecht an der Universität Potsdam*

Offene Abschlussdiskussion

Denkanstöße auf dem Weg in eine nachhaltige Zukunft 153

MODERATION: DR. ROLF-PETER LÖHR

Geschäftsführer des Vereins für Kommunalwissenschaften e. V., Berlin

Literaturhinweise 178

Vorwort

§1 Absatz 3 Nr. 4 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes fordert die Jugendhilfe auf, sich in die Aufgabenerledigung anderer Ressorts im Interesse der Kinder und Jugendlichen „einzumischen“ Mit dieser Aufforderung zur Einmischung hat sich die Jugendhilfe durchaus schwer getan, wie etwa auf dem Kongress im Mai 1999 in Berlin zum 50jährigen Bestehen der Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe recht deutlich wurde. Vielfach hat Jugendhilfe „genug“ mit der internen Koordination zu tun.

Nun gibt es aber in anderen Politikbereichen zunehmend die Erkenntnis, dass eigene Ressortziele nur in Kooperation mit anderen Ressorts zu verwirklichen sind. Hier wird Jugendhilfe von außen zum Mitmachen aufgefordert. Beispiele sind etwa die Kriminalprävention mit der Institution der Kriminalpräventiven Räte oder neue Formen der Stadterneuerung, wie sie in dem Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ zum Ausdruck kommen.

Beide Ansätze stellen auch die Jugendhilfe vor neue, unerwartete Herausforderungen. Denn die Anforderungen orientieren sich nicht an traditionellen Aufgaben, Strukturen und Vorstellungen der Jugendhilfe, sondern nehmen die Jugend selbst in ihrer Gesamtheit und ihrem Sozialraum in Bezug. Bei diesen neuen Politikformen geht es also nicht darum, wie andere Ressorts die Jugendhilfe bei der Erledigung ihrer traditionellen Aufgaben unterstützen können, sondern unter anderem darum, gemeinsam Probleme der Jugendlichen in dieser Gesellschaft und zum Teil auch Probleme dieser Gesellschaft mit den Jugendlichen zu lösen.

Ein Politikfeld, in dem solche Kooperation erwünscht und erforderlich ist, ist die Lokale Agenda 21. Hier geht es nicht um eine neue Form (oder Formel) für Umweltpolitik, sondern viel breiter und grundsätzlicher um die nachhaltige Sicherung der Lebensgrundlagen unserer Gesellschaft. Ökologische, ökonomische, soziale und kulturelle Fragen sollen bei diesen von der Konferenz der Vereinten Nationen zu Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro angestoßenen örtlichen Aktivitäten gemeinsam und gleichzeitig in Angriff genommen werden. Neben anderem geht es dabei insbesondere um einen Ausgleich zwischen den Generationen, um intergenerative Gerechtigkeit. Denn wenn wir uns heute um die Nachhaltigkeit unseres Wirtschaftens bemühen, dann tun wir es vor allem für unsere Kinder, dafür, dass auch sie morgen so gut leben können wie wir heute.

Es handelt sich also bei der Fragestellung der Lokalen Agenda 21 gerade für die Jugendhilfe um ein eminent aktuelles und auch brisantes Thema. Da der Verein für Kommunalwissenschaften e.V. bei seinen Fachtagungen, die er seit 1995 mit Unterstützung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend durchführt, stets wichtige Themen der Jugendhilfe an der Schnittstelle zu anderen Professionen aufgegriffen hat¹, lag es nahe, sich auch diesem Thema zu widmen. Der Verein hat das The-

¹ vgl. Titel der Veröffentlichungen in der Reihe „Aktuelle Beiträge zur Kinder- und Jugendhilfe“ am Ende dieses Bandes

ma umso lieber aufgenommen, als das Deutsche Institut für Urbanistik, dessen Rechtsträger der Verein ist, sich seit Jahren intensiv um die Förderung von Lokalen Agenda 21-Prozessen auf kommunaler Ebene bemüht.

Wenn es aber bei der Lokalen Agenda 21 wesentlich um die Jugend geht, dann sollten, so die Konzeption der Fachtagung, auch junge Erwachsene und Jugendliche wichtige Akteure der Fachtagung sein. Die jungen Menschen haben durch ihre Beiträge nicht nur sehr zur Lebendigkeit der Fachtagung und zur hilfreichen Zuspitzung bei zentralen Fragestellungen der Zukunftsbewältigung beigetragen, sondern durch ihr Engagement auch allen Teilnehmenden der Fachtagung Mut gemacht zu eigenen, unkonventionellen Aktivitäten für die und vor allem mit der Jugend.

Wir hoffen, dass die Dokumentation ein wenig von dem Schwung und der Frische, aber auch der Ernsthaftigkeit und Streitkultur der Tagung an die Leserinnen und Leser vermitteln kann. Allen Teilnehmenden jedenfalls sei auch an dieser Stelle noch einmal sehr herzlich für ihr großes Engagement bei der Erörterung zentraler Fragen unserer Gesellschaftsentwicklung gedankt.

DR. ROLF-PETER LÖHR

Geschäftsführer des Vereins für Kommunalwissenschaften e. V., Berlin

Lokale Agenda 21 - Herausforderungen und Chancen für Jugendhilfe und Schule - Grußwort an die Fachtagung

DR. EDITH NIEHUIS

Parlamentarische Staatssekretärin

bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst möchte ich dem Verein für Kommunalwissenschaften e. V. für die Einladung zu dieser Fachtagung danken. Ich freue mich, Sie - auch im Namen der Bundesministerin Dr. Christine Bergmann - bei dieser Fachtagung begrüßen zu dürfen.

Die Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung hatte im Juni 1992 in Rio de Janeiro die Agenda 21 beschlossen. Auslöser der Konferenz, an der 178 Staaten der Erde teilnahmen, war die Sorge um die Zukunft. Auch wenn diese Konferenz angesichts widerstreitender Interessen der Industriestaaten und der Entwicklungsländer keinen unmittelbaren Durchbruch schaffte, so leitete sie doch einen Prozess ein, der mit dem Stichwort „nachhaltige Entwicklung“ umschrieben wird.

Die Agenda versteht unter „Nachhaltigkeit“, dass die einzelnen Staaten weder auf Kosten der Natur, anderer Regionen oder anderer Menschen noch auf Kosten zukünftiger Generationen leben dürfen. Damit erweitert sich der bisherige Generationenvertrag, der in erster Linie die Sicherstellung der Altersversorgung betraf, um soziale, ökologische und ökonomische Inhalte.

Wichtige Impulse für die Kinder- und Jugendpolitik vermittelt das **Kapitel 25 der Agenda**, das dem **Thema „Kinder und Jugendliche und nachhaltige Entwicklung“** gewidmet ist. In der Einführung zu diesem Kapitel heißt es: *„Annähernd 30 Prozent der Weltbevölkerung sind Jugendliche. Die Einbeziehung der heutigen Jugend in umwelt- und entwicklungspolitische Entscheidungsprozesse und ihre Beteiligung an der Umsetzung von Programmen ist mitentscheidend für den langfristigen Erfolg der Agenda 21.“*

Wir wissen, das Verhältnis zwischen Jung und Alt entwickelt sich auf den einzelnen Kontinenten und in den einzelnen Ländern unterschiedlich. In Deutschland wird sich die Struktur des Altersaufbaus der Bevölkerung bis zum Jahr 2030 grundlegend verschieben. Deutschland wird sich nach den Prognosen zunehmend mehr zu einem „Land der Senioren“ entwickeln. Während heute noch auf 100 Erwerbstätige 16 junge Menschen und ebenso viele ältere Menschen entfallen, wird sich die Relation zwischen alten Menschen und Kindern und Jugendlichen bis zum Jahr 2030 drastisch verändern.

Damit werden der jungen Generation hohe Erwartungen entgegengebracht, zugleich aber große Leistungen in der Zukunft abverlangt werden. Dies bezieht sich nicht nur

auf die Beiträge zur Rentenkasse, sondern auch auf die Unterstützung von Mitbürgerinnen und Mitbürgern sowie auf die Dialogfähigkeit mit der älteren Generation.

Kindheit und Jugend werden deshalb zunehmend ein „knappes Gut“, mit dem es sorgfältig „zu wirtschaften“ gilt, wenn ich es einmal so ausdrücken darf.

Im Interesse der Förderung der Rolle der Jugend, ihrer aktiven Einbeziehung in den Umweltschutz und in die Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung enthält die Agenda im Kapitel 25 einen umfangreichen **Katalog von Forderungen an die einzelnen Regierungen**:

- Sie fordert einen verbesserten Zugang zu den Bildungsmöglichkeiten.
- Sie sieht es als notwendig an, Kinder und Jugendliche in Entscheidungsprozesse der Umwelt- und Entwicklungspolitik einzubeziehen.
- Sie verlangt, Schritte zu unternehmen, um das gegenwärtige Niveau der Jugendarbeitslosigkeit zu senken.

Wir haben als Bundesregierung versucht, die Herausforderungen der Agenda 21 anzunehmen und wesentliche Forderungen zur Grundlage unserer Arbeit zu machen. In diesem Zusammenhang lohnt es sich schon, einmal in die Präambel der **Koalitionsvereinbarung zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und Bündnis 90/Die Grünen** zu schauen, denn dort wird zur Agenda 21 Bezug genommen. Dort heißt es:

„Die Bundesrepublik Deutschland steht vor großen Herausforderungen. Tiefgreifende ökonomische, ökologische und soziale Veränderungen verlangen nach einer entschlossenen Reformpolitik. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und Bündnis 90/Die Grünen werden eine Politik gestalten, die den neuen Herausforderungen gerecht wird. Die von den Koalitionsparteien für die kommenden 4 Jahre vereinbarte Regierungspolitik steht für wirtschaftliche Stabilität, soziale Gerechtigkeit, ökologische Modernisierung, außenpolitische Verlässlichkeit, innere Sicherheit und Stärkung der Bürgerrechte und die Gleichberechtigung der Frauen.“

Die Handlungsbedingungen nationaler Politik haben sich in den vergangenen Jahren grundlegend gewandelt und werden sich in der Zukunft weiter verändern. Zunehmende Verflechtung der Weltwirtschaft und die Internationalisierung der Finanzmärkte, die fortschreitende Integration Europas und die globalen Herausforderungen einer nachhaltigen Entwicklung, wie sie in der Agenda 21 beschrieben sind, bilden den Handlungsrahmen auch für die deutsche Politik.“

Deshalb orientiert sich das **Programm dieser Bundesregierung** insbesondere auch an folgenden Zielen:

- eine zukunftsorientierte Bildung und Ausbildung für alle Jugendlichen sichern und Chancengleichheit herstellen,
- den Sozialstaat sichern und erneuern und die solidarische Gesellschaft stärken,

- den Generationenvertrag erneuern und auf eine neue Grundlage stellen,
- die natürlichen Lebensgrundlagen auch für die nachfolgenden Generationen sichern und bewahren, eine kinder- und familienfreundliche Gesellschaft schaffen.

Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit bildet dabei einen Eckpunkt unserer Politik. Als eine der ersten Maßnahmen wurde das Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit auf den Weg gebracht. Ursprünglich war es für 100.000 Jugendliche angelegt. Bis Ende Juli 1999 waren 174.000 junge Menschen in die verschiedenen Maßnahmen des Programms vermittelt worden, davon knapp 64.000 aus den neuen Bundesländern. 57.000 Jugendliche haben als ersten Schritt auf dem Weg zur Eingliederung ins Berufsleben zunächst ein Training aufgenommen, eine Maßnahme, die mir in der Öffentlichkeit immer zu schnell schlechtgeredet wird. Denn damit sind Jugendliche angesprochen worden, die keinen Kontakt mehr zum Arbeitsamt hatten. Diese wurden angeschrieben und aufgefordert, sich zu melden und mitzumachen. Diese Trainingskurse sind für mich der erste Schritt, diese Jugendlichen wieder zu integrieren.

27.800 junge Menschen sind im Rahmen des Sofortprogramms in eine außerbetriebliche Ausbildung eingetreten. 19.900 konnten mit Hilfe von Lohnkostenzuschüssen eine Arbeit beginnen. 18.000 nehmen an Maßnahmen zur beruflichen Weiterbildung teil und 27.800 absolvieren eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme mit Qualifizierungsanteil.

Zusätzlich hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 1998 das **Modellprojekt „Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit“** gestartet. Im Rahmen dieses Programms werden 23 Projekte gefördert, davon zehn im Westen und 13 im Osten Deutschlands. Für dieses bis 2001 laufende Programm werden pro Jahr 7,5 Millionen DM, insgesamt 30 Millionen DM, zur Verfügung gestellt.

Jungen Menschen im Übergang zum Beruf soll hiermit ein breit gefächertes Instrumentarium zur beruflichen und sozialen Integration in Arbeitswelt und Gesellschaft geboten werden. Das ist meiner Meinung nach eine wichtige Aufgabe der bundesdeutschen Jugendpolitik. Die Jugendlichen sollen nicht länger von Maßnahme zu Maßnahme geschickt werden, sondern unter lokaler Kooperation aller beteiligten Akteure im Berufsleben Fuß fassen können.

Die Integration junger Menschen in Ausbildung und Beruf steht auch im Mittelpunkt des **Modellprogramms „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“**, das sich aus verschiedenen Bausteinen zusammensetzt. Damit versuchen wir in der Tat, diese Aufgabe in die jeweilige Region hineinzugeben, sei es ein Stadtteil oder eine ländliche Umgebung. Erforderlich ist meines Erachtens auch die Zusammenarbeit mit dem Bundesbauministerium, das „Soziale Stadt“ als Projekt auf den Weg gebracht hat. Auch auf der Bundesebene versuchen wir eine Vernetzung. Wir beabsichtigen, das große Projekt des Bauministeriums mit Jugendhilfemaßnahmen und Jugendhilfeangeboten zu verbinden. Ich glaube, dass das für die Zukunft mehr als notwendig ist. Wenn wir diese Synergieeffekte erreichen, kann politisches Handeln effizienter und effektiver werden, was unser Ziel ist.

Mit dem Wettbewerb „Fit für Leben und Arbeit - neue Praxismodelle für Jugendliche“ sollen 100 innovative Praxismodelle zur sozialen und beruflichen Integration junger Menschen prämiert und über die Datenbank des Deutschen Jugendinstituts öffentlich zugänglich gemacht werden, um einen entsprechenden Innovationsschub zu ermöglichen. In den strukturschwachen ländlichen Regionen sollen ehrenamtliche Strukturen so ausgebaut und qualifiziert werden, dass junge Menschen bessere Angebote als bisher finden.

Für die berufliche und soziale Integration junger Menschen sollen darüber hinaus neue, speziell für diese Sozialräume konzipierte Maßnahmen erprobt werden. So sollen durch die Verbindung von Arbeitserfahrungen und Qualifizierungsbausteinen im Rahmen eines sozialen Trainingsjahres benachteiligte Jugendliche die für den Zugang zu Ausbildung und Beruf nötigen beruflichen und sozialen Schlüsselqualifikationen erwerben.

Die begonnene stärkere Verzahnung der bisher eher voneinander abgeschotteten Systeme der schulischen Bildung, der Jugendhilfe und der Berufsbildung soll gerade auch benachteiligten Jugendlichen bessere Perspektiven eröffnen. Wo von Landesebene aus diese Verzahnung von Jugendhilfe und Schule ansatzweise versucht wird, weiß man, dass die Frage nach den Zuständigkeiten schnell eine Rolle spielt: Wer ist für die Jugendhilfe zuständig - die Kommunen, über die wir noch reden werden? Wer ist für die Schule zuständig - das Land? Also steht auch schnell der Verdacht im Raum, dass das Land sich irgendwelcher Kosten entledigen und diese auf die Kommunen verlagern will. Es kommt bei diesen vielen Vernetzungsmöglichkeiten wirklich immer sehr viel zusammen, woran man zunächst gar nicht gedacht hat, was aber angesichts der finanziellen Knappheit dann schnell zum Hauptdiskussionspunkt wird. Man denkt gar nicht mehr daran, was man mit der Vernetzung von Jugendhilfe und Schule vielleicht sachlich erreichen könnte.

Das zentrale Thema heißt „Partizipation“

In meinen letzten Aussagen klingt bereits an, dass Kinder- und Jugendpolitik, dass Investitionen in die junge Generation und damit die Zukunft unserer Gesellschaft keine Aufgaben sind, die ausschließlich den Bund angehen. **Die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung, die Verbesserung von Chancen für Kinder und Jugendliche sind vielmehr gemeinsame Aufgaben von Bund, Ländern und Gemeinden.**

Auf Grund der Kompetenzordnung des Grundgesetzes, die dem Bund im Wesentlichen Aufgaben der Gesetzgebung sowie der Förderung überregionaler Maßnahmen zuweist, liegt dann auch ein zentraler **Schwerpunkt für die Umsetzung der Ziele der Agenda 21 bei den kommunalen Gebietskörperschaften**, also den Kreisen, Städten und Gemeinden. Dementsprechend werden **in Kapitel 28 der Agenda die Kommunen beauftragt, eine lokale Agenda 21 zu erarbeiten.**

Für Jugendhilfe und Schule, die kommunal beziehungsweise auf Landesebene verantwortet werden, ergeben sich daraus spezifische Anforderungen. Kinder- und Jugend-

hilfe auf kommunaler Ebene ist deshalb besonders angesprochen, weil sie selbst bereits plural verfasst ist, also vom Jugendamt zusammen mit einer Vielzahl nichtstaatlicher Organisationen geleistet wird - angefangen von den Jugendverbänden, den Wohlfahrtsverbänden bis hin zu örtlichen Initiativen und Selbsthilfegruppen.

Der Beteiligungsaspekt kommt im KJHG an verschiedenen Stellen zum Ausdruck. Zunächst ist **Partizipation**, also Beteiligung an Überlegungen und Entscheidungen, **ein zentraler Aspekt, um Kinder schrittweise zu selbständigem und verantwortungsbewusstem Handeln zu befähigen**. Partizipation ist damit ein zentraler Aspekt jeder Erziehung und insofern Gegenstand aller Leistungen der Jugendhilfe. Dies wird in § 8 Absatz 1 SGB VIII ausdrücklich normiert, denn dort heißt es: *„Kinder und Jugendliche sind entsprechend ihrem Entwicklungsstand an allen sie betreffenden Entscheidungen der öffentlichen Jugendhilfe zu beteiligen.“*

Spezifische Formen der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen sind darüber hinaus im sogenannten Hilfeplanverfahren (§ 36) und im Rahmen der Jugendhilfeplanung (§ 80) vorgesehen.

Aktive Mitgestaltung ist darüber hinaus auch **ein zentrales Charakteristikum aller Angebote der Jugendarbeit**. Partizipation ist dort zugleich Inhalt und Ziel der Maßnahmen. Partizipation im Sinne von Bürgerbeteiligung ist schließlich auch eine Idee, die **der besonderen Konstruktion des Jugendhilfeausschusses** zugrunde liegt. Wie Sie wissen, wurden dessen Struktur und Zusammensetzung in den vergangenen Monaten wieder verstärkt diskutiert. **Gerade im Hinblick auf die Aktivierung bürgerschaftlichen Engagements und vor dem Hintergrund der Agenda 21 ist der Jugendhilfeausschuss aus meiner Sicht kein Auslaufmodell, sondern ein Modell der Zukunft.**

Dies schließt nicht aus, dass wir über die Zusammensetzung im Einzelnen noch einmal nachdenken. Ich könnte mir gut vorstellen, daß wir den Jugendhilfeausschuss über die politisch gewählten Mandatsträgerinnen und Mandatsträger sowie Vertreterinnen und Vertreter freier Träger hinaus auch für Nutzerinnen und Nutzer der Jugendhilfe, also für Kinder, Jugendliche und Eltern, öffnen.

Kinder- und Jugendhilfe auf kommunaler Ebene ist aber auch deshalb besonders angesprochen, weil sie nach den Vorgaben des Kinder- und Jugendhilfegesetzes mehr ist als ein Bereich gesetzlich definierter Sozialleistungen. **§ 1 Absatz 3 SGB VIII** gibt der Jugendhilfe nämlich ein weit darüber hinausreichendes **kinder- und jugendpolitisches Mandat**: Jugendhilfe ist Anwalt von Kindern, Jugendlichen und Familien mit dem Auftrag, *„positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu erhalten und zu schaffen“*. **Deshalb ist das Jugendamt die zentrale Instanz, wenn es darum geht, die in Kapitel 25 der Agenda umrissenen Ziele im Bereich der Kinder- und Jugendpolitik auf kommunaler Ebene umzusetzen.**

Von den Jugendämtern müssen oder müssten die entscheidenden Impulse ausgehen, um Kinder und Jugendliche an der Gestaltung des Gemeinwesens zu betei-

gen. Diesem Zweck dienen Projekte wie „Kinderfreundliche Stadt“, „Kinder- und Jugendparlamente“ oder „Kinderbüros“. **Politik für Kinder wird auf diese Weise durch eine Politik mit Kindern und Jugendlichen ergänzt.**

Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an kommunalen Entscheidungen wird aber nur dann erfolgreich verlaufen und von den Kindern und Jugendlichen positiv angenommen werden,

- wenn die Formen der Beteiligung mit Bedacht gewählt und insbesondere dem Alter und Entwicklungsstand der Kinder sowie dem jeweiligen Gegenstand der Partizipation angemessen und transparent sind,
- wenn die Partizipation als prozesshaft verstanden wird und die gewählten Formen immer wieder auf ihre Angemessenheit hin überprüft und gegebenenfalls den jeweils besonderen Bedingungen angepasst werden,
- wenn es gelingt, Kinder und Jugendliche aus unterschiedlichen sozialen Schichten sowie Jungen und Mädchen einzubeziehen,
- wenn Erwachsene den Kindern und Jugendlichen zuhören können und sich auf deren Sprache einlassen,
- wenn die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in einem überschaubaren Zeitraum konkrete Konsequenzen hat, wozu es gesicherter Verfahren der Einbringung von Kindervoten in die Verwaltung bedarf,
- wenn sie von Erwachsenen nicht als Alibi für die Durchsetzung eigener Interessen missbraucht wird und
- wenn schließlich Erwachsene Partizipation nicht dazu benutzen, Verantwortung auf Kinder abzuwälzen.

Eine Herausforderung an alle

Die Umsetzung der zentralen Forderungen der Agenda 21 ist auch eine Herausforderung für die Schule. So ist nach Artikel 25 Nr. 9 der Agenda **sicherzustellen, dass das Bildungsangebot den wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnissen der Jugendlichen entspricht und in allen Lehrplänen Konzepte zur Schärfung des Umweltbewusstseins und für eine nachhaltige Entwicklung enthalten sind.**

Dass junge Menschen hier besonders sensibel reagieren, wissen wir zum Beispiel aus der 1997 veröffentlichten 12. Shell-Studie. Auf die Frage, welche Beeinträchtigungen junge Menschen für ihre persönliche Zukunft bedeutsam finden, rangierten zwei Antworten ganz vorn: „das Problem der steigenden Arbeitslosenzahlen“ und die „Umweltverschmutzung“.

Schule muss aber auch über die Vermittlung von Lerninhalten hinaus ihren Erziehungsauftrag stärker gewichten. Kinder und Jugendliche leiden oft unter mangelnden Möglichkeiten des sozialen Lernens. Gerade die Schule bietet hier enorme Chancen weiterzukommen. **Voraussetzung dafür ist jedoch auch eine Ausbildung der Lehrer, die über die reine Wissensvermittlung hinausgehen müsste.**

Schule und Jugendhilfe können und sollen sich den Herausforderungen der Agenda 21 aber nicht nur mit jeweils eigenen Maßnahmen stellen. Vielmehr bieten gerade die Themen des Kapitels 25 der Agenda eine hervorragende Grundlage für verschiedene Formen der Kooperation zwischen Jugendämtern, freien Trägern und Schulen.

Neben dem Kinder- und Jugendhilfegesetz und der UN-Konvention über die Rechte des Kindes enthält die Agenda 21 einen umfassenden Auftrag für eine Politik für Kinder und Jugendliche sowie für eine Politik mit Kindern und Jugendlichen.

Da ich die UN-Konvention über die Rechte des Kindes angesprochen habe, möchte ich doch noch einmal darauf hinweisen, dass es wichtig ist, die Vorbehalte, die die frühere Bundesregierung vor Jahren gegen die UN-Kinderrechtskonvention formuliert hatte, in absehbarer Zeit zurückzunehmen. Ich hoffe, dass wir dann vorbehaltlos sagen können, diese UN-Kinderrechtskonvention ist das Ziel aller Politik auf allen Ebenen in der Bundesrepublik Deutschland.

Zunächst aber sind wir Erwachsene, die wir im politischen Bereich, in Jugendämtern und in Schulen oder bei freien Trägern tätig sind, aufgefordert, den ersten Schritt zu tun, um die Bedingungen dafür zu schaffen, dass die Diskussionsprozesse in Gang gesetzt werden, dass Veranstaltungen und Projekte initiiert werden, die die Inhalte und Ziele der Agenda 21 und speziell die des Kapitels 25 in die breite Öffentlichkeit tragen.

Eine nachhaltige Entwicklung für Kinder und Jugendliche - dies ist nicht nur eine Aufgabe des Staates und seiner Ebenen, sondern eine Verpflichtung für alle Bürgerinnen und Bürger unseres Gemeinwesens.

In diesem Sinne ist diese Tagung sehr bedeutsam und deshalb habe ich sehr gern ein Grußwort gesprochen. Zugleich hoffe und wünsche ich, dass von dieser Fachtagung in Berlin viele Impulse für eine konsequente Umsetzung dieser Agenda ausgehen und auf diese Weise ein Stück Zukunft gesichert wird.

Nachfragen

MODERATION: DR. ROLF-PETER LÖHR

Geschäftsführer des Vereins für Kommunalwissenschaften e. V., Berlin

Dr. Rolf-Peter Löhr: Vielen Dank, Frau Dr. Niehuis. Ich denke, die ideelle Unterstützung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ist nicht nur für die Fachtagungen des Vereins für Kommunalwissenschaften wichtig, sondern auch für die Umsetzung der Lokalen Agenda 21. Der Nobelpreisträger für Literatur, Günter Grass, hatte 1997 hervorgehoben, die mangelnde Umsetzung der Agenda 21 sei für ihn ein Zeichen dafür, dass Politik in Deutschland nicht so handlungsfähig und zukunftsorientiert ist, wie sie sein sollte. Ich glaube, dass in der Zwischenzeit einiges mehr an Bewegung in die Politik gekommen ist, nicht nur auf der kommunalen Ebene.

Denn auch auf Bundesebene scheint sich jetzt einiges zu tun. Ich habe im Grußwort von Frau Dr. Niehuis mit großer Freude gehört, dass das Bundesministerium alle wesentlichen Aspekte aufgreifen und befördern will, die bei Agenda-Prozessen strukturell eine Rolle spielen - so die Vernetzung zwischen verschiedenen Politiken, die Zusammenarbeit verschiedener staatlicher Ebenen und insbesondere die Einbeziehung der Nutzerinnen und Nutzer eventuell in den Jugendhilfeausschuss, der in den vergangenen Jahren zu einem Großteil zu einem Mittelvergabe-Ausschuss pervertiert ist.

Nun möchte ich den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Fachtagung die Gelegenheit geben, Fragen an Frau Dr. Niehuis zu richten. Sie sollten diese Chance nutzen, mit einer Politikerin, mit einer verantwortlichen Gestalterin der Lebensumstände in der Bundesrepublik Deutschland einen kurzen Dialog zu führen, auch wenn das ursprünglich im Programm nicht vorgesehen war.

Dr. Peter Markus, Studienleiter der Evangelischen Akademie Iserlohn/Institut für Kirche und Gesellschaft: Frau Dr. Niehuis, Sie hatten erwähnt, dass die Agenda 21 zwar eine „lokale“ Agenda ist, wobei Sie dabei auch Länder- sowie Bundesaufgaben angesprochen haben. Sie haben mit Blick auf den Koalitionsvertrag zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen mehrere inhaltliche Aspekte erörtert - wir müssen dabei allerdings nicht nur über Strukturen, sondern auch über Personen und Gremien, so unter anderem über den geplanten sogenannten Nachhaltigkeitsrat und das „Green Cabinet“ sprechen. Wer dies in die Hand nimmt, steht ja noch aus.

Ich frage Sie konkret: Ist der in jüngster Vergangenheit diskutierte „Nationale Umweltplan“ in Arbeit? Gibt es Überlegungen, die Strategien für eine nachhaltige Entwicklung auf Bundesebene schärfer zu fassen? Und wie steht es mit der Berufung eines Nachhaltigkeitsrates?

Dr. Rolf-Peter Löhr: Ich schlage vor, noch weitere Fragen zu sammeln, die Frau Dr. Niehuis anschließend im Zusammenhang beantworten kann. Bitte.

Dirk Friedrichs: *Dezernent für Grundsatzfragen im Landesjugendamt Hessen, Wiesbaden:* Frau Dr. Niehuis, Sie wissen, dass es Bestrebungen der Bundesländer gibt, das SGB VIII im Organisationsbereich wiederum ändern zu wollen. Ich habe mit Freude vernommen, dass Sie den Jugendhilfeausschuss nicht als Auslaufmodell, sondern als Zukunftsmodell verstehen. Ich sehe das auch so. Heißt das, dass die Bundesregierung sich solchen Bestrebungen der Länder - sollten diese denn stärker werden - widersetzen wird? Ist denn auch beabsichtigt, das SGB VIII hinsichtlich der Nutzerbeteiligung zu ändern?

Dr. Edith Niehuis, *Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend:* Ich möchte mit der letzten Frage beginnen. Hinsichtlich des KJHG, des Jugendhilfeausschusses und der Struktur des Jugendamtes haben wir die missliche Situation, dass seitens des Bundesrates die Änderungsbestrebungen nicht von den jeweiligen Fachausschüssen kommen, die sich mit Jugendpolitik beschäftigen, sondern sie werden von der innenpolitischen oder der finanzpolitischen Seite ins Spiel gebracht.

So wurde vom Bundesrat an den Bundestag das sogenannte Zuständigkeitslockerungsgesetz überwiesen. In diesem Gesetzesentwurf ist im Unterschied zu dem Entwurf der vorangegangenen Legislaturperiode eine Veränderung des SGB VIII nicht mehr enthalten. Im Moment sehe ich auch nicht, dass die Innenpolitiker im Bundestag darauf erpicht sind, strukturelle Veränderungen, die die Struktur der Jugendhilfe betreffen, in das Zuständigkeitslockerungsgesetz aufzunehmen.

Vor diesem Hintergrund empfiehlt es sich, keine Änderung des SGB VIII bezüglich einer breiteren Partizipation der Nutzerinnen und Nutzer der Kinder- und Jugendhilfe anzustreben. Was positiv gemeint ist, muss angesichts dieser anderen Diskussionen um das SGB VIII nicht unbedingt positiv enden.

Zusammenfassend möchte ich hervorheben: Zunächst einmal ist nun Abwehr angesagt. Das Zuständigkeitslockerungsgesetz soll so behandelt werden, wie es gedacht und geplant ist: innenpolitisch. Wenn das gelingt, käme eventuell der zweite Schritt: Fachpolitisch würden wir gern versuchen, das KJHG so zu verändern, dass der Jugendhilfeausschuss wieder lebendiger wird. Es gibt wirklich Gründe zur Kritik an der Arbeit von Jugendhilfeausschüssen. Die Ausschüsse sind oft zu starr und das bürgerschaftliche Engagement hat spürbar nachgelassen. Diese Diskussion kann man meines Erachtens führen, auch mit dem Bundesrat.

Dr. Rolf-Peter Löhr: Vielen Dank. Frau Niehuis hat angedeutet, dass die verschiedenen Ressortzuständigkeiten durchaus ein Problem sind und dass es darauf ankommt, Synergien zu nutzen, um die Ressortgrenzen einerseits zu respektieren und andererseits zu überwinden. Das ist ein ziemlich schwieriges Feld.

Wir werden gerade bei dem Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt“ des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen und dem damit fachlich und räumlich abgestimmten Programm „Entwicklung und

Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sehen, wie weit das möglich ist. Das Deutsche Institut für Urbanistik wird das Programm „Soziale Stadt“ betreuen. Wir sind natürlich auch mit dem Jugendministerium darüber im Gespräch, wie man die beiden Programme in der Umsetzung koordinieren und am besten steuern kann. Das ist ein ziemlich dickes Brett, das da zu bohren ist; wir werden sehen, wie weit wir kommen. Das ist mit der Lokalen Agenda 21 auch nicht anders. Man muss aber mit dem Bohren erst einmal beginnen, denn sonst kommt man ohnehin nicht voran.

Damit möchte ich diese kurze Gesprächsrunde beenden und danke Frau Dr. Niehuis noch einmal ganz herzlich für ihre Bereitschaft zum Dialog.

Die Lokale Agenda 21 - mehr als Umweltschutz. Kommunale Gestaltungsmöglichkeiten, Partner und Projekte

CORNELIA RÖSLER

Koordinatorin des Arbeitsbereiches „Umwelt“
im Deutschen Institut für Urbanistik (Difu), Berlin

1. Agenda 21: Eine Tagesordnung für das 21. Jahrhundert

Im Juni 1992 wurde in Rio de Janeiro auf der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung die wechselseitige Abhängigkeit von ökonomischer, sozialer und ökologischer Entwicklung weltweit anerkannt. Mit der Agenda 21 wurde dort eine „Tagesordnung für das 21. Jahrhundert“ formuliert und von über 170 Staaten unterzeichnet.

Ausgehend von den heutigen ökologischen, ökonomischen, sozialen und entwicklungspolitischen Problemen befasst sich die Agenda 21 mit der Notwendigkeit, sich auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts vorzubereiten. Dazu heißt es in der Präambel (Kapitel 1 der Agenda 21):

„Durch eine Vereinigung von Umwelt- und Entwicklungsinteressen und ihre stärkere Beachtung kann es uns ... gelingen, die Deckung der Grundbedürfnisse, die Verbesserung des Lebensstandards aller Menschen, einen größeren Schutz und eine bessere Bewirtschaftung der Ökosysteme und eine gesicherte, gedeihliche Zukunft zu gewährleisten. Das vermag keine Nation allein zu erreichen, während es uns gemeinsam gelingen kann: in einer globalen Partnerschaft, die auf eine nachhaltige Entwicklung ausgerichtet ist.“

Die Agenda 21 enthält insgesamt 40 Kapitel, die in vier Teile gegliedert sind:

- Teil I: Soziale und wirtschaftliche Dimensionen (Kapitel 2 bis 8),
- Teil II: Erhaltung und Bewirtschaftung der Ressourcen für die Entwicklung (Kapitel 9 bis 22),
- Teil III: Stärkung der Rolle wichtiger Gruppen (Kapitel 23 bis 32),
- Teil IV: Möglichkeiten der Umsetzung (Kapitel 33 bis 40).

Entsprechend der Programmbereiche werden in den einzelnen Kapiteln jeweils die Ausgangsbasis, bestimmte Ziele, Maßnahmen und Instrumente zur Umsetzung dargestellt.

2. Kinder und Jugendliche gestalten unsere und ihre Zukunft mit

Kinder und Jugendliche sind unsere Zukunft. Sie entscheiden über den langfristigen Erfolg der Lokalen Agenda 21. Für die zukünftige wirtschaftliche, ökologische und

soziale Entwicklung sollten Kinder und Jugendliche schon heute zur aktiven Gestaltung der Umwelt motiviert werden: Sie müssen teilhaben und weitergestalten dürfen. Die Agenda 21 sieht dazu in Kapitel 25 verschiedene Maßnahmen vor:

- Förderung des Dialogs mit Jugendorganisationen im Zusammenhang mit der Erstellung und Bewertung von Umweltplänen und -programmen;
- Beachtung der Empfehlungen aus Jugendkonferenzen in der Politik;
- Zugang zu sämtlichen Bildungsmöglichkeiten für alle Jugendlichen;
- Entwicklung von Strategien zur Schaffung alternativer Beschäftigungsmöglichkeiten;
- Einrichtung von Projektgruppen, die Bildungsprogramme speziell für die jugendliche Bevölkerung entwickeln;
- Unterstützung von Programmen, Projekten und Jugendorganisationen, damit diese sich an der Projektvorauswahl, -gestaltung und -durchführung im Rahmen der Lokalen Agenda 21 beteiligen können.

3. Was haben die Kommunen mit der Agenda 21 zu tun?

In Kapitel 28 der Agenda 21 wird die Teilnahme und Mitarbeit der Kommunalverwaltungen besonders hervorgehoben, da viele der in der Agenda 21 aufgeführten Probleme, Ziele und Lösungen die lokale Ebene betreffen und dort umgesetzt werden müssen. Darüber hinaus spielen die Kommunen als Politik- und Verwaltungsebene, die dem Bürger am nächsten steht, eine entscheidende Rolle bei der Informierung und Mobilisierung der Öffentlichkeit und ihrer Sensibilisierung für eine nachhaltige, umweltverträgliche Entwicklung (Kapitel 28.1).

Die Lokale Agenda 21 betrifft nahezu alle Bereiche kommunalen Handelns. Eine erste Orientierung für die eigenständige Entwicklung einer solchen Agenda hat der Deutsche Städtetag (DST) 1995 mit seinem Beitrag „Städte für eine umweltgerechte Entwicklung. Materialien für eine Lokale Agenda 21“ vorgelegt. In dieser Orientierungshilfe werden entsprechend der Gliederung der Agenda 21 Handlungsgrundlagen, Ziele und Maßnahmen einzelner Handlungsfelder dargestellt. Der Schwerpunkt dieser Arbeit lag 1995 deutlich im Bereich „Kommunaler Umweltschutz“- **siehe Abbildung 1.**

Eine Weiterentwicklung für andere kommunale Handlungsbereiche - zum Beispiel zu sozialen Themen oder zur Wirtschaftsförderung - steht noch aus. Zur Zeit werden vor allem im Bereich der Stadtentwicklungsplanung Orientierungshilfen diskutiert.

4. Aktivitäten der deutschen Städte zur Lokalen Agenda 21

Bereits in den Jahren 1996 und 1997 hat das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) in Kooperation mit dem Deutschen Städtetag (DST) Umfragen zum Stand der Entwicklung der Lokalen Agenda 21 bei den Mitgliedsstädten des DST durchgeführt.

Handlungsfelder für die Entwicklung einer Lokalen Agenda 21 im Bereich „Kommunaler Umweltschutz“*

- | | |
|--|---|
| <ul style="list-style-type: none"> ■ Organisation der städtischen Umweltverwaltung ■ Umwelt und Wirtschaft ■ Energie und Klimaschutz ■ Natur und Landschaft ■ Flächeninanspruchnahme und Zuordnung der Nutzungen ■ Bauen und Wohnen ■ Verkehr ■ Abfallwirtschaft ■ Bodenschutz und Altlasten ■ Wasser und Abwasser | <ul style="list-style-type: none"> ■ Luftreinhaltung ■ Lärm ■ kommunale Umweltverträglichkeitsprüfungen ■ kommunale Umweltinformationssysteme ■ Beschaffungswesen ■ Finanzierung ■ Bürgerbeteiligung und Öffentlichkeitsarbeit ■ Umwelterziehung und -bildung ■ Umwelt und Entwicklung |
|--|---|

* Quelle: zusammengefasst aus: Deutscher Städtetag, Städte für eine umweltgerechte Entwicklung, Materialien für eine Lokale Agenda 21, Köln (1995)



Abbildung 1

© Deutsches Institut für Urbanistik

Noch 1996 zögerten viele Städte in Deutschland mit der Einführung einer Lokalen Agenda 21. Denn aus ihrer Sicht waren die Hausaufgaben bereits gemacht: Schon vor der Rio-Konferenz hatten zahlreiche Aktivitäten der Kommunen zur Verbesserung der Umweltqualität beigetragen und das Entstehen neuer Umweltschäden verhindert. Mit der Agenda 21 und besonders durch Kapitel 28 werden die Kommunen jedoch aufgefordert, Programme, Pläne, Maßnahmen und Projekte gleichzeitig umweltgerecht, sozial verträglich und ökonomisch vertretbar zu gestalten sowie ihre Handlungsvorschläge im Dialog mit ihrer Bevölkerung, der Privatwirtschaft und gesellschaftlichen Gruppen weiterzuentwickeln und umzusetzen. Diese Herausforderung wird inzwischen von vielen Städten angenommen.

Zur dritten Umfrage, die Ende Mai 1999 abgeschlossen wurde, sind insgesamt 167 Rückantworten von den unmittelbaren Mitgliedsstädten des Deutschen Städtetages eingegangen. Dies entspricht bei 262 angeschriebenen Mitgliedsstädten einer Rücklaufquote von 64 Prozent.

Die Ergebnisse der Umfrage 1999 wurden im Rahmen des vierten Erfahrungsaustauschs zur Lokalen Agenda 21 mit Vertretern aus den Mitgliedsstädten des DST am 10. und 11. Juni 1999 im Difu vorgestellt und diskutiert.

Wesentliche Ergebnisse der Umfrage 1999 lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Bei der Umfrage 1999 bezeichneten 150 Städte, das heißt 90 Prozent der antwortenden Städte, die Entwicklung einer Lokalen Agenda 21 als ihre Aufgabe. Dazu liegt

bei 131 Städten auch ein politischer Beschluss vor, 13 Städte bereiten diesen gerade vor - **siehe Abbildungen 2 und 3**. Zum Vergleich: 1996 hatten von 157 antwortenden Städten insgesamt 83 die Lokale Agenda als ihre Aufgabe bezeichnet, und erst in 27 Städten hatte dazu ein politischer Beschluss vorgelegen.

Städte im Entwicklungsprozess einer Lokalen Agenda 21

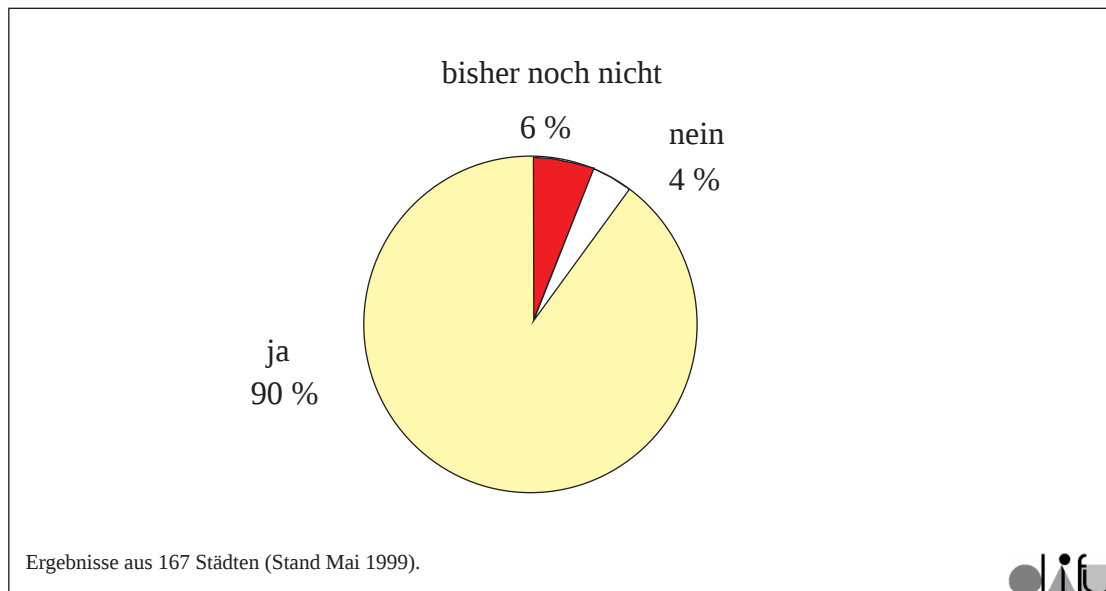


Abbildung 2

© Deutsches Institut für Urbanistik

Politischer Beschluss zur Lokalen Agenda 21

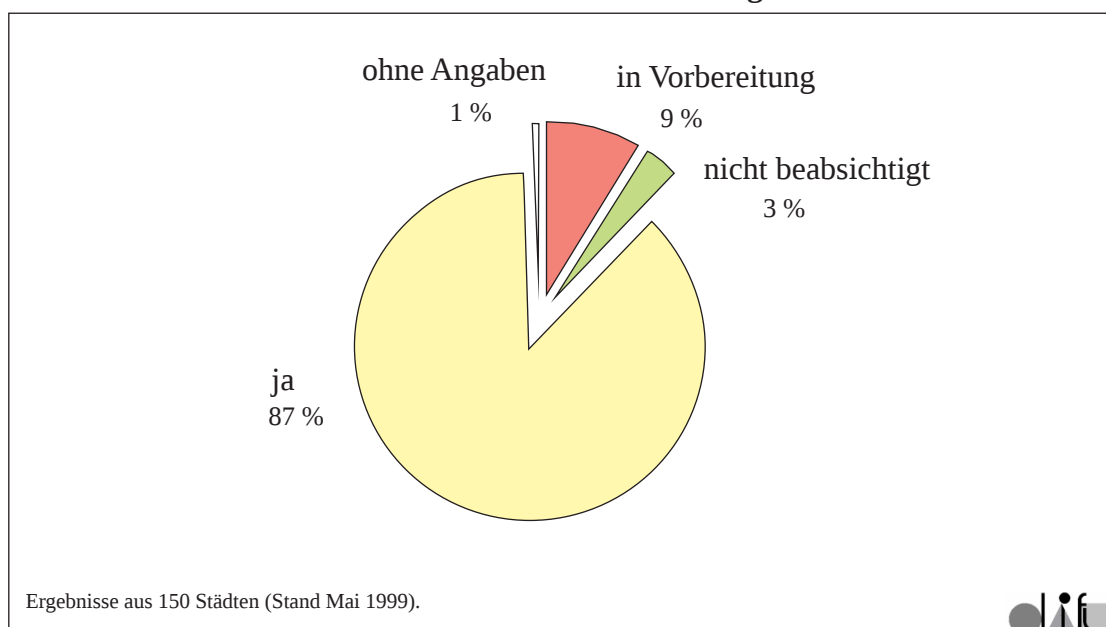


Abbildung 3

© Deutsches Institut für Urbanistik

- Die Einrichtung von zentralen Informations- und Koordinierungsstellen, die den Entwicklungsprozess der Lokalen Agenda 21 koordinieren, die erforderliche Öffentlichkeitsarbeit organisieren und den Informationsfluss zwischen den verschiedenen Arbeitsgruppen und Gremien unterstützen, wird von den meisten Städten als sinnvoll und hilfreich empfunden.

Dementsprechend existieren in 128 Städten innerhalb der Stadtverwaltungen inzwischen institutionalisierte Stellen zur Betreuung und Koordinierung der Lokalen Agenda 21 (zum Beispiel Agenda-Büro, Agenda-Koordinierungsstelle, Geschäftsstelle Lokale Agenda 21). Die Mehrzahl dieser Stellen sind in den Umweltämtern angesiedelt. Im Verhältnis dazu sind nur wenige direkt dem Büro des Oberbürgermeisters oder dem Amt für Stadtentwicklung beziehungsweise Stadtplanung zugeordnet.

- Bei der Frage, welche Schwerpunkte für die Entwicklung der Lokalen Agenda 21 gesetzt werden, sind nach wie vor die Themen „Klimaschutz“ und „Energie“ eindeutige Spitzenreiter, gefolgt vom Thema „Verkehr“. Als weitere herausragende Schwerpunkte werden Bürgerbeteiligung und Öffentlichkeitsarbeit, Natur und Landschaft, Umwelterziehung und Umweltbildung sowie Bauen und Wohnen genannt - **siehe Abbildung 4.**

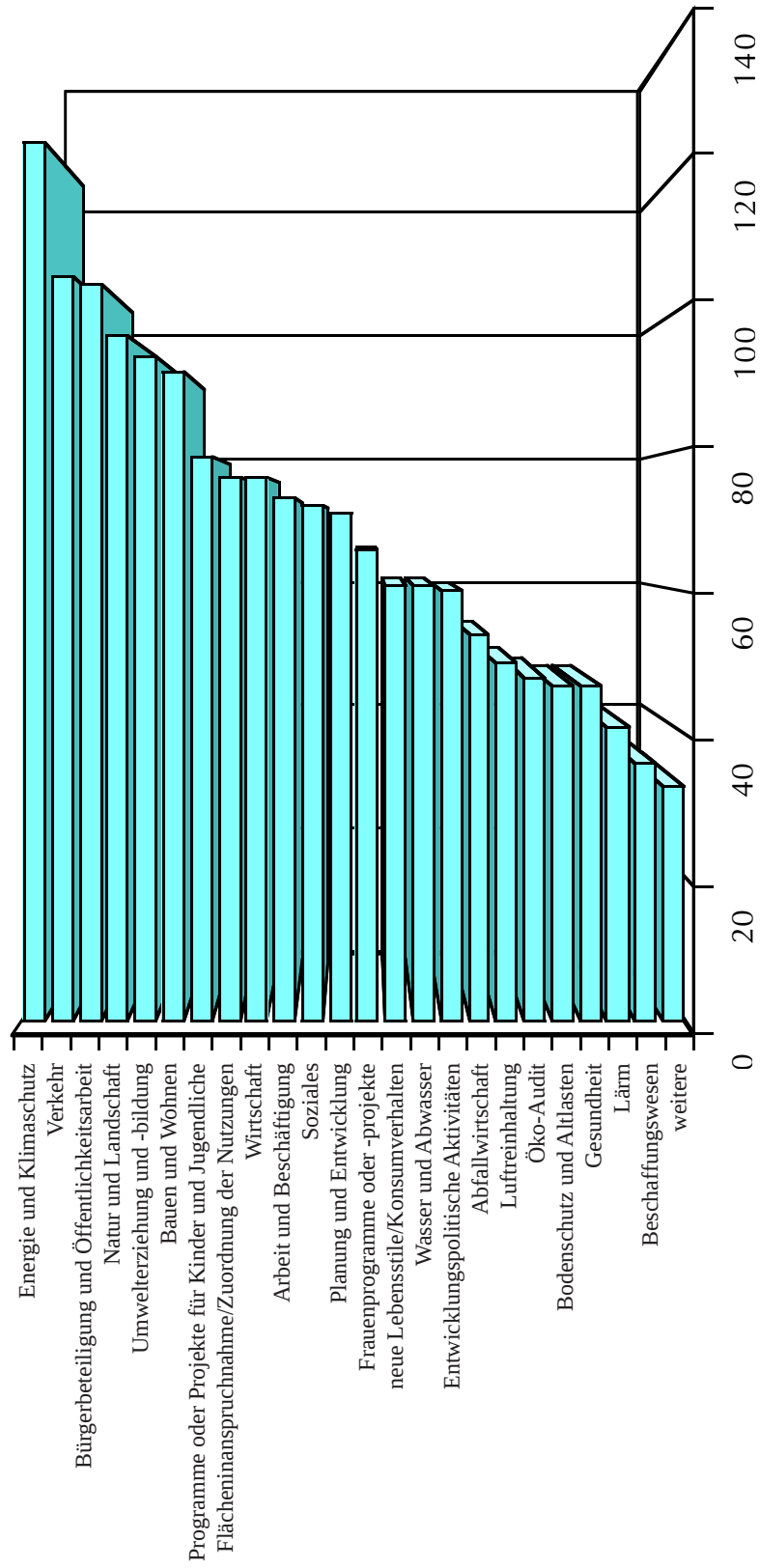
Erfreulicherweise bezogen sich im Vergleich zu den Umfragen von 1996 und 1997 erstmalig viele Nennungen auf Programme oder Projekte für Kinder und Jugendliche, Arbeit und Beschäftigung, Soziales, Frauenprogramme oder Frauenprojekte sowie neue Lebensstile und Konsumverhalten. Der Mehrzahl dieser Nennungen können spezielle Kapitel der Agenda 21 zugeordnet werden.

- Leitbilder für die nachhaltige Entwicklung haben 27 Prozent der antwortenden Städte aufgestellt, in weiteren 51 Prozent befinden sich diese in Vorbereitung. 21 Prozent der Städte halten die Formulierung von Leitbildern nicht für erforderlich. Einerseits sehen einige Städte Leitbilder als zentralen Kern der Lokalen Agenda 21 an; diese dienen dort insbesondere der Öffentlichkeitsarbeit sowie als Leitlinien für die Arbeit der politischen Gremien und der Verwaltung.

Andererseits wird jedoch beklagt, dass die Diskussion der Leitbilder sehr zeitaufwendig ist und diese Zeit eher in konkrete Projekte zur nachhaltigen Entwicklung investiert werden sollte. Zugleich wird die Diskussion übergeordneter Leitbilder mit der Bevölkerung und anderen externen Akteuren als äußerst schwierig angesehen, wohingegen die Diskussion konkreter Projekte vor allem auch auf Grund des meist vielfältigen persönlichen Interesses bei den Teilnehmern wesentlich engagierter geführt wird.

- Da viele Städte im Entwicklungsprozess der Lokalen Agenda 21 weit fortgeschritten sind und sich bei einzelnen Bereichen in der Umsetzungsphase befinden, konnten bereits bei mehreren Handlungsfeldern konkrete Projekte und Maßnahmen realisiert werden. Dies ist besonders bei den Bereichen Klimaschutz und Energie, Um-

Schwerpunkte im Lokalen Agenda 21-Prozess



Ergebnisse aus 150 Städten (Stand Mai 1999), Mehrfachnennungen waren möglich.

Abbildung 4

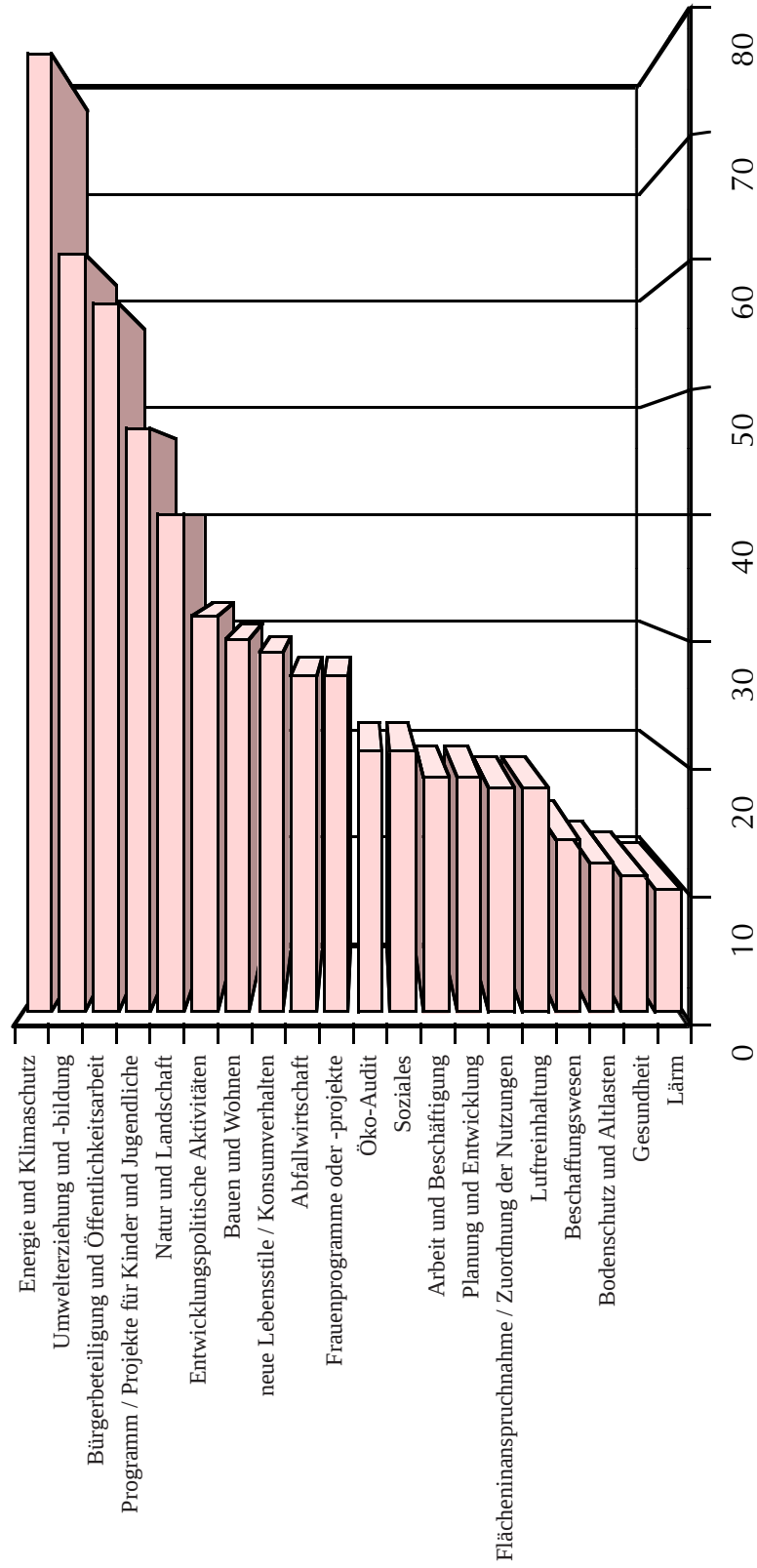
welterziehung und Umweltbildung, Bürgerbeteiligung und Öffentlichkeitsarbeit sowie Natur und Landschaft der Fall - **siehe Abbildung 5**. Außerdem wurden spezielle Projekte mit Kindern und Jugendlichen in die Tat umgesetzt. Besonders positiv wird bewertet, dass die gewünschte Beteiligung der Öffentlichkeit vor allem bei konkreten Projekten erzielt werden kann.

- Zur Initiierung und Durchführung des Konsultationsprozesses gibt es zahlreiche Veranstaltungs-, Partizipations- und Kommunikationsformen. Nach wie vor stellt die Aufklärung über die Lokale Agenda 21 und der Fortgang ihres Entwicklungsprozesses eine wichtige Aufgabe dar. Über Pressemitteilungen und Informationsbroschüren hinaus wurden bereits in vielen Städten öffentliche Veranstaltungen zur Lokalen Agenda 21 durchgeführt (zum Beispiel Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen, Foren, Runde Tische, Zukunftswerkstätten). Besonders aktiv sind hier auch die Volkshochschulen. Neu hinzugekommen in der Auflistung der Städte sind im Vergleich zu den Umfragen von 1996 und 1997 die Medien (zum Beispiel Lokalfernsehen) und das interaktive Angebot über das Internet.
- Die Verantwortung für die Entwicklung und Umsetzung der Lokalen Agenda 21 kann und soll nicht allein von den Kommunalverwaltungen getragen, sondern auf möglichst „viele Schultern“ verteilt werden. Als wirklich großer Erfolg kann deshalb gewertet werden, dass 103 Städte (68 Prozent) durch die Lokalen Agenda 21-Prozesse neue Kooperationspartner gewonnen haben. Der Beteiligung von Privatwirtschaft, Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften kommt im Rahmen der Agenda-Prozesse ebenso große Bedeutung zu wie den Kommunalverwaltungen selbst; ihre Mitwirkung wird in der Agenda 21 besonders hervorgehoben (Kapitel 27 bis 30 der Agenda 21). Bisher haben vor allem Bürgerinitiativen, Bildungseinrichtungen, Gewerbe/Industrie/Handwerk, Umweltverbände, Religionsgemeinschaften und Vereine ihre Bereitschaft zur Mitwirkung in diesem Prozess unter Beweis gestellt - **siehe Abbildung 6**.

Die große Zahl der weiteren Nennungen zu unterschiedlichen Gruppen kommt dadurch zustande, dass auch sehr viele ortsspezifische Gruppen und Einrichtungen, die kaum einer übergeordneten Gruppe zugeordnet werden können, als neue Kooperationspartner aufgeführt werden.

- Obwohl die Einbeziehung von Bevölkerung, Privatwirtschaft und gesellschaftlichen Gruppen in die Entwicklung der Lokalen Agenda 21 erwarten lässt, dass die Akzeptanz von kommunalpolitischen Maßnahmen in Bevölkerung oder Privatwirtschaft gesteigert wird, konnte dies bisher lediglich von 29 Städten bestätigt werden. In 64 Städten wurde diese Akzeptanzsteigerung bisher nicht erzielt; 57 Städte konnten dazu keinerlei Angaben machen. In diesem Zusammenhang sei auf die bereits genannten Schwierigkeiten bei der Aufklärung der Öffentlichkeit und darauf verwiesen, dass die Lokale Agenda 21 als dauerhafter, dynamischer Prozess verstanden werden muss, der jeweils den aktuellen Rahmenbedingungen und Entwicklungen anzupassen ist. Wir befinden uns somit am Beginn eines langfristigen Lernprozesses.

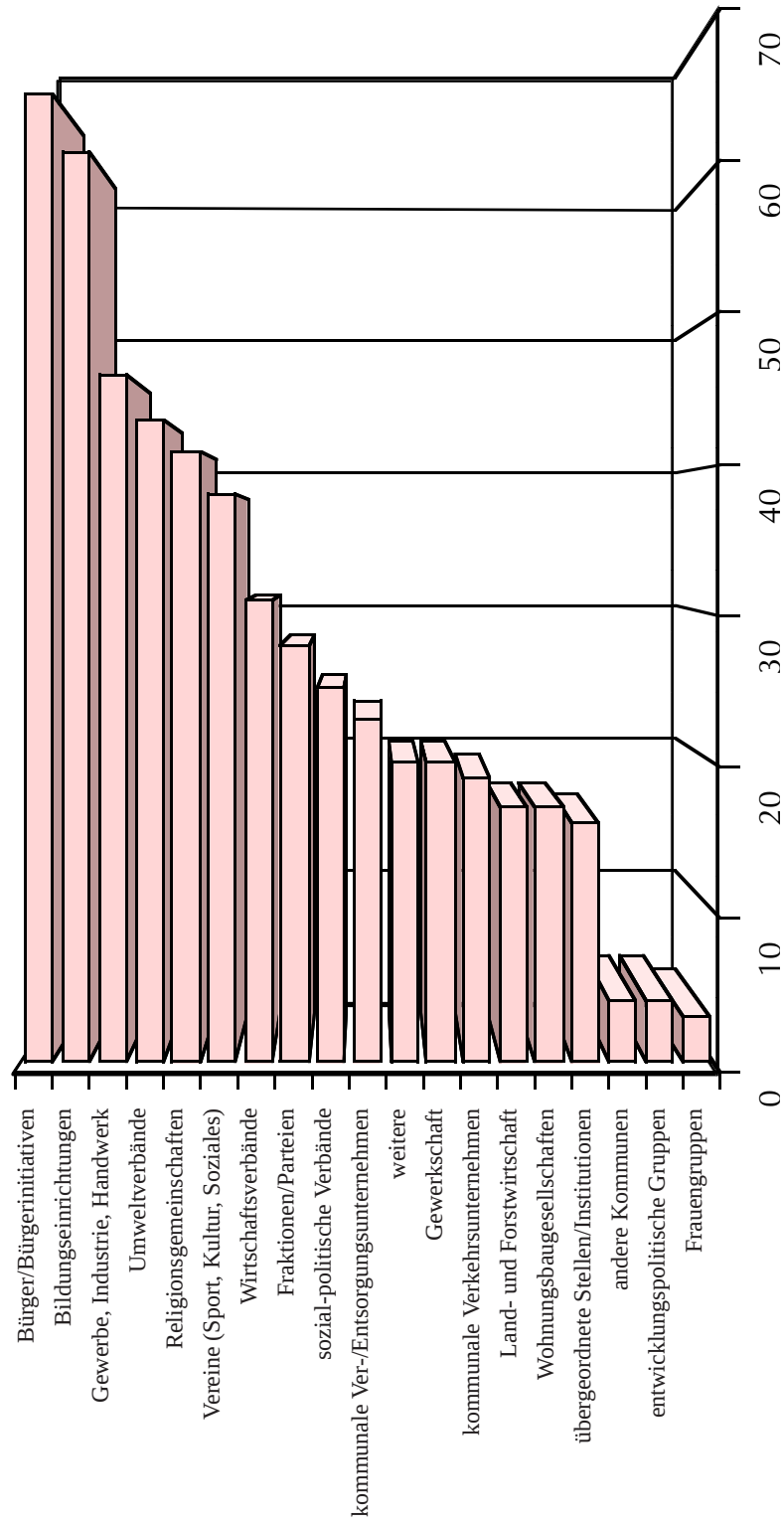
Handlungsfelder mit konkreten Projekten zur Lokalen Agenda 21



Ergebnisse aus 150 Städten (Stand Mai 1999), Mehrfachnennungen waren möglich.

Abbildung 5

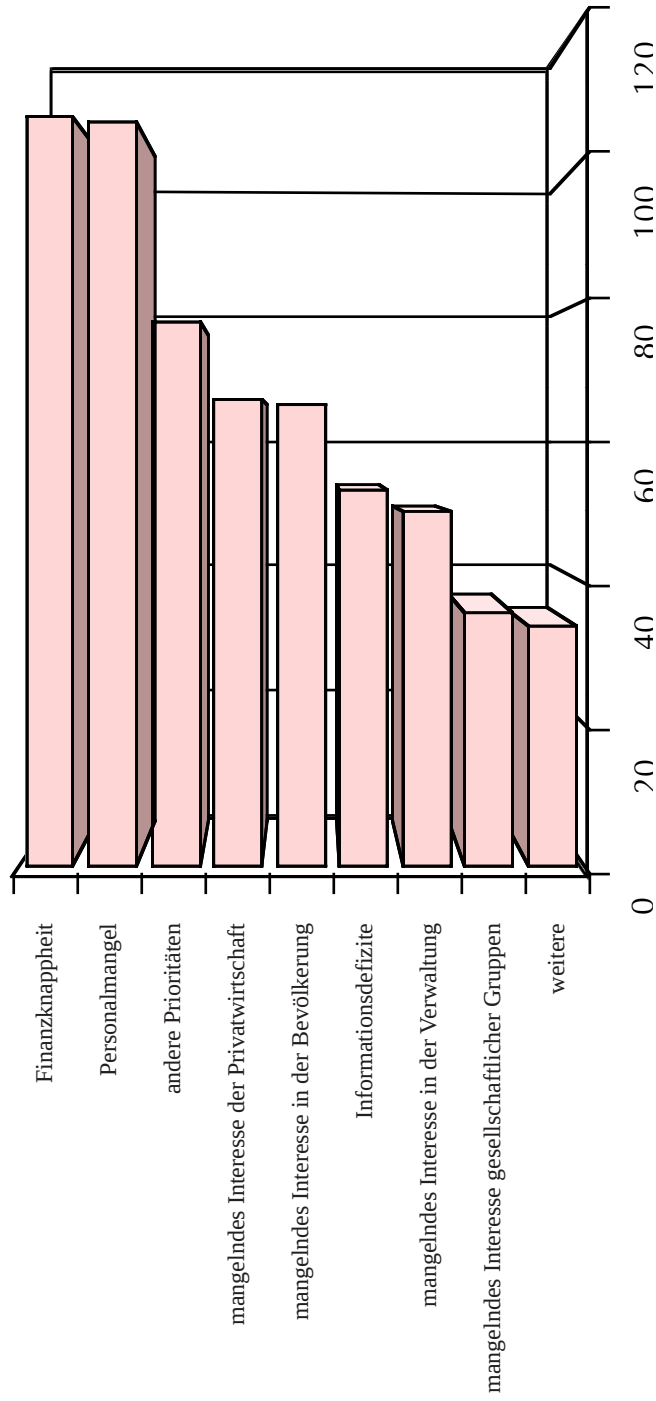
Kooperationspartner im Rahmen des Lokalen Agenda 21-Prozesses



Ergebnisse aus 150 Städten (Stand Mai 1999), Mehrfachnennungen waren möglich.

Abbildung 6

Hemmnisse bei der Bearbeitung und Umsetzung der Lokalen Agenda 21



Ergebnisse aus 167 Städten (Stand Mai 1999), Mehrfachnennungen waren möglich.

Abbildung 7

- Befragt nach den größten Hemmnissen für Einführung, Entwicklung und Umsetzung der Lokalen Agenda 21, gibt nach wie vor der Großteil der Städte das Fehlen von Finanzmitteln oder von Personal zur Durchführung an. Die Besetzung der Agenda-Büros oder Koordinierungsstellen mit ABM-Kräften wird dabei vielfach nicht als geeignete Lösung angesehen, da eine kontinuierliche Betreuung des Prozesses als notwendig erachtet wird. Darüber hinaus werden neben anderen Prioritäten vor allem auch mangelndes Interesse der Privatwirtschaft und in der Bevölkerung als weitere Hemmnisse genannt - **siehe Abbildung 7.**

5. Fazit

Insgesamt lässt sich feststellen, dass sich die Aktivitäten zur Einführung, Entwicklung und Umsetzung der Lokalen Agenda 21 in den Städten seit 1996 stetig ausgeweitet haben. Während sich einige Städte noch in der Einführungsphase befinden, können viele Städte bereits einige Erfolge verzeichnen. Diese bestehen vor allem darin, dass neue Kooperationspartner gewonnen und (gemeinsame), konkrete Projekte entwickelt und zum Teil bereits realisiert werden konnten. Positiv hervorgehoben wird von den Städten auch das starke Engagement vieler Akteure, sowohl innerhalb als auch außerhalb der Verwaltung. Allerdings wird damit auch deutlich, dass der Erfolg des gesamten Lokale Agenda 21-Prozesses mit dem Engagement der Akteure steht und fällt. Die Festlegung von Leitbildern wird dabei zum Teil zwar als wichtiger Grundstein angesehen, es stellt sich aber zunehmend heraus, dass die erfolgreiche Realisierung konkreter Projekte für die weitergehende Motivation der Akteure zwingend erforderlich ist.

Ich freue mich auf die vielfältigen Beispiele zu Aktivitäten von und mit Kindern und Jugendlichen, die im Laufe dieser Veranstaltung vorgestellt und diskutiert werden. Und ich wünsche mir, dass Sie viele Anregungen mitnehmen können und zu neuen Aktivitäten angestiftet werden.

Literatur

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Bonn (Hrsg.): Umweltpolitik. Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro. Dokumente. Agenda 21. Bonn (1993), 76 S.

Deutsches Institut für Urbanistik (Difu), Berlin/Rösler, Cornelia (Hrsg.): Lokale Agenda 21. Dokumentation eines Erfahrungsaustauschs beim Deutschen Städtetag am 29. April 1996 in Köln, Berlin (1996), 102 S. (Umweltberatung für Kommunen)

Deutsches Institut für Urbanistik (Difu), Berlin/Rösler, Cornelia (Hrsg.): Städte auf dem Weg zur Lokalen Agenda 21. Dokumentation des 2. Erfahrungsaustauschs beim Deutschen Institut für Urbanistik am 24. und 25. April 1997 in Berlin, Berlin (1998), 109 S., ISBN 3-88118-244-6 (Umweltberatung für Kommunen)

Deutsches Institut für Urbanistik (Difu), Berlin/Rösler, Cornelia (Hrsg.): Lokale Agenda auf Erfolgskurs. Dokumentation des 4. Erfahrungsaustauschs beim Deutschen Institut für Urbanistik am 10. und 11. Juni 1999 in Berlin, Berlin (1999), 117 S., ISBN 3-88118-296-9 (Umweltberatung für Kommunen)

Deutscher Städtetag, Köln (Hrsg.): Städte für eine umweltgerechte Entwicklung. Materialien für eine Lokale Agenda 21; Köln (1995); Beiträge zur Stadtentwicklung und zum Umweltschutz; Reihe E; 24

EXPO 2000 Hannover GmbH/Niedersächsischer Städtetag (Hrsg.)/Fischer, Annett/Rösler, Cornelia: Lokale Agenda 21: Kommunen aktiv für die Zukunft, Hannover (1997), 48 S.

Die Gestaltung des Lokalen Agenda 21-Prozesses am Beispiel des Amtes für Kinderinteressen der Stadt Köln - Erfahrungen aus der aktiven Zusammenarbeit mit Kindern und Jugendlichen

BIRGIT SCHMITZ

Leiterin des Amtes für Kinderinteressen der Stadt Köln

1. Vorbemerkungen

Wie bereits erwähnt wurde, machen wir während dieser Fachtagung eine Gratwanderung zwischen den Forderungen und Möglichkeiten, die an uns gestellt werden, und einfach den Versuch, die unterschiedlichen Interessen bei diesem komplexen Thema in Übereinstimmung zu bringen. Frau Dr. Niehuis hatte beispielsweise in ihrem Grußwort hervorgehoben: Das Thema „Lokale Agenda“ ist nicht nur ein Thema für Erwachsene, sondern auch ein Thema für Kinder und Jugendliche.

Insbesondere das Kapitel 25 fordert dazu auf, den Beteiligungsprozess für Kinder und Jugendliche zu aktivieren. Nicht umsonst sind 30 Prozent der Weltbevölkerung Jugendliche. Es sind auch gerade die Kinder, die nicht nur die Verantwortung für die Erde erben, sondern sie stellen in vielen Entwicklungsländern sogar fast die Hälfte der Bevölkerung. Außerdem sind Kinder sowohl in den Entwicklungsländern als auch in den Industrieländern überaus anfällig für die Auswirkungen der Verschlechterung der Umweltbedingungen; sie sind auch sehr bewusste Verfechter des Umweltgedankens. Deshalb müssen die besonderen Interessen der Kinder und Jugendlichen bei den partizipativen Entscheidungsfindungsverfahren zu allen Fragen voll berücksichtigt werden.

Um dies sicherzustellen, existieren eben die Verpflichtungen, die Interessen der Kinder im Rahmen des partizipativen Prozesses für eine nachhaltige Entwicklung und Verbesserung der Umweltbedingungen voll und ganz zu berücksichtigen. Das sind keinesfalls meine Wünsche, sondern die von mir vorgetragenen Gedanken sind im ÖTÖ ein Teil der Inhalte des Kapitels 25 der Lokalen Agenda. Wie man dieser Verpflichtung nun nachkommen kann und sie mit dem Anspruch aus Artikel 28, nämlich das Einbinden der Kommunen in den Prozess, koppeln kann, möchte ich in meinem Referat anhand der Kölner Entwicklung darstellen. Ich werde insbesondere über die Gestaltung des Lokalen Agenda 21-Prozesses am Beispiel des Amtes für Kinderinteressen der Stadt Köln sowie über Erfahrungen aus der aktiven Zusammenarbeit mit Kindern und Jugendlichen berichten.

2. Zu den Aufgaben des Amtes für Kinderinteressen

Ich kann mir vorstellen, dass bei Ihnen die Frage auftaucht, welche Aufgaben das Amt für Kinderinteressen wahrnimmt. Dazu möchte ich einen kurzen Überblick geben.

Das Amt für Kinderinteressen ist im Jahr 1991 mit dem Ziel eingerichtet worden, positive Entwicklungsbedingungen für Kinder und Jugendliche in der Kommune zu schaffen. Es sind damals viele Aufgaben gebündelt worden sowie auch neue Aufgaben hinzugekommen. Im Amt gibt es zwei Themenschwerpunkte: einmal die Interessenvertretung und Planung, zum anderen die Freizeit- und Spielpädagogik.

Der **Bereich Interessenvertretung und Planung** beinhaltet sämtliche Planungsaktivitäten der Stadt, einschließlich die Jugendhilfeplanung, aber auch die anwaltschaftliche Funktion. Dazu gehört die Rathausschule, ein Instrument, mit dem wir sehr intensiv mit Schulen zusammenarbeiten und dort vielfältige kommunale Beteiligungsmöglichkeiten aufzeigen und praktizieren. Unter anderem werden Gespräche mit Politikern vermittelt und geführt, kommunale Ausschüsse und Ratssitzungen besucht sowie Einzelprojekte durchgeführt.

Eine andere Form der Interessenvertretung sind die Kinderforen, in denen stadtteilbezogen die vielfältigen Diskussionsprozesse umgesetzt werden, wobei immer wieder versucht wird, die Gespräche sowie Interessen der Kinder in die Alltagsgestaltung und die politischen Entscheidungen mit einfließen zu lassen. Ansonsten ist dieser Arbeitsbereich offen für sämtliche Anfragen. Es gibt ein Sorgentelefon und einen „heißen Draht“ für alle Fragen und Probleme von Kindern und Jugendlichen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes für Kinderinteressen beantworten gern alle Fragen, auch die von Eltern, die für Kinder agieren wollen. Das Amt ist für all jene Personen oder Gruppen Ansprechpartner, die sich für Kinder engagieren.

Der **Bereich Freizeit- und Spielpädagogik** hat - so denkt man vielleicht zunächst - nicht sehr viel mit Partizipation zu tun. Aber dazu gehört nach den Kölner Strukturen die Planung, Gestaltung und der Bau von Spielplätzen. Nach einem Beschluss des Jugendhilfeausschusses müssen bei allen entsprechenden Planungsprozessen Kinder und Jugendliche konkret beteiligt gewesen sein. Insofern werden seit 1992 Kinder sehr aktiv in den Planungsprozess einbezogen, wobei insbesondere die nächste Schule, der nächste Kindergarten oder oft auch Kinder, die in der Nähe des künftigen Spielplatzes bereits ihre Freizeit verbringen, ihren Sachverstand mit einbringen.

Ansonsten gibt es noch weitere Freizeitaktivitäten für Kinder. Dazu gehören die Jugendverkehrsschule, die Freiluft- und Gartenarbeitsschule, Ferienprogramme, der Weltkindertag ... und die „Juppies“ - als Spielmobile umgerüstete LKW -, die immer in die Stadtteile fahren, die nicht besonders gut mit Spielmöglichkeiten für Kinder ausgestattet sind. Dadurch, dass sämtliche Projekte durch erfahrenes Personal betreut werden, findet dort immer auch ein gedanklicher Austausch statt, so dass diese Möglichkeit der Kontaktaufnahme mit Kindern und Jugendlichen genutzt wird, um deren Interessen später in die Entscheidungen der Verwaltung einzubringen. Insofern wirkt das Amt für Kinderinteressen wie ein Transmissionsriemen. Im Alltag hat es sich klar herausgestellt: Das, was das Amt für Kinderinteressen leistet, ist eine Querschnittsaufgabe, kein abgekapselter Bereich, der neben anderen steht, sondern das Amt agiert nachhaltig in andere Themenbereiche mit hinein. Ich werde in meinem Referat auch noch aufzeigen und darstellen, wie intensiv die Zusammenarbeit mit anderen Ämtern ist.

3. Gesetzliche Handlungsgrundlagen für die Beteiligung junger Menschen am gesellschaftlichen Leben

Zu den Handlungsgrundlagen für die Beteiligung junger Menschen am gesellschaftlichen Leben gehören unter anderem die UN-Kinderrechtskonvention, das Kinder- und Jugendhilfegesetz, die Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen sowie die Lokale Agenda. Der Grundsatzbeschluss für die Lokale Agenda 21 ist in Köln im März 1998 gefasst worden. Es existieren eine Koordinierungsgruppe und Arbeitsgruppen, in der die Stadtverwaltung mit ihren Dezernaten, Ämtern, Referaten und Eigenbetrieben vertreten ist. Das Amt für Kinderinteressen engagiert sich unter anderem in der Arbeitsgruppe „Bildung“; es versucht dort die Beteiligungsprozesse mit Kindern und Jugendlichen ganz konkret umzusetzen.

Nach dem **Kinder- und Jugendhilfegesetz** sind „positive Lebensbedingungen“ für Kinder- und Jugendliche zu schaffen. Angebote, die an „Interessen ...“ der Kinder und Jugendlichen „... anknüpfen und von ihnen mitbestimmt und mitgestaltet werden“, sollen nach dem KJHG die intellektuelle und psychosoziale Entwicklung fördern. Diese Aussagen des KJHG waren für die Stadt Köln auch der wichtigste Aspekt, das Amt für Kinderinteressen einzurichten.

Auch in der **Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen** gibt es viele Ansätze für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, denn sie gilt nicht nur für sogenannte Bürger über 18 Jahre, sondern alle Bestimmungen haben laut gesetzlicher Fassung für alle Einwohner Gültigkeit. Dazu gehören eben auch die Kinder. Es ist sehr wichtig, gesetzliche Handlungsgrundlagen zu haben. Nach § 23 der Gemeindeordnung ist die Gemeinde beispielsweise verpflichtet, die Einwohner über die allgemein bedeutsamen Angelegenheiten zu unterrichten. Unterrichten heißt nicht nur zu sagen, wie etwas ist. Unterrichten heißt nach der Gemeindeordnung, Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung zu gewähren.

Weitere Beteiligungsformen für junge Einwohner sind laut Gemeindeordnung unabhängig vom Alter der § 24 (Anregungen und Beschwerden), § 48 (Einwohnerfragestunden) und ab 14 Jahre der § 25 (Einwohnerantrag). Natürlich kann man sich nur einbringen, wenn man weiß wie. Dazu wurde in Köln zum Beispiel die Rathausschule gegründet, wo die jungen Menschen befähigt werden, mit den ihnen zur Verfügung stehenden Instrumenten umgehen zu können.

Besonders bedeutsam für die Handlungsgrundlagen ist meines Erachtens die **UN-Konvention über die Rechte des Kindes**. Die Konvention enthält Vorschriften, die Kindern das Recht auf Beteiligung zuschreiben. Sie billigt dem Kind das Recht zu, „eine eigene Meinung zu bilden...“ und „diese Meinung in allen das Kind berührenden Angelegenheiten zu äußern...“

Sie sehen, es gibt viele gesetzliche Grundlagen zum Thema „Beteiligung“, die man einfach nutzen und mit Leben füllen sollte. Wie schnell erschallt oft die Frage danach, wo das konkrete Problem gesetzlich geregelt ist. Wenn man dann immer ein Papier heraus-

holen oder auf einen Paragraphen verweisen kann, hat man nach meiner Erfahrung bereits eine ganz gute Ausgangsbasis. Dementsprechend bemühen wir uns immer, diese Regelungen bekannt zu machen und vor allem durch konkrete Projekte in den unterschiedlichsten Themenbereichen (Verkehr, Umwelt, Planung etc.) zu realisieren.

4. Kölner Projektbeispiele zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

Ein Schwerpunkt der meisten Diskussionen zur Lokalen Agenda sind immer die Beteiligungsaspekte. Beteiligung ist das A und O, Kinder überhaupt in Arbeitsprozesse mit einbeziehen zu können. Es gibt dazu ein markantes Zitat, das ich an den Anfang der Erörterung der konkreten Beteiligungsbeispiele vortragen möchte. Es handelt sich um ein Zitat von Dieter Thiemann vom Ministerium für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau in Schleswig-Holstein. Er hat formuliert: *„Wer auf die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen als Experten und Expertinnen in eigener Sache verzichtet, bewegt sich planerisch nicht auf der Höhe der Zeit.“*

Sie alle arbeiten in der Praxis auch daran und überlegen ständig, wie man Kinder am sinnvollsten und besten an den kommunalen Entwicklungsprozessen beteiligen kann. Ich habe intensiv darüber nachgedacht, welche Projekte sich als Beispiele für die Darstellung anbieten, um die Klammer zum Lokalen Agenda 21-Prozess herzustellen und aufzuzeigen.

4. 1. Das Projekt „Rathaus Europa“

Aus den Kölner Projekten ragt das „Rathaus Europa“ heraus. Ich möchte es in diesem Referat allerdings nur kurz erwähnen, weil ich dieses Projekt in der Arbeitsgruppe 2 intensiver vorstellen werde. Bei dem Projekt „Rathaus Europa“ hatten sich im Mai 1998 Vertreter aus mehreren europäischen Städten zusammengefunden und sich bemüht, junge Menschen zum Thema „Lokale Agenda 21“ zu motivieren, miteinander zu kommunizieren. Zu den Städten gehörten Turku, Rotterdam, Köln, Liverpool, Barcelona, Turin, Katowice und Wolgograd. Bei den regionalen Entfernungen kann man sich vorstellen, welche Hürden es zu überwinden galt.

Das Ziel des Projektes bestand darin, zu den Aspekten Umwelt und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen diese Gruppe danach zu fragen, was in ihrer jeweiligen Heimatstadt gemacht wird. Die Kommunikation ist über das Internet geschehen. Über die entsprechenden Büros zu den Partnerstädten von Köln sind zu den jeweiligen Jugendhilfeträgern Kontakte geknüpft worden. Ende Mai 1999, als der EU-Gipfel in Köln tagte, trafen sich dann Jugendliche aus den Partnerstädten in Köln. Ich kann aus eigener Erfahrung einschätzen, dass sie zu einem sehr anregenden und nützlichen Austausch über ihre Erfahrungen gekommen waren.

Die jungen Menschen hatten im Kölner Rathaus gemeinsam mit ihren Bürgermeistern und Oberbürgermeistern diskutiert. Sie erhielten von den Kommunalpolitikern die Zu-

sage, dass man sich der Thematik der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen sehr wohl annehmen und versuchen wird, den Prozess unter dem Thema „Lokale Agenda“ und entsprechend den Interessen der jungen Leute zu betreiben beziehungsweise weiter zu entwickeln.

Zu der Perspektive des Projektes „Rathaus Europa“ möchte ich Folgendes erwähnen: Die einzelnen Projektideen werden auf der jeweiligen lokalen Ebene weiterhin verfolgt. Als ein Ergebnis der öffentlichen Diskussion mit den obersten Stadtvertretern aus den beteiligten Partnerstädten sagten diese alle weiterführenden Gespräche mit den Jugendgruppen in der jeweiligen Stadt zu.

Beispiel Köln: Die beteiligte Gruppe entwickelt zur Zeit ein Arbeitskonzept zur Einrichtung eines Jugendgremiums. Dafür sucht sie unter anderem Bündnispartner in anderen Jugendgruppen, so dass eine breitere Basis entstehen kann, die von jungen Leuten selbst getragen wird.

Auf europäischer Ebene werden die im Projekt entstandenen Kontakte weiterhin von den Jugendlichen gepflegt. Mehrere Gruppen überprüfen die Möglichkeit einer Fortführung direkter Kontakte auf europäischer Ebene im Jahr 2000, um weitere gemeinsame Positionen im Lokalen Agenda 21-Prozess zu finden und zu artikulieren. Die Vernetzung der Jugendgruppen wird von den Fachkräften vor Ort vorangebracht. Es findet ein Austausch über den jeweiligen Stand der Entwicklungen statt.

4. 2. Kölner Kinder- und Jugendforen

Das zweite Vorhaben, welches ich vorstellen möchte, sind die Kölner Kinder- und Jugendforen - veröffentlicht und dargestellt in der Broschüre „Von Rio an den Rhein - Ansichten auf eine Lokale Agenda 21 in Köln“ unter der Überschrift „Kinder reden mit“.

Nach einer umfassenden Diskussionsphase, zu der auch die Überlegungen eines Kinderparlamentes nicht außer Acht gelassen wurden, sind auf Stadtteilebene kleinräumige Kinder- und Jugendforen eingerichtet worden. Sie setzen sich sehr engagiert mit Planungsprozessen sowie Umweltfragen auseinander und haben mit ihren örtlichen Kommunalpolitikern - in Köln sind das die Bezirksvertretungen - immer Kontakt. Es gibt für jedes Forum Paten von jeder in der jeweiligen Bezirksvertretung existierenden Fraktion der politischen Parteien. Diese Politiker stellen sich den jungen Leuten als direkte Ansprechpartner zur Verfügung.

Das A und O im Beteiligungsprozess besteht nach meiner Erfahrung darin, diesen Prozess lebbar und lebendig zu machen. Es geht um Kontinuität, nicht um sporadische Kontakte. Es geht vornehmlich um den engen Kontakt, um eine intensive Kooperation zwischen Jugendhilfe und Kommunalpolitik. Denn was nutzt es, wenn die jungen Leute Ideen und Lösungsvarianten für Probleme entwickeln, aber es sich danach herausstellt, dass die Kommunalpolitiker ganz andere Entscheidungsvorstellungen haben und dann auch andere Entscheidungen treffen.

4. 3. Kinder planen mit

Das eine ist das Mitreden, das andere ist das konkrete Mitplanen. Ein Beispiel dafür ist das relativ große Kölner Gebiet des alten Schlachthofes in Neuehrenfeld, das neu beplant werden musste. Dort gab es einen Ideenwettbewerb. Über das Amt für Kinderinteressen wurden Kinder einer vierten Klasse in den Prozess einbezogen, deren Schule direkt neben dem Planungsgebiet lag. Die Kinder hatten sich außer Konkurrenz an dem Planungsvorhaben beteiligt.

Interessant ist, dass alle Kinder, die an dem Projekt beteiligt waren, ausgesprochen motiviert waren, vor allem an dem Tag, als das Preisgericht tagte. Es war beeindruckend, dass die acht Modelle, die die Kinder in jeweiligen Kleingruppen entwickelt hatten, eine größere Aufmerksamkeit fanden als die 68 Profipläne. Kinder sagten: *„Wir hoffen, wenn wir groß sind, dass wir dort auch einziehen können.“*

Im Moment ist das Gesamtprojekt in der Umsetzungsphase, der Bebauungsplan wird aufgestellt. Das Amt für Kinderinteressen hält immer engen Kontakt mit den Stadtplanern, damit die Ideen der Kinder auch berücksichtigt werden können. Es war schon interessant, dass sich die Preisrichter auch haben beeinflussen lassen. Sie kamen nicht an den Ideen der Kinder vorbei, als sie über die Preisträger entschieden. Der erste Preisträger hatte viele Ideen, die auch die Kinder in ihren Modellen vorstellten, zum Beispiel viele Freiräume.

5. Abschließende Bemerkungen

Das geschilderte Planungsprojekt ist auch ein Beispiel für Nachhaltigkeit von Prozessen. Stets ist es die Planung, die die Grundlage für spätere Lebensqualität bildet. So besteht der Arbeitsansatz des Amtes für Kinderinteressen darin, vermehrt immer dorthin zu gehen, wo die Wurzeln liegen, also an den Anfang von Handlungsabläufen, um die Ideen der Kinder bereits frühzeitig einbringen zu können. Wichtig ist auch, diejenigen Erwachsenen, die mit den spezifischen Themen zu tun haben, einfach auf die Kinder hinzuweisen, so dass sie einfach nicht an diesen vorbeikommen.

Ich wäre schon ganz froh, wenn jeder Mensch bei seiner Arbeit - egal zu welchem Themenkreis sie gehört - sich daran erinnern oder sich fragen würde, ob bei der jeweils konkreten Arbeitsaufgabe junge Menschen tangiert werden. Wenn sich jeder diese Frage stellen und beantworten würde, wären wir meiner Meinung nach schon ein ganzes Stück weiter. Mit diesem Bewusstsein könnten wir Kinder und Jugendliche sehr unterstützen, ihre Interessen auch entsprechend einbringen zu können.

Ich hoffe, künftig mehr Kinder in Plenarsälen zu haben, die selbstbewusst an Mikrofonen ihre Stimme erheben, damit sie besser gehört werden. Nur so können wir erreichen, dass die spezifischen Gedanken der Lokalen Agenda auch realisiert und nachhaltig mit Leben erfüllt werden.

Partizipation an kommunalen Prozessen am Beispiel des Projektes „Meine Stadt - 2010“ - Jugendliche entwickeln ein Konzept für eine zukunftssträchtige Region



DR. MATHIAS ALSLEBEN

Freiberuflicher Projektleiter, Bützow, Mecklenburg-Vorpommern

THOMAS KUHLMANN

Leiter der Arbeitsgruppe „Schule“ der Jugendratsversammlung der Stadt Bützow, Mecklenburg-Vorpommern

1. Vorbemerkungen

In unserem Praxisbericht wollen wir auf folgende Themen näher eingehen: Die Lokale Agenda 21 der Stadt Bützow soll zuallererst in den Partizipationsrahmen eingeordnet werden. Anschließend werden wir Grundlagen für das Thema „Agenda 21“ hinsichtlich der Partizipation von Jugendlichen aus unserer Sicht benennen. Welche Möglichkeiten bestehen, um Kinder und Jugendliche zu beteiligen? Ein Beispiel dafür ist das Teilprojekt „Vom Trafohaus zum Tierquartier“, welches wir vorstellen möchten.

Wir werden auch über die Arbeit der Jugendratsversammlung der Stadt Bützow berichten, die für uns das zentrale Element zur Partizipation von Jugendlichen an kommunalen Prozessen ist.

2. Die Agenda 21 in Bützow – Einordnung des Partizipationsthemas

Die Agenda 21 ist für uns ein zentrales Thema der Kommunalentwicklung. Dabei geht es insbesondere um die Entwicklung der sogenannten weichen Standortfaktoren, die zur Verbesserung des Erscheinungsbildes der Kommune als Ganzes beitragen.

Die Agenda 21-Arbeit ist dabei in die Bereiche überregionale Arbeit - Zusammenarbeit mit anderen Agenda 21-Projekten -, nachhaltige ökonomische, ökologische und soziale Entwicklung Bützows als Teil der Warnowregion sowie Partizipation an kommunalen Prozessen mit dem Hauptprojekt „Meine Stadt - 2010“ und verschiedenen Projektbereichen aufgliedert. Große Bedeutung besitzt dabei für uns die Jugendratsversammlung als zentrales Element zur Partizipation Jugendlicher an kommunalen Prozessen.

3. Grundlagen für das Thema „Lokale Agenda 21“ - Partizipation von Jugendlichen aus unserer Sicht

Grundlagen für die Partizipation Jugendlicher im Rahmen der Agenda 21-Tätigkeit sind durch die Kapitel 25, 28 und 36 der Dokumente von Rio de Janeiro gegeben. Aus

diesen Kapiteln leitet sich das Ziel ab, dass die Zukunftsbeständigkeit genauso zu einem gesellschaftlichen Grundwert zu entwickeln ist wie Frieden, Demokratie, Wahrheit, Freiheit oder Gerechtigkeit. Damit sind aus unserer Sicht **Beteiligung und Bildung die wesentlichen Bestandteile eines Agenda 21-Prozesses**.

Einige Rahmenbedingungen sind seitens der UNO, der Europäischen Union, der Bundesrepublik Deutschland sowie unseres Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern gegeben. Dabei gibt es aber leider eine klare Einschränkung hinsichtlich der Verbindlichkeit der Regelungen und eine Begrenzung auf den Bereich der Jugendhilfe.

Wir haben aber die Hoffnung, dass in Mecklenburg-Vorpommern Regelungen zur Jugendbeteiligung aus der Kommunalverfassung Schleswig-Holsteins übernommen und zur Pflicht gemacht werden. In der Kommunalverfassung Schleswig-Holsteins ist beispielsweise die Jugendbeteiligung als Sollbestimmung enthalten.

4. Möglichkeiten der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

Zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen existieren aus unserer Sicht zwei generelle Varianten. Einerseits ist die **Mitarbeit in Gremien** (Arbeitskreise, Jugendratsversammlungen, Kinder- und Jugendforen, Kinderparlamente) möglich. Andererseits kann eine **Beteiligung an konkreten Projekten beziehungsweise Aktionen** erfolgen.

Zur Beteiligung über die Mitarbeit in Gremien existieren bundesweit verschiedene Jugendratsversammlungen mit unterschiedlichen Organisationsformen und unterschiedlicher Einordnung in die jeweilige Kommune. Neben Jugendratsversammlungen werden auch andere Verfahren zur Mitarbeit in Gremien genutzt. Beispiele dafür sind Kinder- und Jugendforen (zum Beispiel in München) und Kinderparlamente (zum Beispiel in Güstrow).

Um über die Mitarbeit in Gremien tatsächlich Beteiligung zu erreichen, müssen insbesondere die Fragen der Entscheidungskompetenz und der Themenauswahl geklärt werden. Die Vorgaben von „Erwachsenenthemen“ mit der Rückfrage „Wie seht ihr denn das?“ ist mit Sicherheit keine Form der Beteiligung. Zu beachten ist weiterhin, dass die Zeit zwischen Entscheidung und Umsetzung kurz sein muss, dass der Betreuungs- und Koordinierungsaufwand erheblich sein kann und dass die Mitarbeit stark interessen- und themengebunden ist.

Bei der Beteiligung über Projekte und Aktionen werden vielfältige Themen genutzt und verschiedene Methoden angewandt. Generell kann man zwischen Planungsprojekten und Umsetzungsprojekten unterscheiden.

Wichtig bei der Einbeziehung der Kinder und Jugendlichen über Projekte ist die Tatsache, dass die Einbeziehung bereits in der Phase der Erarbeitung der Projektidee erfolgt. Die Auswahl der zu behandelnden Themen sollte nach Möglichkeit immer durch

die Kinder und Jugendlichen erfolgen, zumindest aber deren Themen aufgreifen. Optimal ist es, wenn die Kinder und Jugendlichen im Projekt nur begleitet werden, die Betreuer nur als Diskussionspartner und zur Klärung von Rahmenbedingungen zur Verfügung stehen.

Insbesondere bei Planungsprojekten existiert eine Vielzahl von Methoden - so Modellbau, Fotostreifzüge, Planungstreifzüge - , die angewandt werden können. Eine Übersicht dazu bieten solche Bücher wie „mitreden, mitplanen, mitmachen“ und „Planen mit Phantasie“, die vom Deutschen Kinderhilfswerk e.V. herausgegeben wurden.

Auf Kriterien für die Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen soll an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden. Diese sind ebenfalls in den beiden genannten Büchern zu finden.

5. „Vom Trafohaus zum Tierquartier“ - ein Teilprojekt als Beispiel

Die Naturschutzjugend (NAJU) kam mit der Idee auf uns zu, ein Trafohaus in ein Tierquartier umzubauen. Der Grund für die Idee war, dass durch die heutige Art des Bauens Nistplätze für Schleiereulen, Fledermäuse sowie Unterschlupfmöglichkeiten für Igel fehlen. Diese könnten durch die Umgestaltung eines nicht mehr genutzten Trafohauses zum Tierquartier geschaffen werden, meinten Jugendliche.

Verschiedene Vorgespräche mit der Verwaltung, mit Anwohnern des Wohngebietes und der Westmecklenburgischen Energieversorgung AG (WEMAG) als Besitzer des Trafohauses führten zu folgenden Ergebnissen:

Die Anwohner wollen mit diesem Projekt das Trafohaus und damit das Bild der Siedlung unter Berücksichtigung eines besseren Naturschutzes erhalten. Die Stadt kauft das Trafohaus von der WEMAG und stellt es der NAJU zur Verfügung.

Unterstützt durch verschiedene Bützower Firmen wurde das Trafohaus durch die Umweltgruppe umgestaltet. Die bauliche Phase begann im Oktober 1998 und schloss mit dem Aufstellen von Schautafeln im September 1999 ab. Seitdem erfolgt durch die NAJU-Gruppe die Beobachtung, welche Tiere sich ansiedeln. Mit diesem Projekt gewann die NAJU-Gruppe den Hauptpreis im Umweltwettbewerb des Staatlichen Amtes für Umwelt und Natur Rostock.

6. Die Jugendratsversammlung der Stadt Bützow

Am 27. Januar 1997 beschloss die Stadtvertretung die Einrichtung einer Jugendratsversammlung (JRV), um interessierten Jugendlichen die Möglichkeiten einzuräumen, sich in das demokratische Gemeinwesen einbringen zu können. Die Idee dazu und Aspekte der Umsetzung entstammen einem Erfahrungsaustausch des Bildungsausschusses im Mai 1996.

Die Jugendratsversammlung - **siehe Abbildung 1** - dient einerseits dazu, jugendlichen Einwohnern die Möglichkeit zu geben, eigene Wünsche und Vorstellungen bei der Gestaltung des gemeinschaftlichen Lebens zu artikulieren; auf der anderen Seite können die Jugendlichen durch die Mitarbeit in der Jugendratsversammlung Chancen, Möglichkeiten und Grenzen kommunalpolitischer Arbeit erleben.

Um die Mitarbeit in der Jugendratsversammlung können sich Schülerinnen und Schüler der Realschule, der Hauptschule oder des Gymnasiums Bützow bewerben, die das 14. Lebensjahr beendet haben.

Am 10. Dezember 1997 fand die 1. Sitzung der Jugendratsversammlung statt; am 3. April 1998 trat die Geschäftsordnung nach Beschluss durch die Jugendratsversammlung der Stadt Bützow in Kraft. In insgesamt 18 Paragraphen wurden unter anderem folgende Aspekte geregelt: die Aufstellung der Tagesordnung, Teilnahme an den Sitzungen, Vorsitz, Beschlussfähigkeit der JRV, Anträge beziehungsweise Anträge zur Sache und das Sitzungsprotokoll.

Der Jugendratsversammlung können maximal 29 Mitglieder angehören, zur Zeit sind es 20 Mitglieder. Die Mitglieder ordnen sich interessenbedingt einer Arbeitsgruppe zu. In das Präsidium werden höchstens sechs, mindestens jedoch drei Mitglieder gewählt, wobei aus jeder Arbeitsgruppe mindestens ein Mitglied, höchstens zwei Mitglieder in das Präsidium gewählt werden können. Der Präsident wird durch das Präsidium gewählt und von der Jugendratsversammlung bestätigt.

Der Vorsitz in der Jugendratsversammlung wird vom Präsidenten übernommen. Der Präsident eröffnet, leitet und schließt die jeweilige Sitzung. Im Fall einer Verhinderung ist die Vertretung des Präsidenten in der Geschäftsordnung geregelt.

Die Bützower Jugendratsversammlung besteht aus drei Arbeitsgruppen:

1. Arbeitsgruppe „Umwelt“

Sie besteht aus fünf Schülern und hat in der jüngeren Vergangenheit dazu beigetragen, dass Nistkästen in Bützower Parkanlagen installiert wurden und ein kindgerechter Spielplatz in einem neu entstandenen Wohngebiet errichtet wurde. Ein laufendes Projekt ist die Erstellung einer Übersicht mit gleichzeitiger Bewertung von Bützower Radwegen.

2. Arbeitsgruppe „Freizeit und Kultur“

Dort arbeiten zehn Mitglieder. Die Arbeitsgruppe hat seit ihrer Gründung im Jahr 1997 unter anderem erreicht, dass im Bützower Rathaus regelmäßig künstlerische Schülerausstellungen stattfinden und dass auf dem Schulhof der Kopernikusschule eine Basketballanlage aufgestellt wurde. Außerdem hatte sie 1998 und 1999 eine Jugendrocknacht mit Nachwuchsbands initiiert, welche jeweils große Resonanz unter Bützower Jugendlichen fand.

Struktur der Jugendratsversammlung in Bützow

**MEINE
2010
STADT**
Bützow • Agenda 21

Jugendratsversammlung

Jugendbeteiligung an kommunalen Prozessen durch Jugendliche ab 14 Jahren

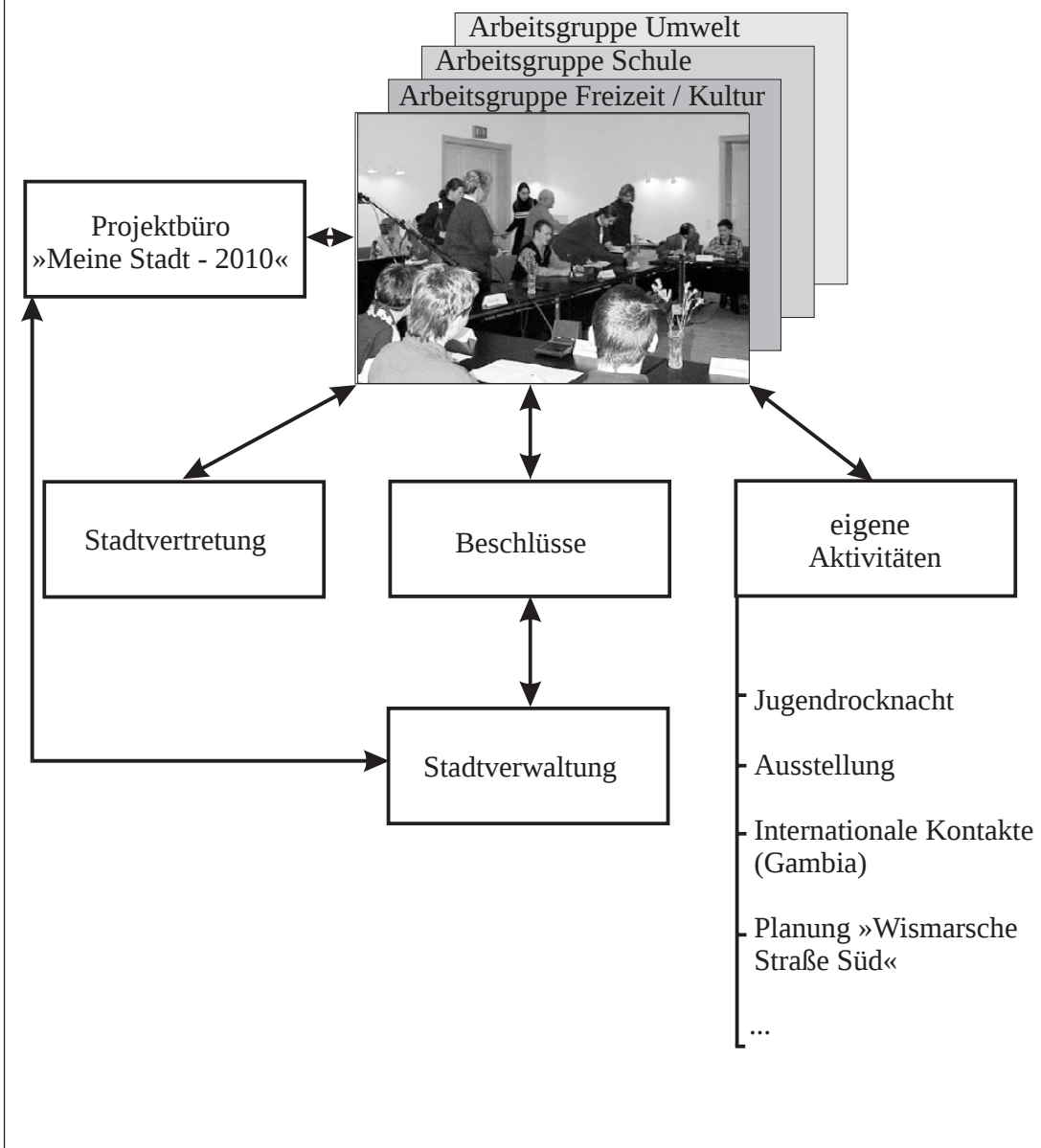


Abbildung 1

© JRV

3. Arbeitsgruppe „Schule“

In ihr arbeiten fünf Schüler der Klassen 10, 11 und 12, ein Student und zwei Auszubildende. Diese Arbeitsgruppe leistete Unterstützung bei der Planung und Gestaltung eines kindgerechten Schulhofes; sie ist am Aufbau eines Jugendstadtnetzes beteiligt und hat das Thema „Rechtsradikalismus“ in Bützow „salonfähig“ gemacht.

Auf das Thema „Rechtsradikalismus“ sind wir aufmerksam geworden, als sich in Bützow Fälle häuften, bei denen es zu Ausschreitungen zwischen rechten und anderen, zum Teil linken Jugendlichen aus Bützow und Umgebung kam. Wir entschieden, uns der Problematik zu nähern, indem wir zuerst eine Gesprächsrunde organisierten, in der rechte und linke Jugendliche, ein Bützower Schulleiter, Schulsozialarbeiter, der Leiter des Ordnungsamtes sowie ein Jugendklubleiter die Thematik diskutierten.

In der Diskussion hatte es sich schnell herausgestellt, dass sich kein Jugendlicher spontan um 180 Grad wendet und man diesen bekehren kann. Die Diskussionsrunde war zu dem Entschluss gekommen, dass Möglichkeiten geschaffen werden müssen, um gegenseitig Toleranz üben zu können.

Als eine Schlussfolgerung wurde die Aktion „Sport statt Gewalt“ entwickelt. Eine weitere Initiative, die auf Grund des Engagements der Jugendratsversammlung entstand, ist der Themenkreis „Jugendarbeit - Rechtsextremismus“. Dieser Themenkreis beschäftigt sich intensiv mit der Problematik und hält Kontakt zur Jugendratsversammlung.

Weiterhin ist die Arbeitsgruppe Schule damit beschäftigt, die Bützower Schulen auch nach dem Unterricht für die Schüler attraktiv zu machen.

Die einzelnen Arbeitsgruppen treffen sich in der Regel alle zwei bis drei Wochen. In diesen Sitzungen werden Problemstellungen thematisiert und in einem Umfang bearbeitet, der es ermöglicht, Beschlüsse in der Jugendratsversammlung zu fassen und gegebenenfalls Anträge an die Stadtvertretung zu stellen. Es werden aber auch einzelne Projekte selbständig bearbeitet, wie zum Beispiel die Jugendrocknacht oder das Projekt „Radwege in Bützow“.

Die Jugendratsversammlung selbst trifft sich alle sechs Wochen zu turnusmäßigen Beratungen. Der genaue Termin wird durch das Präsidium festgelegt. Die Präsidiumssitzungen finden ebenfalls in einem überschaubaren Zeitraum statt. Das Präsidium ist für die Tagesordnung der Jugendratsversammlung verantwortlich und bereitet interne Veranstaltungen für die Mitglieder der JRV vor.

Nicht nur die Arbeitsgruppen planen oder führen Projekte und Veranstaltungen durch; die Jugendratsversammlung selbst plant auch Veranstaltungen, die arbeitsgruppenübergreifend organisiert werden. So fand im Jahr 1999 zum Beispiel eine **Wahlparty** in Bützow statt, die von Mitgliedern der Jugendratsversammlung für Jugendliche organisiert und durchgeführt wurde.

Sinn und Zweck der Veranstaltung lag darin, dass die Jugendlichen, die das 16. Lebensjahr vollendet hatten, über den Wahlvorgang auf kommunaler Ebene aufgeklärt werden sollten. Dazu wurden Kommunalpolitiker der zur Wahl stehenden Parteien geladen.

Das Konzept der Wahlparty war so aufgebaut, dass Jugendliche zwar informiert wurden, jedoch auch viel Spaß an der Sache haben sollten. So wurden Diskjockeys und Moderatoren aus den Reihen der Jugendratsversammlung engagiert, die die gesamte Party musikalisch begleiteten und moderierten.

Der Informationsteil der Veranstaltung war wie folgt aufgebaut: Zunächst wurde den Jugendlichen genauestens erklärt, wie der Wahlzettel auszufüllen ist. Dann hatten die Politiker in drei Frage- und Antwortspielen, die jeweils an bekannte TV-Shows angelehnt waren, die Möglichkeit, die Jungwähler von ihrer jeweiligen Partei zu überzeugen. Am Ende der Veranstaltung fand eine kleine Wahl statt, bei der die Jungwähler ihren Favoriten küren konnten.

Kommen wir nun zur Funktionsweise der Jugendratsversammlung zurück. In den Sitzungen der JRV stellen die einzelnen Arbeitsgruppen ihre Projekte vor, wofür vornehmlich der jeweilige Vorsitzende einer Arbeitsgruppe zuständig ist. Anschließend werden die einzelnen Projekte besprochen; gegebenenfalls werden Fachmeinungen eingeholt. Es wird über die Unterstützung des einzelnen Projektes abgestimmt, wobei durchaus eine Zusammenarbeit mit der Stadtvertretung von beiden Seiten erwünscht ist, dies jedoch seitens der Jugendratsversammlung noch viel zu selten genutzt wird.

Beschlüsse der Jugendratsversammlung sind im Rahmen des Budgets bindend und werden realisiert. Demzufolge ist es notwendig, dass eine Machbarkeit im Sinne der Realisierung des Beschlusses besteht, worauf auch die Betreuer des Projektbüros achten. Bei Beschlüssen, die das Budget überschreiten, ist eine Entscheidung durch die Stadtvertretung notwendig.

Die Aktivitäten der Jugendratsversammlung im Jahr 1999 werden zu 77 Prozent vom Kinderhilfswerk, zu 15 Prozent von der Stadt Bützow und zu acht Prozent durch die Rockveranstaltung der Jugendratsversammlung finanziert. Bei einem Budget von 26.115 DM ist es natürlich erforderlich, eine Prioritätenliste zu erstellen, anhand derer die Ausgaben der Jugendratsversammlung aufgeschlüsselt werden. Im Jahr 1999 standen die Rockveranstaltung und die Schulhofgestaltung an erster Stelle.

Wie schon angesprochen, kann die Zusammenarbeit der Jugendratsversammlung mit den Stadtpolitikern nur als befriedigend bezeichnet werden. Zwar sind bei jeder Sitzung der JRV Stadtpolitiker anwesend; es haben bereits viele Mitglieder der Jugendratsversammlung an Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung teilgenommen, um ihre Arbeit vorzustellen. Aber dennoch ist die beabsichtigte Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene noch nicht in dem gewünschten Maße erreicht worden. Das liegt einerseits an den Berührungängsten, die die Jugendratsversammlung hinsichtlich der Zusammenarbeit mit den Stadtvertretern noch zu haben scheint, andererseits auch an

der zum Teil noch fehlenden Koordination zwischen den beiden Instanzen. Dieses ist mit Sicherheit ein Manko, welches in naher Zukunft beseitigt werden sollte, zum Vorteil beider Gremien.

Zuletzt möchten wir hervorheben, dass die Jugendratsversammlung keine stupide Versammlung ist, bei der es nur um die Lösung kommunalpolitischer Angelegenheiten geht; sicherlich sind die Jugendlichen bestrebt, Veränderungen auf kommunaler Ebene zu erreichen. Es gibt auch interne Veranstaltungen - so beispielsweise gemeinsame „Kneipengänge“ oder Grill-Feten -, die den Faktor „Fun“ in die Jugendratsversammlung bringen sollen. Außerdem machen Veranstaltungen wie „Sport statt Gewalt“ oder ein Kinder- und Jugendstadtfest mit integriertem Drachenbootrennen, welche die Jugendratsversammlung mit organisierte, auch eine Menge Spaß.

Wir hoffen, Ihnen mit unserem Bericht einen guten Einblick in die Bützower Jugendarbeit nach den Maßstäben der Agenda 21 vermittelt zu haben; wir stehen bei Fragen jederzeit zur Verfügung.¹

¹ Kontaktadresse: Projektbüro „Meine Stadt - 2010“, Am Markt 1, 18246 Bützow, Telefon 038461 - 50 228, Telefax 038461 - 50 100, E-mail: Agenda21_Stadt_Bützow@t-online.de

Potsdam, aber sicher! Erfahrungen bei der Entwicklung und Förderung von Schulprojekten

ANGELIKA KITZIG

*Leiterin der Sicherheitskonferenz (SIKO) der Stadtverwaltung
der Landeshauptstadt Potsdam*

Ich freue mich, heute über Erfahrungen aus Potsdam berichten zu können. Ich bin in der Stadtverwaltung Potsdam für die Sicherheitskonferenz (SIKO) sowie für die Koordination der Lokalen Agenda 21 verantwortlich.

... am Anfang war die Sicherheitskonferenz

Am 4. Januar 1995 wurde von der Stadtverordnetenversammlung ein Konzept beschlossen, in dem es heißt: *„Mit dem vorliegenden Konzept sollen qualitativ neue Wege kommunaler Sicherheitsprävention beschrritten werden. Das setzt voraus, dass neue, ressortübergreifende Organisationsstrukturen geschaffen werden, die möglichst vielfältige politische und gesellschaftliche Kräfte einbinden.“*

Sie werden mir zustimmen, dass diese Forderungen nicht weit vom Handlungskonzept der Lokalen Agenda 21 entfernt sind. Die Sicherheitskonferenz nahm im Juni 1995 ihre Arbeit auf. Die SIKO geht von einem generalpräventiven Ansatz aus. Kommunikations-, Konfliktfähigkeit und die Kooperationsbereitschaft sollen in diesem Zusammenhang gestärkt werden, um Verantwortungsbewusstsein zu stärken und Identifikationsmöglichkeiten zu schaffen. Ein Ziel ist die Entwicklung problemnaher, handlungsorientierter Ansätze zur Prävention!

Es geht um die Entwicklung praktischer und umsetzbarer Vorschläge zur Verhinderung von Gewalt als Mittel der Konfliktlösung sowie um die Stärkung des Sicherheitsgefühls. Angeregt beziehungsweise gestärkt werden sollen kooperative Strukturen, gefördert werden soll die soziale Kompetenz. Die Aufgabenstellung der SIKO ist also - wie die der Lokalen Agenda 21 - **auf eine nachhaltige Verbesserung der Lebensbedingungen auf der Basis der Chancengleichheit, Vernetzung und Bürgerbeteiligung orientiert - siehe Abbildung 1.**

Gemeinsamkeiten im Arbeitsansatz der Sicherheitskonferenz und der Lokalen Agenda 21

Im Mai 1999 bekam die SIKO vom Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam den Auftrag, die Koordinierung der Lokalen Agenda 21 zu übernehmen. Um möglichst schnell in die neue Aufgabenstellung hineinzuwachsen, studierte ich Beispiele anderer Städte. Dabei stellte ich fest, dass viele Aktivitäten, Projekte oder Pläne, die in

Struktur der Lokalen Agenda 21 in der Stadt Potsdam

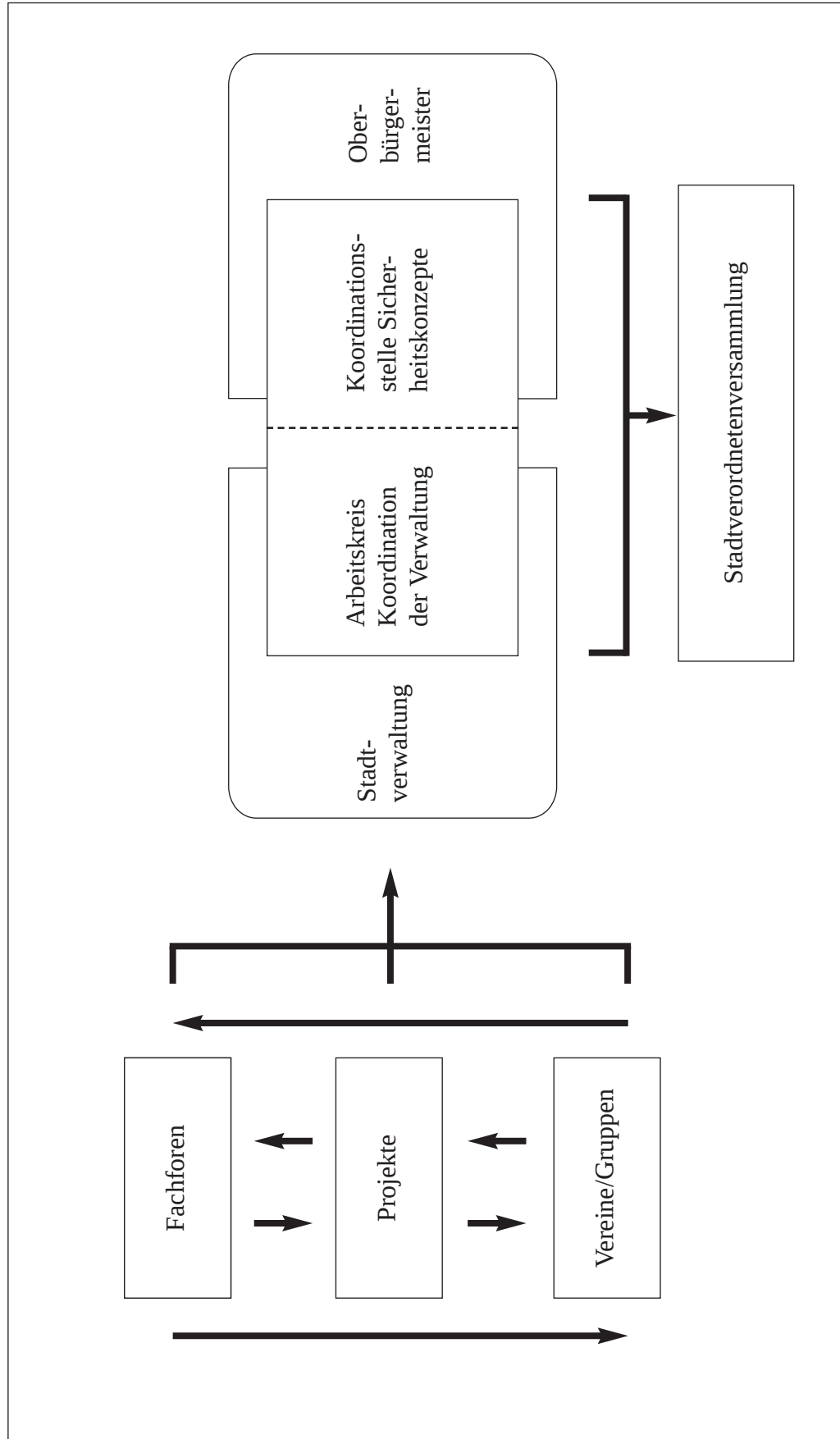


Abbildung 1

der Vergangenheit durch die SIKO initiiert oder unterstützt wurden, der Agenda zuzurechnen sind. **Es gibt eine wesentliche Gemeinsamkeit zwischen der SIKO und der Lokalen Agenda 21, die man verkürzt als Stärkung individueller Handlungskompetenzen bezeichnen kann.**

Dazu gehören:

- die Förderung von Konfliktfähigkeit,
- die Förderung von Selbstvertrauen,
- die Unterstützung bei der Sinnsuche und Sinnerfüllung,
- die Förderung von Kontakt- und Kommunikationsfähigkeit sowie
- die Förderung von Genuss- und Erlebnisfähigkeit.

Ich bin sicher, daß Sie die Grundtöne der Agenda heraushören, die entsprechende Übersetzung finden.

Offene Türen für die Lokale Agenda 21 an Potsdamer Schulen

Bei einer Veranstaltung des Deutschen Instituts für Urbanistik im Juni 1999 tauchte die Frage auf, wie man Kontakt zu den Schulen gewinnen kann. Ich konnte im Kontext der Arbeit der SIKO die Erfahrung machen, dass **Vertrauen die Basis einer guten Zusammenarbeit** bildet. Die SIKO hatte allen Schulen von Anfang an Angebote zur Zusammenarbeit unterbreitet. Dabei war mit der Stadtschulrätin abgesprochen, die auch im Präsidium der SIKO mitarbeitet, dass die Angebote wirklich Angebote sein sollen und eben keine verordneten Maßnahmen.

Geduldig arbeiteten wir Schritt für Schritt. Vertrauen gewannen wir mit der Arbeit schließlich, weil wir uns ganz speziell auf die Bedürfnisse einer jeden Schule einstellten, Hilfe zur Selbsthilfe gaben. So gibt es mittlerweile eine kontinuierliche Sucht- und Gewaltprävention an Schulen durch die SIKO oder Hilfe bei der Umgestaltung der Schulhöfe. Schüler und Lehrer sowie die Schulen insgesamt können dabei davon ausgehen, dass versucht wird, Problemlagen zu erkennen und Hilfe bei deren Bewältigung anzubieten.

Vertraulichkeit zu wahren - so wird dabei vorausgesetzt -, ist selbstverständlich. Ergebnisse der Arbeit werden nicht „vermarktet“, wenn die Schule das nicht wünscht. Mit dieser (bedürfnisorientierten) Arbeitsweise konnten gute Erfolge erzielt werden.

Partizipation

„Konflikt als Chance“ heißt ein Forschungsvorhaben, das von der Sicherheitskonferenz unterstützt wird. Es handelt sich um **ein Forschungsprojekt, das in Kindergärten mehrerer Bundesländer durchgeführt wird.** Dabei wird analysiert, welche Möglichkeiten Kinder zur Übernahme sozialer Verantwortung und zur eigenverant-

wortlichen Bewältigung sozialer Konflikte haben. Die Kindergartenkinder werden bis in ihr erstes Schuljahr hinein begleitet. Ein mit dem Forschungsvorhaben einhergehendes Interventionsprogramm soll Erzieherinnen und Grundschullehrern inhaltliche und methodische Anregungen zur Förderung kindgerechter Handlungskompetenz und Mitbestimmung bieten. Das Projekt läuft fünf Jahre. In diesem Zeitraum wird messbar sein, ob und inwieweit sich im Verhalten der Kinder Änderungen zeigen.

Ein weiteres Projekt mit dem Institut für Angewandte Kindheits-, Jugend- und Familienforschung der Universität Potsdam richtet sich an Hortkinder. Bei dem Projekt **„Partizipation - Kompetenz der Kinder herausfordern!“** sollen Kinder erweiterte Mitgestaltungsmöglichkeiten eingeräumt bekommen und lernen, diese bewusst zu gestalten. Die Hortnerinnen sollen Partizipation als Aufgabe in ihr Arbeitskonzept und ihr pädagogisches Handeln integrieren, so dass nach Beendigung des Modellprojektes die erreichten Ergebnisse für die Kinder wirksam bleiben und weiterentwickelt werden können.

Schule als Lebensraum

Die Bemühungen der Sicherheitskonferenz waren von Beginn an darauf gerichtet, **ein Klima dafür zu schaffen, dass die Schule als Lebensraum zu begreifen und dementsprechend umzugestalten ist.** Raum - gerade in einer Großstadt - ist für Kinder und Jugendliche nur begrenzt vorhanden. In der barocken Potsdamer Innenstadt sind grüne Oasen rar.

Um eine solche Oase zu schaffen, ergriff der **Förderverein der Eisenhardt-Grundschule** gemeinsam mit Lehrern und Kindern die Initiative. Die **Umgestaltung des Schulhofes war das Ziel**, der bis dahin versiegelt war, wenig Spiel- und Ruheplätze bot und auf dem die Fahrräder keinen richtigen Platz hatten. Die Kinder erfanden, malten und bastelten eine Schullandschaft. Um die Träume wahr werden zu lassen, fanden sich Mitarbeiter verschiedener Ämter, Lehrerinnen oder Lehrer und Eltern zusammen. Überzeugungsarbeit war notwendig, um den nicht alltäglichen Anforderungen Rechnung zu tragen, um sie in Machbares unter der Voraussetzung zu übersetzen, den Modellen der Kinder möglichst zu entsprechen. So konnte zum Beispiel erst langsam Begeisterung für die Idee aufkommen, nicht nur einen Fahrradständer zu bauen, sondern dessen Dach zu begrünen.

Ein Konsens konnte schließlich - auch mit den Kindern - erreicht werden. Dieser Konsens besagte unter anderem, dass die Kinder selbst an möglichst vielen Arbeiten beteiligt werden sollten. Konsens wurde auch darüber erlangt, dass nicht alle Blümenträume, die gereift waren, umgesetzt werden konnten. Ihre Konfliktfähigkeit konnten bei der Planung und Umsetzung dieses Projektes alle Beteiligten unter Beweis stellen oder erproben. Die Einweihung des umgestalteten Schulhofes bewegte alle, die den Prozess begleitet hatten. Das Ergebnis überzeugte.

Handlungskompetenz auf andere Weise erlangten die **Schüler der Rosa-Luxemburg-Gesamtschule** bei dem **Projekt „Begegnungsorte im Grünen“**. Auch bei diesem

Projekt waren Lehrerinnen, Lehrer, Schüler und der Förderverein der Schule aktiv. Das Projekt beinhaltete einen Ausflug in die Vergangenheit, frühere Wohnformen wurden recherchiert, Museen besucht. Lehrerinnen und Lehrer integrierten das Thema „Wohnen“ fächerübergreifend in den Unterricht.

Zu den Erfahrungen, die während des Projektes gesammelt werden konnten, gehörte, dass Weidenruten nicht beliebig geschnitten werden dürfen, obwohl sie zu den nachwachsenden Rohstoffen gehören. Für die geplante Hütte mussten deshalb Kontakte bis nach Rostock aufgenommen werden. Schließlich konnte die Weidenhütte auf dem Schulgelände errichtet werden. Die Schüler achteten darauf, dass dieses anfangs fragile Gebilde nicht beschädigt sowie ausreichend gewässert wurde, so dass die Weidenruten ausschlagen konnten.

Heute ist die Weidenhütte ein Punkt des Rückzugs auf dem Schulgelände. Die guten Erfahrungen mit der gemeinsamen Arbeit spornten dazu an, sich das Schulgelände durch weitere Umgestaltungsvarianten als Lebensraum anzueignen. Lokal zu denken, wie es in der Agenda heißt, wurde bei diesem Projekt schon über den kleinen örtlichen Rahmen und über den Rahmen der alleinigen Konzentration auf das Heute hinaus geprobt.

Öffnung der Schule

Grundschulen sind in der unmittelbaren Nachbarschaft nicht immer gern gesehen. Die Ursachen dafür sind vielfältig. Eine Grundschule in der Waldstadt Potsdams hatte ein ehrgeiziges Projekt in Angriff genommen, um die Verbindung der Schule mit ihrem Umfeld zu stärken, die **Schule als Ort der Kommunikation im Wohngebiet** zu etablieren. Da die Schule über keine Aula oder einen sonstigen größeren Raum verfügte, beschloss man, sich selbst einen solchen in Form eines **Amphitheaters** zu bauen.

Von den vielen engagierten Helfern, die zur Realisierung dieses Planes beitrugen, seien hier zwei Gruppen genannt, die vielleicht in einem solchen Kontext ansonsten eher unübliche Partner sind: Matrosen der Fregatte „Brandenburg“ und arbeitslose, bettelnde Jugendliche. Zu beiden Gruppen wurde der Kontakt durch die SIKO hergestellt.

Die Matrosen suchten ein Projekt, bei dem sie selbst eine Woche lang anpacken konnten. Der Bau des Amphitheaters war dafür prädestiniert. Matrosen und Kinder arbeiteten eine Woche lang gemeinsam, aßen zusammen und verbrachten sogar einen Teil der Freizeit gemeinsam. Spaß hat die Arbeit allen gemacht.

Da die Arbeit aber noch nicht vollendet war, wurde vor dem Einbruch des Winters erneut nach Helfern Ausschau gehalten. Mit einer Gruppe Jugendlicher, die sich ihre Zeit damit vertrieben, in der Einkaufszone Passanten anzusprechen, ob sie mal 'ne Mark für sie hätten, wurden Vorgespräche geführt. Sie konnten für diese praktische Arbeit begeistert werden. Vielleicht können Sie sich vorstellen, dass die Schulleiterin

der Grundschule anfangs etwas skeptisch bei dem Gedanken war, die „Bunten“ in die Schule zu holen. Wie würde das von den Bewohnern des Umfeldes gewertet werden, wie sich auf die Schüler auswirken? Aber alles ging gut. Den Jugendlichen machte die Arbeit Spaß. Sie kamen pünktlich, arbeiteten fleißig, bekamen eine Entlohnung als un-
stetig Beschäftigte - und alle waren zufrieden.

Das Amphitheater konnte im Frühjahr mit einem Fest eingeweiht werden, zu dem sich die Tore der Schule weit für alle Interessenten öffneten. Ökologische, ökonomische und soziale Belange wurden bei diesem Projekt hervorragend verbunden - ein beispielhaftes Agenda-Projekt.

Nicht nur für Kinder, sondern ebenfalls für die Bevölkerung eines Wohngebietes in Potsdam-Drewitz ist eine weitere Grundschule beispielgebend. Diese Schule kann als „Öko-Schule“ definiert werden. Dass diese Ausrichtung für alle erlebbar wird, wurde zum Beispiel durch den **Bau eines Lehmbackofens** erreicht.

Nicht jeder Handwerker beherrscht die Kunst, einen funktionierenden Lehmbackofen zu bauen. Die Kinder durften also beim Helfen kräftig staunen, da so etwas nicht alle Tage zu erleben ist. Technische Details wurden „greifbar“. Heute ist es für die Schüler mehr als eine mathematische Angabe, wenn gesagt wird, dass der Ofen etwa eineinhalb mal eineinhalb Meter groß, rund zwei Meter hoch ist und in seinem Innern bis zu 300 Grad Celsius herrschen. Kaum war der Ofen fertig, ging es erneut ans Lernen, da viele Arbeitsgänge zu bewältigen sind, bis ein Brotteig in den Ofen geschoben werden kann. Bei einem Fest wurden die ersten fertigen Brote gemeinsam mit vielen Gästen verzehrt. Auch in Potsdam-Drewitz ist durch diese Maßnahme weit mehr als die Festigung eines Schulstandortes erreicht worden.

Zukunftsbeständigkeit

Eine Forderung, die an Agenda-Aktivitäten gestellt wird, ist die **Nachhaltigkeit**, die wir auch mit **Zukunftsbeständigkeit** übersetzen können. Die Zukunft von heute ist die Vergangenheit von morgen. Daraus folgt, dass die Position ständig neu gefunden, bestimmt und formuliert werden muss.

Ein Beispiel dafür ist die **Katharinenholz-Grundschule** am Rande Potsdams. Vor einigen Jahren hatte die Schule gemeinsam mit der SIKO bei SCHILF-Tagen (schulinterne Fort- und Weiterbildung) begonnen, ein Schulkonzept zu erarbeiten. Der Schwerpunkt sollte dabei der unmittelbare Bezug zur Umwelt sein, der allein schon durch die Lage der Schule gegeben war. Ein **umweltorientiertes Schulkonzept** entstand als Leitbild.

Zu den Maßnahmen der Umsetzung der Zielstellung gehörten beispielsweise die **Anlage eines Teiches** sowie die Umgestaltung von etwa 1000 Quadratmetern Brachland in einen **Bauern-Schulgarten** nach alten Vorbildern. Auch bei diesem Projekt gab es eine Zusammenarbeit auf breiter Basis, bei der natürlich die Kinder die Hauptakteure waren.

Lehrer und Schüler konnten in diesem Jahr in ein neues Schulgebäude umziehen. Nachhaltigkeit passé, Teich und Garten ein Relikt der Vergangenheit? Nein. Die Lehrerinnen, Lehrer und Schüler haben es sich zur Aufgabe gemacht, Bewährtes zu erhalten. Dies bedeutet, dass Teich und Garten umgesetzt werden. Das ist auch ein Beweis dafür, dass Identifikationspunkte geschaffen werden können, die selbst Veränderungen standhalten.

Die **Energiesparschulen** möchte ich nur kurz erwähnen. Es wäre angemessen, ihr Konzept und ihre Arbeitsweise ausführlich darzustellen. Leider ist das in dem vorgegebenen Zeitrahmen nicht möglich. Ich gehe jedoch davon aus, dass alle Anwesenden das Grundkonzept kennen, bei dem sich die Schulen Energiesparmaßnahmen zum Ziel setzen. Die Schulen Potsdams, die sich an diesem Programm beteiligten, präsentierten ihre Arbeitsweise und ihre Ergebnisse im Rahmen einer Ausstellung im Stadthaus. Der Oberbürgermeister zeichnete die besten Schulen aus und übergab ihnen einen Scheck. Der Anteil an gesparten Kosten konnte so für neue Projekte der Schule genutzt werden.

Ein Ausblick

Der neue Ansatz in Potsdam nach nunmehr zwei Stadtverordnetenbeschlüssen zur Lokalen Agenda 21 setzt auf die **Entwicklung von der Basis her**. Durch die Sicherheitskonferenz, die im Auftrag des Oberbürgermeisters als Koordinierungsstelle fungieren soll, wird auch versucht werden, in der Stadtverwaltung **die zentralen Orientierungspunkte der Agenda**, dass nämlich **soziale, ökonomische und ökologische Aspekte** im Kontext zu denken, zu planen und umzusetzen sind, über den bisher bereits praktizierten Rahmen hinaus in die Arbeit einzubringen - **siehe Abbildung 2**.

Mit dem Stadtjugendring gibt es erste Kontakte. Vielleicht bildet sich ein Arbeitskreis, der die Partizipationsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen in der Stadt untersucht. Ziemlich sicher ist bereits, dass es im Jahr 2000 an Potsdamer Schulen eine „Woche der Agenda“ geben wird.

Sie stimmen sicher mit mir darin überein, dass für Kinder und Jugendliche, deren Zukunft es zu sichern gilt, Erfahrungsräume zum handelnden und entdeckenden Lernen ebenso notwendig sind wie Zeit und Raum, um soziale Beziehungen auszubauen und zu stabilisieren. **Es ist notwendig, durch unser Handeln die Erkenntnis zu dokumentieren, dass die Zukunft nur im globalen Zusammenhang gestaltet werden kann.**

„Lokal handeln, global denken“ ist ein Motto der Agenda. Wir Erwachsenen tragen in diesem Zusammenhang eine nicht unbeträchtliche Verantwortung als Vorbild für die heranwachsende Generation. In dem Bemühen darum sollten wir hellhörig sein, Neues auf- und annehmen können. Dabei wünsche ich uns allen viel Glück!

Inhaltliche Orientierung der Lokalen Agenda 21 in der Stadt Potsdam

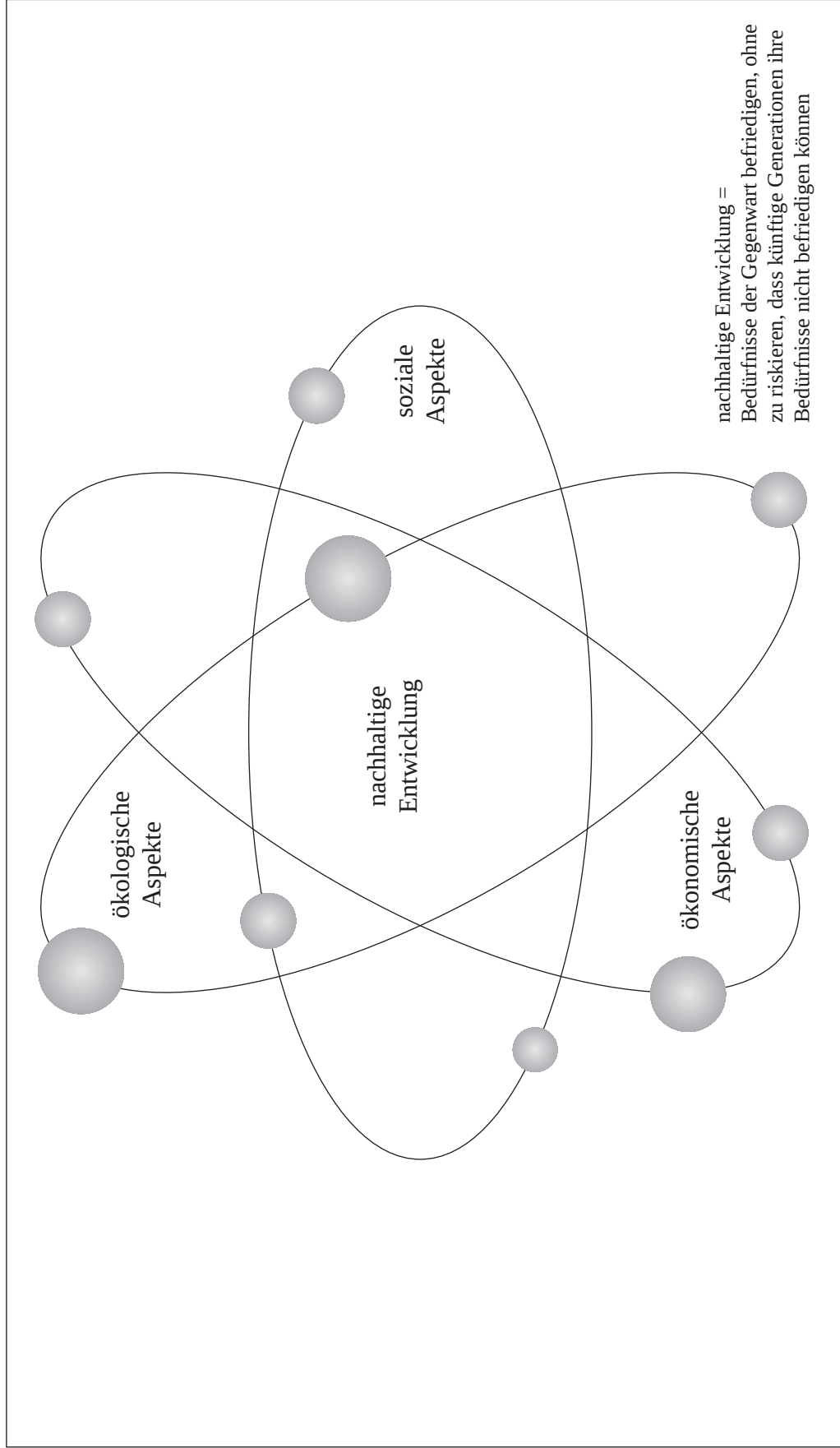


Abbildung 2

© Sicherheitskonferenz der Stadt Potsdam

Arbeitsgruppe 1: Aktivierung und Motivierung von Kindern und Jugendlichen, sich an der Umsetzung der Lokalen Agenda 21 zu beteiligen - Bericht der Arbeitsgruppe

DR. ANNETT FISCHER

Wissenschaftliche Mitarbeiterin des Arbeitsbereiches „Umwelt“
im Deutschen Institut für Urbanistik (Difu), Berlin

Im Teil III der Agenda 21 „Stärkung der Rolle wichtiger Gruppen“ ist das Kapitel 25 ausdrücklich Kindern und Jugendlichen gewidmet: *„Die Einbeziehung der heutigen Jugend in umwelt- und entwicklungspolitische Entscheidungsprozesse und ihre Beteiligung an der Umsetzung von Programmen ist mitentscheidend für den langfristigen Erfolg der Agenda 21.“*

In Anbetracht dessen, dass unser heutiges Handeln nicht nur Einfluss auf das Leben Jugendlicher heute hat, sondern auch Auswirkungen auf deren Zukunft, ist es zwingend erforderlich, Jugendliche aktiv an den Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Die Diskussionspartner in der Arbeitsgruppe 1 hoben hervor, dass Jugendliche zusätzlich zu ihrem Wissen und ihrer Fähigkeit, unterstützende Kräfte zu mobilisieren, einzigartige Ansichten einbringen, die berücksichtigt werden müssen. Die besonderen Interessen der Jugendlichen müssen sowohl bei Umwelt- als auch bei Entwicklungsfragen bedacht werden, damit auch die künftige Nachhaltigkeit der Maßnahmen sichergestellt ist.

Die Umsetzung der Agenda 21 eröffnet nach Meinung vieler Diskussionspartner verschiedene Möglichkeiten, die Rechte der Jugendlichen auf Mitsprache und Mitgestaltung sowie Beteiligungs- und Mitwirkungsformen in den Blickpunkt zu rücken. Jugendliche können und wollen mitgestalten. Darum gewinnt auch Partizipation innerhalb kommunaler Jugendpolitik an Bedeutung, obwohl das nach Auffassung einiger Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Arbeitsgruppe noch nicht überall erkannt wurde.

In der Praxis werden eine Reihe verschiedener Möglichkeiten genutzt, um Kinder und Jugendliche in die Diskussion über die Lokale Agenda 21 zu integrieren. Die Palette der Mitwirkungsmöglichkeiten reicht von der Einbeziehung der Schule als Ort der Wissensvermittlung und als Ort der Partizipation über Jugendinteressenvertretungen bis hin zu Jugendklubs oder die Arbeit im Freiwilligen Sozialen oder im Freiwilligen Ökologischen Jahr.

Verschiedene Möglichkeiten der Partizipation von Kindern und Jugendlichen wurden in der Arbeitsgruppe vorgestellt und erörtert. In einem **Praxisbericht** referierte **Arvid Krüger**, Mitglied der Jugendgruppe des Projektes *„Drehscheibe Kinderpolitik - Berliner Büro für Kinder- und Jugendinteressen“*, über die Arbeit des Kinder- und Jugend-

parlamentes Berlin-Lichtenberg sowie über Erfahrungen aus dem Projekt „Platz da ... für mehr Spielraum in Berlin“. In einem zweiten **Praxisbericht** stellte **Ruth Lemmen**, *Marketingleiterin der Firma TERRATOOLS Software und Filmproductions GmbH & Co. KG*, das *terranel café* in Potsdam vor, in welchem Jugendliche auf vielfältige Weise motiviert werden, sich über das Internet zur Lokalen Agenda 21 auszutauschen.

Von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Diskussion in der Arbeitsgruppe 1 wurden **verschiedene Methoden, Mittel und Wege genannt, um Kinder und Jugendliche zu aktivieren.**

- alters- und themenspezifische Angebote,
- Arbeit „von unten“,
- Jugendliche schreiben Konzepte,
- Mund-zu-Mund-Propaganda,
- Öffentlichkeitsarbeit,
- Einbindung von bekannten Personen,
- Wettbewerbe,
- Organisation von Aktionen,
- Netzwerke bilden,
- Durchführung offener Foren,
- Stadtteilarbeit,
- Arbeit in Jugendklubs,
- Aktivierung der Jugendhilfe,
- Schulen mit ihrer Nähe zu Kindern und Jugendlichen,
- Mitarbeit von Kindern und Jugendlichen in parlamentarischen Ausschüssen,
- Jugendlachrichtenagentur.

Um junge Menschen in den Lokalen Agenda 21-Prozess einzubeziehen, gibt es im Wesentlichen **drei Strategien:**

- Information,
- Aktion,
- Kooperation.

Diese Strategien sollten nach Meinung der Gesprächspartner in lokalen und überregionalen Netzwerken verankert werden.

Es wurde in der Arbeitsgruppe jedoch auf Folgendes aufmerksam gemacht: Jugendliche für den Prozess der Lokalen Agenda 21 zu gewinnen, ist sicherlich schwierig - bemühen sie sich doch in vielen Fällen eher um eine Abgrenzung von den Erwachsenen. Es erfordert **spezifische Herangehensweisen, Angebote** und als ganz entscheidende Voraussetzung **Glaubwürdigkeit**, um Jugendliche in Lokale Agenda-Prozesse zu integrieren. Hilfreich ist es, wenn man dabei auf bestehende - und bewährte - Strukturen zurückgreifen kann.

Die Umsetzung einer Lokalen Agenda 21 bedeutet nach Einschätzung der Diskussionspartner zunächst mehr Arbeit für alle Beteiligten. Um diese Zusatzarbeit wenigstens teilweise zu kompensieren, sind **mehr Kooperationen zu anderen Akteuren** notwendig. Dabei stehen sowohl verwaltungsinterne Kooperationen im Blickpunkt als auch die verstärkte Zusammenarbeit mit freien Trägern. Ziel muss es sein, die Arbeit zu bündeln, um so mittel- und langfristig Synergien zu schaffen, die jeden einzelnen Akteur auch entlasten können.

Für das Gros der Jugendlichen spielt die Agenda 21 - so die allgemeine Erfahrung - eine eher untergeordnete Rolle. **Um Jugendliche zu begeistern, bedarf es konkret fassbarer und erfahrbarer Lösungsmöglichkeiten und Erfolgserlebnisse in ihrer nächsten Umgebung.** Dazu scheint es praktikabler zu sein, einzelne Themenbereiche aus dem komplexen Zusammenhang der Agenda 21 herauszulösen und mit möglichst konkreten Entscheidungen vor Ort zu verbinden.

Bei der Vermittlung der Ziele der Lokalen Agenda 21 ist es wichtig, deutlicher darauf hinzuweisen, dass nicht nur das Thema „Umwelt“, sondern auch soziale und ökonomische Aspekte betroffen sind. Dabei ist es **sinnvoll, Inhalte der Lokalen Agenda 21 mit bereits vorhandenen Themen** - zum Beispiel Spielplatz- oder Wohnumfeldgestaltung - **zu verbinden.**

Um die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen erfolgreich durchführen zu können, wurden in der Diskussion der Arbeitsgruppe 1 verschiedene **Grundvoraussetzungen** genannt:

- Kontinuität der Arbeit,
- Anpassung der Angebote an die Nachfrage,
- Verbindung ernster Inhalte mit Spaß,
- finanzielle und personelle Unterstützung,
- Unterstützung durch Politiker,
- Änderung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen,
- Jugendhilfe hinterfragen und andere Prioritäten setzen,
- Stärkung von Eigeninitiative und deren Anerkennung,
- Jugendliche „machen lassen“.

Als einer von mehreren möglichen Wegen, an Kinder und Jugendliche heranzutreten, aber als Weg mit wachsender Bedeutung, wurde über das **Internet** ausführlicher diskutiert. Gerade über das Internet können Informationen zum Thema „Agenda 21“, zu anderen Projekten und zu Veranstaltungen vermittelt werden. Um eine größere Aufmerksamkeit zu erreichen, ist es hilfreich, dieses Medium mit anderen Medien zu verbinden, wie der Bericht über das Potsdamer *terranel café* deutlich machte.

In der Arbeitsgruppe wurde die Frage erörtert: **Wie kann man jugendliche Internet-Nutzer motivieren, Agenda-Seiten zu lesen?** Die Antworten lassen sich kurz und prägnant zusammenfassen:

a) in der Schule

- ehrlicher Umgang mit dem Medium;
- verstärkte Internet-Nutzung in Schulen;
- Lehrgänge für Lehrer;

b) in der Freizeit

- über Seiten in Newsgroups aufmerksam machen;
- Links von populären Seiten schalten;
- Verbindung von Agenda-Seiten mit ähnlichen Projektseiten,
- Netzwerke bilden;
- Hinweise zu Internet-Adressen auch auf Faltblättern,
- Projektbeschreibungen usw.

Am Ende der Diskussion über das Internet als Mittel zum Zweck wurde nochmals hervorgehoben, dass das Internet nur eine von mehreren strategischen Linien darstellt und es stets auf eine Parallelität zwischen realer und virtueller Welt ankommen wird.

Fazit: Noch so ausgeklügelte Wege, Kinder und Jugendliche zu erreichen, zu interessieren und zu motivieren, werden scheitern, wenn es nicht gelingt, zielgruppenspezifische und altersgerechte Themen zu finden, die Anreize schaffen.

Praxisbericht in der Arbeitsgruppe 1: „Wer uns nicht hört, regiert verkehrt!“ - Erfahrungen mit einem Projekt in Berlin

ARVID KRÜGER

*Mitglied der Jugendgruppe des Projektes „Drehscheibe Kinderpolitik -
Berliner Büro für Kinder- und Jugendinteressen“, Träger: Stiftung SPI Berlin*

Den Großteil meines Wissens über das Funktionieren von Beteiligungsprozessen von Kindern und Jugendlichen habe ich durch eigene Erfahrungen erworben, denn seit meinem 15. Lebensjahr habe ich mich beteiligt.

Ein kurzer Abriss: Es begann 1994/1995 in einem bislang einmaligen Projekt, einem entwicklungspolitischen Jugendparlament im Berliner Abgeordnetenhaus. Während dieser Zeit lernte ich auch das Aufgabenfeld des berlinweiten Beteiligungsprojektes „Kids beraten den Senat“ kennen. Zur gleichen Zeit gründete sich das Kinder- und Jugendparlament in Berlin-Lichtenberg. Da ich in Lichtenberg Schüler war, reizte es mich, dieses Modell mit aufzubauen.

Während eines europäischen Jugendtreffens des Europahauses Land Brandenburg gab es von mehreren Vertretern dort beteiligter Berliner und Brandenburger Jugendparlamente die Idee der Etablierung eines Dachverbandes. Bis zu dessen offizieller Konstituierung Anfang 1997 war ich kommissarischer Vorsitzender.

Ende 1996 knüpfte ich den Kontakt zum Projekt „Drehscheibe Kinderpolitik“, denn dort fand ein Treffen verschiedener Jugend-Beteiligungsgruppen statt. Auch dort wurde ein Zusammenschluss untereinander diskutiert, die Idee eines Netzwerkes der Berliner Kinder- und Jugendinteressenvertretungen geboren. Einige Zeit später wurde ich dann Mitglied der Jugendgruppe der „Drehscheibe Kinderpolitik“. Im Rahmen meiner dortigen Tätigkeit hatte ich unter anderem im Sommer 1998 eine Veranstaltung der Reihe „Stadt-Projekte“ gemeinsam mit verschiedenen Senatsverwaltungen, unter anderem für Jugend und Umwelt, organisiert.

Aus allen dabei gemachten Erfahrungen möchte ich schildern, was ich bei der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen erlebt habe. Ich finde, dass es Kinder- und Jugendbeteiligungsprojekte schwer haben, mehrjährige kontinuierliche Arbeit zu leisten, ohne eine „Alibi-Funktion“ für das politische Gremium zu erfüllen, das beteiligt ist, beziehungsweise ohne als Art „Kaderschmiede“ für Jungpolitiker zu gelten.

Aspekte der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen aus persönlicher Sicht

Beteiligungsprojekte von Kindern und Jugendlichen definieren sich häufig in ihrer Legitimation mit der Aussage, dass sich Menschen unter 18 Jahren in der Regel weder

aktiv noch passiv politisch betätigen können und deshalb eine Sonderform der Einmischung in die Politik benötigen. Das halte ich insoweit für richtig, als es das Ziel sein muss, auf der kommunalen Ebene genau diese Formen der Einmischung zu bieten. Ich denke, dass **die Geschäftsordnungen der kommunalen Vertreterversammlungen einen Passus brauchen, der Menschen unter 18 Jahren die Möglichkeit eröffnet, sich zu beteiligen.** Das muss nicht notwendigerweise eine institutionalisierte Form im Sinne eines Parlamentes, eines Büros usw. sein. **Allerdings habe ich die Erfahrung gemacht, dass bei der Diskussion über eine Beteiligungsmöglichkeit auch der Wunsch der Jugendlichen nach einer „Institution“ geäußert wird, die dieses gewährleistet.**

So war es auch beim Kinder- und Jugendbüro in Berlin-Lichtenberg: In einem Teilgebiet des Stadtbezirkes wurden durch das Sozialpädagogische Institut (SPI) im Auftrag des Berliner Senats Maßnahmen der Wohnumfeldverbesserung durchgeführt. Durch Zusammenarbeit von Mitarbeiterinnen des Projektes „Kids beraten den Senat“ mit dem dort ansässigen Mieterbüro gab es Angebote zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Einige Zeit später hatten Jugendliche die Idee: „Wir wollen ins Rathaus - mitreden!“. Ein Ergebnis war ein **Jugendforum im Rathaus** des Bezirkes **im April 1995**, für welches bezirkswweit eingeladen wurde. **Auf diesem Forum wurde das Kinder- und Jugendparlament gegründet, wobei zuerst die Frage auftauchte, welche Jugendlichen denn überhaupt mitmachen dürfen.**

Alter

Wir kamen zu dem Schluss, dass es Jugendliche sein müssen, die durch das oben genannte „Raster“ fallen, sprich, die unter 18jährigen. Das erschien uns logisch. Wir hatten auch nicht weiter darüber nachgedacht, denn wir glaubten, für die Älteren, die über 18 Jahre alt sind und bald die Schule beenden, gibt es andere Beteiligungsformen, Parteien zum Beispiel. Da außerdem der Großteil von uns um die 15 Jahre alt war, schien uns das zeitlich sehr weit entfernt zu sein.

Als aber die Aktivsten unter uns eineinhalb Jahre später auf die 18 zugingen, wurde das ein Problem. Die Gruppe konnte sich einfach nicht vorstellen, dass einige das Kinder- und Jugendparlament verlassen mussten. Die Betroffenen, zu denen ich zählte, hatten keine Lust dazu; außerdem wurden sie weiterhin gebraucht. Denn sie waren die „Gründungsgeneration“, die ihre Erfahrungen an die Jüngeren weitergeben wollte. So wurde von der Satzung des Kinder- und Jugendparlamentes Gebrauch gemacht: Wir wurden Ehrenmitglieder, durften weiterhin im Kinder- und Jugendparlament mitarbeiten, mussten uns aber auf die Vertretung nach außen beschränken.

In der Jugendgruppe des Projektes „Drehscheibe Kinderpolitik“ ist die Frage nach dem Alter völlig außen vor gelassen worden; wir sehen uns in der Rolle von Beratern für Beteiligung. So gibt es auch keine Art von Ausstiegsklauseln. Das hat aber dazu geführt, dass sich die Altersstruktur völlig veränderte, weil die Mitglieder älter wurden. Ende 1996 betrug das Durchschnittsalter 17 Jahre; wir waren alle noch Schüler.

Inzwischen sind die jüngeren Mitglieder um die 17, die jüngsten von damals sind heute mindestens 18 Jahre alt, viele Mitglieder gehen auf die 21 zu. Außerdem sind wir keine homogene Schülergruppe mehr, sondern es gibt jetzt auch Azubis und Studenten. So kooperierten wir 1999 weitaus weniger mit Schülervertretungen, als das 1997 der Fall war.

Herkunft

Eine andere Frage, mit der sich eine Jugendgruppe beschäftigt, ist die nach der Herkunft der Jugendlichen. Auf den ersten Blick scheint das recht einfach zu sein: An der Beteiligungsgruppe des Ortes XY nehmen die Jugendlichen des Ortes XY teil. Doch wie sah das in meinem Fall aus? Ich wohnte 1995 in Berlin-Marzahn. War ich also berechtigt, im Kinder- und Jugendparlament Berlin-Lichtenberg mitzumachen?

Wir legten fest, dass alle Jugendlichen, die etwas mit Lichtenberg zu tun hatten, also dort wohnen oder dort ihre Ausbildung durchlaufen, im Lichtenberger Kinder- und Jugendparlament mitarbeiten dürfen. Von einer ähnlichen Regelung hörte ich während einer Tagung der Landeszentrale für politische Bildung des Landes Hessen in Marburg. Dort gibt es ein Jugendparlament der Stadt und eines für den Landkreis Marburg-Biedenkopf. Die Zuständigkeiten wurden dort auf diese Art und Weise gelöst.

Mitmachen - begeistert sein

Die zentrale Frage - davon hängt meiner Meinung nach die Kraft eines Beteiligungsprojektes ab - ist die nach der Begeisterungsfähigkeit von Jugendlichen. Denn ohne Jugendliche gibt es kein Projekt! Leider habe ich mittlerweile die Erfahrung machen müssen, dass die Anzahl an interessierten Jugendlichen, die „engagierte Selbstausbildung“ betreiben, wie es einmal jemand formulierte, in den vergangenen Jahren spürbar gesunken ist. Deshalb darf man sich heutzutage keine Illusionen machen, wenn es heißt, damals - Anfang bis Mitte der 90er Jahre - gab es Jugendgruppen mit 20 bis 30 Leuten, also versuchen wir das heute erneut.

Nach meiner Erfahrung lassen sich die meisten Jugendlichen durch Mund-zu-Mund-Propaganda zur Mitarbeit an solchen Beteiligungsprozessen animieren. Große Neumitglieder-Suchaktionen hatten immer recht wenig Erfolg, da sie als „von oben“ kommend wirkten. Die meisten potenziell interessierten Jugendlichen sind aber mehr für „von unten“ und kommen eher, wenn ihnen ein Freund sagt, dass es irgendwo etwas Tolles gibt. **Ein hoher Bekanntheitsgrad ist weitaus wirksamer als eine große Werbeaktion.** Außerdem ist es nicht entscheidend, wie viele Menschen in einem Projekt mitarbeiten, sondern wer.

Ich bin froh, wenn es fünf bis zehn wirklich Engagierte in einem Projekt gibt. Was bedeutet es denn heutzutage, sich in Beteiligungsprozessen zu engagieren? Nach der Schule fährt man regelmäßig (!) ins „Büro“. Dazu Lust zu haben, halte ich inzwischen

für eine große Leistung! Zweitens muss man dafür Zeit haben; ich kenne kaum einen 17jährigen, der nicht nebenbei jobbt. Heute koordiniert der durchschnittliche 17jährige seine Nachmittage zwischen Hausarbeiten und Nebenjob - dann soll er auch noch Zeit finden, sich „ehrenamtlich auszubeuten“?

Ein weiterer Punkt: Ich komme ins „Büro“, bin relativ fertig und soll gleich wieder Denkarbeit leisten? Ich habe es nie erlebt, weder im Kinder- und Jugendparlament noch in der Jugendgruppe der „Drehscheibe“, dass wir mit der Ankunft junger Leute sofort zu arbeiten anfangen. Zuvor war gemütliches Beisammensein, Quatschen bei Tee und Keksen angesagt. Jugendliche zu begeistern - gerade für die manchmal sehr trockene Arbeit des Durchackerns von Papieren aller Art - ist nahezu unmöglich. So ist es um so wichtiger, dass bestimmte Rahmenbedingungen stimmen, die erwachsenen „engagierten Selbstausbeutern“, wie beispielsweise Kommunalpolitikern, scheinbar weniger wichtig sind: zum Beispiel ein gemütliches Projektbüro. Und ein von Kindern und Jugendlichen bevölkertes Büro im Amts- oder Bürogebäude XY sieht eben anders aus! Schon das zuzulassen gelingt nicht oft.

Innere Struktur

Ein weiterer Punkt, der weitestgehend den beteiligten Jugendlichen überlassen werden sollte, ist die innere Strukturierung ihres Projektes. Es gibt eine größere Anzahl von Kinder- und Jugendparlamenten, die sich so eng an die dazugehörige kommunale Vertreterversammlung anlehnen, dass sie auch deren Struktur übernehmen - also Ausschüsse, Plenarsitzungen, Vorstände etc. Wenn das der Wunsch der Jugendlichen ist - bitteschön. Ich erlaube mir, das grundsätzlich zu bezweifeln. Meistens ist dies eine Konzession an die Politiker, die meistens aus dem folgenden Ausspruch entsteht: *„Wenn ihr schon in der Politik“* - hier ist dann das Parlament gemeint - *„mitmachen wollt, dann müsst ihr euch uns schon anpassen.“* Falsch!

Ein Kinder- und Jugendparlament ist ein gleichwertiger Partner einer kommunalen Vertreterversammlung. Über die gegenseitige Anbindung und Kooperation muss verhandelt werden. In Berlin-Lichtenberg war es so, dass wir Vertreter in die Ausschüsse der Bezirksverordnetenversammlung entsendeten und bei Bedarf einzelne Politiker zu unseren Sitzungen einluden. In unserer Bürotätigkeit entschieden wir selbst, wie wir mit Problemen umgehen wollten, was wir für Aktionen planten.

Es gibt noch einen weiteren Grund, die Jugendlichen selbst über ihre innere Struktur entscheiden zu lassen: Hätte es Wahlen zu einer wie auch immer gearteten Führung des Kinder- und Jugendparlamentes gegeben, wäre es zu mindestens einer Gegenkandidatur des einen gegen den anderen gekommen. Und „gegen“ ist immer schlecht in einer solchen Gruppe, besonders dann, wenn es nicht um inhaltliche Fragen geht. Und die Frage, wer sich „Oberster der Jugendgruppe“ nennen darf, ist ganz und gar nicht inhaltlich! So gab es im Kinder- und Jugendparlament keine Wahlen, nicht einmal für einen Vorstand gleichberechtigter Vertreter. Das wollte die Gruppe nicht. Allerdings hatten sich fünf Leute öfter zusammengesetzt und sich Ideen für die Arbeit des Kin-

der- und Jugendparlamentes ausgedacht. Nachdem sie diese kontrovers diskutiert und sich geeinigt hatten, stellten sie diese dann allen anderen vor.

In der Jugendgruppe bei „Drehscheibe Kinderpolitik“ gab es auch einen Versuch, Funktionen zu besetzen. Beispielsweise für die Zeitung „lückenlos“, die zwischen 1997 und 1998 von uns selbst herausgegeben wurde. Hier wurden Chefredakteur, stellvertretender Chefredakteur/Anzeigen und Layouter gewählt. Der Chefredakteur wechselte mehrfach, ein Layouter weigerte sich, mit einem bestimmten Chefredakteur zusammenzuarbeiten, denn der Kandidat, den er unterstützte, fiel durch. Der stellvertretende Chefredakteur/Anzeigen kam seiner Aufgabe nur ungenügend nach, weil er gleichzeitig andere Aufgaben in anderen Jugendprojekten wahrnahm...

Die Artikel wurden trotzdem geschrieben, die Zeitung erschien regelmäßig, allerdings kostete der Funktionärsstreit Energien. Deshalb sind wir wieder zur alten Form zurückgekehrt, die auf einem einfachen Grundsatz basiert: Derjenige, der die Idee hat, kümmert sich darum - ohne gewählt zu werden - und versucht, alle mitzuziehen.

Welche Themen?

Bei der Themenwahl war unsere Jugendgruppe immer frei. **Es gibt keine konkrete Anbindung an ein politisches Gremium, so dass wir in dieser Hinsicht unabhängig sind. Unser Spektrum reicht von „Minderheiten in der Gesellschaft“ bis hin zu „Beteiligung von Jugendlichen an der Stadtentwicklung“. Aktuell beschäftigen wir uns mit der Drogenproblematik.** Alle diese Themen lassen sich unter die Schwerpunkte „Sicht von Jugendlichen“ und „Beteiligung von Jugendlichen an gesellschaftlichen Prozessen“ zusammenfassen. Um zu entscheiden, wie wir die Themen bearbeiten, führen wir viele Diskussionen.

Im Kinder- und Jugendparlament war das Themenspektrum eingeschränkter. Hier ging es um konkrete Probleme im Bezirk. Um diese herauszufinden, probierten wir zwei Methoden aus; zum einen das schon erwähnte **Kinder- und Jugendforum**. Dabei wurden alle Kinder und Jugendlichen aus dem Bezirk eingeladen, „das Rathaus zu stürmen“ und den Politikern ihre Meinung direkt zu sagen. In den Jahren 1995 und 1996 waren diese Foren immer recht gut besucht, der Ratssaal war voll. Aus dieser Zeit stammen die größten Erfolge des Parlamentes. Oft kamen Jugendliche aus Jugendklubs, die eindrucksvoll auf ihre prekäre Lage hinwiesen. Die Jugendstadträtin gab das Versprechen ab, keine kommunal getragenen Jugendklubs schließen zu wollen. Ihre Amtszeit ist inzwischen beendet, das Versprechen wurde gehalten; es gilt weiterhin!

Außerdem war auf diesen Foren die Idee zur „Schultoilettenaktion“ entstanden, denn es kamen regelmäßig Schüler - hauptsächlich aus Grundschulen - zu uns ins Rathaus zu Besuch, um über die maroden, schlicht ekelhaften Toiletten zu klagen. Wir riefen alle auf, ihre Toiletten zu fotografieren, um damit eine Ausstellung im Rathaus zu machen. Dazu kam es aber nicht. Der Baustadtrat hatte zuvor ein Sonderprogramm zur Schultoilettensanierung aufgelegt.

Im Laufe der Zeit wurden die Foren immer spärlicher besucht, weshalb wir sie einstellten. **Der zweite Weg zur Themenwahl war unsere Mitarbeit in den Ausschüssen der Bezirksverordnetenversammlung,** denn dort erfuhren wir, was seitens der Politik im Bezirk beabsichtigt wurde. Außerdem sind wir immer mit offenen Augen durch Lichtenberg gegangen und sahen uns so legitimiert zu wissen, wofür wir uns einzusetzen hatten.

Aufmerksamkeit

Der Hauptantrieb von Jugendlichen, sich in politischen Prozessen zu engagieren, etwas bewegen zu wollen, lautet: **Aufmerksamkeit erregen, in die Öffentlichkeit zu tragen, was Kinder und Jugendliche bewegt, was sie sich wünschen, wo sie sich unverstanden fühlen.** Das ist auch für mich eine wichtige Motivation.

Anfang der 90er Jahre gab es noch eine große Medienresonanz, als der damalige Jugendsenator „Kids beraten Senator“ ins Leben rief. Viel wurde über Aktionen und Modelle der Partizipation von Kindern und Jugendlichen berichtet. Neue Beteiligungsformen entstanden, die in ihrer speziellen Arbeit vorgestellt wurden.

Wie ist das heute? **Es scheint nicht mehr zu interessieren! Es ist nicht spektakulär, Kinder und Jugendliche vorzustellen mit ihrem Anspruch, beteiligt werden zu wollen und Modelle, Projekte, Institutionen zu zeigen, die das ermöglichen. Es scheint niemandem mehr wichtig zu sein.** Wir haben den schmerzlichen Prozess erlebt: Zu unseren Pressekonferenzen kamen immer weniger Journalisten. Immer mehr Kinder- und Jugendbüros mussten ihre Arbeit einstellen, die Bezirksverwaltungen fanden keine Möglichkeiten zur Personalsicherung. Dies ist ein extrem wichtiger Punkt, der aber nicht nur für Beteiligungsprojekte zutrifft, sondern gleichermaßen auf Jugendprojekte allgemein: Eine regelmäßige kontinuierliche Betreuung durch die gleichen Personen muss gewährleistet werden!

Noch ein weiterer, mir wichtiger Aspekt der Aufmerksamkeit: Natürlich möchte man, dass andere Jugendliche mitbekommen, was man so macht und im Idealfall auch gut findet. Nur - weder im Kinder- und Jugendparlament Lichtenberg noch in der Jugendgruppe bei „Drehscheibe Kinderpolitik“ - ist uns ein „genialer“ Weg eingefallen, wie man die desinteressierte Masse an Altersgenossen auf Politik hin anspricht. Es ist schon bitter, wenn gefragt wird: *„Was machst du? Freiwillig? Kriegst du was dafür? Nein? Also ich würde mir den Stress ja nicht machen...“*

Kampf um eigene Rechte

Die gesetzlichen Grundlagen des KJHG und seiner Ausführungsbestimmungen sagen ganz deutlich, dass Kinder und Jugendliche in allen sie betreffenden Angelegenheiten zu beteiligen sind. Leider ist das Wie dabei weniger formuliert; es wird demzufolge verschieden interpretiert, verschieden praktiziert. Immer kamen sehr schnell

Bedenken, Vorbehalte und Fragen nach gesetzlichen Regelungen, auch um uns zu schützen...

Bei der Gründung des Kinder- und Jugendparlamentes Berlin-Lichtenberg hatte ich das 1995 erlebt und ich muss einschätzen, es verlief positiv. Unsere **Idee** war es, **in den Ausschüssen der Bezirksverordnetenversammlung Rede- und Antragsrecht** zu bekommen, außerdem wollten wir im Plenum der Bezirksverordnetenversammlung Rederecht. Diese Forderung übergaben wir den Bezirkspolitikern, wobei einige Ausschussvorsitzende uns spontan zuließen, andere aber abwarteten. Immer wieder gab es Fragen nach den rechtlichen Bestimmungen, die bis in die Senatsverwaltung gestellt wurden. Anschließend gab es Bestrebungen, diese Rede- und Antragsrechte in die Geschäftsordnung der Bezirksverordnetenversammlung aufzunehmen. Doch das Rechtsamt stellte fest, dass die Gesetze der Berliner Verwaltung nichts über Kinder- und Jugendparlamente aussagen.

Die danach folgenden Diskussionen mit dem Rechtsamt hatte der Vorsteher der Bezirksverordnetenversammlung geführt, der wie wir der Meinung war, dass Jugendliche einzubeziehen sind, wenn in § 5 Ausführungsgesetz KJHG steht, Kinder und Jugendliche seien an den sie betreffenden Belangen zu beteiligen. So sind Entscheidungen über Radwege, über Jugendkluböffnungen oder Jugendklubschließungen eben solche Belange.

Im Endeffekt wurde ein **Kompromiss** gefunden. In den Ausschüssen Rede- und Antragsrecht zu bekommen, war dann kein Problem, weil die Bezirksverordnetenversammlung selbst beschließt, wen sie dort anhört. **Für die Redezeit vor der Bezirksverordnetenversammlung wurde folgende Regelung erdacht: Statt um 17 Uhr beginnt die Sitzung offiziell um 17:10 Uhr, zwischen 17:00 Uhr und 17:10 Uhr tagt die Veranstaltung „Rede des Kinder- und Jugendparlaments“, so dass wir jetzt im doppelten Sinne vor den Politikern reden.**

Generationswechsel, neue Mitglieder, Nachwuchs

Der Generationswechsel ist ein riesiges Problem. Meine Erfahrung besteht darin, dass eine bestehende Gruppe, die sich über eine gewisse Zeit hin kennengelernt hat, ziemlich konstant bleibt. Neue Mitglieder zu finden ist schwierig. Noch schwieriger ist es, sie so in die Arbeit einzuführen, dass sie nicht das Gefühl haben, Neulinge zu sein und zugleich ihre Ideen und Vorschläge angehört werden, obwohl schon ein Mehr an Wissen durch Erfahrungen besteht. Sehr häufig gibt es unterschiedliche Vorstellungen über die Funktion und Aufgabe einer Jugendgruppe. Dies ist auf Grund der unterschiedlichen Erfahrungen mit dieser Jugendgruppe nachvollziehbar. Es ist nicht immer nur der Unterschied, dass sich die Älteren die eigene Existenz erkämpfen mussten und sich die Jüngeren in ein bestehendes „Nest“ setzen dürfen.

Ich habe beide Sichten erlebt; als Älterer im Kinder- und Jugendparlament und als Neuling bei „Drehscheibe Kinderpolitik“, dort inzwischen nun auch schon als Senior.

So habe ich miterlebt, dass man sich als Jüngerer mit neuen Ideen oder Herangehensweisen an Probleme erst durchsetzen muss. Ich erinnere mich auch daran, als vier oder fünf neue Jugendliche gleichzeitig kamen, uns Ältere belebten und dies der Arbeit neuen Schwung gab.

Fazit

Nur dann hat sich bisher etwas bewegt, wenn es Jugendliche gab, die bereit waren, gegen „Wände“ zu laufen und sich „Beulen“ zu holen, damit sich die Wand um wenige Zentimeter in die gewünschte Richtung verschob. Es gelang bisher nur, wenn Jugendliche sich darauf einließen, die Sprache der Politiker zu verstehen und sie zu benutzen, weil sie sonst manchmal nicht verstanden worden wären. Es gab Jugendliche, die eine Menge Zeit zu opfern bereit waren. Sicher sehen nach wie vor einige es so, dass sich Jugendliche angepasst haben - ein institutionalisiertes und damit bürokratisches Gefüge entstand, in welchem Jugendliche neben Bürgermeister auf einem Foto posieren. Oder sie haben sich nicht angepasst, nicht an die Strukturen, nicht an die Berichterstattungswünsche.

Jugendbeteiligung lebt von der stetigen Veränderung und Bewegung. Ideen, von neuen Jugendlichen - wieder neuen 15 bis 16jährigen - fünf Jahre später wieder erfunden oder reanimiert, sind genauso gut wie neue Ideen. **Alle zwei bis drei Jahre wechselt die Generation. Darauf müssen alle Beteiligten, Politiker, Sozialpädagogen sowie Sozialarbeiter gleichermaßen Rücksicht nehmen und jede einzelne Generation junger Menschen mit ihren Ideen und Methoden so akzeptieren wie sie ist. Man muss sie ernst nehmen, wirklich ernst.**

Praxisbericht in der Arbeitsgruppe 1: Das *terranel café*, ein crossmediales Projekt zum Thema „Umweltschutz“



RUTH LEMMEN

*Marketingleiterin der Firma TERRATOOLS Software- und
Filmproductions GmbH & Co. KG, Potsdam*

Es ist davon auszugehen, dass die nächsten Jahre durch die zunehmende Konvergenz der Medien, durch das Zusammenwachsen von traditionellen Medien (Radio, Fernsehen, Print) mit dem Internet geprägt sein werden. Bei der in Potsdam-Babelsberg ansässigen „Softwareschmiede“ TERRATOOLS¹ werden im Bereich „3D Multimedia“ Projekte realisiert, die die neuen Medien, wie das Internet, einen Online Chat oder eine Virtual Community, mit dem klassischen linearen Fernsehprogramm, einer Talkshow oder einer Soap-Opera verknüpfen.

Das Projekt *terranel café*, das 1998 bei TERRATOOLS realisiert wurde, ist hierfür ein Beispiel. **Das *terranel café* war der weltweit erste erfolgreiche Versuch, die Medien Fernsehen (Live-TV-Show) und eine 3D-Welt im Internet zu einem gemeinsamen Format zu verknüpfen.**

Mit diesem neuen Ansatz gelang es, die Fernsehkonsumenten zu interaktiven Teilnehmern zu machen. Es entstand die größte deutsche Online-Community im Umweltbereich. Jugendliche konnten über diesen spielerisch-kommunikativen Ansatz für die Umweltproblematik begeistert werden. TERRATOOLS - **siehe Abbildung 1** - hat dabei mit der Entwicklung eines neuen Formates, innovativer Programminhalte und Programmstrukturen neue Wege aufgezeigt. Mittlerweile gibt es weitere Projekte, die eine ähnliche crossmediale Herangehensweise verfolgen.

Die Umsetzung des Projektes *terranel café* erfolgte in Kooperation mehrerer Partner: Für die Produktion der Fernsehreihe war die Carsten Krüger Film- und Fernsehproduktion zuständig, die Internetanwendung hat die TERRATOOLS Software- und Filmproductions GmbH & Co. KG umgesetzt; die Fernsehsendung wurde von 3sat mit Sitz in Mainz übertragen. Mittel der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU), Osnabrück, machten die Realisierung dieses innovativen Projektes erst möglich. Weitere Sponsoren waren die Stadt Papenburg, der Otto Versand und IBM.

¹ TERRATOOLS wurde 1993 von Prof. Ulrich Weinberg gegründet. Mit rund 30 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern konzentriert sich das Unternehmen auf die Entwicklung von Softwareprodukten im Bereich interaktiver 3D-Anwendungen. Diese Anwendungen gliedern sich in Spiele, Simulationen, interaktives TV, Online-Umgebungen und Cross-Media-Projekte (Kombinationen von Internet, TV, CD-ROM und anderen Medien). TERRATOOLS ist als Spiele-Entwickler der einzige europäische Partner von Microsoft Inc., Redmond, USA. Microsoft fungiert als internationaler Entwicklungs- und Vertriebspartner. Standort von TERRATOOLS ist die „Churchill-Villa“ in der Medienstadt Potsdam-Babelsberg.



Das Logo des terranet cafés.

Abbildung 1

© TERRATOOLS GmbH & Co. KG 1999

Der Fernsehauftritt

Eine Staffel von 19 Folgen einer Talkshow zu Agenda 21-Themen¹ wurde von April bis September 1998, jeweils sonntags um 16 Uhr auf 3sat ausgestrahlt. Die einzelnen **Sendungen** hatten **die folgenden Themen**:

1. Das Blaue an unserem Planeten
2. Food Step
3. Auf und Davon
4. SPRITZige Träume aus Blech und Öl
5. Platz da!
6. Grüne(s) Unternehmen
7. Die letzten Mohikaner?

¹ Der Begriff „Agenda“ kommt aus dem Lateinischen und bedeutet: „etwas, das zu tun ist“. Die Agenda 21 bietet Wege und Handlungsmöglichkeiten für das 21. Jahrhundert. 1992 hatten sich in Rio de Janeiro beim Umweltgipfel, der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung, Regierungschefs aus 179 Ländern auf 40 Kapitel für eine nachhaltige Entwicklung geeinigt. Die Agenda 21 umfasst und verknüpft die Bereiche Soziales, Ökonomie und Ökologie. Ziel ist dabei, auf der ganzen Welt die Bedürfnisse der Gegenwart zu befriedigen, ohne Möglichkeiten und Bedürfnisse künftiger Generationen zu beeinträchtigen.

8. Ohne Moos nix los!
9. Das Gleichgewicht der Atmosphäre
10. Für manche so wertvoll wie Gold - Süßwasser!
11. Grüne Berufe - Was ist das?
12. Wissenschaft, die Wissen schafft
13. Stoffkreisläufe - vom Kostenfaktor zur Einnahmequelle
14. Umwelt und Öffentlichkeit!
15. Regenerative Energien!
16. Wer setzt auf Bildung?
17. Götter und Geister schützen Natur und Umwelt!
18. Ganz auf Agenda eingestellt - ein Dorf wird aktiv
19. Festival der Projekte

Aus einem Internetcafé in Papenburg im Emsland - **siehe Abbildungen 2 und 3** - wurde die Fernsehtalkshow live gesendet: Zwei jugendliche Moderatoren (die Schauspieler Nina Vorbrodt und Florian Walberg) diskutierten in diesem Internetcafé mit Experten von Umweltorganisationen und Umweltverbänden über Themen der Agenda 21.

Für die Fernsehtalkshow konnten Moderatoren gewonnen werden, die in der Jugendszene sehr bekannt und beliebt sind. Die Identifikation der meist jugendlichen Fern-



Von der virtuellen Welt zum realen Internetcafé in Papenburg, Dreh- und Angelpunkt des crossmedialen Projektes.

Abbildung 2

© Carsten Krüger Filmproduktion, TERRATOOLS GmbH & Co. KG 1999



Aus dem Internetcafé in Papenburg wurde die Fernsehtalkshow live übertragen.

Abbildung 3

© Carsten Krüger Filmproduktion, TERRATOOLS GmbH & Co. KG 1999

sehzuschauer und/oder Internetnutzer mit dem Projekt sollte dadurch noch verstärkt werden. Parallel zur Fernsehsendung wurde von TERRATOOLS eine virtuelle Kommunikations- und Spieleplattform im Internet (www.terrannetcafe.de) erstellt.

Ziel dieses crossmedialen Ansatzes war es, Jugendliche über das traditionelle Medium Fernsehen zu motivieren, sich intensiver mit den in der Sendung diskutierten Umweltthemen auseinanderzusetzen. Die Inhalte, auf die sich die internationale Staatengemeinschaft 1992 in Rio de Janeiro verständigt hatte, wurden so für ein junges Publikum in ansprechender und anschaulicher Form konkretisiert und erfahrbar gemacht.

Der Internetauftritt www.terrannetcafe.de

Der Internetauftritt www.terrannetcafe.de ist immer noch online und wird auch heute noch genutzt. Zunächst wird in herkömmlicher zweidimensionaler Form eine Webpage angeboten, die die folgenden Links anbietet: Wir über uns, TV-Show, Das Spiel, Agenda 21, News, Feedback, Das Team - **siehe Abbildung 4.**

Verfolgt der Nutzer den **Link „Wir über uns“**, erhält er Informationen allgemeiner Natur. Das Projekt wird zunächst einmal erklärt und eine genaue Übersicht der in der

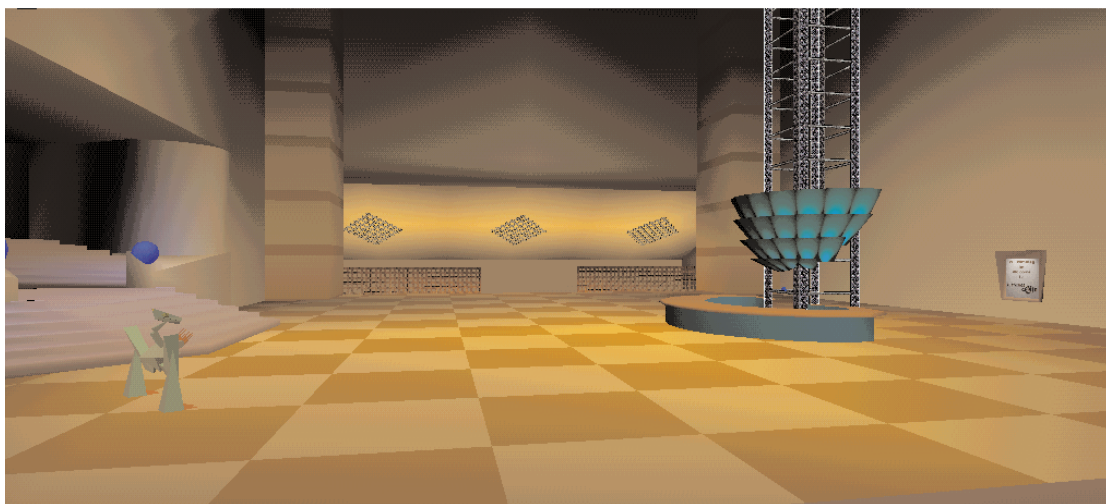
Webpage behandelten Themen ist einsehbar. Die Nutzer können sich den *terranel café* Bildschirmschoner herunterladen. Über die Kooperationspartner und die Sponsoren des Projektes kann sich der interessierte Besucher informieren, wenn er die **Seite „Das Team“** aufruft.

Unter der **Rubrik „TV-Show“** lassen sich detaillierte Auskünfte zur Fernsehshow finden. Die einzelnen Themen der 19 Folgen werden genauso aufgezeigt wie Hintergrundinformationen zu den Moderatoren und die Sendetermine. Während der Fernsehausstrahlungen war eine Internet-Live-Kamera geschaltet, die es dem Nutzer ermöglichte, von der Webpage einen Blick in das Geschehen im Internetcafé in Papenburg zu werfen.

Informationen zur Agenda 21 und zum Umweltgipfel in Rio de Janeiro findet der Nutzer, wenn er **„Agenda 21“** anwählt. Eine umfassende Linkliste verweist auf die Internetadressen von Umweltorganisationen und -verbänden. **Es handelt sich hierbei um eine der komplexesten Linksammlungen rund um Umweltthemen und Naturschutz.** Außerdem wird auf Veranstaltungen mit Bezug zu ökologischen Themen hingewiesen. Auch die Nutzer können Ihre Termine an die Redaktion schicken; diese werden dann umgehend ins Netz gestellt.

Unter der **Rubrik „News“** wird zwischen Agendanews und aktuellen Informationen zu Umweltthemen aus aller Welt unterschieden. Außerdem werden noch die *terranel café*-news angeboten, wobei es sich um Wochenberichte aus der Redaktion handelt.

Wenn der Nutzer den **Link „Feedback“** verfolgt, hat er die Möglichkeit, in ein vorbereitetes Kontaktformular Text einzugeben. Die Besucher werden aufgefordert, eigene Beiträge zu den behandelten Themen zu schicken. In ein virtuelles Gästebuch können Meinungen und Kommentare zur Sendung und zum Internetauftritt eingetragen werden. Die Bemerkungen werden sofort gespeichert und in das Gästebuch aufgenommen, so dass sie für alle Interessierten einsehbar sind.



In der dreidimensionalen Welt des virtuellen *terranel cafés*.

Abbildung 4

© TERRATOOLS GmbH & Co. KG 1998



Die kleine Welt des *terranet cafés* ist von allerlei Bewohnern bevölkert, die es zu entdecken gilt. Der virtuelle Raum dieses Planeten hält so manche Überraschung für den Besucher bereit.

Abbildung 5

© TERRATOOLS GmbH & Co. KG 1998

Der **Link „Das Spiel“** - siehe **Abbildungen 5 und 6** - führt in die eigentliche Attraktion, in den dreidimensionalen Bereich des Internetauftrittes. Zunächst können die Nutzer genaue Informationen zu dem dreidimensionalen Bereich abrufen. Es wird erklärt, was ein Avatar¹ ist und wie der Avatarchat funktioniert.

Der Nutzer wird in die technischen Gegebenheiten eingeführt; er erfährt, welche Software benötigt wird, und es wird ihm angeboten, sich die erforderliche Software herunterzuladen. Die dazu gehörigen Installationshinweise werden mit Screenshots anschaulich vermittelt. Im virtuellen *terranet café* ist es möglich, sich mit Hilfe eines Plug-In,² das sich der Nutzer herunterladen kann, als Avatar anzumelden. Der Nutzer kann sich aus einer bereitgestellten Galerie von Avataren diejenige Repräsentation auswählen, mit der er das virtuelle *terranet café* betreten will. Die Avatargalerie stellt 48 verschiedene Hüllen zur Verfügung. Der Nutzer hat die Möglichkeit, eine realistische Gestalt (es besteht die Auswahl zwischen jeweils vier weiblichen und männlichen Charakteren) oder ein Phantasiegeschöpf (zum Beispiel eine Ameise oder einen Drachen) zu wählen. Der Chat funktioniert analog zu einem herkömmlichen Internetchat - siehe **Abbildung 7**.

¹ Ein Avatar ist die virtuelle Repräsentation eines Besuchers in der virtuellen Welt.

² Ein Plug-In ist ein Softwaremodul zur Erweiterung der Funktionsfähigkeit einer Software. Im Fall von *terranet café* handelt es sich um ein Plug-In, das die Darstellung von dreidimensionalen Welten ermöglicht. Der Nutzer kann sich dieses Plug-In kostenfrei herunterladen und installieren, auf der Webpage von *terranet café* wird ihm genau erläutert, wie das funktioniert.



Die kleine Welt des *terranel café*s ist von allerlei Bewohnern bevölkert, auch von virtuellen Tieren.

Abbildung 6

© TERRATOOLS GmbH & Co. KG 1998

Mit Hilfe von Eingaben über die Tastatur können die Nutzer die Kommunikation mit den anderen gerade im *terranel café* präsenten Avataren aufnehmen. So können die auf der ganzen Welt verstreuten Nutzer über das Internet in Echtzeit miteinander diskutieren. Die Avatare sind in der Lage, Worte und Gemütszustände durch die entsprechen-



Verschiedene Avatare beim 3D-Chat im virtuellen *terranel café*.

Abbildung 7

© TERRATOOLS GmbH & Co. KG 1998

den Gesten zu unterstreichen. Beispielsweise winkt der Avatar mit dem Arm, wenn der Nutzer mit der Maus auf den Button „Avatar begrüßt alle im *terranet café* Anwesenden“ drückt. Der Nutzer hat im *terranet café* die Möglichkeit, sich auszusuchen, ob er den 3D Avatarchat in Anspruch nehmen oder ausschließlich über die Tastatur, wie in einem herkömmlichen Chat, mit den anderen Nutzern in Kontakt treten möchte. Es wurde im Projektverlauf ganz deutlich, dass die Internetnutzer lieber den 3D Avatarchat genutzt haben und nutzen als den herkömmlichen, textgestützten Chat.

Während der Fernsehstaffel 1998 waren zeitweise 120 Avatare gleichzeitig im virtuellen Café. Es wurde daraufhin ein spezieller Expertenraum eingerichtet, um zusätzlichen Raum zu schaffen. In diesem virtuellen Raum war der Experte zu Umweltfragen aus der TV-Talkshow als Avatar präsent; er hat die Fragen der Talkshowgäste, aber auch die Fragen, die im Internetchat gestellt wurden, mit dem nötigen Sachverstand beantwortet. Im Expertenraum wurden tatsächlich nur Agenda 21-Fragen und die Themen, die gerade in der Fernsehsendung zur Debatte standen, diskutiert.

Die Diskussion fand demnach synchron am Fernsehschirm und im 3D Chat statt. Internetnutzer konnten erleben, wie ihre im Chat gestellten Fragen oder geäußerten Meinungen im Verlauf der Talkshow aufgegriffen und beantwortet wurden. Die Kommentare wurden live in der Talkshow diskutiert, aber auch als Text im Internetchat weitergegeben, so dass diejenigen Teilnehmer, die die Fernsehsendung nicht empfangen konnten, genauso beteiligt waren wie jene, die neben dem Internet auch noch den Fernseher angeschaltet hatten. Über die Live-Kamera konnten die Internetnutzer verfolgen, was gerade bei der Talkshow im Internetcafé in Papenburg geschah.

Zusätzlich zu dem dreidimensionalen Avatarchat wird im virtuellen *terranet café* ein Bereich mit dem Titel „**Games World**“ angeboten. Er bietet den Nutzern auf der ganzen Welt die Möglichkeit, kleine dreidimensionale Spiele zu spielen, die in direktem Zusammenhang mit den Themen der Sendungen stehen. Eine Sendung befasste sich beispielsweise mit der Thematik des ständig wachsenden Tourismus und dessen Auswirkungen auf die Umwelt. Die Nutzer der virtuellen Kommunikations- und Spieleplattform können in der „Games World“ beziehungsweise im Themenraum „Happy Island World“ mit einem Gefährt über eine Insel fahren und haben die Aufgabe, den dort angefallenen Müll einzusammeln. Zu der Thematik einzelner Sendungen gibt es in diesen Themenräumen verschiedene Spiele - **siehe Abbildung 8**.

Die „Games World“ wurde vor allem von jungen Nutzern sehr positiv bewertet und war während der Fernsehstaffel entsprechend gut besucht. Die Spiele wurden parallel zu der Sendung mit dem entsprechenden Themenbezug online zur Verfügung gestellt und bei TERRATOOLS innerhalb von nur einer Woche entwickelt.

Fazit

Das Interesse und die Begeisterung der jugendlichen Nutzer wurde bei diesem Projekt ganz deutlich. An den Sonntagen, an denen die Fernsehsendung lief, waren durch-



Bei einem der Online 3D-Spiele aus dem Bereich der „Games World“ muss der Nutzer eine virtuelle Insel vom liegengelassenen Müll befreien.

Abbildung 8

© TERRATOOLS GmbH & Co. KG 1998

schnittlich 2.000 Nutzer dabei. Hintergrundinformationen zu den in der Talkshow behandelten Themen wurden von den Zuschauern online abgefragt und auch die Linkliste wurde häufig von den Nutzern frequentiert.

Das Durchschnittsalter der Internetnutzer belief sich auf 25 Jahre. Hauptsächlich wurden Jugendliche beziehungsweise junge Erwachsene angesprochen, darunter erfreulich viele Frauen. Die Community, die sich innerhalb des Projektes bildete, hatte zahlreiche Teilnehmer. Die Zugriffe auf die Webpage von *terranel café* stiegen parallel zur Fernsehsendung merklich an.

Ausblick

Die virtuelle Kommunikations- und Spieleplattform *terranel café* ist weiterhin online (www.terranelcafe.de) und wird auch heute noch besucht, allerdings war die Webseite in Verknüpfung mit der Staffel auf 3Sat im Jahr 1998 sehr viel stärker frequentiert. Immer noch gehen Einträge im virtuellen Gästebuch ein.

Mittlerweile arbeitet TERRATOOLS¹ an einem weiteren Projekt, das sich mit der Umweltproblematik auseinandersetzt. Das „Grüne Oval“ ist eine multimediale Webpage, die im Auftrag des Bundesamtes für Naturschutz für die EXPO 2000 in Hannover realisiert wird. Die zwölf Naturschutzgebiete, die bis zu einer Tagesreise entfernt um Hannover angesiedelt sind, werden unter www.gruenesoval.de vorgestellt und mit Hilfe von QuickTimeVR-Panoramen, Videofilmen, Tondateien, Fotos und ausführlichen Beschreibungen erlebbar gemacht.

¹ Kontaktmöglichkeiten: TERRATOOLS Software- und Filmproduktions-GmbH & Co. KG, Virchowstrasse 23, 14482 Potsdam-Babelsberg, Telefon 0331 - 72 15 560, Telefax 0331 - 72 15 569, marketing@terratoools.de, <http://www.terratoools.de>, <http://www.terranelcafe.de>, <http://www.gruenesoval.de>

Besucher der EXPO 2000 können sich im virtuellen Besucherservice über Bahnverbindungen zu den entsprechenden Naturschutzgebieten und über vor Ort organisierte Touren, Führungen und Wanderungen informieren. Einerseits soll der Besucher der EXPO auf die Sehenswürdigkeiten und Naturschutzgebiete rund um Hannover aufmerksam gemacht werden, damit er ihnen möglicherweise einen Besuch abstattet. Andererseits soll bei einigen der Naturschutzgebiete, für deren Erhalt die entsprechende Ruhe vonnöten ist, das Internet den Besuch mehr und mehr ersetzen und die Landschaften für den Internetnutzer erlebbar machen.

In Verknüpfung mit dem „Grünen Oval“ soll der Internetauftritt *terranet café* später unter dem Namen „Grünes Portal“ als Portalseite für sämtliche Umwelt- und Naturschutzorganisationen dienen. Das „Grüne Portal“ wird unter anderem mit 3D-Avatachatmöglichkeiten, kleinen dreidimensionalen Spielen und einer umfassenden Linksammlung ausgestattet sein.

Arbeitsgruppe 2: Jugendliche und Kommunalpolitik - Welche Lobby haben Kinder und Jugendliche? Formen der Beteiligung und Chancen der Umsetzung von Lokalen Agenda 21-Projekten - Bericht der Arbeitsgruppe

KLAUS T. HOFMANN

*Stellvertretender Vorsitzender des Vereins zur Förderung von
Community Education (COMED e. V.), Dortmund*

„Wir haben die Erde nur von unseren Kindern geliehen!“, besagt einer der pathetischen Gemeinplätze, die in Verlautbarungen und Aufrufen zum nachhaltigen Umgang mit unseren natürlichen Lebensgrundlagen gern bemüht werden. Dass den Leihgebern dabei ein Mitspracherecht zukommen könnte, scheint in der Praxis weit weniger selbstverständlich zu sein. Das kam in vielen Meinungen der Diskussionspartner der Arbeitsgruppe zum Ausdruck.

Andererseits ist mit der Verabschiedung der UN-Kinderrechtskonvention vor zehn Jahren ein deutlicher Druck auf mehr Partizipation für Kinder und Jugendliche entstanden. Die Senkung des Wahlalters ist beispielsweise eine der Tendenzen, die dabei verfolgt werden. In der vielgestaltigen Tätigkeit von Kinderbeauftragten ist eine andere Variante zu erkennen. „Denk global – handle lokal“, lautet das Pathos einer anderen gern benutzten „Redefigur“. In der Lokalen Agenda 21 scheinen die angedeuteten Aspekte auf günstige Weise zusammen gedacht zu sein. Die Kommune beziehungsweise die Gemeinde ist der Ort, an dem Entscheidendes für die Erhaltung der Lebensressourcen zu leisten ist. Und dort ist auch der Ort für die Einübung und Erprobung von Beteiligungsformen bei der Gestaltung der Belange von Kindern und Jugendlichen, wie Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Diskussion in der Arbeitsgruppe bekräftigten.

Folgende **Kardinalfragen** wurden gestellt:

- Sind im Rahmen der Lokalen Agenda 21 Prozesse in Gang gekommen, die über die bisherigen Mitwirkungsmöglichkeiten hinausgehen?
- Oder erschöpfen sich die Bemühungen in pseudo-demokratischen Sandkastenspielen, wie mancher argwöhnt?
- Nehmen Kinder und Jugendliche diese Chancen in hinreichendem Maße wahr?
- Oder verweigern sie sich diesem Thema, wie es mit den Etikettierungen „Nullbock-Mentalität“ und „Politikverdrossenheit“ nahegelegt wird?

Vor diesem Hintergrund verlief die angeregte und anregende Diskussion in der Arbeitsgruppe 2. Angesichts der Weite des Feldes, das sich hier auftat und angesichts der Zeit, die zur Verfügung stand, kam die Möglichkeit zum konkreten, intensiven Erfahrungsaustausch zu kurz; eine Fülle von Aspekten wurde dennoch ausführlich zur Sprache gebracht. Es wurden folgende **Fragen erörtert:**

- Wie kann vor Ort Kindern und Jugendlichen mit geeigneten Formen die aktive Teilhabe ermöglicht werden?
- Wie können auf lokaler Ebene Kindern und Jugendlichen geeignete Handlungsfelder zur Selbstgestaltung überlassen werden?
- Wie kann eine kommunale Kinder- und Jugendlobby ohne Paternalismus (auch ohne Maternalismus!) wirksam werden?

Die Antworten können wie folgt zusammengefasst werden: Die Lokale Agenda 21 bietet vom Grundsatz her sehr gute Möglichkeiten für partizipatorische Prozesse, widmet sie doch einen großen Abschnitt (Kapitel 25) diesen Fragestellungen. **Noch ist der Bekanntheitsgrad in einzelnen Städten und Gemeinden offenkundig sehr unterschiedlich.** Mancherorts ist die Lokale Agenda 21 der Geschäftsstelle „Umwelt“ in Alleinzuständigkeit zugewiesen. Anderswo haben sich handlungsfähige Verbünde von Politik, Verwaltung, Kammern, Verbänden, Hochschulen, Schulen, Jugendeinrichtungen, Vereinen und Initiativen gebildet. **Entwickeln sie sich dabei gar zu Vorreitern neuer Formen direkterer Demokratie, so geraten sie tendenziell in Konflikte mit der verfassten Politik und dem ordnungsdienenden Teil der Verwaltung.**

Die Beteiligungsformen für Kinder und Jugendliche lassen sich danach unterscheiden, ob sie eher an parlamentarischen Gremien orientiert sind (Kinderparlamente, Kinderräte) oder ob sie offene Formen bevorzugen (Runde Tische, Foren etc.). Die Ansätze unterscheiden sich auch danach, ob sie eher darauf ausgerichtet sind, die Anliegen und Interessen von Kindern und Jugendlichen an Politik und Verwaltung heranzutragen, oder ob Kinder und Jugendliche selbst in Ernstfallsituationen zu Planungs- und Entscheidungsprozessen mit herangezogen werden.

Dies geschieht meist **in projektorientierten Formen.** Bevorzugt kommen kreative Methoden zum Einsatz, so Zukunftswerkstätten oder Open space. Modellbau, Foto, Video und Internet werden als Medien genutzt. Interviews und Erhebungen bereichern das Handlungsrepertoire. Häufig sind folgende Gegenstandsbereiche und Inhaltsfelder die Themen der Partizipation: Spielplatzanlage, Verkehrsplanung, Schulhofgestaltung, Wohnumfeldverbesserung. Besonderen Zuspruch erfahren auch ökologische Vorhaben wie Bach- und Waldpatenschaften, aber auch soziale Projekte wie Hausaufgabenhilfe in der Asylunterkunft oder kleine Hilfsdienste für Senioren.

Offenkundig gibt es nicht die einzig richtige Form von Partizipation, sondern eine unbegrenzte Fülle vielfältiger Ansätze. Als **Kriterien für gelingende Partizipation** schälen sich heraus: Altersgemäßheit, Erfahrungsnähe, Sozialraumbezug, persönliche Betroffenheit und (recht verstanden!) Spaß.

Zeitlich begrenzten Maßnahmen wird offenkundig der Vorzug vor dauerinstitutionalisierten Formen gegeben. Zu den Kompetenzen, die die Kinder und Jugendlichen in den Beteiligungsprozessen erwerben, gehören auch: Widerstände erkennen und benennen sowie Verbündete suchen und finden.

Für die Erörterung der Beteiligungsformen sowie der Umsetzungschancen von Lokalen Agenda-Projekten waren in der Arbeitsgruppe 2 Praxiserfahrungen sehr hilfreich. In einem **Praxisbericht** referierte **Birgit Schmitz**, *Leiterin des Amtes für Kinderinteressen der Stadt Köln*, über Ziele und Inhalte des Kölner Projektes „Rathaus Europa - Lokale Agenda - Jugend in der Stadt“.

Nach Meinung vieler Gesprächspartner in der Arbeitsgruppe 2 erweisen sich Team- und Gruppenarbeit als besonders günstig. Nicht zufällig ist der größte Teil der präsentierten und gelungenen Beispiele in enger Zusammenarbeit mit Schulen entstanden. Häufig bildet der Klassenverband - mit der engagierten Lehrperson als Bezugsgröße - den stabilisierenden Rahmen. **Generell wird kompetente, professionelle Begleitung durch Erwachsene zu den Voraussetzungen für das Gelingen gezählt.** Der ganzheitliche Ansatz der Lokalen Agenda 21 korrespondiert mit entsprechenden Bewegungen der in Gang befindlichen inneren Schulreform: Schulöffnung und Community education sind dabei die fälligen Stichworte.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Diskussion in der Arbeitsgruppe verwiesen zudem auf die Strukturähnlichkeit der Agenda-Prozesse mit den klassischen Gemeinwesenansätzen der Sozialarbeit. **Interessant und neu an der aktuellen Entwicklung sei, dass die Agenda-Prozesse dann besonders aussichtsreich verlaufen, wenn sie mit einem gewandelten Selbstverständnis der Verwaltung einhergehen.** Kein Wunder, dass in der Lokalen Agenda 21 von manchem ein geeignetes Element des Umbaus und der Weiterentwicklung von Verwaltung gesehen wird. Bürger- und Kundenorientierung wären hier als Stichworte zu nennen, aber auch ressort- und ämterübergreifende Arbeit.

Die Chance zu einer gewissen Nachhaltigkeit könnte darin liegen, dass die Agenda-Prozesse offenkundig weniger durch spezifische Inhalte definiert und determiniert sind. Vielmehr beziehen sie den Rückenwind aus der Tendenz zu mehr direkter Demokratie. Dass dies den Charme der Bewegung ausmacht, ist genauso zu erkennen wie der Umstand, dass gerade dies das Misstrauen der herkömmlichen Politik hervorruft. Beteiligung von Bürgern - auch und gerade von Kindern und Jugendlichen - führt häufig genug zu anderen Ergebnissen als den von der Verwaltung vorformulierten und durch die Politik „abgenickten“. Dies ist inzwischen ausreichend belegt.

Im Ganzen wurde in der Diskussion deutlich zum Ausdruck gebracht: Mit der Lokalen Agenda 21 hat der Partizipationsgedanke für Kinder und Jugendliche einen kräftigen Schub bekommen, vielleicht gar eine neue Qualität erreicht.

Praxisbericht in der Arbeitsgruppe 2: Das Projekt „Rathaus Europa - Lokale Agenda - Jugend in der Stadt“



BIRGIT SCHMITZ

Leiterin des Amtes für Kinderinteressen der Stadt Köln

1. Hintergrund

Vor dem Hintergrund der politischen Entwicklungen in Europa und immer wiederkehrenden Verständigungsschwierigkeiten zwischen den Völkern ist die **Förderung von Toleranz und Offenheit**, gerade unter den jungen Europäern, **sowie ein gegenseitiger Austausch kultureller und politischer Werte und Vorstellungen unabdingbar**.

Das Grundrecht der Kinder und Jugendlichen in Europa hinsichtlich einer Beteiligung an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen ist in den vergangenen Jahren vermehrt in den Blickpunkt gerückt, nicht zuletzt durch die Agenda 21, die in Rio de Janeiro 1992 von der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung beschlossen wurde. 179 Staaten, darunter auch die BRD, haben sich damit für **ein Handlungskonzept zur nachhaltigen und zukunftsfähigen globalen Entwicklung** verpflichtet, das **auf drei Grundpfeilern** beruht:

- soziale Gerechtigkeit,
- ökonomische Nachhaltigkeit und
- ökologische Tragfähigkeit.

Mit der Lokalen Agenda 21 wurde die Bedeutung der Kommunen als städtische Lebensräume mit einer Politik- und Verwaltungsebene, die den Bürgern am nächsten ist, herausgehoben. Die kommunalen Parlamente und Verwaltungen werden ausdrücklich zu einem wechselseitigen Austausch und einem gegenseitigen Lernen mit den Bürgern aufgefordert; Partizipation aller Bürger - ohne Einschränkung der Altersgruppen - ist gewünscht.

So hatte sich auch Köln im März 1998 mit einem Ratsbeschluss auf die Lokale Agenda 21 verpflichtet. Die Handlungsfelder werden in einem umfassenden Sinn verstanden, die Bereiche „soziale Gerechtigkeit“, „nachhaltige Bildung“ und „demokratische Handlungsräume“ sind feste Bestandteile.

Es sei auch angemerkt, dass die jüngste Reform des Kommunalwahlgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen für die Kölner Jugendlichen die Wahlberechtigung mit Vollendung des 16. Lebensjahres zur Kommunalwahl mit sich brachte, was in Köln die Gruppe der Wahlberechtigten erheblich verändert hat. In den meisten Partnerstädten der Mitgliedsländer der EU gibt es ähnliche Veränderungen auf kommunaler Ebene.

2. Zum Inhalt des Projektes

Im „Rathaus Europa“ trafen sich im Mai 1999 in Köln rund 30 Jugendliche aus acht europäischen Städten, die sich intensiv mit der Lage der Jugend in ihren Heimatstädten auseinandergesetzt hatten. Beteiligt waren die Kölner Partnerstädte Turku, Rotterdam, Liverpool, Barcelona, Turin, Katowice und Wolgograd - **siehe Abbildung 1.**

Die jungen Leute untersuchten die Städte, in denen sie leben, aus ihrem eigenen Blickwinkel unter dem Gesichtspunkt, welche spezifischen Themen die Jugendlichen aktuell beschäftigen. Sie fragten danach, wie in ihren Städten kommunale Entscheidungen, die die Jugend direkt betreffen, zustande kommen und welche Mitwirkungsmöglichkeiten sie hierbei haben. **Über ihre Ergebnisse tauschten sie sich europaweit mit anderen Jugendlichen vor allem über das Internet aus, stellten Vergleiche an und konnten miteinander Möglichkeiten für kommunale Jugendaktivitäten herausarbeiten.**

Jugendliche haben so die Chance, sich zu vernetzen und gemeinsame Perspektiven zu entwickeln; nicht zuletzt haben sie die Möglichkeit, ihre Ergebnisse und Erkenntnisse einer Öffentlichkeit zu präsentieren und so auf ihre Interessen aufmerksam zu machen.

3. Der Rahmen des Projektes

Für den organisatorischen Rahmen sorgten in Kooperation **das Amt für Kinderinteressen mit der Rathausschule und das Jugendamt mit den Internationalen Jugendbegegnungen der Stadt Köln.** Die grundsätzliche Aufgabe der Rathausschule ist es, mit Kinder- und Jugendgruppen inner- und außerschulische Bildungsprojekte zu kommunalpolitischen Themen durchzuführen, während die Internationale Jugendbegegnung einen europaweiten Jugendaustausch mit Schwerpunkt auf die Kölner Partnerstädte durchführt.

Der 1999 in Köln tagende EU-Gipfel stellte im Kontext der Lokalen Agenda 21 einen vortrefflichen Rahmen für ein europaweites Jugendprojekt zu dem ausgeführten Themenkomplex dar. Das auf dem Roncalliplatz der Stadt Köln durchgeführte Bürgerfest, bei dem europaweite Aktivitäten widergespiegelt wurden, bot den beteiligten Jugendlichen eine besondere Möglichkeit, ihre Ergebnisse hinsichtlich der Situation der nachwachsenden Generation in den europäischen Städten einer breiten Kölner Öffentlichkeit zu präsentieren.

4. Konkretisierung

Zu einer Mitwirkung an dem Projekt wurden je zwei bis drei Jugendliche im Alter zwischen 14 und 18 Jahren sowie eine Fachkraft aus acht europäischen Städten eingeladen: aus den Partnerstädten Turin, Barcelona, Turku, Rotterdam, Liverpool, Katowice,

An dem Projekt „Rathaus Europa“ beteiligte Städte

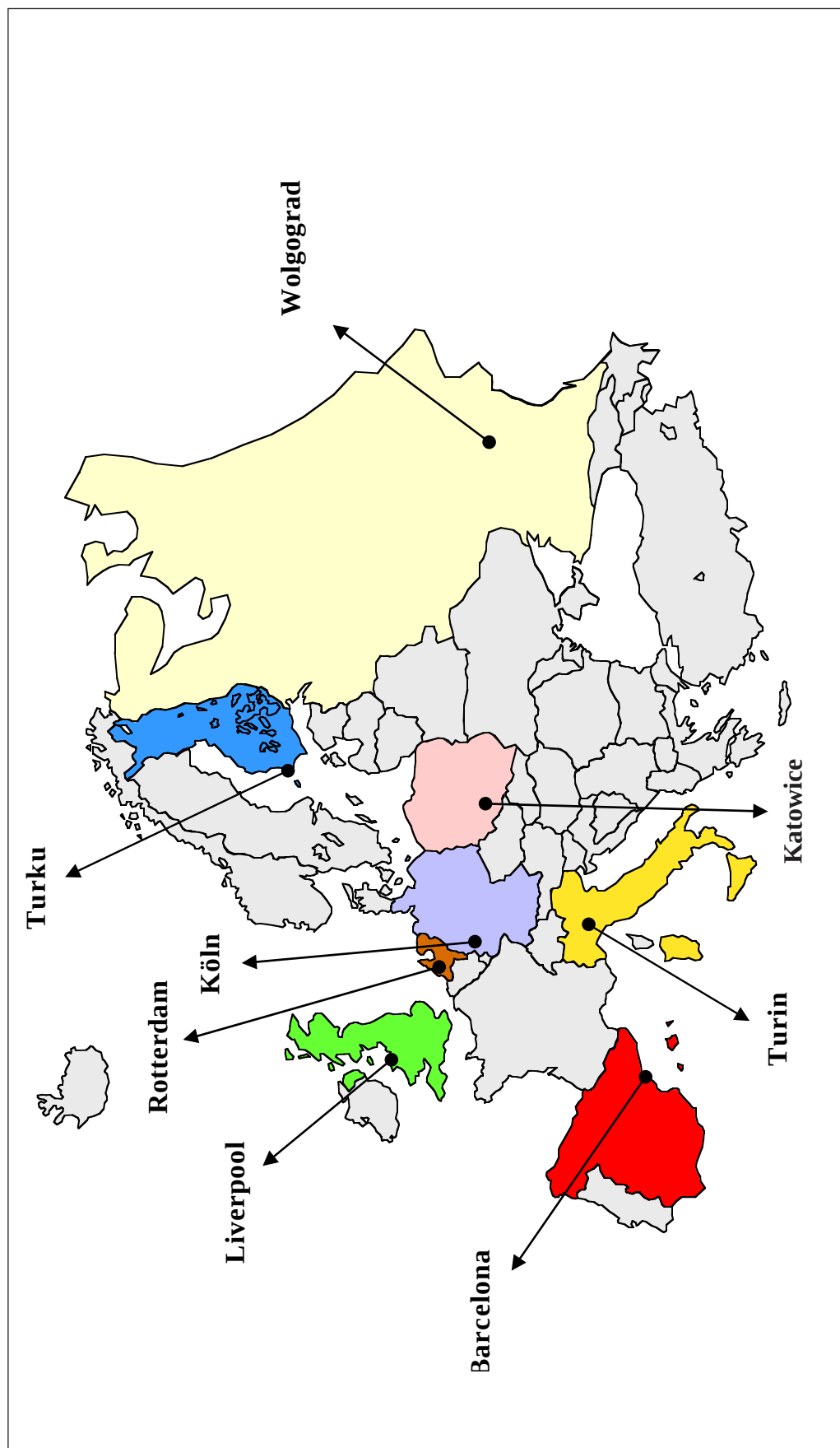


Abbildung 1

© Amt für Kinderinteressen, Jugendamt der Stadt Köln

Wolgograd und darüber hinaus aus Wien als der Stadt, die den vorangegangenen EU-Gipfel ausgerichtet hatte. Zu all diesen Städten bestehen gute Kontakte zwischen dem Kölner Jugendamt und den dortigen Jugendämtern beziehungsweise Jugendhilfeverwaltungen. Außerdem wurde darauf geachtet, dass die Regionen Ost-, Nord-, Süd- und Westeuropa vertreten sind.

Von Kölner Seite nahmen sechs beziehungsweise acht Jugendliche teil, die sich als Schülervertreter an der Integrativen Gesamtschule Holweide engagieren und sich bereits im Rahmen eines Schulprojektes mit der Lokalen Agenda 21 befasst hatten. Zu den beiden Partnerstädten Liverpool und Wolgograd bestehen seitens der Integrativen Gesamtschule Holweide seit längerer Zeit gute Kontakte.

Da die Verkehrssprache im Projekt Englisch war, mussten sich alle Jugendlichen in englischer Sprache verständigen können. Außerdem mussten sie über einen Zugang zum Internet verfügen.

5. Der Projektverlauf - inhaltlich und zeitlich

Das Projekt erstreckte sich über **drei Phasen**; es begann im November/Dezember 1998, der abschließende Höhepunkt war im Mai 1999. Die einzelnen Gruppen wurden in den ersten beiden Phasen zunächst in ihrer jeweiligen Heimatstadt aktiv; sie begegneten sich in der dritten Phase abschließend in Köln - **siehe Abbildung 2**. Die jungen Leute wurden während der einzelnen Arbeitsschritte methodisch und organisatorisch jeweils von einer Fachkraft unterstützt.

Phase I

Die Jugendlichen recherchierten in ihren Heimatstädten zu den folgenden Fragestellungen:

- a) Wie sehen aus eurer Sicht die größten Probleme aus, die Jugendliche in eurer Stadt haben? Welches sind die wichtigsten Themen, die für euch im Moment aktuell sind?
- b) Was wisst Ihr darüber, wie in eurer Stadt kommunalpolitische Entscheidungen getroffen werden?
- c) Bei welchen Entscheidungen werden Jugendliche zu ihrer Meinung befragt? Bei welchen Themen können sie mitreden?
- d) Wie sollte nach eurer Vorstellung eine Beteiligung junger Menschen in eurer Stadt aussehen?
- e) Kennt Ihr die Lokale Agenda 21? Welche Bedeutung hat sie für euch? Welche Rolle spielt sie in eurer Stadt?

Verlauf des Projektes „Rathaus Europa“

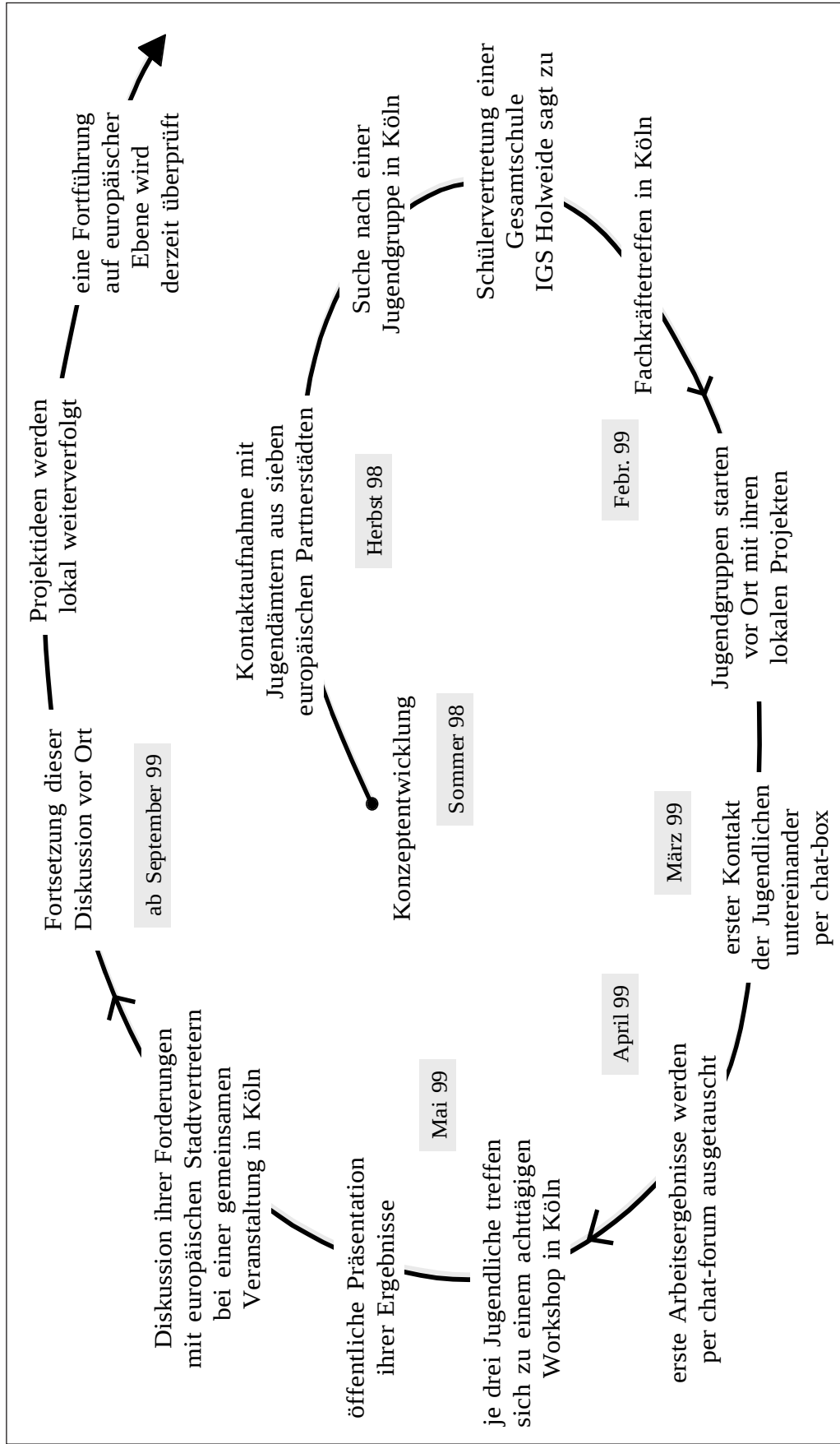


Abbildung 2

© Amt für Kinderinteressen, Jugendamt der Stadt Köln

Phase II

Die Jugendlichen traten über das Internet in einen Austausch. Dabei ging es

- um ein erstes gegenseitiges Kennenlernen sowie
- um einen Austausch von Antworten, Erfahrungen und Anregungen.

Eine erste Dokumentation in Form von Protokollen der Internet-Kommunikation entstand.

Phase III

Die Jugendlichen begegneten sich im Rahmen einer Aktionswoche vom 24. bis 30. Mai 1999 in Köln. Neben der Stadt Köln hatte die Kölner Jugendgruppe die Gastgeberrolle übernommen. Im Rahmen eines Workshops wurden die spezifischen Ergebnisse aus den verschiedenen Städten ausgetauscht und für die am darauffolgenden Wochenende stattfindende Abschlussveranstaltung dokumentiert.

Es wurden auch Projektbeispiele aus der Integrativen Gesamtschule Holweide vorgestellt und im Rahmen von Exkursionen zahlreiche Projekte zum Thema „Lokalen Agenda 21 in Köln“ besucht und erörtert. Darüber hinaus hatten die Kölner Jugendlichen die Möglichkeit, das gesamte Projekt mit selbst erstellten Radiobeiträgen zu dokumentieren. Unterstützung hierfür gab es durch die Radiowerkstatt Köln (VHS), die feste Sendezeiten bei Radio Köln hat.

6. Die Abschlussveranstaltung

Im Rahmen des **Bürgerfestes** am 29. und 30. Mai 1999 auf dem Roncalliplatz wurde in einem **Zelt** das „**Rathaus Europa**“ präsentiert. Projektverlauf und Projektergebnisse wurden der Öffentlichkeit vorgestellt, die Arbeitsgruppen standen für Fragen zur Verfügung.

Als Höhepunkt wurde eine öffentliche „**Konferenz**“ mit den „Delegierten“, also den Jugendlichen, der neun beteiligten Städte zum Thema „**Lokale Agenda 21 - Jugend in der Stadt**“ ausgerichtet. Es wurden Ergebnisse ausgetauscht, Statements und Handlungsperspektiven diskutiert. Kölner Jugendliche, die hierzu eingeladen wurden, waren ebenso Gesprächspartner wie europäische Fachkräfte und Kommunalpolitiker.

Die jungen Menschen hatten im Kölner Rathaus gemeinsam mit ihren Bürgermeistern und Oberbürgermeistern diskutiert. **Sie erhielten von den Kommunalpolitikern die Zusage, dass man sich der Thematik der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen verstärkt annehmen und versuchen wird, den Entwicklungsprozess unter dem Thema „Lokale Agenda 21“ und entsprechend den Interessen der jungen Leute fortzusetzen.**

7. Resümee und Perspektive

Die beteiligten Jugendlichen machten im Projekt die Erfahrung eines demokratischen Miteinanders. Als ernst zu nehmende Projektpartner wurden sie an dem Projektverlauf selbst beteiligt. Das bedeutet erstens, dass sie selbst die Experten für die aktuellen Jugendthemen sind; diese nicht von Erwachsenen benannt wurden, und zweitens, dass der Arbeitsstil nicht „von oben“ - von den Fachkräften - vorgegeben und gesteuert wurde, sondern ein gemeinsamer Entwicklungsprozess im Mittelpunkt stand.

Durch learning by doing wurde demokratisches Handwerkszeug erworben, indem die Jugendlichen die Lebenssituation ihrer Generation in der jeweiligen Stadt per Umfrage, Interview etc. selbst recherchierten. Kenntnisse über kommunale Strukturen in den eigenen und anderen europäischen Städten sowie über die Lokale Agenda 21 brachten ein neues und größeres Handlungsspektrum für die Jugendlichen mit sich.

Der Blick über den eigenen „Tellerrand“ hin zu den europäischen Nachbarn erweitert Perspektiven und stellt einen Beitrag zur Integration dar. Vorstellungen von Vernetzung und gegenseitiger Unterstützung werden greifbar. Darüber hinaus hat das Projekt auch Bürger, Fachkräfte und Kommunalpolitiker erreicht. Die Ergebnisse, die die Jugendlichen erarbeitet und die Vorstellungen, die sie entwickelt hatten, sollen auch im Nachhinein die Öffentlichkeit für die Interessen und Themen der Jugend sensibilisieren und die Aussicht für eine verstärkte Beteiligung eröffnen. **Durch die Mitwirkung der ausländischen Fachkräfte wurde eine europaweite Diskussion und Vernetzung zur Lokalen Agenda 21 vorangebracht.**

Zu der Perspektive des Projektes „Rathaus Europa“ möchte ich Folgendes erwähnen: **Die einzelnen Projektideen werden auf der jeweiligen lokalen Ebene weiterverfolgt.** Als ein Ergebnis der öffentlichen Diskussion mit den obersten Stadtvertretern aus den beteiligten Partnerstädten sagten diese weiterführende Gespräche mit den Jugendgruppen in der jeweiligen Stadt zu.

Beispiel Köln: Die beteiligte Gruppe entwickelt zur Zeit ein Arbeitskonzept zur Errichtung eines Jugendgremiums. Dafür sucht sie unter anderem Bündnispartner in anderen Jugendgruppen, so dass eine breitere Basis, die von jungen Leuten selbst getragen wird, entstehen kann.¹

Auf europäischer Ebene werden die im Projekt entstandenen Kontakte weiterhin von den Jugendlichen gepflegt. **Mehrere Gruppen überprüfen die Möglichkeit einer Fortführung direkter Kontakte auf europäischer Ebene im Jahr 2000, um weitere gemeinsame Positionen im Lokalen Agenda 21-Prozess zu finden und zu artikulieren.** Die Vernetzung der Jugendgruppen wird von den Fachkräften in der jeweiligen Stadt weiterverfolgt. Es findet ein Austausch über den jeweiligen Stand der Entwicklungen statt.

¹ Ansprechpartner: Amt für Kinderinteressen, Rathausschule; Bettina Zierold; Telefon 0221 - 221 229 28; Jugendamt, Internationale Jugendbegegnungen; Bernd Seifert, Telefon 0221 - 221 240 79

Arbeitsgruppe 3: Bildung für eine nachhaltige Entwicklung im schulischen und außerschulischen Bereich - Bericht der Arbeitsgruppe

SUSANN WAGNER

Agendabeauftragte im Landesjugendamt Rheinland, Köln

Im Mittelpunkt der Diskussion in der Arbeitsgruppe 3 standen Erfahrungen hinsichtlich der Erfordernisse sowie der Gestaltung des Bildungsbereiches für eine nachhaltige Entwicklung, wie sie mit der Lokalen Agenda 21 beabsichtigt ist. Dabei hoben die Gesprächspartner einhellig hervor, dass künftig vor allem der schulische und außerschulische Bildungsbereich die „Drehscheibe“ sein kann und muss, um Jugendliche zu erreichen und um Engagement für gesellschaftliche Entwicklung anzuregen.

Praxisberichte aus Nordrhein-Westfalen verdeutlichten das. In ihrem **Bericht** schilderte **Birgit Schulten**, *Agendabeauftragte der Gesamtschule „Globus am Dellplatz“, Duisburg*, im Detail **die Entwicklung dieser Duisburger Gesamtschule zur ersten Agenda-Schule dieses Bundeslandes**. Der Beitrag machte deutlich, wie wichtig, ja geradezu entscheidend das Engagement von Lehrerinnen und Lehrern ist, um im Interesse junger Menschen und gemeinsam mit Jugendlichen Veränderungen in der Entwicklungsperspektive des Bereiches Schule durchzusetzen. Hinzu kommt nach Aussagen vieler Diskussionspartner die Notwendigkeit zur Kooperation mit Fachleuten aller Professionen, die mit jungen Menschen direkt zu tun haben und mit ihnen arbeiten.

In einem weiteren **Praxisbericht** erörterte **Dr. Peter Markus**, *Studienleiter der Evangelischen Akademie Iserlohn/Institut für Kirche und Gesellschaft*, die **Voraussetzungen für die Entwicklung zukünftiger Lebensstile**. Zugleich bewertete er **Ergebnisse einer Befragung Jugendlicher zur Lokalen Agenda 21 in der Stadt Iserlohn**. In der sich anschließenden Diskussion bekräftigten Gesprächsteilnehmer das grundlegende Erfordernis, die Jugendlichen über Interessen, Wünsche und Bedürfnisse selbst zu befragen, um erfolgreich sein zu können.

Über die **außerschulische Projektförderung** zur Beteiligung von Jugendlichen an Agenda-Prozessen referierten in einem **Praxisbericht Peter Schütz**, *Leiter der Koordinierungsstelle für die außerschulische Naturschutz- und Umweltbildung an der Natur- und Umweltschutz-Akademie (NUA) des Landes Nordrhein-Westfalen, Recklinghausen*, und **Monika Dehn**, *Studentin, Praktikantin an der Natur- und Umweltschutz-Akademie des Landes Nordrhein-Westfalen*. Den Kern des Berichtes bildeten Erfahrungen bei der Gestaltung des Lokalen Agenda-Prozesses in Münster sowie konkrete Projekte zur außerschulischen Umweltbildung im Land Nordrhein-Westfalen.

Peter Schütz und Monika Dehn schlussfolgerten: „Die durch die Natur- und Umweltschutzakademie des Landes Nordrhein-Westfalen geförderten Bildungsprojekte zeigen,

dass relevante Themen der Agenda für Jugendliche durchaus von Interesse sind, wenn sie sach- und themenbezogen von und mit Jugendlichen organisiert werden.“ Das Thema „Agenda 21“ müsse Spaß machen; es müsse intensive und befriedigende Erfahrungen ermöglichen. Bisher blieb - so hoben Diskussionspartner hervor - die Begrifflichkeit für viele Jugendliche ausdruckslos.

Beide Referenten hoben in ihrem Resümee hervor: *„Wir müssen bei der Absicht, den Nachhaltigkeitsgedanken in die junge Generation zu transportieren, von der Belehr-Mentalität grundsätzlich Abstand nehmen. Wir müssen es lernen, Jugendlichen den Status des Akteurs zuzubilligen - auch auf die Gefahr hin, dass dann Veranstaltungen und Vorgänge allgemein anders verlaufen, als sie geplant wurden.“*

Diese Wertungen wurden in der Arbeitsgruppe anerkannt. Dort wurde zugleich eingeschätzt, dass im Vergleich zu anderen Bundesländern die Gestaltung von Lokalen Agenda 21-Prozessen gerade in Nordrhein-Westfalen am meisten fortgeschritten ist. Als Antwort auf die Frage nach den Gründen dafür bekräftigten Teilnehmerinnen und Teilnehmer in der Arbeitsgruppe die Notwendigkeit, **zuallererst Anstöße durch die Politik zu geben und von vornherein mit engagierten Lehrerinnen und Lehrern sowie Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen zu kooperieren**, wobei die Politik zunächst auf der Landesebene und auf kommunaler Ebene die erforderlichen Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Entwicklung schaffen muss.

Beschlüsse und Gesetze allein - so der allgemeine Tenor - reichen jedoch nicht aus. Vielmehr **muss** nach Auffassung vieler Diskussionspartner **die Öffentlichkeitsarbeit verstärkt und der Bereich Schule als wichtiger Lebensort für Kinder und Jugendliche direkter sowie unmittelbarer in Projekte einbezogen werden**.

Im Sinne eines Resümees der Diskussion wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer befragt, **worin für jeden oder jede die größte Herausforderung im Bereich Bildung bei der Gestaltung von Lokalen Agenda-Prozessen besteht**. Die Antworten, die schriftlich erfasst wurden, beinhalten Erfordernisse, Wünsche und Forderungen, die nunmehr den Abschluss des Berichtes bilden. Als Herausforderungen wurden genannt:

1. Die Motivierung und Aktivierung der Schulen (Lehrer, Eltern, Schüler) zur Umgestaltung ihres eigenen Umfeldes.
2. Das Engagement der Lehrerinnen und Lehrer, um die Schulleitung herauszufordern.
3. Schule als Lebensraum zu gestalten, nicht als Angstraum!
4. Schule muss sich „bewegen“!
5. Schulen die Notwendigkeit der Kooperation klarzumachen und dafür zu sorgen, dass Schulen Angebote auch annehmen.
6. Schule und Jugendhilfe müssen zusammenarbeiten!

7. Junge Menschen in unbefristete Arbeit zu bringen.
8. Die Jugendlichen dort „abzuholen“, wo sie sind.
9. Kinder- und jugendgerechte Partizipationsformen zu entwickeln, um ihren Belangen Bedeutung zu verleihen.
10. Vom Verstehen zum Handeln zu kommen.
11. Denkbarrieren zu überwinden und für den beiderseitigen Nutzen zu sorgen.
12. Die wirkliche Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen zu erreichen.
13. Jugendliche für eine kontinuierliche Entwicklung zu gewinnen.
14. Jugendliche in die Facharbeitskreise der Lokalen Agenda-Prozesse einzubeziehen.

Praxisbericht in der Arbeitsgruppe 3: Die Gesamtschule „Globus am Dellplatz“- die erste Agenda-Schule in Nordrhein-Westfalen



BIRGIT SCHULTEN

Agendabeauftragte der Gesamtschule „Globus am Dellplatz“, Duisburg

Die Gesamtschule „Globus am Dellplatz“ hatte sich 1997 selbst zu einer Agenda 21-Schule ernannt; sie war damit die erste in Nordrhein-Westfalen. Wie es zu dieser Entscheidung kam und welchen Entwicklungsprozess die Schule seitdem durchlaufen hat, wird im Folgenden kurz skizziert.

„Globus am Dellplatz“ ist eine vierzügige Gesamtschule im Aufbau, die 1996 als 13. Duisburger Gesamtschule gegründet wurde. Die Schule vergrößert sich in jedem Jahr um vier neue Eingangsklassen und um einige neue Kolleginnen und Kollegen. Die Schülerinnen und Schüler des Pilotjahrgangs besuchen inzwischen die achte Jahrgangsstufe. Untergebracht ist die „Globus-Schule“ in einem alten Schulgebäude in der Duisburger Innenstadt. In diesem Schuljahr wird ein Neubau auf dem Schulhof errichtet, um der noch wachsenden Schule auch für die kommenden Jahre genügend Platz zu bieten.

Im Juni 1997 wurde die Schule von der Duisburger Gleichstellungsbeauftragten Doris Freer zu der Fachtagung „Lokale Agenda 21 aus Frauensicht“ eingeladen. Die Veranstaltung war damals eine der ersten in Duisburg zu dem Thema „Agenda 21“. Auch in der „Globus-Schule“ war die Thematik noch weitgehend unbekannt und es konnte niemand ahnen, welche Entwicklung dadurch angestoßen werden sollte.

Um den Weg der „Globus-Schule“ leichter nachvollziehen zu können, werden hier die verschiedenen Entwicklungsschritte von Juni 1997 bis Herbst 1999 unter den Aspekten „Kontakt- und Kooperationsebene“, „schulinterner Entwicklungsprozess“ und „konkrete Projekte“ nacheinander dargestellt - **siehe Abbildung 1**. Diese drei Ebenen sind natürlich nicht getrennt voneinander zu begreifen, im Gegenteil, sie stehen untereinander in Wechselwirkung, befruchten sich gegenseitig.

Kontakt- und Kooperationsebene

Wie schon angedeutet, konnte die Teilnahme an der Fachtagung „Lokale Agenda 21 aus Frauensicht“ als auslösendes Moment betrachtet werden, die Agenda 21 als etwas sehr Interessantes für die noch junge „Globus-Schule“ mit ihren Schülerinnen und Schülern aus 19 verschiedenen Herkunftsländern zu begreifen. Welche Entwicklungsmöglichkeiten sich durch die Auseinandersetzung mit der Agenda 21-Thematik eröffnen würden, konnte zu diesem Zeitpunkt natürlich noch nicht abgeschätzt werden.

Die Entwicklung zur Agenda-Schule

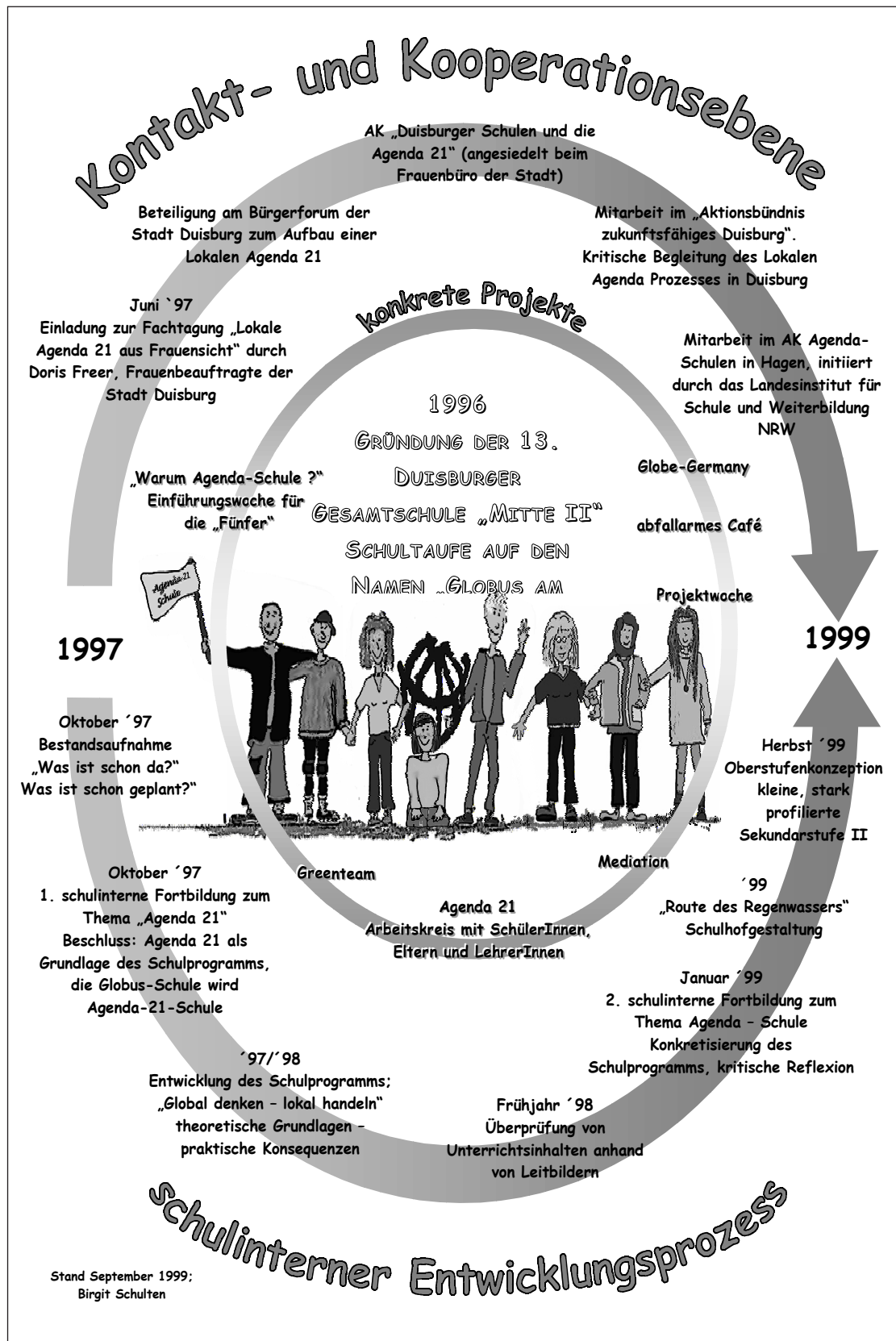


Abbildung 1

© B. Schulten

Kurze Zeit nach der Fachtagung kam der Duisburger Lokale Agenda 21-Prozess insgesamt in Bewegung. **Die Mitarbeit an folgenden Arbeitskreisen und Foren wurde für die „Globus-Schule“ bedeutsam:**

- die Beteiligung am Bürgerforum der Stadt Duisburg zum Aufbau einer Lokalen Agenda 21;
- die Mitarbeit im Arbeitskreis „Duisburger Schulen und die Agenda 21“. Der Arbeitskreis wurde von Doris Freer und einigen interessierten Schulen initiiert; dieser wird auch weiterhin vom Frauenbüro der Stadt engagiert betreut und unterstützt. Inzwischen sind Schulen verschiedener Schulformen sowie andere Bildungseinrichtungen - so beispielsweise der Fachbereich Geographie der Universität Duisburg - vertreten;
- die Mitarbeit im „Aktionsbündnis zukunftsfähiges Duisburg“. Das Bündnis setzt sich aus Vertretern und Vertreterinnen ganz unterschiedlicher Institutionen zusammen (Infostelle Dritte Welt, Gewerkschaft, Umweltschutzgruppen und andere), die sich als kritische Begleitung des Lokalen Agenda 21-Prozesses in Duisburg begreifen;
- die Mitarbeit im Netzwerk „Agenda-Schulen in Nordrhein-Westfalen“, initiiert und betreut durch das Landesinstitut für Schule und Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen.

Durch das Engagement der „Globus-Schule“ in den oben genannten Bündnissen und Initiativen hat sich für die Schule ein sehr hilfreiches Netzwerk herausgebildet, das wichtige Kontakte und Informationen bietet, die notwendig sind, sobald Schule auch über die „eigenen vier Wände“ hinaus aktiv werden möchte.

Schulinterner Entwicklungsprozess

Zeitgleich zu den oben beschriebenen Aktivitäten **entwickelte sich der schulinterne Prozess zu einer Agenda 21-Schule an folgenden Kristallisationspunkten.**

- Im Oktober 1997 wurde eine Bestandsaufnahme unter dem Blickwinkel „Was ist schon da, was ist schon geplant?“ durchgeführt. Es sollte festgelegt werden, welche Bestandteile der Schule auf den unterschiedlichsten Ebenen schon „agendakompatibel“ sind.
- Nach der Bestandsaufnahme wurde ebenfalls im Oktober 1997 eine erste schulinterne Fortbildung zum Thema „Agenda 21“ veranstaltet. Einstimmig wurde folgende Beschlussvorlage gebilligt: *„Die Gesamtschule ‚Globus am Dellplatz‘ wird Agenda-Schule, das heißt, sie beginnt einen Prozess der grundlegenden Neuorientierung ihres Schulprogramms in Richtung auf die Beschlüsse der UNO-Konferenz in Rio de Janeiro 1992, kurz „Agenda 21“. Diese Neuorientierung soll sich auf alle Bereiche des Schullebens erstrecken: Unterrichtsinhalte, Unterrichtsformen, Unterrichtsorganisation, Schulbau, Ausstattung, Medien, Schulleben ...“*

- Im Verlauf des Schuljahres 1997/98 wurde das Schulprogramm nach der Leitidee „global denken - lokal handeln“ theoretisch ausgearbeitet sowie als erstes Dokument der Globus-Schriftenreihe „Baustelle: Globus“ veröffentlicht.
- Weiterhin wurde eine Überprüfung von Unterrichtsinhalten anhand von Leitbildern durchgeführt - angelehnt an die 1997 veröffentlichte Studie des Wuppertal-Instituts „Zukunftsfähiges Deutschland“, zum Beispiel: Gut leben statt viel haben, Stadt als Lebensraum, Zeit nehmen und Zeit lassen, von Müllbergen zu Kreisläufen, Zivildisierung von Konflikten, Gerechtigkeit und globale Nachbarschaft.
- Im Januar 1999 fand die zweite schulinterne Fortbildung zum Thema „Agenda-Schule“ statt. Es wurde in erster Linie eine Konkretisierung des Schulprogramms sowie eine kritische Reflexion des Agenda 21-Prozesses der Schule insgesamt vorgenommen.
- Im Sommer 1999 konnte eine Einbeziehung der Schule in das Projekt „Route des Regenwassers“ der Emschergenossenschaft erreicht werden, das eine ökologische Umgestaltung des Schulhofes beinhaltet.
- Zur Zeit wird an einer Konzeption für die Oberstufe mit dem Ziel gearbeitet, eine konsequente Umsetzung des Schulprogramms vorzunehmen und eine kleine, stark profilierte Agenda-Oberstufe aufzubauen.

Konkrete Projekte

Alle bisher aufgeführten Entwicklungslinien bilden die Grundlage für konkrete Projekte an der Schule. Als Beispiele aus dem Schulalltag, der durch die Agenda 21-Ausrichtung eine neue Qualität gewonnen hat, sollen kurz einige Projekte aufgeführt werden.

- In der Einführungswoche für die Kinder des fünften Jahrgangs befassen sich die Schülerinnen und Schüler mit der Frage, warum sich die „Globus-Schule“ Agenda-Schule nennt. Hierzu liegt eine eigens dafür entwickelte Unterrichtsreihe vor.
- Es wurde ein umfassendes Konfliktlösungstraining ausgearbeitet, das von allen Kindern in der fünften beziehungsweise sechsten Jahrgangsstufe durchlaufen wird und durch eine Ausbildung zur Streitschlichterin oder zum Streitschlichter ergänzt werden kann.
- Einmal im Jahr wird eine Projektwoche mit einer agendarelevanten Themenstellung durchgeführt - in diesem Schuljahr zum Beispiel „Globus baut Zukunft“ -, wobei sich Schülerinnen und Schüler an der Organisation der Projektwoche beteiligen können.
- Im Agenda-Arbeitskreis der Schule treffen sich Schülerinnen und Schüler, Eltern, Lehrerinnen und Lehrer sowie andere interessierte Personen, um sich für eine posi-

ve Weiterentwicklung der Schule zu engagieren und selbst an Problemlösungen mitzuarbeiten. Alle Mitglieder des Arbeitskreises verfügen bei Abstimmungen über eine Stimme.

- Im Globus-Café, das nur durch die engagierte Mithilfe von Eltern betrieben werden kann, wird stark auf Abfallvermeidung geachtet; es werden keine Produkte mit Einwegverpackungen angeboten.

Fazit

Zukünftig liegt in der Konkretisierung des Schulprogramms sicherlich die größte Aufgabe und auch Herausforderung für die Gesamtschule „Globus am Dellplatz“. Nachdem ein Netzwerk aus Kontakt- und Kooperationspartnern aufgebaut worden ist und durch die Heranziehung der Agenda 21 als Grundlage für das Schulprogramm die Grundzüge und Rahmenbedingungen festgelegt worden sind, gilt es, den Schulalltag ständig daran zu messen, zu verbessern und - falls nötig - konsequent zu verändern.¹

¹ Kontaktadresse: Gesamtschule „Globus am Dellplatz“, Gottfried-Könzgen-Str. 3, 47051 Duisburg, Telefon 0203-286 490

Praxisbericht in der Arbeitsgruppe 3: Zukunftsfähige Lebensstile entwickeln - (wie) geht das? - Motivation und Bildungsansätze für eine nachhaltige Entwicklung

DR. PETER MARKUS

*Studienleiter der Evangelischen Akademie Iserlohn/
Institut für Kirche und Gesellschaft*

Zukunftsfähige Lebensstile und zukunftsorientiertes Konsumverhalten im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung - wie lässt sich das initiieren und verstärken?

Verkürzt könnte man antworten: Zuerst müssen Fragen zu den heutigen Lebensstilen, Motiven, Bedürfnissen und den Voraussetzungen für das Engagement Jugendlicher geklärt werden. Daran lassen sich Motivierungs- und Bildungsüberlegungen anschließen. Darüber will ich ausführlicher referieren.

Vorweg möchte ich noch Folgendes hervorheben: **Man kann davon ausgehen, dass dem klassischen Ansatz der Pädagogik, über Wissensvermittlung Handeln in Richtung nachhaltige Entwicklung zu verändern, eher weniger als mehr Erfolg beschieden sein wird.** Denn neuere Untersuchungen verdeutlichen, dass die Korrelation zwischen Umweltwissen, Einstellungen und Umwelthandeln per se nicht sehr ausgeprägt ist (de Haan, Kuckartz 1996). Denn abhängig von der Fragestellung und dem Themenfeld lässt sich bei Jugendlichen „Wissen“ feststellen; eine hohe Sensibilisierung für Umweltprobleme ist ebenfalls nachweisbar. Mit Blick auf die bereits angeführten geringen Korrelationen zwischen Wissen, Einstellung und Handeln müssen deshalb die Lebensstile, Konsummuster und Interessen heutiger Jugendlicher genauer in den Blick genommen werden, um solche gewünschten Handlungsänderungen initiieren zu können.

Über Lebensstile, Konsummuster und Interessen Jugendlicher

Themen, die Jugendlichen besonders wichtig sind und ihnen am Herzen liegen, sind im Rahmen verschiedener Studien und Befragungen ermittelt worden. Sie lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

- Mit Blick in die Zukunft werden Umweltzerstörung und Staatsverschuldung als besonders wichtige Themen genannt.
- In der Gegenwart jedoch dominieren die Probleme, die sich um Arbeit, Gewalt, Drogen, Schule sowie Geld und Freizeitmöglichkeiten drehen (Shell-Studie 1997; Institut für Empirische Psychologie 1995; BMU 1996 und 1998).

Hier sei angemerkt, dass die Themen im Wesentlichen gesellschaftliche Probleme sind, die sich nicht durch das Engagement der Jugendlichen allein verändern lassen.

Werden Jugendliche nach Sympathien für Themen und ihre Vertreter gefragt, stellt man fest, dass als besonders glaubwürdig Tier- und Umweltschützer sowie Eine-Welt- und Anti-Atom-Bewegte gelten, während hingegen die Großorganisationen - so Kirchen und vor allem Parteien - eher am unteren Ende der Sympathie-Skala zu finden sind (unter anderem Shell-Studie 1997).

Aus diesen Studien, Interviews und konkreten Erfahrungen lassen sich eine Reihe von Ansätzen für die Arbeit mit Jugendlichen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung erarbeiten. Zuallererst wird deutlich, dass sich ein **Engagement der Jugendlichen nach folgenden Kriterien** richten muss:

- die Bindung soll nicht ewig sein,
- es muss Spaß machen,
- es sollte sich möglichst um keine große Organisation mit festgefügt Strukturen und Abläufen handeln.

Zugleich sollte mit Blick auf die Arbeiten von de Haan und Kuckartz (1996) den Lebensstilen und Milieus, denen Jugendliche angehören, mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden. Dabei lassen sich durch Studien, die zur Milieu-Zugehörigkeit von Erwachsenen gemacht worden sind, einige zusätzliche Erkenntnisse gewinnen (Kuckartz 1999). Insbesondere die Arbeiten von Lange (1997) zeigen, dass bei der **Analyse von Konsummustern** von Jugendlichen kleinbürgerliche, hedonistische sowie soziale, politische und ökologische Lebensstile herausgefiltert werden können. Die Gruppe der hedonistisch orientierten Jugendlichen macht fast die Hälfte aller Jugendlichen aus, während die zweitgrößte Gruppe (33 Prozent) kleinbürgerlichen Lebensstilen nachhängt. Die besonders engagierte Gruppe macht rund 20 Prozent aus. Erläuterungen zu diesen Milieus finden sich in der Publikation der Bund-Länderkommission (1999).

Es bleibt anzumerken, dass globale Trends auch Jugendliche berühren. So nehmen traditionelle Wertvorstellungen ab, unter anderem die klassische Naturverbundenheit, Bescheidenheit, Verzichtsbereitschaft, Heimatliebe sowie Umweltschutz aus Ordnungs- und Sauberkeitsgründen.

Möglichkeiten zur Motivation Jugendlicher für die Lokale Agenda 21

Untersuchungen zeigen, dass Jugendliche bereit sind, sich zu engagieren (IBM-Jugendstudie 1995; Shell-Studie 1997). Diese Engagements müssen jedoch einige **Kriterien** erfüllen. Dazu gehört:

- Das Engagement muss viele Möglichkeiten eröffnen.
- Es muss Spaß machen.
- Teilnahme auf Zeit muss möglich sein.

- Die Ansätze und Projekte müssen anschlussfähig sein, das heißt für die jeweiligen Milieus und Gruppen passen (zum Beispiel Jugendliche und Technik).
- Die Ansätze müssen Resonanz erzeugen können und mit den Aktivitäten der Jugendlichen zu koppeln sein.
- Gestaltungsmöglichkeiten müssen eröffnet und Freiräume geschaffen werden.
- Mehr autonomes Arbeiten muss ermöglicht werden.
- Echte Beteiligung (Partizipation) muss sichergestellt werden.

Zugegebenermaßen können diese ideelleren Aktivitäten durch mangelndes Gemeinschaftsverständnis und Fokussierung auf „events“ sowie „fun“ erschwert werden.

Alle diese **Ansätze und Initiativen können** über „einzelne Strohfeuer“ in den Kommunen hinaus natürlich **durch Bildung verstetigt werden**. Dabei spielen - so auch im Bundestagsantrag „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ (1999) nachzulesen - Prinzipien der System- und Problemorientierung, der Verständigungs- und Wertorientierung, der Kooperationsorientierung sowie der Situations-, Handlungs- und Partizipationsorientierung und der Selbstorganisation eine größere Rolle als bisher. Ansätze und Erfahrungen der Umweltbildung, der Umwelterziehung, der Eine-Welt-Bildung sowie Erfahrungen der klassischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung sowie der Gesundheits- und Verkehrserziehung müssen zusammengeführt werden.

Berücksichtigt wird bei den neuen Konzeptionen also nicht nur die Vermittlung von Faktenwissen, sondern auch die Vermittlung von Schlüsselqualifikationen. Dabei sind insbesondere die Fähigkeit zum vernetzten Denken, kommunikative Kompetenz, Organisationskompetenz und die Bereitschaft zu lebenslangem Lernen zu nennen.

Zu diesem Grundkonzept gibt es bereits eine Reihe von Ansätzen und Beispielen, die im Rahmen dieses Berichtes nicht ausgeführt werden können. So möchte ich auf die Bildungsträger verweisen, die sich bereits auf diesem Feld engagieren, so auf die engagierten Kolleginnen und Kollegen der Volkshochschulen, der Evangelischen Akademien sowie der Verbände der Gesellschaft für berufliche Umweltbildung (GBU), der Arbeitsgemeinschaft „Natur- und Umweltbildung“ (ANU) sowie der Deutschen Gesellschaft für Umwelterziehung (DGU).

Beispiele für einige Initiativen und Ansätze

Aus bereits laufenden Projekten zu Regionalen und Lokalen Agenden 21, die überwiegend an Erwachsene adressiert sind, lassen sich sicherlich einige Bausteine für eine jugendorientiertere Kommunikationsstrategie entnehmen. Ich möchte einige Aspekte nennen, die für die Arbeit mit Jugendlichen von Bedeutung sein können. So muss sich die **Ansprache der Akteure** in den Regionalen und Lokalen Agenden 21 **zuerst auf zentrale Schlüsselpersonen** konzentrieren, die durch angepasste „Botschaften“ angesprochen und motiviert werden können. Danach folgen Projekte und Initiativen, die mit ihrem „Leitbildcharakter“ weiteres Engagement nach sich ziehen.

Welche Schlüsse lassen sich daraus für eine Agenda 21-Arbeit ziehen, die durch Motivation und Bildungsansätze Jugendliche erreichen will? Um Datengrundlagen zu schaffen, hat die **Arbeitsgruppe „Lebensstile“ der Iserlohner Agenda 21** beispielsweise **eine aktivierende Befragung Jugendlicher** durchgeführt, indem sie - wie bereits eingangs gefordert - Jugendliche gefragt hat, welche Stadt sie eigentlich wollen.

Die Befragung wird noch ausgewertet, so dass ich lediglich erste Trends wiedergeben kann. Ich konzentriere mich dabei auf die Aussagen zu Lebensqualität, Wohnen und dem konkreten Lebensumfeld sowie zur Politik-Mitgestaltung. Es wurden rund 4.000 Fragebögen über die Schulen ausgegeben, von denen zirka 2.000 ausgefüllt und zurückgesandt wurden. Zwölf Fragen wurden gestellt, die noch einmal untergliedert worden sind, unter anderem nach der Güte der Freizeiteinrichtungen und dem Engagement in Vereinen beziehungsweise Institutionen. Es wurden Fragen zur Schul- und Arbeitssituation, zur Wohnsituation und zur Natur und Nachhaltigkeit gestellt. Dann folgten noch offene Fragen zur Verbesserung der Lebensqualität und der Politikgestaltung.

Freizeiteinrichtungen - so Diskotheken, Szene- und Jugendcafé - standen laut Umfrage ganz oben auf der Wunschliste der Jugendlichen. Weiterhin wurde die Wohnsituation kritisiert, da unter anderem die Lärmbelästigung zu groß sei. Man erfährt, dass der Wunsch stark ist, naturnah, ruhig und in einer aufgelockerten Wohnbebauung zu leben. Diese Diskrepanzen zwischen der aktuellen Lebens- und Wohnsituation und ihren Wunschvorstellungen sind für die Ansprache von Jugendlichen zu berücksichtigen. Ergänzt wurde die Aussage zu naturnahem Wohnen durch den Wunsch, möglichst stadtnah zu leben.

Fragt man Jugendliche, **ob und wo sie sich engagieren und organisieren wollen**, so erfährt man, dass fast die Hälfte der Jugendlichen bereit ist, sich aktiv „für etwas“ einzusetzen. Gliedert man die Antworten, so rangieren Kultur- und Musikveranstaltungen mit Fun-Charakter an der Spitze. Dabei spielt die Entlohnung und das materielle Entgelten eine geringere Rolle als allgemein angenommen. Insbesondere das gemeinsame Arbeiten mit anderen - ausdrückt durch positives Gruppen- und Arbeitsklima, in dem man mit Freude arbeitet - ist den Jugendlichen wichtig. Diejenigen, die sich nicht einbringen oder einsetzen wollen, haben keine Zeit; sie meinen, es lohne sich nicht und deshalb hätten sie grundsätzlich kein Interesse an den konkreten Themen.

Fragt man danach, **ob Jugendliche Interesse haben, Politik mitzugestalten**, antwortet nur ein knappes Viertel mit ja; deutlich mehr als die Hälfte sagt nein. Die Bereiche, in denen sie aktiv werden wollen, beziehen sich auf ihr eigenes Lebens- und Nahumfeld wie die Schule und den Umwelt- und Naturschutz in der Gemeinde oder Region. Einigen Jugendlichen ist es egal, wo sie sich engagieren; dieses Engagement müsse nur bestimmte Voraussetzungen erfüllen.

Lebensqualität im Sinne der Agenda 21 heißt, sein eigenes Lebensumfeld mitgestalten zu können. Dabei wünschen sich Jugendliche mehr Möglichkeiten des Mitmachens bei Fragen der Verkehrsorganisation, der Innenstadtgestaltung sowie bei der

Verbesserung des Freizeitangebotes. Das größte Manko, das sie anführen, wenn sie nach negativen Eindrücken befragt werden, sei Langeweile und dass zu wenig für die Jugendlichen getan werde.

Die Arbeitsgruppe „Lebensstile“ der Lokalen Agenda 21 in Iserlohn wird hieraus Konsequenzen ziehen und Vorschläge in Gesellschaft und Politik einbringen (Arbeitsgruppe „Lebensstile“ der Lokalen Agenda 21 Iserlohn). Ich denke hierbei beispielsweise an die Beteiligung Jugendlicher an der Stadtentwicklung nach den Kriterien der Agenda 21 sowie an die Formulierung von Projekten zu Mobilität und Freizeitgestaltung.

Nicht unberücksichtigt bleiben soll an dieser Stelle auch die **Behandlung des Themas „Agenda 21“ in Schulen, natürlich in Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern**. Es gibt eine Reihe Projekte, von denen die folgenden bereits erfolgreich angelaufen sind:

1. Stadtteilentwicklungsprojekt Iserlohn-Hennen im Rahmen einer Projektarbeit des Märkischen Gymnasiums gemeinsam mit der Gruppe „Bauen, Planen, Wohnen“ der Agenda 21 Iserlohn.
2. Energiesparprojekte an verschiedenen Schulen, Erhöhung der Energieeffizienz, Verminderung des Energieverbrauchs, Berücksichtigung des Themas „Energie“ im Unterricht - gemeinsam mit der Modellregion Märkischer Kreis.

Ausblick

Aus meinem Bericht lässt sich ableiten: Die Beteiligungsmöglichkeiten und die Beteiligungsbedingungen von Kindern und Jugendlichen müssen so gestaltet werden, dass sich je nach Milieu- und Gruppenzugehörigkeit ein Engagement für sie lohnen kann. Dabei sind Themen und Themenkopplungen in den Vordergrund zu stellen, die nicht unbedingt den Vorstellungen der Erwachsenen, aber den Interessen und den Motiven der Jugendlichen entsprechen. Grundvoraussetzung ist, dass Jugendliche als gleichwertige Partner auch bei der Arbeit an einer Lokalen Agenda 21 anzusehen sind. Das erfordert auch, die Sprache dem Stil der Jugendlichen anzupassen.

Einige wichtige **Bausteine für die erfolgreiche Ansprache von Jugendlichen** sollen im Folgenden noch einmal genannt werden:

1. Kooperationen mit Jugendlichen: Partner suchen, die mit Jugendlichen Kontakt haben, so unter anderem Jugendämter, außerschulische Bildungseinrichtungen, Verbände etc.
2. Strategien und Ansätze erarbeiten, die resonanz- und anschlussfähig sind und die die Differenzierung der unterschiedlichen Lebensstil-Gruppen berücksichtigen.
3. Kriterien wie Teilnahme auf Zeit etc. berücksichtigen.

4. Politische Unterstützung dieser Arbeit sicherstellen.

5. Bereitschaft, auf neue Träger-, Kooperations- und Finanzierungsformen einzugehen. Das kann bedeuten, dass beispielsweise eine Bank Agenda-Aktivitäten von Jugendlichen finanziert.

Literatur:

Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (Hrsg.): Bildung für eine nachhaltige Entwicklung, Bonn (1999); Heft 72,

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) (Hrsg.): Umweltbewusstsein in Deutschland, Bonn (1996 und 1998)

de Haan, Gerhard/Kuckartz, Udo: Umweltbewusstsein. Denken und Handeln in Umweltkreisen, Opladen: Westdeutscher Verlag (1996)

Deutscher Bundestag: Antrag „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“, Drucksache 14/1353, (1999)

Institut für europäische Psychologie: Wir sind o.k.: Stimmungen, Einstellungen, Orientierungen der Jugend in den 90er Jahren, IBM-Jugendstudie, Köln: Selbstverlag (1995)

Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.): Jugend 97, Zukunftsperspektiven, Gesellschaftliches Engagement, Politische Orientierungen, Opladen: Leske + Budrich (1997)

Kuckartz, Udo: Lebensstile der Bevölkerung und Leitbilder nachhaltiger Entwicklung - Neue Perspektiven für die Umweltbildung, In: Evangelische Akademie Iserlohn (Hrsg.): Von der Umweltbildung zur Bildung für Nachhaltigkeit, Iserlohn: Selbstverlag, Studienheft 8/99, ISBN 3-931-845-40-0

Lange, Elmar: Jugendkonsum im Wandel. Konsummuster, Freizeitverhalten, soziale Milieus und Kaufsucht 1990/1996. Opladen: Leske + Budrich (1997)

Lokale Agenda 21 Iserlohn, Arbeitsgruppe „Lebensstile“ (Hrsg.): Lokale Agenda 21 – Befragung Jugendlicher (Arbeitstitel), Iserlohn: in Vorbereitung

Praxisbericht in der Arbeitsgruppe 3: Erfahrungen aus NRW: Lieber mit dem „Bauch von Jugendlichen fühlen“ als im „Geist der Sustainability-Debatte denken“!

PETER SCHÜTZ

Leiter der Koordinierungsstelle für die außerschulische Naturschutz- und Umweltbildung an der Natur- und Umweltschutz-Akademie (NUA) des Landes Nordrhein-Westfalen, Recklinghausen

MONIKA DEHN

Studentin, Praktikantin an der Natur- und Umweltschutz-Akademie (NUA)

1. Vorbemerkungen

Durch das nordrhein-westfälische Umweltministerium wurde mit Erlass vom 19. Dezember 1996 die Natur- und Umweltschutz-Akademie (NUA) des Landes Nordrhein-Westfalen eingerichtet. Als Bildungseinrichtung für die Fort- und Weiterbildung im Kontext des Natur- und Umweltschutzes wurde ihr die „Koordinierungsstelle für die außerschulische Naturschutz- und Umweltbildung“ zugeordnet.¹

Aufgabe der Koordinierungsstelle ist es, die Umweltbildner und Umweltbildnerinnen im Land Nordrhein-Westfalen in ihrem Bemühen, sich untereinander zu vernetzen, logistisch und finanziell zu unterstützen. Dabei ist vor dem Hintergrund des Kapitels 36 der Agenda 21 sowie der Grundintention dieses Rio-Abschluss-Dokumentes generell **von besonderem Interesse, die „Umwelt-Bildung“ mit ökonomischen und sozialen Bereichen so zu verknüpfen, dass sie sich in die Richtung einer ganzheitlichen „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ weiterentwickelt.**

*„In Kapitel 36 der Agenda 21 ist niedergelegt, dass Erziehung, Bewusstseinsbildung und Ausbildung als Querschnittsthemen maßgeblich die Umsetzung aller anderen Kapitel der Agenda 21 beeinflussen. Damit wird die Umsetzung der Agenda 21 zum Gegenstand von Bildungspolitik, Bildungsplanung und jedweder Bildungspraxis innerhalb und außerhalb der Bildungsinstitutionen“.*²

Für das Ziel der Vernetzung hat das nordrhein-westfälische Umweltministerium Fördermittel bereitgestellt, aus denen Bildungsprojekte finanziert werden, die die oben genannten Ziele einer Bildung für die nachhaltige Entwicklung unterstützen sollen. Die Fördergelder werden dazu anteilig vom Umweltministerium selbst und von der Koordinierungsstelle für außerschulische Naturschutz- und Umweltbildung im Hause der Natur- und Umweltschutz-Akademie des Landes Nordrhein-Westfalen bewirt-

¹ Kontaktadresse: Natur- und Umweltschutz-Akademie des Landes Nordrhein-Westfalen, Postfach 10 10 51, 45610 Recklinghausen, Telefon 02361-305 238, Telefax 02361-305 340

² siehe Deutscher Bundestag, Drucksache 14/1353, (1998), S. 2

schaftet. Seit Einrichtung der Koordinierungsstelle im Jahre 1997 wurden knapp 40 Projekte gefördert. Um eine effiziente Mittelbewirtschaftung durchzuführen, wurden diese Projekte zielgruppenspezifisch und themenspezifisch ausgewählt. Dabei fiel die Auswahl von rund einem Drittel der Projekte auf die Zielgruppe Kinder und Jugendliche.

Die Erfahrungen aus diesen 13 bis 14 konkreten Förderprojekten bilden die Grundlage für einen Teil der folgenden Ausführungen. Der andere Teil ist die Analyse des Agenda-Prozesses der Stadt Münster, und zwar aus der Sicht der beteiligten Jugendlichen. Beide Teile miteinander verknüpft auszuwerten, also 13 bis 14 konkrete Bildungsprojekte und den Agenda-Prozess einer Stadt, das ist statistisch nahezu unmöglich, denn gleiche Projekte und vergleichbare analytische Ergebnisse fehlen weitgehend. Wir verbleiben im Folgenden daher auf dem Niveau subjektiver Auswertungen.

2. Fünf ausgewählte Praxisbeispiele aus Förderprojekten für die außerschulische Umweltbildung

Alle auf die Agenda bezogenen Förderprojekte der NUA zeichnen sich durch mangelnde Beteiligung und vor allem durch mangelnde Kontinuität der Beteiligung von Jugendlichen aus, wenn theoretisch über den Sinn und Zweck von Agenda-Prozessen „philosophiert“ wird. Bereits der Begriff „Agenda 21“, erst recht mit dem in Insiderkreisen verbreiteten Zusatz „Prozess“, schreckt Jugendliche ab. Eine wie auch immer theoretisch oder auch nur scheinbar intellektuell geführte Diskussion wird als „uncool“, das heißt äußerst langweilig, und alles andere als „trendy“ empfunden.

Insofern bieten Expertisen - wie zum Beispiel die Shell-Studie - unseres Erachtens wichtige Grundlagen und enthalten Hinweise, wie man sich dem Problem der Beteiligung von Jugendlichen an nachhaltigkeitsorientierten Diskussionsprozessen nähern kann. Aufbauend auf derartige Expertisen ist jedoch nach unserer Erfahrung **eine eigene Auswertung praktischer Projektdurchführungen essenziell**, um ein Gefühl dafür zu entwickeln, wie heterogen sich die jeweilige Gruppe von Jugendlichen zusammensetzt, wie exklusiv und spezifisch jede dieser Gruppen erschlossen beziehungsweise angesprochen und vor allem abgeholt (!) werden muss.

Agenda-Prozesse in vielen Kommunen des Landes Nordrhein-Westfalen - mehr als 30 Prozent der Kommunen Nordrhein-Westfalens haben mittlerweile Beschlüsse zu einer Lokalen Agenda 21 - und die durch die NUA geförderten Bildungsprojekte zeigen, dass **relevante Themen der Agenda für Jugendliche durchaus von Interesse sind, wenn sie sach- und themenbezogen von und mit Jugendlichen organisiert werden**. Es ist „tödlich“, Jugendlichen unter der Überschrift „Agenda 21“ Themen aus dem theoretischen Kontext einer Sustainability-Debatte anzubieten.

Im Folgenden werden exemplarisch fünf Bildungsveranstaltungen knapp vorgestellt, die in den vergangenen drei Jahren von der NUA aus den vom Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft (MURL) zur Verfügung gestellten Mit-

teln finanziert worden sind. Die Bildungsinhalte sollen zeigen, dass wir bei diesen Themen konsequent darauf verzichtet haben, Jugendliche über die theoretischen Hintergründe der aktuellen, nachhaltigkeitsorientierten Debatte um „sustainable development“ zu fangen. Vielmehr haben wir versucht, Jugendliche anhand ihrer Alltagsinteressen für Agenda-Themen zu interessieren.

2. 1. „Kulturtechniken“

Ein Bildungs- und Freizeitwerk führte mit 10. Klassen - Abgangsklassen - von Gesamtschulen in einem sozialen Brennpunkt des nördlichen Ruhrgebietes eine mehrtägige Jugendfreizeit in einer naturkundlich reizvollen Landschaft des Unteren Niederrheins durch. Zunächst stand der Freizeit Aspekt im Vordergrund. Ein buntes Rahmenprogramm inklusive „leichter“ Naturerfahrung, wie zum Beispiel Querfeldeinspaziergänge im Wald, bettete die eigentlichen Sachthemen und Sachinhalte ein: Zubereitung von Nahrungsmitteln, oder einfacher formuliert: Wie koche ich mein Essen?

Dabei wurde auf spielerische Art und Weise die gesamte Nahrungsmittelproblematik - Mc Donald's -, fairer Handel, Verpackungsmüll etc. bis hin zum Spannungsfeld WTO-orientierter konventioneller Landwirtschaft sowie Biotop- und Artenschutz auf erlebnisorientierte und spielerische Art und Weise kursorisch erschlossen.

Eine relativ „trockene“ Informationskampagne zum Thema „fairer Handel und gesunde Nahrung“ in der betreffenden Ruhrgebietsstadt selber und dann womöglich noch in Verbindung mit einem Agenda-Forum hätte die Jugendlichen niemals so „intensiv“ erreicht wie diese Jugendfreizeit.

2. 2. Agenda im ländlichen Raum

Obwohl der Titel nach den oben genannten Ausführungen auf Jugendliche abschreckend klingen müsste, hat der Organisator - ein klassisches Natur- und Umweltschutzzentrum auf regionaler Ebene - ein pfiffiges Rahmenprogramm zu dieser Veranstaltung erdacht. Internet-Café, Video-Clips und der Rückgriff auf den zur Zeit bei Jugendlichen hoch im Kurs stehenden Kinofilm „Star Wars“ durch den Slogan „Die Macht wird mit euch sein“, holte Jugendliche für dieses Thema genau da ab, wo sie sind - **siehe Abbildung 1.**

2. 3. Stadtteilzentrum Köln-Nippes

Ein regionaler Bildungsträger mit Schwerpunkt in der beruflichen Weiterbildung organisierte eine Bildungsveranstaltung zur nachhaltigen Bewirtschaftung von Büros in einem neu aufzubauenden Stadtteilzentrum mit der Perspektive für Jugendliche, sich im Bereich Bürokommunikation und Bürobewirtschaftung zu profilieren und dort Erfahrungen zu sammeln. Dieser zunächst trockene Stoff, der für Jugendliche sehr nach

EINLADUNG ZUR JUGENDVERSAMMLUNG



© Lucasfilm Ltd.

**"Die
Macht ...**

Wann: am 22. Oktober 1999 um 15.30 Uhr

Wo: im Rathaus Schloß Holte - Stukenbrock
Großer Sitzungssaal

mit Internet Cafe, Info-Ständen, Talk Runde, Dia
Show, Video Clips, Zukunftswände, Gemeinde-
TÜV u.v.m.

Wir sind dabei:

der Bürgermeister der Gemeinde, GNS-Jugend,
Greenpeace, BUND-Jugend, Agenda Arbeitskreise

Veranstalter:

Gemeinschaft für Naturschutz Senne und
Ostwestfalen e.V. (GNS)

Gemeinde Schloß Holte-Stukenbrock
Jugendzentrum der Evangelischen Kirche

gefördert von der Natur- und Umweltschutz-Akademie des Landes NRW (NUA)
mit Fördermitteln des MURL

**... wird
mit euch
sein !"**

Eingeladen sind alle Jugendlichen!

Abbildung 1

„Schule“ aussah, wurde in Verbindung mit dem Arbeitsamt durchgeführt; er wurde auf jugendliche Frauen fokussiert, die auf Grund ihres sozialen Hintergrundes ungünstige Voraussetzungen für den Berufseinstieg haben.

Bei dieser Bildungsveranstaltung wurde also nicht wie in den zuvor beschriebenen Projekten der „Hedonismus“ bei Jugendlichen angesprochen und Agenda-Inhalte nach dem „Spaß-Prinzip“ vermittelt, sondern es wurde extrem zielgruppenspezifisch vorgegangen und Jugendliche in einer scheinbar ausweglosen Situation abgeholt. **Die Motivation von Jugendlichen, sich über Umweltthemen an dem Aufbau eines Stadtteilbüros zu beteiligen, liegt also auf der Hand: Es wird Hilfestellung für einen möglichen Berufseinstieg erwartet.**

2. 4. Per Rad durch den IBA Emscher Park

Der Bildungsträger ist in diesem Fall der Jugendring einer Ruhrgebietsstadt, ein Zusammenschluss aus mehreren Organisationen, die sich der Jugendarbeit widmen. Grundintention dieser Veranstaltung ist es, jugendlichen Erkundungsdrang so umzuleiten, dass damit nach dem „Spaß-Prinzip“ die eigene Stadt „erforscht“ wird und Brachflächen der Industriefolgelandschaft im Ruhrgebiet als Heimat und als positiv, sogar als grüne Oasen, akzeptiert werden. Jugendliche sollen so überhaupt erst für den Entschluss motiviert werden, etwas für ihre Region, für ihre Heimat zu tun.

Ausgewählt wurde dafür die Stadt Dortmund, da es sich bei dieser Ruhrgebiets-Metropole um eine Stadt mit einer recht stark strukturierten und diversifizierten Bevölkerung handelt. Jugendliche verschiedener kultureller Herkunft und fast aller sozialer Schichten unternehmen Fahrradtouren auf neu angelegten Fahrradwegen, die im Zuge des Strukturwandels des Ruhrgebietes durch die Internationale Bauausstellung (IBA) zum Zwecke der Attraktivitätssteigerung des Ruhrgebietes angelegt worden sind.

Der Agenda-Bezug entsteht erst mittelbar, und zwar auf den zweiten oder dritten Blick über die Themen „Mobilität“, „Verkehr“ und „Öffentlicher Personennahverkehr“. Die Stärkung des Heimatgefühls ist dabei ein eher subtiler Agenda-Bezug, der langfristig wirkt. Die Fahrradtouren sind wiederum in Dinge eingebettet, die den Jugendlichen Spaß machen (Grillen am Abend etc.).

2. 5. Engergiegerechtigkeit und Klimaschutz

Ein Umweltzentrum mit starkem Bezug zu Schulen der Region baute mit Jugendlichen Projekte zum Thema „Regenerative Energien“ (fokussiert auf Wasser- und Solarenergie) auf. Energieumwandlungssysteme, die Erfindungsgeist sowie den Spieltrieb von Kindern und Jugendlichen weckten, standen im Mittelpunkt: Eine solargetriebene Metallschraube transportiert Wasser zwei Meter nach oben, ein von Muskelkraft betriebener Elektromotor ließ eine Modelleisenbahn über den Schulhof fahren oder eine an einer Hauswand angebrachte Kupferrohrziehharmonika erwärmte Gebrauchswasser.

Diese von Jugendlichen in Zusammenarbeit mit kleinen Firmen hergestellten Gegenstände beziehungsweise Apparate sind mobil und können an Schulen ausgeliehen werden. Neben dem spielerischen Verstehen regenerativer Energien entstand so ein hoher Multiplikationseffekt.

2. 6. Allgemeine Wertung

Man könnte all diese Projekte auch ohne den Begriff Agenda 21 durchführen. Der Rückgriff auf den Slogan „Die Macht wird mit euch sein“ erscheint unter Umweltgesichtspunkten bewertet sogar kontraproduktiv, da er aus einem Film wie „Star Wars“ stammt, der nun bekanntlich alles andere vermittelt als das Wertesystem, das der Agenda 21 zugrunde liegt.

Dennoch darf angesichts der bis jetzt gemachten Erfahrung mit der Motivierbarkeit von Jugendlichen und dem allgemeinen Lamentieren über die Tendenz der Jugendlichen, „reine Hedonisten“ zu sein, die Frage erlaubt sein, ob nicht scheinbar vordergründiges Arbeiten und der Mut, Jugendliche dort abzuholen wo sie stehen, ein durchaus tolerierbarer Weg ist.

3. Agenda-Erfahrungen in der Stadt Münster

Der Agenda-Prozess in Münster ist seit Juni 1999 aus der Phase der Projektideensammlung heraus. Seit der Beschlussvorlage an den Stadtrat prüft die Verwaltung, welche Projekte finanzierbar und umsetzbar sind. Die Beteiligung der Jugendlichen während der Ideenfindung war gering. Wichtig ist, dass die jungen Menschen trotz ihrer erst geringen Lebenserfahrungen ernst genommen werden. Wenn aber den guten Worten keine Taten folgen, so ist das Engagement vergeudete Zeit. In Münster sind während des Agenda-Prozesses leider noch nicht viele Projekte umgesetzt worden.

Je ein Sitz (!) wurde den Jugendlichen in den Facharbeitskreisen¹ eingeräumt. Jugendverbände beziehungsweise Verbände, in denen Jugendarbeit geleistet wird, sollten die Interessenvertretung sicherstellen. Diese Sitze wurden bis auf eine kurzzeitige Ausnahme nicht von Jugendlichen besetzt. Jugendfunktionäre mussten deshalb versuchen, die Interessen der nächsten Generationen zu vertreten. Das Agenda-Büro suchte jedoch nach weiteren Möglichkeiten, Jugendliche am Agenda-Prozess zu beteiligen.

Im Folgenden möchten wir die Anstrengungen der Stadt - insbesondere des Agenda-Büros - darstellen, mit denen Jugendliche und ihre Interessen in den Prozess eingebracht werden sollten.

■ **Workshops.** Insgesamt bot das Agenda-Büro im Zeitraum von August 1997 bis Juni 1999 zwei Workshops an. Geladen waren Jugendliche, in der Jugendarbeit Täti-

¹ Es handelt sich dabei um eine Organisationsform für Bürger, die in Vereinen und Verbänden aktiv sind.

ge, Multiplikatoren, Lehrerinnen und Lehrer etc. Bei den Workshops sollte herausgefunden werden, wie sich Jugendliche beteiligen wollen und welches bewegende Themen sind. Auch sollte zur Gründung eines Jugendaktionsbündnisses analog dem Frauenaktionsbündnis¹ angeregt werden. Jugendliche fanden sich kaum ein. Das Ergebnis war enttäuschend. Gründe für die mangelnde Beteiligung sah das Agenda-Büro beim ersten Termin in einem parallel verlaufenden Castor-Transport; der zweite Termin lag an einem der ersten Sonnentage des Jahres.

- **„Atlantis“.** Atlantis ist eine Ferienfreizeit, die vom Jugendamt regelmäßig durchgeführt wird. Rund 300 bis 500 Kinder und Jugendliche im Alter von fünf bis 14 Jahren finden sich in den Sommerferien täglich im Camp ein. Im Sommer 1998 führte das Agenda-Büro zusammen mit dem Verein „K.i.d.S. - Kinder in der Stadt“ e. V. ein Programm zu relevanten Themen der Agenda durch. Gleichzeitig wurden zirka 120 Kinder zu ihren Lebensbedingungen in den Stadtvierteln befragt sowie Verbesserungsvorschläge und Wünsche aufgenommen. Diese sollen als Grundlage für eine kinderfreundliche Stadtgestaltung dienen. In den Herbstferien wurde das Agenda-Programm in ähnlicher Form an zwei Tagen durchgeführt.
- **„J-Day“.** Im Rahmen der AgendARENA² wurde im Herbst 1998 ein J-Day (J = Jugend) veranstaltet. Das Thema „Zukunft“ konnte in verschiedenen zielgruppenorientierten Kreativ-Workshops bearbeitet werden. Angeboten wurden die Inszenierung eines Theaterstückes, die Gestaltung einer Webside, die Mitarbeit an einem Zukunftsbuch, die redaktionelle Gestaltung einer Sonderausgabe der Agenda-News oder der Dreh eines Videoclips.

Die Jugendlichen konnten die ausgestellten Projektideen der Facharbeitskreise durch Stimmzettel bewerten und ihre eigenen Ideen dazu anmerken. Am Ende des Tages sollte eine Agenda-Party gefeiert werden. Die Werbung im Vorfeld der Veranstaltung geschah durch Anzeigen, Plakate und Handzettel, die an Schulen verteilt wurden. Trotz der intensiven Werbung blieb die Besucherzahl unter den Erwartungen des Agenda-Büros. Wegen mangelnden Interesses konnten weder die Webside noch das Theaterstück präsentiert werden. Alle anderen Workshops konnten ein Arbeitsergebnis vorweisen.

- **„Zukunftsbuch Münster 2002“.** Zusammen mit der Arbeitsstelle „Weltbilder“ wurde ein längerfristiges Projekt durchgeführt. Entstanden ist das Buch „Münster 2002“, das im Sommer 1999 veröffentlicht wurde. Themen des Buches sind Verkehr, Natur und Umwelt, Wohnen, Schule, Kunst am Hawerkamp³ und Zusammenleben. In Bildern, Gedichten, Artikeln, Fotoromanen, Comics, Collagen, Fotos und

¹ Das Frauenaktionsbündnis in Münster ist ein Forum, in dem sich Frauen trafen, um ihre Interessen zu formulieren und entstandene Ideen den Vertreterinnen der Arbeitskreise mitgeben zu können.

² Die AgendARENA ist ein älteres, stadtteiliges Haus, in welchem Sitzungen der Facharbeitskreise ebenso stattfanden wie eine Agenda-Ausstellung, durch die die erarbeiteten Ergebnisse der Bevölkerung präsentiert wurden. Andere Aktionen mit Agenda-Bezug fanden dort geeignete Räumlichkeiten.

³ Hawerkamp ist ein altes Fabrikgelände, welches viel Raum für experimentelle Kunst bietet und derzeit einige Klubs und Hallen für Musikveranstaltungen bietet.

Interviews brachten Jugendliche ihre Zukunftsgedanken zum Ausdruck. Ebenso wurde eine Befragung unter Jugendlichen (10 bis 21 Jahre) im Rahmen des Buchprojektes durchgeführt. Der Fragebogen wie auch die Auswertung sind im Buch veröffentlicht worden.

- **Schulen.** Der Versuch, Schulen in den Agenda-Prozess einzubeziehen, gestaltete sich schwierig. Viele Schulen arbeiten schon zu Agenda-Themen - so zu Öko-Audit und Energiesparen - oder haben Schulpartnerschaften mit der Dritten Welt. Doch Lokale Agenda oder Nachhaltigkeit sind zu komplexe Themen, um diese „mal kurz“ im Unterricht zu behandeln. Deshalb wären frühzeitige und intensive Abstimmungen notwendig gewesen, um die Schulen durch fächerübergreifenden Unterricht in den Agenda-Prozess mit einzubeziehen.

Unter dem ersten Punkt der Aufzählung haben wir einige Statements des Agenda-Büros wiedergegeben, warum die Beteiligung der Jugendlichen an den Workshops so schlecht ausgefallen war. Die Angabe dieser Gründe ist unseres Erachtens nach jedoch stark zu hinterfragen. Die Workshops ebenso wie der J-Day wurden nicht in den Jugendzentren abgehalten, sondern an anderen Orten (zum Beispiel AgendARENA), um möglichst einen breitgefächerten Querschnitt von Jugendlichen zu erreichen. Die Idee der breiten Streuung entspricht dem Agenda-Prinzip, aber diese ist - wie die Praxis zeigte - der Beteiligung nicht zuträglich gewesen.

Unserer Meinung nach sollte man Jugendliche dort abholen, wo sie sind, zum Beispiel in den Jugendzentren, auch wenn dies verschiedene Vorprägungen zu bestimmten Themen impliziert. Schwierig finden wir auch die vorgesehene Sitzvergabe in den Agenda-Gremien. Nur ein Sitz pro Gremium halten wir zum einen für ein zu geringes Mitspracherecht der künftigen Generation Erwachsener, zum anderen gibt es wohl kaum einen Jugendlichen, der Lust und die Kraft hat, als Einzelkämpfer in so einem langwierigen Prozess zu arbeiten.

Als junger Mensch hat man weder die rhetorischen Fähigkeiten, sich zu behaupten, noch wird man von den Erwachsenen wirklich ernst genommen. Doch selbst wenn diese Faktoren ausgeschaltet werden könnten, bliebe immer noch die lange Zeitdauer des Prozesses selbst. In Münster dauerte es rund zwei Jahre, bis es zu einer Beschlussvorlage kam. Welcher Jugendliche möchte schon zwei Jahre seines Lebens fest verplant wissen?

Diese Ausführungen zeichnen ein recht deutliches Bild von einer großen Lücke zwischen dem (theoretischen) Anspruch der Agenda-Akteure einerseits sowie dem Denk- und Verhaltensmuster der Jugendlichen andererseits. Die Schwierigkeiten in Münster belegen, dass für die Agenda-Organisation von den Agenda-Organisatoren nicht mit dem „Bauch der Jugendlichen gefühlt“, sofern dies bei den Altersunterschieden überhaupt möglich ist, sondern nur in dem „Geist der Sustainability-Debatte“ gedacht wurde. Die unterschiedlichen Weltansichten und Entwicklungsstadien der Generationen machen es schwer, den „Bauch eines Jugendlichen“ zu verstehen, trotz großer Empathie! Ein Patentrezept gibt es nicht.

Im Folgenden werden wir einige exemplarische Meinungen und Grundpositionen von Jugendlichen zu Agenda-Projekten selbst darstellen.

4. „Blitzlichter“

Die folgenden Meinungen von Jugendlichen und von Bildungsträgern - unter anderem der oben geschilderten Bildungsprojekte - zeigen, welche grundsätzlichen Fehler bei dem Versuch, Jugendliche an Agenda-Prozessen zu beteiligen, im Durchschnitt gemacht werden. Wir beziehen uns in unseren Ausführungen zunächst auf die „Blitzlichter“ von Jugendlichen. Diese sind das Ergebnis einer exemplarischen Telefonumfrage der Koordinierungsstelle der Natur- und Umweltschutz-Akademie.

- **„Agenda-Prozesse sind langweilig.“** Jugendliche wollen sich nicht über längere Zeiträume binden. Der Begriff „Prozess“ suggeriert die Notwendigkeit einer fortwährenden Beteiligung eines Agenda-Akteurs. Jugendliche wollen themenbezogen oder bezogen auf die Aktivität des sozialen Umfeldes durchaus in konkreten Agenda-Projekten aktiv werden; sie wollen sich jedoch in der Regel das Recht vorbehalten, bei Änderungen des sozialen Umfeldes, bei Änderung ihrer eigenen Interessen - aus welchen Gründen auch immer - wieder aussteigen zu können. In viel geringerem Maße als noch vor 20 Jahren sind Jugendliche bereit, über vereins- oder verbandsähnliche Strukturen - letztendlich sind diese sogar charakteristisch für Agenda-Foren - längerfristige Bindungen einzugehen, die die sehr flexible Gestaltung ihrer Freizeit einengen würden.
- **„Ich will mich nicht dauerhaft durch Engagement verpflichten, ich weiß nicht, was ich in drei Jahren machen werde.“** Diese Meinung greift den oben erläuterten Grund für die Aussage auf, wonach Agenda-Prozesse langweilig seien, und bringt einen wichtigen Teilaspekt auf den Punkt. Dabei ist wichtig, dass die Formulierung „in drei Jahren“ sehr hoch gegriffen scheint. Die Verpflichtung zu einem Engagement über ein halbes oder ein Jahr scheint für viele Jugendliche schon erdrückend zu sein.
- **„Kurzfristig kann ich was machen, wenn's Spaß macht.“** Dieses Position leitet sicherlich zu dem oft beklagten „hedonistischen Prinzip“ bei der Freizeit- beziehungsweise Lebensgestaltung von Jugendlichen über. Statt über diesen Punkt zu lamentieren, sollte - wie bereits beschrieben - die Not zu einer Tugend gemacht und genau dieser Punkt positiv aufgegriffen werden. Es ist relativ einfach, Jugendliche über pfiffige Veranstaltungen zu erreichen. Dabei ist nicht die Theorie der SD-Debatte gefragt, sondern die praxisorientierte Phantasie der Bildungsträger.
- **„Agenda-Events (Herbstzeltlager) sind o.k., Internet-Projekte sind super.“** Diese Meinung kam natürlich dadurch zustande, dass Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Projekte befragt wurden, bei denen es um Zeltlager und Internet ging. Werden jedoch die Stichworte „Zeltlager“ und „Internet“ verallgemeinert, wird klar, dass Kurzzeit-Engagement in Verbindung mit starkem Freizeitcharakter (Spaß-Prinzip) Erfolgsmodelle sein können.

- **„Symbole sind wichtig ! Willst Du was machen, sei ein ‚Jedi-Ritter‘ - „...und die Macht wird mit Dir sein“.** Eine Science-Fiction-Figur auf einem Plakat - **siehe Abbildung 1** - als Blickfang und ein „Trendy-Film“ als der Ort, an dem Jugendliche abgeholt werden können, mag den meisten Akteuren nachhaltiger Entwicklung und Vordenkern der aktuellen Sustainability-Debatte recht „billig“ erscheinen. Doch wenn ein Blick auf die Werbung für die Produkte gestattet sein darf, die speziell für Jugendliche auf den Markt kommen - bei der Schuhmode zum Beispiel Dockers -, erlauben wir uns auch hier die Frage, wieso wir uns darüber ärgern sollen, dass das Stichwort „Faktor 4“ fünf Jugendliche zu einer Veranstaltung zieht (zwei von der BUND-Jugend, drei von einem Greenpeace-Greenteam) und das Stichwort „Jedi-Ritter“ eine Veranstaltung mit 30 Jugendlichen trägt!?

Selbst für Pkw wird primär über Werbeträger geworben, die das Stamm- oder Kleinhirn der Menschen ansprechen. Oder wieso wird ein neuer Y-GTI mit einer halbnackten Zwanzigjährigen auf dem Kühler beworben, nicht aber mit einer aussagefähigen Tabelle über Verbrauch, Leistung, Materialermüdungstoleranzen oder gar Recycling-Fähigkeit? Wichtig ist das Symbol - bei dem Beispiel die halbnackte Schönheit. Der Käufer „denkt“ an sie, wenn er das Auto kauft. Dass das Auto 80 PS zu viel hat, die Klimaanlage nur zwei Wochen im Jahr benutzbar ist, die Reifen 60 Prozent zu breit sind und der trendige Mini-Van fünf Liter Benzin über dem Durchschnitt verbraucht, wird dabei schnell zweitrangig.

Zurück zum „Jedi-Ritter“. Dieses Symbol vermittelt Stärke, Entscheidungskraft und vor allem Macht. All das haben Jugendliche (noch) nicht - sie wollen es aber in der Regel erreichen. Erst im Laufe der Beschäftigung mit dem Inhalt der betreffenden Bildungsprojekte kann die notwendige kritische Distanz zu dem „Jedi-Symbol“ entstehen.

- **„Wir wollen in unserer Clique was machen.“** Berücksichtigen wir die oben genannten Prinzipien von kurzfristigen Veranstaltungen, die einen hohen Freizeitwert haben und für die mit Hilfe aktueller Symbole geworben wird, ist es nicht unwichtig, gerade bei der Zielgruppe der Mädchen im Alter von 14 bis 17 Jahren deren Verhaltensbiologie verstärkt zu berücksichtigen: Sie treten ungern allein, außerhalb ihrer „Clique“ auf. Es ist fast zwecklos, ein einzelnes Mädchen - bei Jungen funktioniert das genauso, nur offensichtlich in schwächerer Form - für ein Thema, für eine Veranstaltung oder ein kurzfristiges Engagement zu begeistern.

Schafft man es jedoch, einen Cliquen-Verband zu begeistern, ist die Frage, ob sich die Einzelperson engagiert oder nicht, eher ein geringeres Problem. Das setzt natürlich voraus, dass gezielt dort geworben wird, wo die jugendlichen Gruppen auch auftreten. Es macht daher keinen Sinn, über Veranstaltungskataloge zu werben oder Zeitungsinserate aufzugeben, die die eine oder andere Einzelperson der avisierten Zielgruppe vielleicht tatsächlich lesen. Sinnvoller ist es, persönlich in die Jugendzentren oder auch in die Schulen zu gehen, um für Veranstaltungen zu werben. Dabei darf man den Faktor der Mund-zu-Mund-Propaganda nicht unterschätzen. Wichtig ist dabei, dass Leute werben, die in der „Szene stecken“.

Für Agenda-Akteure ist es deshalb unerlässlich, zur Motivation von Jugendlichen-Gruppen und Cliques zunächst Multiplikatorinnen und Multiplikatoren zu werben, die später selbst die Jugendlichen ansprechen. Vom Street-Worker über den Betreuer eines Jugendzentrums, vom Pfarrer bis hin zum Inhaber eines Internet-Cafés - als Multiplikatoren sind sie alle interessant, denn nur sie sind in der Lage, glaubwürdig Cliques anzusprechen - nicht aber der Agenda-Beauftragte einer Kommune. Der ist Staat, der ist Verwaltung, der ist zu weit weg und hat höchstens Zugang zu dem einen oder anderen Einzelindividuum aus dem sozialen Umfeld der Jugendlichen.

Zum Schluss möchten wir noch auf die „**Blitzlichter**“ von **Bildungsträgern** eingehen, die zum Verhalten der Jugendlichen in auf die Agenda bezogenen Projekten Stellung nehmen. Es wurde formuliert:

- *„Jugendliche, die frisch von der Schule kommen, arbeiten durchweg so unstrukturiert, dass sie kein eigenes Projekt abwickeln können.“*
- *„Die Schule vermittelt keine Kompetenz zur Selbstorganisation. Ein freiwilliges ökologisches Jahr an meiner Institution erledigt das bestens.“*
- *„Für mich ist es ein Problem, an Jugendliche heranzukommen. Wenn ich sie einmal erreicht habe, geht die Motivation leicht; kurze, knallige Projekte ziehen immer.“*
- *„Jugendliche sind heute nicht das Problem. Das Problem ist eher unser Unvermögen, sie dort abzuholen, wo sie sich befinden.“*

Diese vier „Blitzlichter“ können wie folgt zusammengefasst werden: Wir tendieren dazu, Jugendliche in ihrem Organisationsvermögen zu überfordern. Gerade Schulabgänger haben - lernbedingt - eine ausgesprochene Konsumhaltung. Schulen basieren auch heute noch primär auf Wissensvermittlung, nicht aber auf der Vermittlung von Fähigkeiten, sich Wissen zu erarbeiten. Bemängelt wird die fehlende Kompetenz von Jugendlichen zur Selbstorganisation - erst recht zur Abwicklung eines wie auch immer gearteten Projektes. Bei der Tendenz, Jugendliche bei der Einbindung in Nachhaltigkeitsdebatten zu überfordern, haben wir offensichtlich Schwierigkeiten damit, Jugendliche überhaupt zu erreichen.

Es scheint für einen Teil der Bildungsträger problematisch zu sein, Jugendliche zu finden. Es scheint sehr mühselig zu sein, Kontaktpersonen zu finden, die beispielsweise glaubwürdig an einer Half-Pipe erscheinen, um Skater zu einer Agenda-Veranstaltung zu motivieren. Es scheint eine Kunst zu sein, sich auf Jugendliche praxisnah einzulassen.

5. Resümee

Die sicherlich völlig subjektiven und statistisch nicht abgesicherten Erfahrungen der Förderprojekte für die Zielgruppe der Jugendlichen und der exemplarischen Analyse

der Beteiligungen von Jugendlichen am Agenda-Prozess der Stadt Münster zeigen, dass es keine Illusion und auch nicht unmöglich ist, Jugendliche für die Agenda zu motivieren. Es bedarf jedoch einer sehr „speziellen Behandlung“ der Zielgruppe der Jugendlichen, vor allem aber die Berücksichtigung ihrer heterogenen Zusammensetzung. Die Jugendlichen gibt es nicht. Vielleicht liegt aber in dem Begriff „Behandlung“ schon das Problem.

Wir müssen bei der Absicht, den Nachhaltigkeitsgedanken in die junge Generation zu transportieren, von der wir die Erde geliehen haben, von der „Belehr-Mentalität“ grundsätzlich Abstand nehmen. Wir müssen es lernen, Jugendlichen den Status des Akteurs zuzubilligen - auch auf die Gefahr hin, dass dann Veranstaltungen und Vorgänge allgemein anders ablaufen als sie geplant wurden.

Agenda-Akteuren, die sich mit dem Thema „nachhaltige Entwicklung“ auf theoretischer Ebene befassen, mangelt es in aller Regel an der Kompetenz, Jugendliche zu erreichen. Allein die theorielastige Sprache verhindert die notwendige Kommunikation. **Agenda-Akteure können nur über Vermittler arbeiten: Diese Vermittler müssen Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der Jugendszene sein. Hierbei ist es wichtig, dass es sich um Vertrauenspersonen jugendlicher Zielgruppen handelt.** Wie oben beschrieben, kann es in einem Fall der Pfarrer, im anderen Fall der Besitzer eines Internet-Cafés, im nächsten Fall ein engagierter Lehrer oder ein Jugendgruppenleiter sein.

Eine Option für die Zukunft? „Jugend entwickelt Berlin“ - Kreativwettbewerb für Teens und Twens aus Berlin und Brandenburg, ein Beispiel für die Umsetzung der Lokalen Agenda 21

BÄRBEL PETERSEN

*Pressesprecherin der „Partner für Berlin“,
Gesellschaft für Hauptstadt-Marketing mbH*

Berlin bekommt ein neues Gesicht: Es wird eine junge Stadt. Historisch ist Berlin nach dem Umzug von Parlament und Regierung die jüngste Hauptstadt, aber auch demographisch ist es eine der jüngsten Hauptstädte Europas. Fast die Hälfte der 3,4 Millionen Einwohner ist unter 35 Jahre alt. Knapp 600.000 sind Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren, das sind 17,5 Prozent. Die 17 Universitäten, Hochschulen sowie privaten und öffentlichen Institute werden von über 130.000 Studenten besucht.

Beim Entstehen des neuen Berlin setzt die Stadt auf die Jungen. Als ein Zeichen dafür ist **1997 der Wettbewerb „Jugend entwickelt Berlin“** ins Leben gerufen worden. **Jugendliche wurden aufgefordert, ihre Ideen für die kulturelle, soziale, städteplanerische oder ökonomische Entwicklung einzubringen.** In Anlehnung an den Bundeswettbewerb „Jugend forscht“ hat „Partner für Berlin“ diesen Wettbewerb initiiert. Weil er Jugendliche aufruft, an der Entwicklung der Stadt mit eigenen Ideen teilzunehmen, ist er auch ein interessanter Beitrag für die Lokale Agenda 21 in Berlin.

„Partner für Berlin“ ist eine Berliner Marketinggesellschaft. Als GmbH organisiert, arbeitet die Gesellschaft in einer „Public Private Partnership“ eng mit dem Berliner Senat zusammen. Sie wird von der privaten Wirtschaft finanziert und vom Senat mit der Entwicklung und Durchführung von Maßnahmen des Hauptstadt- und Standort-Marketings beauftragt. Diese Organisationsform ist einmalig im Rahmen des Standort-Marketings in Deutschland und ein vollkommen ungewöhnliches Angebot der Stadt an die private Wirtschaft, wichtige öffentliche Dinge mitzubestimmen. Inzwischen engagieren sich über 125 nationale und internationale Partner für Berlin.

„Jugend entwickelt Berlin“ gibt Jugendlichen bis zum 25. Lebensjahr - besonders aus Berlin und Brandenburg - die Chance, als Gruppe, Schulklasse oder allein Projekte vorzuschlagen. Hohe rangige Vertreter aus Politik und Wirtschaft der Stadt bilden die Jury. **Kriterien für die Jury sind die Kreativität und Innovativität der Arbeiten.** Wichtig ist aber auch, wie selbständig die Jugendlichen gearbeitet haben, wie originell die Idee ist und wie gut sie sich umsetzen lässt.

Seit 1997 wird der Wettbewerb jährlich im Herbst gestartet und der Öffentlichkeit durch die beteiligten Medienpartner vorgestellt. In einem Flyer wird der Wettbewerb mit seinen Themen, Teilnahmebedingungen und Preisen beschrieben. Die Auflage beträgt jeweils rund 150.000 Stück. Darüber hinaus wird der Wettbewerb durch das Landesschul-

amt in den Schulen bekannt gemacht. Die Jugendlichen melden sich dann per Post oder Internet an und werden zu einem Teilnehmertreffen eingeladen. Dort erhalten sie mehr Informationen über den Ablauf des Wettbewerbs und lernen die Vorjury kennen.

Für die Ausarbeitung ihrer Projekte haben die Teilnehmer rund drei Monate Zeit. Alle Arbeiten werden in einer Ausstellung der Öffentlichkeit gezeigt. Die Vorjury trifft aus allen eingereichten Arbeiten eine Vorauswahl, die dann der Hauptjury von den Teilnehmern selbst präsentiert wird. Die Jury wählt die Sieger aus und legt die Preise fest. Die Ergebnisse „Jugend entwickelt Berlin“ werden nach jedem Wettbewerb in einem Flyer mit einer Auflage von 2.000 Stück vorgestellt.

Die Preise werden passend zum eingereichten Thema ausgesucht. Darüber hinaus organisiert „Partner für Berlin“ Kontakte und Gespräche mit zuständigen Stellen und Ämtern, um Projekte des Wettbewerbs auch praktisch umzusetzen.

Der Wettbewerb „Jugend entwickelt Berlin“ wurde von Anfang an von öffentlichen und privaten Partnern unterstützt:

- von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie,
- der Senatsverwaltung für Schule, Jugend und Sport,
- der Senatsverwaltung für Wirtschaft und Betriebe,
- der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur,
- von jährlich wechselnden Sponsoren aus der privaten Wirtschaft sowie
- von Print-, Hörfunk- und TV-Medien.

„Jugend entwickelt Berlin 1997“

Sponsoren:

- Daimler-Benz AG,
- Berliner Wasser Betriebe,
- Siemens AG,
- Schering AG.

Medienpartner:

- „Der Tagesspiegel“

Themen:

- Soziales Engagement,
- Kulturelle Vielfalt,
- Kreative Stadtentwicklung,
- Umwelttechnische Innovationen,
- Wirtschaftliche Initiativen.

Jury:

- Dr. Hanna-Renate Laurien (Präsidentin des Abgeordnetenhauses a. D.),
- Meret Becker (Schauspielerin),
- Edvard Jahn (Stadtplaner),
- Peter Strieder (Senator für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie),
- Erich Gerard (Berliner Büro der Leitung der Siemens AG).

Ausstellung:

Um die Ergebnisse des Wettbewerbs der Öffentlichkeit zu präsentieren, wurden die eingereichten Arbeiten im Rahmen der Ausstellung „Jugend entwickelt Berlin 1997“ gezeigt. 1997 fand sie auf dem Gelände der UFA-Fabrik statt. Allerdings wurden nur die Wettbewerbsbeiträge zum Thema „Umwelttechnische Innovationen“ und „Kreative Stadtentwicklung“ präsentiert, weil sie in das Konzept der Ausstellung „Ökologische Bau-Projekte“ passten.

Sieger des Wettbewerbs „Jugend entwickelt Berlin 1997“

Thema: Soziales Engagement

- | | |
|-------------------------|---|
| <u>1. Platz:</u> | Jana Hoffmann (15), Isabelle Kühndahl (16) und Alexandra Schmeißer (16)
(Humboldt-Gymnasium in Berlin-Reinickendorf) |
| Thema: | „Jugendtreffpunkt in Tegel“
(Entwurf eines neuen Jugendtreffpunktes am Tegeler Hafen) |
| Preis: | Wochenendreise nach Weimar mit Besichtigung von Jenapharm, gestiftet von der Schering AG |
| Bemerkung: | Umsetzungschancen sehr hoch: Gespräch mit Jugendstadtrat Wolfgang Brennecke und den Siegerinnen fand am 30. April 1997 statt. |
| <u>2. Platz:</u> | Sören Kliemann (25), Student an der Fachhochschule für Wirtschaft und Technologie, und Sven Schneider (19), Friedrich-Schiller-Gymnasium in Königs Wusterhausen |
| Thema: | „Mehr Chancen für die Zukunft“ -
Punktekonto und Preise für soziale Leistungen
(Praktikumsprojekt für Jugendliche im Sozialwesen) |
| <u>3. Platz:</u> | Klasse 11 b des Ranke-Gymnasiums in Berlin-Wedding |
| Thema: | Neugestaltung und Verschönerung
der Ranke-Oberschule in Berlin-Wedding |

Thema: Kulturelle Vielfalt

- | | |
|-------------------------|--|
| <u>1. Platz:</u> | Stefan Sonnenburg (25), Student an der Hochschule der Künste |
|-------------------------|--|

Thema: **Kunst - oder wie lernt ein Museum laufen?**
(Museen präsentieren sich in einem öffentlichen Ausstellungswürfel.)
Preis: Praktikum beim „Tagesspiegel“, gestiftet vom „Der Tagesspiegel“, Georg von Holtzbrinck Verlag
Bemerkung: Interesse des Karlshorster Museums über die Geschichte des 2. Weltkrieges, Gespräche für Umsetzung folgten.

2. Platz: Alexander Bant (25), Student an der Hochschule der Künste
Thema: **BERLINIANA I-IV, 4 künstlerische Stadtkonzepte, zum Beispiel das tapezierte Brandenburger Tor**

3. Platz: Oliver Ibrahim (13) und Tobias Schütz (13)
(Königin-Luise-Stiftung in Berlin-Zehlendorf)
Thema: **Computerspiel „Vermißt in Berlin“**
(Informatives Computerspiel über die Entführung des Regierenden Bürgermeisters)
Bemerkung: „Partner für Berlin“ und Senats-Schulverwaltung bemühten sich um Sponsoren.

Sonderpreis: Rüdiger Flothmann, Student an der Hochschule der Künste, Kerstin Philipp, Spreeradio, Johanna Rötteler, Studentin an der Hochschule der Künste
Thema: **„Bauklotz“, Infobox für Kinder**
(Kinder lernen das neue Berlin bei einer Mitmachbaustelle spielerisch kennen.)
Preis: Einladung zur Eröffnungsfeier der „Schaustelle Berlin“ im Reichstagsgebäude mit Frau Prof. Rita Süßmuth am 16. Juni 1997

Thema: Kreative Stadtentwicklung

1. Platz: Pascal Rombach (18)
(Rheingau-Oberschule in Berlin-Schöneberg)
Thema: **„Poliquarium“ - Modell zur Förderung der Direkten Demokratie** (Titel auch im „Tagesspiegel“)
(Entwurf einer Begegnungsstätte für das Volk und seine Vertreter zwischen Bundeskanzleramt und Alsenblock)
Preis: Praktikum beim „Zukunftsforscher“ Prof. Minx, Forschung Gesellschaft und Technik bei der Daimler-Benz AG, gestiftet von der Daimler-Benz AG

2. Platz: Shi Zheng (19)
(Schadow-Gymnasium in Berlin-Zehlendorf)
Thema: **Neuplanung des Schlossplatzes in Berlin-Mitte**

3. Platz: Paul Posselt (20)
(aus Osnabrück, Zivildienstleistender)

Thema: **Gestaltung des Berliner Schlossplatzes**
(kritische Rekonstruktion der städtebaulichen Beziehung Altes Museum und ehemaliges Schloss mit neuen architektonischen Mitteln)

Sonderpreis: Kita Bochumer Straße in Berlin-Tiergarten

Thema: **Bau eines Kita-Spielplatzes**

Preis: Rundflug über Berlin für die Kinder während der „Schaustelle Berlin“

Thema: Umwelttechnische Innovation

1. Platz: Maren Girgenson (24), Studentin

Thema: **Stromzähler, der DM-Betrag anzeigt**
(Gas-, Strom- und Wasserzähler sollen in Zukunft DM-Beträge anzeigen, um den Zusammenhang zwischen Energieverbrauch und Kosten sichtbar zu machen.)

Preis: Praktikum bei den Berliner Wasser Betrieben, gestiftet von den Berliner Wasser Betrieben

Bemerkung: Die Bewag zeigte Interesse, Umsetzung wäre bei Privatkunden möglich.

2. Platz: Nicole Buchmann (19) und Ulrike Hirsch (19)

(Georg-Christoph-Lichtenberg-Gymnasium in Berlin-Lichtenberg)
Thema: **Ökologische Umgestaltung des Georg-Christoph-Lichtenberg-Gymnasiums zum ökologischen Lernort**

3. Platz: Linda (19) und Henning Geppert (14)
(Evangelisches Gymnasium zum Grauen Kloster in Berlin-Wilmersdorf)

Thema: **Das Fahrrad als umweltfreundliche Initiative im Berliner Stadtverkehr**

Sonderpreis: Jens Techel und Krzysztof Brancel
(Lehrlinge bei der Siemens AG)

Thema: **Kühle Bauwagen durch Solartechnik**

Preis: Solarbootfahrt auf der Spree während der „Schaustelle Berlin“

Thema: Wirtschaftliche Initiativen

1. Platz: Dirk Hohnberg (18) und Mike Schwichtenberg (18)
(Humboldt-Gymnasium in Berlin-Reinickendorf)

Thema: **Wabenleichtbauweise für Sport-, Freizeit- und Solarboote, Gründung einer Firma**

(Entwicklung eines leistungsfähigen und umweltfreundlichen Wasserwanderbootes aus Altpapierwaben mit Solarantrieb)
Preis: Kostenlose Beratung (Marktanalyse, Konzeptprüfung) durch das „bbw - Bildungswerk der Wirtschaft in Berlin und Brandenburg“ e.V.

(die Beratungsinstitution für Existenzgründer in Berlin und Brandenburg mit praxisnahen Referenten). Siemens stellte außerdem einen Büroraum für sechs Monate zur Verfügung, gestiftet von der Siemens AG

- 2. Platz:** Jörn Ludzuweit (18) und Tim Raven (18)
(Willi-Graf-Gymnasium in Berlin-Steglitz)
- Thema:** **Neues Nahverkehrs-Tarifkonzept für Berlin**
- 3. Platz:** Alexander Moheit (15)
(Nelly-Sachs-Gymnasium in Berlin-Köpenick)
- Thema:** **Schaffung von Arbeitsplätzen im Industrie- und Dienstleistungssektor**

FAZIT des Wettbewerbs 1997

Insgesamt wurden 124 Ideen/Projekte eingereicht. Dies zeigte, dass der Wettbewerb unerwartet gut und schnell bei den Berliner und Brandenburger Jugendlichen angenommen wurde. Der beliebteste Themenbereich war die „Kreative Stadtentwicklung“. Eine gleichberechtigte Bewertung aller Arbeiten bei nur einer Altersgruppe war wegen altersbedingter Qualitätsunterschiede sehr schwierig.

Die gemeinsame Preisverleihung im Friedrichstadtpalast mit der Preisverleihung „Jugend forscht“ erwies sich als zu unübersichtlich für den Berliner Wettbewerb. Das Teilnehmertreffen bei den Berliner Wasser Betrieben war sehr wichtig, weil viele Fragen zum Wettbewerb dort direkt mit den Jurymitgliedern geklärt werden konnten. Auch das Angebot, sich bei „Partner für Berlin“ telefonisch über den Wettbewerb zu informieren, nutzten sehr viele Teilnehmer. Diese Beratung soll bei künftigen Wettbewerben beibehalten werden.

Die ausführliche und intensive Berichterstattung im „Tagesspiegel“ spielte eine wichtige Rolle, um das Projekt bekannt zu machen. Die Zusammenarbeit mit Senat und Wirtschaft erwies sich als äußerst positiv und konstruktiv.

„Jugend entwickelt Berlin 1998“

Sponsoren

- debis Daimler-Benz InterServices,
- Siemens AG,
- Berliner Wasser Betriebe,
- Dresdner Bank.

Außerdem unterstützten: Hanseatica Unternehmens Consulting Berlin GmbH, Sprachclub Wilmersdorf, Peter Dussmann GmbH und Fischer Software Computersysteme.

Medienpartner:

- Der Tagesspiegel,
- B1. Das Berlin-Fernsehen vom SFB,
- 030-Stadtmagazin.

Themen:

- Teens und Twens entwickeln das „neue Berlin“,
- Schule: Lust oder Frust?,
- Kultur, Kunst & Können,
- Youngsters als Wirtschaftsgründer.

Jury:

- Peter Strieder (Senator für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie),
- Ingrid Stahmer (Senatorin für Schule, Jugend und Sport),
- Dr. Klaus Mangold (Vorstandsvorsitzender der debis-AG),
- Wolfgang Branoner (Staatssekretär für Wirtschaft und Betriebe),
- Thomas Ostermeier (Leiter der „Baracke“ des Deutschen Theaters).

Sieger des Wettbewerbs „Jugend entwickelt Berlin 1998“

Thema: Teens und Twens entwickeln das „neue Berlin“

Altersgruppe bis 15 Jahre

- 1. Platz:** Paul Venuß (13)
(Käthe-Kollwitz-Gymnasium in Berlin Prenzlauer Berg)
- Thema:** **Freiflächen für Schmetterlinge**
(Gestaltung von Freiflächen mit bestimmten Blumen und Gräsern, damit sich dort Schmetterlingsarten ansiedeln)
- Preis:** zwei Fachbücher über Schmetterlinge und eine Förderung zur Umsetzung seiner Idee durch die Grün Berlin Park und Garten GmbH

- 2. Platz:** Schüler der Klasse 5c (11)
(Ludwig-Cauer-Grundschule in Berlin-Charlottenburg)
- Thema:** **Konzept für die Bebauung des Flughafens Tempelhof**

- 3. Platz:** Julian Schwarze (8) und Marco Preuschof (9)
- Thema:** **„Umweltdetektive“ in Berlin-Reinickendorf**

Altersgruppe 16 bis 25 Jahre

- 1. Platz:** Manuela Graetz (20), Kathleen Kelch (20) und Tanja Terruli (20),

- Thema:** Studentinnen der Technischen Universität
Städteplanerisches Konzept für ein Gelände in Berlin-Friedrichshain (Der Kiez soll attraktiver werden, damit man dort besser wohnen und leben kann.)
- Preis:** Präsentation des Konzepts vor dem Staatssekretär in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie, Herrn Stimmann, sowie den Teilnehmern der Fachsitzung Planwerk-Innenstadt. Außerdem erhielten die Teilnehmer Studienmaterial zum Thema „Stadtplanung“.
- 2. Platz:** Florian Miethe (20)
 (Dreilinden-Gymnasium in Berlin-Zehlendorf)
- Thema:** **Neue Uferpassage an der Spree am Schlossplatz/Lustgarten**
- 3. Platz:** Ben Nicolas Hoffmann (24),
 Student der Technischen Universität
- Thema:** **Flughafen-Tempelhof-Projekt**

Thema: Schule: Lust oder Frust?

Altersgruppe bis 15 Jahre

- 1. Platz:** Philipp Stifel (12) und Stefan Rockel (11)
 (Paul-Schneider-Oberschule)
- Thema:** **Schule nach der Schule**
 (Ideen zur schöneren Gestaltung von Schulen wie Freizeitaktivitäten, lebendigerer Biologie-Unterricht, Vorschlag für ein Schulcafé)
- Preis:** Ein Jahr Sprachunterricht in der Sprachschule Berlin-Wilmersdorf. Mit der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung e. V. fand ein Gespräch zur möglichen Umsetzung von einzelnen Ideen statt.
- 2. Platz:** Klasse 7b (13)
 (Arndt-Gymnasium in Berlin-Zehlendorf)
- Thema:** **Idealer Unterricht im idealen Klassenzimmer**
- 3. Platz:** Schüler (12)
 (Paul-Moor-Grundschule in Berlin-Spandau)
- Thema:** **Schulhofgestaltung**

Altersgruppe 16 bis 25 Jahre

- 1. Platz:** Andrea Verena von Kopp (20), Studentin an der Freien Universität, und Ellen Artelt (20), Studentin an der Technischen Universität
- Thema:** **Projekt „Park sucht Schüler“**
 (Einrichten von Patenschaften zwischen Schulen und Parkanlagen. Auf ausgesuchten Parkflächen kann dann Unterricht vor Ort stattfinden.)

- den, aber auch die teilweise weniger attraktiven Parkflächen verschönert werden.)
- Preis:** Praktikum beim „Tagesspiegel“. Außerdem haben die beiden Preisträgerinnen gemeinsam mit der Abteilung Grünplanung der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie eine mögliche Umsetzung erarbeitet.
- 2. Platz:** Klasse KF 71 (16 bis 23)
(Oberstufenzentrum für Bürowirtschaft und Verwaltung)
- Thema:** **Gründung einer Firma zur Beratung anderer Schulen bei der schulischen Ausbildung**
- 3. Platz:** sieben Schüler (18)
(Paulsen-Gymnasium in Berlin-Steglitz)
- Thema:** **Qualitätssicherung der Lehrkräfte**

Thema: Kultur, Kunst & Können

Altersgruppe bis 15 Jahre

- 1. Platz:** Eric Pangritz, Caspar Böhme, Jessika Teschner, David Hupfeld und Jan Muchs (alle 11 bis 12) (Eichendorff-Grundschule)
- Thema:** **Superschwimmbad Atlantis**
(Entwicklung einer neuen Badelandschaft für junge und alte Berliner, mit vielen Freizeitaktivitäten)
- Preis:** Rundflug während der „Schaustelle Berlin“ und eine Einladung zum „Internationalen Wasserflugzeugtreffen“ in Berlin-Wannsee anlässlich des Luftbrücken-Jubiläums
- 2. Platz:** Kira Hundertmark (12)
(Beethoven-Gymnasium in Berlin-Steglitz)
- Thema:** **Berlin-Info-Heft für Kids**
(Veranstaltungs-Tipps für Kinder)
- 3. Platz:** Joana Hundertmark (10)
(Grundschule am Königsgraben in Berlin-Steglitz)
- Thema:** **Freizeitpark**
(Modell für einen neuen Berliner Freizeitpark)

Altersgruppe 16 bis 25 Jahre

- 1. Platz:** Jo Preußler (20) und Aljoscha Begrich (20)
- Thema:** **Entwurf für die Umgestaltung des Alexanderplatzes zum „Spargelfeld Alexandriopolis“**
(Diese Arbeit stellt den Alexanderplatz des neuen Jahrtausends dar)

- und wirkt utopisch. Verschiedenfarbige Kugeln schweben über dem Alex und per Shuttle kann man vom Fernsehturm aus diese Kugeln erreichen. Jede Kugel bietet andere Eindrücke.)
- Preis:** Praktikum beim Stadtmagazin 030 und Treffen mit dem Regisseur Thomas Ostermeier, Leiter der „Baracke“ des Deutschen Theaters
- 2. Platz:** Sascha Proch, Tom Gießler, Stefan Nowak, Jens Packwitz und Thies Wernicke (alle 21 bis 25)
- Thema:** **Whiskey-Soda - the Alternative Magazin**
(Radio- und Internet-Projekt über die Alternativ-Szene in Berlin)
- 3. Platz:** Tanja (25), Studentin an der Freien Universität, und Katja Dickert (23), Studentin an der Fachhochschule für Sozialpädagogik, sowie Manuela Bauer (24), Studentin an der Katholischen Fachhochschule für Sozialpädagogik
- Thema:** **TV-Jugendmagazin „Bridge“**
(Junges Fernsehen aus Berlin)

Thema: Youngsters als Wirtschaftsgründer

Altersgruppe 16 bis 25 Jahre

- 1. Platz:** Christian Eisert (21), Student in Bochum, und Robert Kohl (19), Zivildienstleistender
- Thema:** **Gründung eines Verlages**
(Die beiden Jugendlichen nahmen ihre Ausbildung selbst in die Hand und gründeten einen Verlag für ein Jugendmagazin, um Erfahrungen auf diesem Gebiet zu sammeln.)
- Preis:** Computer von der debis AG für den Verlag
- 2. Platz:** Schülergruppe (11 bis 17)
(Max-Beckmann-Oberschule in Berlin-Reinickendorf)
- Thema:** **Solartec-Projekt**
(Schüler gründen eine Aktiengesellschaft zum Vertrieb von Solartechnik und der Ausrüstung für die selbstgebaute Solarboote.)
- 3. Platz:** Graffitiagentur Keen-Graff-X
- Thema:** **Ideen für eine farbigere Gestaltung der Stadt**
- 3. Platz:** Danilo Cicak (22) und Burak Kilincarslan (22), Studenten an der Freien Universität
- Thema:** **Neuartiges Netz öffentlicher Telefonzellen**
- Anerkennung:** Silke Jarnak (18), OSZ Barnim, Fachabitur Agrarwirtschaft
- Thema:** **Verwertung von Speiseresten**

Umgesetzte Projekte:

- „Schmetterlingswiese“ (Paul Venuß)
- „Park sucht Schüler“ (Andrea Verena von Kopp und Ellen Artelt)

Unterstützte Projekte:

- „Städteplanerisches Konzept für ein Gelände in Berlin-Friedrichshain“ (Manuela Graetz, Kathleen Kelch und Tanja Terruli)

FAZIT des Wettbewerbs 1998

Insgesamt hatten sich 284 Jugendliche mit 68 Projekten beteiligt, davon fast zwei Drittel der Projekte im Bereich „Teens und Twens entwickeln das neue Berlin“. Beim Thema „Schule: Lust oder Frust?“ gab es mehr junge als ältere Teilnehmer. Die Einteilung in zwei Altersgruppen hat sich als sehr erfolgreich bewährt. Die Themen „Kreative Stadtentwicklung“ und „Umwelttechnische Innovationen“ wurden zusammengelegt, weil viele Projekte gleichzeitig Umwelt und Stadt behandelten. Die mehrwöchige Ausstellung der eingereichten Arbeiten im Willy-Brandt-Haus mit großer Ausstellungseröffnung war gut für die Öffentlichkeit und wichtig für die Teilnehmer. Weitere Anmerkungen:

- Die Themen wurden allgemeiner formuliert.
- Es wurde zu jedem Themenbereich ein spezieller Themenvorschlag gemacht. Dadurch stieg die Vielfalt der Arbeiten und die Bewertung aller Arbeiten mit dem gleichen Thema wurde erleichtert.
- Die feierliche Preisverleihung im Kontorhaus in Berlin-Mitte mit allen Teilnehmern war gelungen.
- Das Teilnehmertreffen im Vorstandssitzungssaal der debis AG am Potsdamer Platz war ein Erfolg.
- Den Jugendlichen wurden zur Präsentation ihrer Arbeiten in der Ausstellung zum Beispiel Computer, Fernseher und Videorecorder zur Verfügung gestellt.

„Jugend entwickelt Berlin 1999“

Sponsoren:

- Daimler Benz AG,
- D2 privat - Mannesmann Mobilfunk,
- Berliner Wasser Betriebe,
- Siemens AG.

Medienpartner:

- Berliner Zeitung,

- TIP Stadtmagazin,
- WOM: World of Music,
- Flyer UP-DATES,
- Kiss FM 98,8,
- BerlinOnline,
- B1. Das Berlin-Fernsehen vom SFB.

Themen:

- Teens und Twens entwickeln das „neue Berlin“,
- Wissen, Lernen, Lebenslust,
- Kreativ und Kultur ver-rückt,
- Unternehmer von morgen.

Jury:

- Wolfgang Branoner (Senator für Wirtschaft und Technologie),
- Sabine Christiansen (Unicef-Botschafterin),
- Disko (Pressesprecher der Love-Parade),
- Dimitri Hegemann (Inhaber des Techno-Clubs „Tresor“),
- Peter Radunski (Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur),
- Ingrid Stahmer (Senatorin für Schule, Jugend und Sport),
- Dr. Hans Stimmann (Staatssekretär für Stadtentwicklung),
- Constanze Unger (Teilnehmerin des Wettbewerbs 1997),
- Marc Wohlrabe (Herausgeber des Stadtmagazins „Flyer UP-DATES“).

Sieger des Wettbewerbs „Jugend entwickelt Berlin 1999“

Thema: Teens und Twens entwickeln das „neue Berlin“

Altersgruppe bis 15 Jahre

- | | |
|-------------------------|--|
| <u>1. Platz:</u> | Michaela Schulz (13) und Josephine Pfarr (13)
(Carl-von Ossietzky-Gymnasium in Berlin-Pankow) |
| Thema: | Projekt Straßenbahn
(Die Straßenbahn, speziell die Haltestellen, sollen auch für blinde Mitmenschen attraktiver werden. Ein Umweltkonzept mit Solarbetrieb wurde vorgeschlagen.) |
| Preis: | Rundflug während der „Schaustelle Berlin“, gestiftet von „Partner für Berlin“ GmbH |
| | |
| <u>2. Platz:</u> | Charlene Fleischhauer (14), Stephanie Heßler (15), Sarah Mäder (13) und Vita Groth (17) (Wolfgang-Borchert-Realschule) |
| Thema: | Der Treff-Pilz
(Treffpunkt für Kids in einer Spandauer Wohnsiedlung) |
| Preis: | Konzertkarten, Gespräch mit der Senatsverwaltung für Stadtent- |

wicklung, Umweltschutz und Technologie, Kontakt zur Wohnungsgesellschaft WIR, gestiftet von der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie und „Flyer UP-DATES“

- 3. Platz:** Martin Schreck (14) und Benno Jakob (14)
(Johann-Gottfried-Herder-Gymnasium in Berlin-Lichtenberg)
- Thema:** **Wanderwege durch Berlin**
(Markieren von Wanderwegen mit Infotafeln)
- Preis:** Schiffsrundfahrt während der „Schaustelle Berlin“ mit Herrn Dr. Hassemer, gestiftet von „Partner für Berlin“ GmbH

Altersgruppe von 16 bis 25 Jahre

- 1. Platz:** Nadine Hölzinger (23), Studentin an der Technischen Universität
- Thema:** **Refillsystem für die Love Parade**
(Entwicklung eines Pfand-Plastikflaschen-Systems zur Verminderung des Müllaufkommens während der Love-Parade)
- Preis:** Einladung zur „Berliner Rede“ des UNO-Generalsekretärs Kofi Anan in das Hotel Adlon, Gespräch mit den Veranstaltern der Love-Parade, gestiftet von „Partner für Berlin“ GmbH

- 1. Platz:** „All eins“ e. V. in Berlin-Köpenick, 14 Personen (20 bis 25)
- Thema:** **Mellow Park**
(Entwurf für einen Freizeitpark auf dem Gelände einer ehemaligen Fabrik)
- Preis:** Kinokarten für die Parkbühne Wuhlheide, Patenschaft der Spiel- und Freiraumobjekte, Kontakt zur Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, gestiftet von Jugendfilm-Verleih und Spiel- und Freiraumobjekte

- 3. Platz:** Marek Vogt (20), Zivildienstleistender
- Thema:** **Berlin lernt schwimmen**
(Neue Beziehungen zwischen Wasser und Land, zum Beispiel führen gläserne Röhren durch die Stadt.)
- Preis:** Schiffsrundfahrt während der „Schaustelle Berlin“ mit Dr. Hassemer, gestiftet von „Partner für Berlin“ GmbH

Thema: Wissen, Lernen, Lebenslust

Altersgruppe bis 15 Jahre

- 1. Platz:** Valerie Huber (15) und Tanja Heil (15)
(Marie-Curie-Gymnasium in Berlin-Wilmersdorf)
- Thema:** **Mädchensport an Schulen**
(Verbesserungsvorschläge für den Sportunterricht in Berliner Schulen)

len, zum Beispiel die Einbeziehung ernährungswissenschaftlicher Aspekte)
Preis: Karten für die Tanzverwaltung „Tanz im August“, Turnschuhe, gestiftet von Hebbel Theater und Niketown Berlin

2. Platz: Julia Grimming (11) (Cäcilien-Grundschule)
Thema: **Merry-go-round**
(Ein umgebauter BVG-Bus dient als Kids-Café nach der Schule.)
Preis: Schiffstour durch Berlins Gewässer während der „Schaustelle Berlin“ mit der Klasse, Kontakte zur Deutschen Kinder- und Jugendstiftung e. V., gestiftet von „Partner für Berlin“ GmbH

Altersgruppe von 16 bis 25 Jahre

1. Platz: Gudrun Geißler (16), Ina Blankenfeld (16), (Mahatma-Gandhi-Gymnasium in Berlin-Marzahn) Stephan John (16) (Oberschule am Landsberger Tor) und Ulrike König (16) (Karl-Schiller-Gymnasium in Berlin-Marzahn)
Thema: **Berufsberatung im nächsten Jahrtausend**
(Verbesserungsvorschläge für das Berufsinformationszentrum des Arbeitsamtes, zum Beispiel für das Internet)
Preis: Praktikumsplätze, Führung durch die Berufsschule des Siemensforums, Gespräch mit Vertretern des Landesarbeitsamtes, gestiftet von brainbox Network Entwicklungs GmbH, Stadtmagazin „Flyer UPDATES“, „Partner für Berlin“ GmbH und Siemens AG

2. Platz: Katharina Braumann (17) und Diana Böbe (17)
(Anne-Frank-Gymnasium in Berlin-Treptow)
Thema: **Schule des neuen Jahrtausends**
Preis: Führung des BUND während der „Schaustelle Berlin“, Gespräch mit Frau Stahmer, Senatorin für Schule, Jugend und Sport, gestiftet von „Partner für Berlin“ GmbH

3. Platz: „Drehscheibe Kinderpolitik“ e. V. Berlin-Mitte, Anja Tangermann, Karsten Schmidt und Jana König (17 bis 19)
Thema: **Selbstverwalteter Unterricht**
Preis: Videos, Kontakt zur Lehrfortbildung, gestiftet vom Jugendfilm-Verleih

Thema: Kreativ und Kultur ver-rückt

Altersgruppe bis 15 Jahre

1. Platz: Kira Hundertmark (13) und Joanna Hundertmark (11)
(Beethoven-Gymnasium in Berlin-Steglitz)
Thema: **Für das Sammelalbum ins Museum**

- (Der Besuch von kulturellen Einrichtungen soll durch das Sammeln von Aufklebern interessanter werden. An jedem Ort erhält man einen Sticker für sein Berlin-Sammelalbum.)
- Preis:** Jahreskarten des Museumspädagogischen Dienstes, Videos, Gespräch mit der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur, gestiftet vom Jugendfilm-Verleih und vom Museumspädagogischen Dienst
- 2. Platz:** Christina Koch (15) und Katja Hrdina (15)
(Alexander-von-Humboldt-Gymnasium Berlin-Köpenick)
- Thema:** **Fotografien Reichstag**
(Jeder kann seine Fotos von Berlin in einer ständig wechselnden Ausstellung im Reichstagsgebäude zeigen.)
- Preis:** Spezielle Führung durch den Reichstag im Rahmen der „Schaustelle Berlin“, gestiftet von „Partner für Berlin“ GmbH
- 3. Platz:** Anne Beyerlein (14) (Johann-Gottfried-Herder-Gymnasium in Berlin-Lichtenberg) und Gunnar Kusch (14) (Dathe-Gymnasium in Berlin-Friedrichshain)
- Thema:** **Mit Musik, Farben und Theater gegen Rassismus (MuFThea)**
(Ein Kindertheater zieht durch Berlin und fördert durch die Darstellung verschiedener Kulturen das Zusammenleben der Bürgerinnen und Bürger in der Stadt.)
- Preis:** Statistenrollen bei einer TV Produktion, gestiftet vom Jugendfilm-Verleih

Altersgruppe von 16 bis 25 Jahre

- 1. Platz:** Alexander Moheit (16)
(Nelly-Sachs-Gymnasium in Berlin-Köpenick)
- Thema:** **Die „Ateliers“ - Bahnwaggons der Moderne**
(Umgestaltung von einem Waggon der S-Bahn in einen jugendgerechten Szenetreff mit Graffiti Bildern, Infos und vielem mehr)
- Preis:** Praktikum, gestiftet vom Daimler-Chrysler-Werk Berlin
- 2. Platz:** Ville Hara (24), Student an der Technischen Universität Helsinki, Praktikant in Berlin für ein Jahr
- Thema:** **Some point of view**
(Die Geschwindigkeit, mit der sich Berlin verändert, wird auf besondere Weise fotografisch festgehalten.)
- Preis:** Einladung zur Love-Parade mit Dr. Motte, gestiftet von brainbox Network Entwicklungs GmbH
- 3. Platz:** Constanze Döll (21), Petra Häußler (21) und Vera Krause (21), Studentinnen an der Hochschule der Künste
- Thema:** **Berlin 4 D**

(In einem multimedialen Stadtmuseum können Berliner mehr über ihre Stadt erfahren.)
Preis: Premierenkarten, Einladungen zur anschließenden Premierenparty eines Science Fiction Films, gestiftet vom Jugendfilm-Verleih

Thema: Unternehmer von morgen

Altersgruppe bis 15 Jahre

- 1. Platz:** Steffen Spillecke (11) und Louise Rastig (12)
(4. Grundschule in Berlin-Prenzlauer Berg)
- Thema:** **Town map**
(Die Touristen in Berlin sollen einen kleinen Minicomputer leihen können, der Auskünfte über das Berliner Bahnnetz bis hin zu Veranstaltungstipps gibt. Außerdem sind sie mit einem Satelliten verbunden und können dem Touristen jederzeit seinen Stadtort auf einen integrierten Stadtplan zeigen.)
- Preis: Palm Pilot (elektronisches Adressbuch), gestiftet von der Siemens AG
- 2. Platz:** Christine Henninger (15), Dana Renjewski (15) und Ina Paul (15)
(Johann-Gottfried-Herder-Gymnasium in Berlin-Lichtenberg)
- Thema:** **Dinner for two**
(Ein Party-Service für Singles und Verliebte)
- Preis: Essensgutscheine inklusive Kinobesuche, gestiftet von Planet Hollywood
- 3. Platz:** Sarah Haase (18), Veronique Plistermann (18) und Anna Winnekens (18)
(Schiller-Gymnasium in Berlin-Charlottenburg)
- Thema:** **Boom Town Tours**
(Junge Berliner zeigen jungen Besuchern ihre Stadt.)
- Preis: Führung im Rahmen der Schaustelle, gestiftet von „Partner für Berlin“ GmbH

Altersgruppe von 16 bis 25 Jahre

- 1. Platz:** Matthias Busch (22), Carsten Deeg (22), Ilvanka Pelivan (22), Studenten der Technischen Universität, und Dorit Steinborn (22), Studentin der Humboldt-Universität
- Thema:** **More Timer**
(Gründung einer Dienstleistungsfirma, die alle Kundenwünsche vom Rasenmähen und Reparaturen bis hin zum Heiratsantrag erfüllt.)
- Preis: D2 Mobil Telefon sowie Beratung und Coaching, gestiftet von Mannesmann Mobilfunk und dem Existenzgründerinstitut
- 2. Platz:** Simone Breest (23) und Emilia Zakrocka (23), zur Zeit arbeitslos

- Thema:** **Family Express**
(Ein Familien-Restaurant der besonderen Art, wo Kinder und Eltern zunächst getrennt essen und dann gemeinsam ein Show-Programm erleben.)
- Preis:** Konzertkarten, gestiftet vom Stadtmagazin „Flyer UP-DATES“
- Sonderpreis:** Susanna Weiss (20), zur Zeit unbefristete Arbeit, und Stephan Drewke (24), Student der Humboldt-Universität
- Thema:** **Berlin Memory**
(Bei jedem Besuch einer kulturellen Einrichtung in Berlin erhält man ein Memory-Pärchen. Je mehr man besucht, desto größer wird das Spiel.)
- Preis:** Abos, gestiftet vom Stadtmagazin „Flyer UP-DATES“

Umgesetzte Projekte:

- „Der Treff-Pilz“, Charlene Fleischhauer, Stephanie Heßler, Sarah Mäder und Vita Groth)

Unterstützte Projekte:

- „Mellow-Park“, „All eins“ e.V.

FAZIT des Wettbewerbs 1999

Die Teilnehmerzahl ist gestiegen. Nahezu 300 Teilnehmer haben 100 Projekte eingereicht. Die beliebtesten Themenbereiche waren „Teens und Twens entwickeln das neue Berlin“ und „Kreativ und Kultur ver-rückt“. Im Bereich „Unternehmer von morgen“ gab es mehr jüngere Teilnehmer als in den Jahren zuvor, dagegen mehr ältere im Bereich „Wissen, Lernen, Lebenslust“. Generell waren die Teilnehmer älter.

Die Jury verjüngte sich im Vergleich zu den Vorjahren durch die Teilnahme von Disko (Pressesprecher der Love-Parade), Marc Wohlrabe (junger erfolgreicher Berliner Unternehmer) und Constanze Unger (ehemalige Wettbewerbsteilnehmerin). Pro Thema standen zwei Hauptjurymitglieder zur Verfügung. Damit war eine gute Bewertungsgrundlage gegeben.

Bewährt hatte sich auch wieder die telefonische Beratung und Unterstützung der Teilnehmer durch die entsprechenden Ansprechpartner. Bei dem Teilnehmertreffen im Bundespresseamt Berlin sprachen erstmals auch Sieger aus dem vorangegangenen Wettbewerb über ihre Erfahrungen.

Das Prinzip, die Auszeichnungen jährlich an anderen Orten vorzunehmen, soll beibehalten werden. Die Sieger und Teilnehmer des Wettbewerbs 1999 wurden im „DAZ – Deutsches Architektur Zentrum“ geehrt. Der Wettbewerb „Jugend entwickelt Berlin“ hat sich inzwischen als feste Säule in Sachen Kinder- und Jugendarbeit etabliert.

„Jugend entwickelt das neue Berlin 2000“

Beim 4. Wettbewerb gibt es jetzt vier Themenbereiche und das Sonderthema „Jugendinitiative EXPO 2000“. Die Berliner Stadtreinigung (BSR) stiftet einen Sonderpreis „Berlin - saubere Stadt“, die Multi-Media-Agentur media-garage will das beste Internetprojekt umsetzen.

Sponsoren:

- Siemens AG,
- Berliner Wasser Betriebe,
- Berliner Stadtreinigung (BSR),
- Planet Hollywood,
- Aviso GmbH.

Medienpartner:

- SAT.1,
- „Der Tagesspiegel“,
- Flyer UP-DATES,
- WOM: World of Music.

Themen:

- Teens und Twens entwickeln das „neue Berlin“,
- Bildung - Wissen - Perspektiven im 21. Jahrhundert,
- Junge Kultur im „neuen Berlin“,
- Unternehmer der Zukunft,
- Sonderthema 2000: Jugendinitiative EXPO 2000.

Jury

- Vorsitz: Dr. Christiane Bergmann (Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend),
- Wolfgang Branoner (Senator für Wirtschaft und Technologie),
- Martin Hoffmann (stellvertretender Programm-Geschäftsführer von SAT.1),
- Christa Thoben (Senatorin für Wissenschaft, Forschung und Kultur),
- Klaus Böger (Senator für Schule, Jugend und Sport),
- Dr. Hans Stimmann (Senatsbaudirektor),
- Marc Wohlrabe (Herausgeber des Stadtmagazins „Flyer UP-DATES“).

Die Teilnehmer müssen sich bis zum 31. Dezember 1999 angemeldet und bis zum 1. März 2000 ihre Ideen eingereicht haben. Am 6. März 2000 werden die eingereichten Arbeiten im Rahmen einer Ausstellung der Öffentlichkeit gezeigt. Einen Monat später, am 6. April 2000, werden die Sieger des Wettbewerbs geehrt.

Der Wettbewerb „Jugend entwickelt Berlin“ hat sich inzwischen zu einem wichtigen Instrument der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in Berlin und Brandenburg etabliert. Das Interesse der Jugendlichen an diesem Wettbewerb zeigt, dass solche Foren von den Kindern und Jugendlichen angenommen werden. Der Wettbewerb ist eine sehr gute Möglichkeit, Kinder und Jugendliche an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Den Teilnehmern wird die Möglichkeit gegeben, sich mit Berlin/Brandenburg und einer Auswahl hochrangiger Vertreter aus Politik und Wirtschaft auseinanderzusetzen und ihnen ihre Ideen und Verbesserungsvorschläge vorzustellen. Ziel ist es, die Teilnehmer bei der Umsetzung der Projekte zu unterstützen. Damit wird die Lokale Agenda 21 im wahrsten Sinne des Wortes in der kommunalen Arbeit realisiert.¹

¹ Weitere Informationen zum Wettbewerb sind im Internet abrufbar unter www.berlin.de/jugend-entwickelt.

Einen Schritt voraus ?

Initialzündungen für die Lokale Agenda 21

durch nichtstaatliche Organisationen und Vereine

JOHANNES MATHES-BIENERT

*Landesvorsitzender des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend,
Landesstelle Bayern, München*

1. Vorbemerkungen

Ein Schritt voraus, ein Schritt zurück oder auf der Stelle treten - das mögen alles zutreffende Bilder für lokale Agenda-Prozesse sein. Je nach Blickwinkel, je nach inhaltlichem Zugang, je nach politischer Funktion und vor allem je nach Verständnis von und Anspruch an einen lokalen Agenda-Prozess wird die Bewertung von Leistungen, Handlungsmöglichkeiten oder auch distanzierten Haltungen von nichtstaatlichen Organisationen, Vereinen und Jugendverbänden unterschiedlich ausfallen.

Mein Blickwinkel für diesen Vortrag ist nicht so sehr der eines kirchlichen Trägers, für den ich arbeite, sondern nimmt die Jugendverbandslandschaft als Ganzes in den Blick. So möchte ich der Referentenanfrage, die sich zunächst an den Deutschen Bundesjugendring richtete, gerecht werden.

Ich will in einem ersten Teil zu inhaltlichen Ansprüchen der Agenda 21 Stellung nehmen - und auch dazu, wie sie speziell von Jugendorganisationen im Rahmen ihrer Interessenvertretung aufgegriffen werden.

Im zweiten Teil - und das ist mein Schwerpunkt - werde ich mich dem Stellenwert von und den Anforderungen an außerschulische Bildung im Kontext von Agenda-Prozessen zuwenden. In einem dritten, abschließenden Teil will ich die nicht selten wahrnehmbare Zurückhaltung von Jugendorganisationen gegenüber Agenda-Prozessen reflektieren und davon einige Anforderungen an die Planung von Agenda-Prozessen ableiten.

2. Zu inhaltlichen Ansprüchen der Agenda 21

Als Zugang von Jugendorganisationen zur Agenda 21 will ich kurz ihr Kapitel 25 benennen. Es stellt einen Versuch dar, die drei Säulen der Agenda 21 - Ökologie, Soziales und Ökonomie - auf Kinder und Jugendliche zu beziehen und betont dabei die Rolle der Beteiligung. Das Kapitel findet sich bezeichnenderweise im Teil III - Stärkung der Rolle wichtiger Gruppen -, es beginnt mit einem unmissverständlichen Appell:

„Die Einbeziehung der heutigen Jugend in umwelt- und entwicklungspolitische Entscheidungsprozesse und ihre Beteiligung an der Umsetzung von Programmen ist mitentscheidend für den langfristigen Erfolg der Agenda 21.“ Deshalb soll jedes Land „in

Absprache mit seiner Jugend und deren Organisationen“ den „Zugriff auf Informationen ermöglichen“, „den Dialog zwischen der Jugend und der Regierung auf allen Ebenen“ fördern und „der Jugend die Gelegenheit geben, ihre Ansichten zu Regierungsentscheidungen darzulegen“.

Das fordert Jugendarbeit wie auch insgesamt Non Governmental Organizations in einem völlig neuen Verständnis heraus: Es genügt nicht, hinter verschlossenen Türen Beschlüsse zu fassen, sie in die Welt zu schicken und diese entlang der parteipolitischen Frontlinien in unverbindlichen Gesprächsrunden darzustellen. **Es gilt, in einen gesamtgesellschaftlichen Dialog einzutreten sowie eigene Positionen gegenüber unterschiedlichsten (Lobby-)Interessen auf den öffentlichen Prüfstand zu stellen.**

Geeignet ist hierfür vor allem **die kommunale Ebene. Dort ist der Zugang für viele möglich; die unmittelbare Relevanz für das Leben von Kindern und Jugendlichen ist erkennbar und Einflussmöglichkeiten sind größer als auf übergeordneten politischen Ebenen.**

Der lokale Agenda-Prozess bietet sich deshalb als Forum für Jugendpolitik an, vor allem dort, wo es um Querschnittspolitik geht, die in der Regel in den Jugendhilfeausschüssen wenig Platz hat.

Die Agenda 21 setzt einen neuen Akzent, indem sie eine nachhaltige ökologische Entwicklung mit den drängendsten sozialen und wirtschaftlichen Fragestellungen verknüpft, lokal und global. Damit nimmt die Agenda 21 eine Perspektive ein, die der Jugendarbeit durchaus vertraut ist. Die drei Stichworte der ökumenischen Bewegung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung tauchen in neuer Bearbeitung wieder auf.

Neu ist die eindeutige Festlegung, dass wirtschaftliche Entwicklung, sozialer Ausgleich und der Schutz natürlicher Lebensgrundlagen nur gemeinsam zu bewältigen sind. Darin wird auch der Nachholbedarf deutlich: Will sich Jugendarbeit im gesellschaftlichen Kräftespiel Gehör und Anerkennung verschaffen, muss sie neben ihren vorhandenen unbestreitbaren Kompetenzen in sozialen und ökologischen Fragen sowie in entwicklungspolitischen Zusammenhängen auch auf dem Feld der Finanz- und Wirtschaftspolitik aufholen.

Die Aufgabe, oft als gegensätzlich eingestufte Politikbereiche zusammenzuführen, ist ambivalent. So muss eine Umweltpolitik, die vor allem auf die Erhaltung und den Schutz natürlicher Lebensgrundlagen ausgerichtet ist, auch auf die Teile der Weltbevölkerung Rücksicht nehmen, die zur Sicherung ihrer Existenz auf die Nutzung auch natürlicher Ressourcen angewiesen sind. Dass dies keinen Freibrief für uferloses Wohlstands- und Konsumwachstum in den Industrienationen darstellt, wird an anderen Stellen der Agenda 21 sehr deutlich.

Es zieht sich zu Recht als roter Faden durch die Agenda 21, eben auf die weltweit enormen Entwicklungsdivergenzen hinzuweisen. Aber genau das stellt geradezu

eine Ermutigung für Jugendorganisationen dar, ihre Eine-Welt-Arbeit zu intensivieren und in die Agenda-Prozesse offensiv einzubringen.

Allerdings werden auch die Anforderungen an Eine-Welt-Arbeit unter der Perspektive der Agenda 21 ausgesprochen komplex. So gilt es beispielsweise zu erörtern, welche Wege letzten Endes wirklich die nachhaltigste Form von Entwicklung erschließen helfen. So gilt es zu berücksichtigen, dass die Liberalisierung des Welthandels mit Arbeitsplatzfragen, mit wachsender Armut, mit Wohlstandsverteilung und Konsumverhalten hierzulande zusammenhängt; und ebenso der Abbau von Zollschränken, mit verkehrsbedingter Umweltbelastung und den Chancen ökologisch orientierter Landwirtschaft mit regionaler Vermarktung zu tun hat.

Die Agenda 21 ist kein bequemes Programm, mit dem sich simple Umverteilungstheesen schützen lassen oder der Widerspruch zwischen ökologischer Verantwortung und dem Immer-weiter-So von Wohlstands-, Konsum- und Mengenwachstum abgewehrt werden könnte.

Jugendverbände können im Agenda-Prozess manches wiederfinden von ihrem Verständnis von gesellschaftlicher Entwicklung und jugendpolitischer Interessenvertretung. Ich zitiere dazu beispielhaft aus einem **Positionspapier des Bayerischen Jugendrings zum Thema „Solidarität und Gerechtigkeit statt Ausverkauf der Zukunft“**:

„Begriffe wie Globalisierung, Individualisierung, Deregulierung, Flexibilität, Mobilität, Wirtschaftsstandort usw. kennzeichnen die politische und öffentliche Debatte über die aktuelle soziale und wirtschaftliche Situation in Deutschland. Sie verschleiern und überlagern aber eher die viel dringlicheren Fragen der gesellschaftlichen Werte, einer gemeinsamen Ethik und der - nationalen wie globalen - Perspektive in Solidarität und Gerechtigkeit.

Die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen und des Friedens - entscheidend für Zukunftsperspektiven junger Menschen heute und kommender Generationen - hängt untrennbar mit der globalen Gerechtigkeit zusammen. Verantwortung für die Eine Welt wahrnehmen bedeutet, dass alle nationalen Entscheidungen auch aus Sicht dieser Einen Welt zu treffen sind: Das gelingt nur, wenn die Entwicklungspolitik endlich Querschnittsthema der Gesamtpolitik wird und nicht nur Aufgabe des einzelnen Ressorts bleibt.

Verantwortliches Handeln in der Einen Welt heißt aber auch, mit einer abgestimmten Entwicklungs-, Wirtschafts-, Handels-, Außen- und Friedenspolitik auf eine Verbesserung der Lebensbedingungen in den Entwicklungsländern selbst, auf die Beseitigung der Armut und Ungerechtigkeit dort, auf bessere Bildungschancen und eine lebenswerte Umwelt hinzuwirken.“

Solche Positionen zu Fragen der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung gilt es gerade in den kommunalen Agenda-Prozessen auf die Politikfelder zu beziehen, zu denen es

von den kommunalpolitischen Aufgabenstellungen her Berührungspunkte gibt. **Die für mich dabei inhaltlich spannendste Herausforderung - weit über den Bereich der Jugendhilfe und Jugendarbeit hinaus - ist die Integration von Umwelt- und Entwicklungspolitik auf der kommunalen Ebene.**

Es gibt in vielen Städten bereits Arbeitsgemeinschaften von Umweltorganisationen und ebenso Netzwerke von entwicklungspolitischen Initiativen, aber sie haben oft wenig Kontakt untereinander und arbeiten in erster Linie nur an der Aufgabenstellung, die sie zu ihrer originären erklärt haben. Das hängt einmal mit ihren oftmals schwachen finanziellen und personellen Kapazitäten zusammen, zum anderen aber auch mit dem geringen Bekanntheitsgrad der Agenda 21, zumindest in ihrer Forderung nach Politikkohärenz in diesen beiden Arbeitsbereichen.

So konzentrieren sich entwicklungspolitische Initiativen auf Projekte weitab von der eigenen Kommune und die umweltpolitischen Initiativen sehen ihre Aufgabe nur in nächster Umgebung und halten eine Beschäftigung mit internationalen Fragen für eine Überforderung. Die meisten kommunalen Arbeitsgruppen im Umweltbereich beschäftigen sich mit der örtlichen Klimapolitik, das heißt, mit der Reduzierung von Immissionen im Verkehrs-, Industrie- und Haushaltsbereich und einer klimaverträglichen Stadt- und Bauleitplanung.

Ein weiterer Schwerpunkt im Umweltbereich ist der Erhalt der Wälder - der tropischen wie der eigenen. Auf Seiten der Entwicklungspolitik stehen die örtlichen Initiativen für fairen Handel mit einer großen Zahl von Eine-Welt-Läden und ihren Trägergruppen mit vielen ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Vordergrund.

Besonders wirkungsvoll sind diese Initiativen, wenn sie mit Partnern in den Entwicklungsländern verbunden sind, das heißt, wenn die Kommune Projekte fördert, welche den Produzenten und Bauern direkten Nutzen bringen und sie von Ausbeutung und Unterdrückung befreit. Ansatzweise wird dies in vielen Kommunen durch Bewirtschaftung mit „fair gehandeltem Kaffee“ praktiziert.

Andere entwicklungspolitische Themen sind durch bundesweite Kampagnen im Konsumbereich aufgegriffen. Dazu gehört die Problematik des Blumenimports infolge hohem Pflanzenschutzmitteleinsatz, der Handel mit Teppichen und Fußbällen, die mit Hilfe von Kinderarbeit produziert werden oder der Fleischkonsum und seine Folgen für die Agrarpolitik vieler Entwicklungsländer (Futtermittelbedarf). Andere Kampagnen betreffen den Stopp von Rüstungsexporten - auch hier können lokale Firmen betroffen sein - und die notwendige Entschuldungspolitik gegenüber armen Ländern und der Rolle deutscher Banken - mit ihren örtlichen Vertretungen - dabei.

Bislang gibt es leider nur wenige Kampagnen, bei denen Entwicklungs- und Umweltorganisationen auch vor Ort zusammenarbeiten. Dort, wo kommunale Agenda-Büros vorhanden sind oder aufgebaut werden, stellt sich hiermit ein weites, aber lohnendes Aufgabenfeld dar.

Diesen ersten Teil meines Referates will ich in **vier Thesen** zusammenfassen:

1. Die Einbeziehung der Jugend und deren Organisationen ist mit entscheidend für den langfristigen Erfolg der Agenda 21.
2. Wirtschaftliche Entwicklung, sozialer Ausgleich und Schutz natürlicher Lebensgrundlagen sind nur gemeinsam zu bewältigen.
3. In Non Governmental Organizations ist Interessenvertretung im Sinne der inhaltlichen Anliegen der Agenda 21 schon Tradition; eine Gesamtsicht ist aber oft nicht präsent.
4. Lokale Agenda-Prozesse müssen sich Aufgaben stellen, die über den klassischen kommunalpolitischen Zuständigkeitsrahmen hinaus reichen, zum Beispiel Umwelt und Entwicklung.

Neben jugendpolitischer Interessenvertretung stellt Bildungsarbeit für Jugendorganisationen das zweite Standbein dar, auf dem sie gesellschaftlich und politisch relevante Themen bearbeiten. Beide Handlungsfelder sind dabei eng miteinander verbunden, bedingen und ergänzen sich gegenseitig.

Völlig zu Recht weist Kapitel 36 der Agenda den nichtstaatlichen Organisationen und dem nichtformalen Bildungssektor eine zentrale Rolle zu. **Bei den meisten politischen Reformvorhaben der vergangenen Jahre, die zum Start einer neuen Bildungsoffensive beitragen sollten, war von einem umfassenden Agenda-Leitbild aber eher wenig zu spüren**, auch wenn beispielsweise relativ fortschrittliche Richtlinien der Kultusministerkonferenz Initiativen zur Umweltbildung wie auch zur Behandlung des Themas „Eine Welt“ erleichtern und dabei inzwischen auch auf den Kontakt mit den Non Governmental Organizations hinweisen und sie als Partner empfehlen.

Um das aber grundlegend zu verändern, bedarf es einer Öffnung der Bildungsziele sowie inhaltlicher wie auch finanzieller Anstrengungen! Neue Initiativen sind gefragt. Der Freistaat Bayern beispielsweise hat aus seinen Privatisierungserlösen durch Aufgabe staatlicher Unternehmensbeteiligungen einen Umweltfonds ausgestattet, dessen Erlöse im Rahmen der Bayern-Agenda unter maßgeblicher Beteiligung von Naturschutz-, Erwachsenen- und Jugendverbänden für Ökostationen und Umweltbildungsmaßnahmen vor allem an freie Träger vergeben werden.

Eine Neuausrichtung der Bildung auf eine nachhaltige Entwicklung ist angesagt. Damit benennt die Agenda 21 einen weiteren Paradigmenwechsel für die Bildungsarbeit, nachdem Bildungsarbeit sich in den vergangenen zehn bis 15 Jahren bereits der interkulturellen und europäischen Dimension zu öffnen hatte. Die Agenda 21 formuliert es so:

„Das ist“ - gemeint ist der Paradigmenwechsel - „von entscheidender Bedeutung für die Schaffung eines ökologischen und eines ethischen Bewusstseins sowie von Werten

und Einstellungen, Fähigkeiten und Verhaltensweisen, die mit einer nachhaltigen Entwicklung vereinbar sind, sowie für eine wirksame Beteiligung der Öffentlichkeit an der Entscheidungsfindung.“

Oftmals wird dieser Paradigmenwechsel falsch verstanden in Richtung einer einseitigen Ausrichtung der Bildungsarbeit auf ökologische Themen. Das wiederum läuft der Grundintention der Agenda 21 zuwider.

Das Selbstverständnis von Jugendverbänden bietet aber beste Voraussetzungen, die inhaltlichen Anliegen umfassend zu implementieren. Da ist als erstes **das ganzheitliche Verständnis von Bildung in der Jugendarbeit zu nennen**: Die intellektuellen Fähigkeiten sollen genauso gefördert werden wie die musisch-kreativen; soziales und kulturelles Lernen gehören ebenso dazu wie die körperliche und handwerkliche Betätigung; kognitive Aspekte spielen ebenso eine Rolle wie affektive; Theorie und Praxis, Politik und Alltagsleben werden miteinander verbunden. Dem entspricht eine Vielfalt von Formen und Methoden, die vor allem Eigenaktivität, Phantasie und Kreativität kennzeichnen.

Bei aller Sachbezogenheit ist die Bildungsarbeit der Jugendverbände dabei wertorientiert, das heißt, es ist ihr daran gelegen, den ethisch-moralischen, den solidarisch-verantwortungsorientierten Gehalt der Agenda 21 aufzugreifen, lebendig werden zu lassen und ihn pädagogisch umzusetzen.

Außerschulische Jugendbildung bietet damit jungen Menschen Möglichkeiten zur Entwicklung der eigenen Persönlichkeit, Urteilsbildung und der Bereitschaft zu verantwortlichem Handeln. Sie ermöglicht in der Auseinandersetzung mit Umweltgefährdungen und gesellschaftlicher Wirklichkeit das Finden eigener Positionen und regt dabei zu sozial und ökologisch motiviertem gesellschaftlichen Engagement an. Damit leistet sie einen wichtigen Beitrag zur Bildung junger Menschen außerhalb von Schule und Arbeitswelt - neben der familiären Sozialisation und in Ergänzung zu den Medien, denn gerade dort kommt der integrative Ansatz der Agenda 21 auf jeden Fall zu kurz.

Eine offene und plurale Gesellschaft, die sich ihrer Verantwortung für die junge Generation bewusst ist und die Vielfalt von Strömungen als wertvolles Gut anerkennt, braucht für ihre Entwicklung diese nichtstaatliche Bildungsarbeit, in der sich dies widerspiegelt.

Dazu will ich nun **Grundsätze einer Bildung für eine nachhaltige Entwicklung** kurz zusammengefasst darstellen:

- Außerschulische Bildung fördert die Ausbildung der Urteilkraft und Handlungsfähigkeit von Kindern und Jugendlichen unter Einbeziehung ethischer Werthaltungen im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung der (Welt-)Gesellschaft.
- Außerschulische Bildung fördert unmittelbare Lebenswelt- und Naturerfahrung und regt einen Prozess an, eigene Lebensgewohnheiten und Lebensstile zu reflektieren.

- Außerschulische Bildung fördert durch globales Lernen das Verantwortungsbewusstsein gegenüber Gesellschaft, Umwelt und nachfolgenden Generationen und regt dabei zu sozial und ökologisch motiviertem, gesellschaftlichem Engagement an.
- Außerschulische Bildung bietet Handlungsfelder, die jungen Menschen Erfahrungen nachhaltigen Handelns mit sichtbaren Folgen und Erfolgen ermöglichen und Bezüge zwischen individuellem Handeln und gesellschaftspolitischen Dimensionen erfahren lassen.
- Außerschulische Bildung fördert ein antizipierendes Lernen durch das Entwickeln von Visionen und durch Ermutigen zum Denken in ungewohnten Kategorien; sie orientiert sich nicht nur an der realen Situation und Betroffenheiten.
- Außerschulische Bildung eröffnet durch aktivierende, lustbetonte, neue Lernformen und Freude am Experimentieren Jugendlichen aller gesellschaftlichen Gruppen Zugang.
- Grundanliegen von Bildung ist nicht zuletzt, eine Verständigung auf Leitbilder des Zusammenlebens zwischen Menschen untereinander sowie zwischen Mensch und Natur zu fördern.

Wichtig ist vor allem das Zusammenspiel dieser Grundsätze. Dabei müssen wir uns bewusst sein, dass **diese Grundsätze und Ansprüche an Bildung für eine nachhaltige Entwicklung zwar oft in Einzelaspekten realisiert werden, aber doch als anerkanntes und beachtetes Gesamtkonzept nicht im wünschenswerten Umfang Eingang in die Praxis von Bildung und politischen Handlungsformen erlangt haben.** Das für mich entscheidende Problem ist jedoch, dass auch **ein solches Konzept noch keine Garantie bieten kann, die Diskrepanz zwischen Wissen (um die gesellschaftlichen Herausforderungen) und (adäquatem) Handeln tatsächlich zu überwinden.**

Dazu **ein Beispiel** aus der persönlichen Alltagspraxis:

Ich stelle mir vor, es ist Samstagmittag. Kurz vor Ladenschluss muss ich noch einkaufen, um die Wochenendversorgung sicherzustellen. Schnell los zum Supermarkt, da gibt es wenigstens alles und dieser ist noch geöffnet. Den Naturkostladen, Eine-Welt-Laden oder den Bauernladen kann ich abhaken. Dort ist bereits geschlossen. Also ist wieder mal ein Kompromiss angesagt: Zugeständnisse an die ökologische Produktion, an sozial und entwicklungspolitische zweifelhafte Herstellungsbedingungen und den Vorsatz, mich vorwiegend mit Lebensmitteln aus der Region zu ernähren.

Diese Alltagssituation aus dem Bereich der Ernährung steht exemplarisch für unseren mehr oder weniger konsequent nachhaltigen Lebensstil und seine Rahmenbedingungen. Sie macht mir gleichzeitig deutlich, welche Handlungsschwellen ein Programm wie die Agenda 21 auf dem Weg zur breiten Verankerung im gesellschaftlichen Be-

wusstsein und im politischen und ökonomischen Handeln zu überwinden hat. Während unser Wissen und Bewusstsein über den Handlungsbedarf für eine zukunftsfähige Entwicklung unserer Gesellschaft relativ ausgeprägt sind, bleiben unsere Handlungsweisen weit dahinter zurück:

Zum einen erschweren politische und ökonomische Rahmenbedingungen das Umsteuern,

- da die gegenwärtig dominierenden moralischen, ethischen und normativen Orientierungspunkte dem Bemühen für nachhaltiges Handeln entgegenstehen,
- da nachhaltiges Handeln eher mit Verzicht als mit Zugewinn an Lebensqualität besetzt ist,
- und da parteipolitisches Handeln trotz aller Beteuerungen von Bürgernähe als zu wenig gemeinwohlorientiert erfahren wird.

Zusätzlich werden für das Handeln junger Menschen auch Hemmnisse wirksam, die für das Jugendalter spezifisch sind:

- Jugendliche streben durch möglichst vielfältige Erfahrungen Identitätsentwicklung und Selbstfindung an. Es kommt bei der Eroberung ihrer Lebenswelt zu einem häufigen Wechsel von Interessen und sie sind nur wenig bereit, sich längerfristig oder in komplexen Zusammenhängen zu engagieren.
- Für Jugendliche ist es kaum zu erkennen, dass Engagement für Umwelt und Gerechtigkeit der eigenen biographischen und beruflichen Entwicklung dienen kann. Nachhaltiges Handeln wird zwar gelobt, bekommt aber nicht wirklich Anerkennung.
- Jugendliche sammeln wenig Erfahrung, dass sich in ihrem Lebensumfeld oder der Gesellschaft im Ganzen zukunftsfähige Leitbilder durchsetzen können.
- Jugendliche haben über den Einfluss der Medien und die überwiegend theoretische Vermittlung von schulischem Wissen hinaus wenig Bedarf an Betroffenheitsrhetorik. So ist vielfach ein nachlassendes Interesse trotz steigendem Handlungsbedarf zu beobachten (Übersättigung, Frustration, Ohnmacht, Resignation).
- Jugendliche empfinden Appelle nach zukunftsfähigem Verhalten als die Übertragung von Ersatzhandlungen für das, was sich ihre Eltern- und Großelterngeneration eingebrockt hat.

Und dennoch vermittelt Jugendarbeit - oft auch ohne sich ausdrücklich auf die Agenda 21 zu beziehen - **wirksame Orientierungen für eine nachhaltige Entwicklung unserer Gesellschaft und ein entsprechendes individuelles Handeln.** Dadurch, dass die persönlichen Interessen, Bedürfnisse und Probleme im Alltag der Ju-

gendarbeit einbezogen sind, gelingt es, an die Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen anzuknüpfen. Sie lernen das Wechselspiel von individuellem Handeln und Gruppenprozessen kennen; ihr eigenes Reflexions- und Konfliktlösungsvermögen wird unterstützt, gemeinsame Verantwortung, Motivation und Spaß an zukunftsfähigem Verhalten werden erfahrbar. Und nicht zuletzt bildet die Freiwilligkeit des Engagements ein unschätzbares Potenzial an Handlungsmotivation. Und das nicht erst seit Rio...

Diesen zweiten Teil meines Referates will ich in **drei Thesen** zusammenfassen:

1. Die Stärke der Non Governmental Organizations, insbesondere der Jugendverbände, liegt in der Bildungsarbeit; darin liegt viel Substanz für die jeweilige lokale Agenda und Potenzial für die Agenda-Prozesse.
2. Die Agenda 21 ist ein schwieriges Programm für die pädagogische und politische Praxis; ihre Komplexität ist inhaltlich und politisch geboten, sie droht in der Umsetzung aber zu überfordern.
3. Die Agenda 21 stößt dabei vor allem an drei Grenzen: an die Diskrepanz zwischen Wissen und Handeln, an politische und ökonomische Rahmenbedingungen und an altersspezifische Handlungshemmnisse.

4. Gründe für die Zurückhaltung

Mich interessieren im Folgenden vor allem noch **zwei Fragen**:

- Warum tut sich Jugendarbeit, tun sich auch andere nichtstaatliche Organisationen und Vereine oft so schwer mit den offiziellen Agenda-Prozessen?
- Warum stürzen sie sich in ihrer Breite und Vielfalt nicht auf die Agenda 21, um mit deren Rückenwind noch erfolgreicher zu sein?

Ich will Jugendorganisationen nicht mit dem Hinweis darauf freisprechen, dass sie das, was die Agenda 21 will, ohnehin schon immer eingelöst hätten. Zwar gibt es im Alltag der Jugendorganisationen schon lange Modelle, zum Beispiel entwicklungspolitisches Handeln mit sozialen oder ökologischen Anliegen zu verbinden. Auch viele der Aktivitäten und Handlungsansätze, die jetzt im Rahmen der Agenda-Prozesse als pädagogische Neuentwicklungen (insbesondere der Beteiligungsaspekt) gepriesen werden, haben in den Jugendorganisationen schon eine lange Tradition.

Aber Jugendorganisationen sind so gesehen keinen Schritt voraus hinsichtlich offiziell laufender Agenda-Prozesse. Sie sind auch nicht die „Speerspitze“ der Bewegung für eine nachhaltige Entwicklung, weil sie allzusehr den wechselnden gesellschaftlichen Sensibilitäten für ein Thema und den bereits vorhin benannten altersspezifischen Handlungshemmnissen unterliegen. Für sie ist die Agenda 21

nicht das packende Neue, das sie zu noch mehr Engagement motiviert. Das liegt vor allem daran, dass die Botschaft der Agenda 21 komplex und wenig griffig ist und dass die Agenda 21 von unterschiedlichsten Interessen instrumentalisiert zu werden droht. Dennoch können Jugendorganisationen, die sich einer nachhaltigen Entwicklung verpflichtet wissen, auf bewährte Konzepte und Handlungsansätze im eigenen Bereich zurückgreifen.

5. Anforderungen an die Planung von Agenda-Prozessen

Abschließend will ich **fünf Aspekte** benennen, **die in der Planung und Ausgestaltung von Agenda-Prozessen berücksichtigt werden sollten:**

1. Die Agenda 21 steht für eine aktive Beteiligungskultur. Teilhabe an demokratischer Willensbildung und Übernahme von Verantwortung sind aber für Jugendverbände und weite Bereiche nichtstaatlicher Organisationen ohnehin konstitutive Merkmale. Darin liegt also zumindest für den Bereich der Jugendorganisationen keine Herausforderung.
2. Insbesondere die Lokale Agenda stellt die nachhaltige Entwicklung des unmittelbaren Lebensraums in den Mittelpunkt. Der lebensumfeldbezogene Ansatz ist auch den Jugendorganisationen eigen; allerdings suchen junge Menschen ihre Bündnispartner oft nicht im lokalen Zusammenhang anderer Interessengruppen und Generationen, sondern im Kontext der Jugendverbands- und Jugendringorganisation oder anderer nichtstaatlicher Initiativ- oder Kampagnenbewegungen, die ihrerseits eher homogen zusammengesetzt sind.
3. Die lokalen Agenda-Prozesse werden oft durch Bürgermeister oder kommunale Organe initiiert. So wichtig dies für ihren politischen Stellenwert ist, so sehr stößt es bei jungen Menschen auch auf Misstrauen. - Die Jugendarbeit hat die politische Selbstorganisation zu schätzen gelernt, sie bietet den politischen Schonraum, Positionen zu entwickeln und gemeinsames Handeln zu erproben; sie macht politisch unabhängig und wird durch gewachsene und stabile Organisationsstrukturen unterstützt. Die Motivation, sich Dialogprozessen unter Erwachsenenregie und unter Beachtung kommunalpolitischer Opportunität zu beteiligen, ist dagegen eher gering.
4. Die Agenda 21 ist ein umfassendes und komplexes Programm, das verschiedenste Aspekte nachhaltiger Entwicklung beinhaltet und so eine Gesamtsicht ermöglicht, aber auch nötig macht. Um Handlungsanreize zu vermitteln, muss die Agenda in viele Puzzle-Teile zerlegt werden.

Bildungsprozesse verlaufen aber genau umgekehrt: Ein konkreter Anlass motiviert zur Auseinandersetzung; erst aus der Reflexion von Handlungserfahrungen werden andere Dimensionen eines Themas und Zusammenhänge deutlich, die wiederum zur Weiterentwicklung von Handlungskonzepten anregen und Visionen eröffnen. Nur

wo diese Visionen dann auch handlungsleitend werden, können Ziele der Agenda 21 eine Erdung erfahren und vom Mythos des Weltverbesserns befreit werden.

5. Freie Träger wählen die Themen, die sie bearbeiten, selbst. Auch wenn viele Aktivitäten in den programmatischen Kontext der Agenda 21 fallen, ist es eher zufällig, wenn freie Träger sie unter das Motto der Agenda 21 stellen, vor allem dann, wenn ihre Aktivitäten anderen Zusammenhängen entsprungen sind. Wenn eine Kommune einen Agenda-Prozess durchführen will, geht es meist auch darum, schnell Erfolge vorzuweisen: Das spricht dafür, die Beteiligung in erster Linie über Schulen zu organisieren.

Geht es einer Kommune aber darum, nachhaltige Veränderungsprozesse zu initiieren, dürfte sie ohne freie Träger, ohne die Jugendorganisationen keine langfristigen Erfolge haben, denn Jugendorganisationen sind Sozialisationsfeld und durch Bildung über konkrete Agenda-Aktivitäten hinaus mit Kindern und Jugendlichen oft über eine ganze biographische Phase lang verbunden. Ihr Potenzial für die Begleitung in der Persönlichkeitsentwicklung darf nicht unterschätzt werden.

6. Abschließende Bemerkungen

Ich will zum Abschluss eine Idee formulieren, wie meines Erachtens eine Lösung der angesprochenen Dilemmata aussehen könnte. Ich glaube, **Agenda-Prozesse gelingen um so besser, je stärker sich horizontale und vertikale Handlungsebenen ergänzen.**

Die horizontale Ebene: das lokale Handeln auf kommunaler Ebene im unmittelbaren Lebensumfeld, in zeitlich überschaubaren Projekten, in thematischen Teil-Segmenten der Agenda 21... Die vertikale Ebene: im vergleichsweise homogenen Verbandsmilieu, im Bemühen um eine programmatische Gesamtschau der Agenda 21, durch Bildung und verbandliche Willensbildungsprozesse über die verschiedenen politischen Handlungsebenen hinweg... Die Agenda 21 braucht beides!

Lokale Agenda 21 - Perspektiven für Schule und Ausbildung, Wege aus der „Nachhaltigkeitsfalle“

DANIEL DETTLING

Leiter des Arbeitskreises „Zukunft der Arbeitsgesellschaft“ der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG), Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Lehrstuhls für Europäisches Verfassungs- und Sozialrecht an der Universität Potsdam

1. Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit

Die Weltkommission für Umwelt und Entwicklung hat im Brundtland-Bericht „nachhaltige Entwicklung“ im Rückgriff auf **Generationengerechtigkeit** als eine „*Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können*“ definiert. Der Begriff der Nachhaltigkeit wird jedoch bis heute fast ausschließlich ökologisch gesehen und diskutiert. Vergleichbare Grundsätze für ökonomische und soziale Ziele existieren kaum.¹

Die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG) geht daher von einem weiten Verständnis der Nachhaltigkeit aus:

„Der nachhaltige Wohlstand kennzeichnet eine Gesellschaft, die ihren Bürgern die Möglichkeit bietet, ihren kreativen Fähigkeiten Ausdruck zu verleihen, ohne kommenden Generationen die Aussicht auf eine vergleichbare oder eine bessere Zukunft zu nehmen.“

Pacta sunt servanda heißt ein selbstverständlicher Grundsatz im Schuldrecht. Doch Verträge kann man auch rückabwickeln, man kann von ihnen zurücktreten, wenn die Geschäftsgrundlage weggefallen ist. Dies ist gegenwärtig bei dem wesentlichen Vertrag der Gesellschaft - dem Generationenvertrag - der Fall. Es gibt drei Entwicklungen - Mega-Trends -, die für Jugendhilfe und Schule etwas fundamental Neues bedeuten: Globalisierung, Individualisierung und Flexibilisierung.

2. Das „G-Wort“ Globalisierung

In einer globalisierten Welt - das ist inzwischen bereits Gemeingut² geworden - werden immer weniger Menschen immer mehr erarbeiten. Die Wirtschaft wird nicht mehr

¹ vgl. auch die Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ des Deutschen Bundestages, Bonn: Bundestagsdrucksache 1997, S. 25

² vgl. Rifkin, Jeremy: Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft, Frankfurt/Main: Campus (1995); siehe auch Dettling, Warnfried: Wirtschaftskummerland?, München: Kindler (1998); vgl. auch Beck, Ulrich: Schöne Neue Arbeitswelt, Frankfurt/Main: Campus (1999)

allen, die sich eine feste Tätigkeit wünschen, einen Erwerbsarbeitsplatz zur Verfügung stellen können.¹

Es war der Beruf, der Identität und Integration vermittelte. Die Angabe des Berufes sagte aus, wer man ist. Diese Ordnungs- und Orientierungsfunktion für Mensch und Gesellschaft, für Wirtschaft und Politik wird die Arbeit immer weniger leisten können. In Zukunft wird die Zahl derer steigen, die wirtschaftlich nicht mehr nachgefragt und im allgemeinen Arbeitsmarkt nicht mehr gebraucht werden. Doch das eigentliche Problem ist ein anderes: Die neuen Ausgeschlossenen werden auch **gesellschaftlich überflüssig**, wenn nichts geschieht.² Man kann diese Entwicklung auch anders sehen: In einer globalisierten Welt bleiben immer mehr Dinge ungetan.³ Der Trend „von der

¹ Nach einer Schätzung der Unternehmensberatung McKinsey betragen die Rationalisierungsreserven der deutschen Wirtschaft rund 9 Millionen Arbeitsplätze. Auch die Hoffnung auf das Dienstleistungswunder steht auf schwachen Füßen: Auch hier wird „abgebaut“ und „freigesetzt“. Nach einer Studie der Basler Prognos AG zur gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland wird es 2020 voraussichtlich knapp sechs Millionen Arbeitslose geben. Die Arbeitslosenquote werde sich nur geringfügig verringern. Die stärksten Beschäftigungsverluste werde es in jenen Wirtschaftszweigen geben, die bislang unter erheblichen staatlichen Schutz gestanden hätten und jetzt verstärkt dem Wettbewerb oder der Konkurrenz ausgesetzt würden. Dazu zählt vor allem der Bergbau, die Landwirtschaft, die Eisenbahnen, die Energie- und Wasserversorgung, das Baugewerbe, der Einzelhandel sowie das Bankenwesen. Die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung werde dagegen bis 2020 um insgesamt 54 Prozent zunehmen (vgl. FAZ vom 14. September 1999).

In Deutschland wird der Dienstleistungssektor (noch) über die Familie organisiert, wohingegen in den USA der Markt, in Schweden der Staat das Angebot organisiert. In allen drei Ländern aber ist der gesamtwirtschaftliche Kreislauf weiterhin auf die industrielle Warenproduktion zentriert. In dem Maße, in dem menschliche Arbeit in diesem Feld entbehrlich wird und die dort entstehenden Arbeitseinkommen sinken, versiegt auch die kaufkräftige Nachfrage nach am Markt angebotenen Dienstleistungen (USA), versiegen die Steuerquellen zur Finanzierung staatlicher Dienstleistungen (Schweden) oder wird das Modell der familiären Alimentation von Dienstleistungstätigkeiten brüchig (Deutschland). Die Folge: Alle drei Modelle geraten in eine Spirale nach unten, in der immer mehr Menschen von der weiterhin durchaus positiven Wirtschaftsentwicklung mehr oder weniger abgehängt werden.

Gerade im personalintensiven, das heißt nicht leicht rationalisierbaren Dienstleistungsbereich - beispielsweise im Gesundheitssektor - wird es, da dort die Preise oberhalb der durchschnittlichen Preissteigerungsraten der Güter und Dienstleistungen insgesamt liegen, kaum zu einer steigenden Nachfrage kommen, weil unter Einkommensdruck stehende Haushalte die Beschäftigung hier bevorzugt einschränken. Hinzu kommt, dass viele Dienstleistungen sehr wohl technisch rationalisierbar sind, vor allem durch den Einsatz von elektronischer Datenverarbeitung - wie im Bank- und Versicherungswesen. Arbeit disziplinierte den Menschen nicht nur und ordnete sein Leben, Arbeit integrierte auch. Persönlicher Status, gesellschaftliche Anerkennung und politische Teilhabe waren ihre sozialen Inhalte.

² Zum engen Verhältnis von Demokratie und Arbeit vgl. Kurz-Scherf, Ingrid: Ende der Arbeitsgesellschaft, In: Geis/Kraus/Zieglmayer: Zukunft ohne Arbeit? Frankfurt/Main (1998). Die Vorstellung der traditionellen Erwerbsarbeit basiere eigentlich auf einem „vordemokratischen Konzept“, weil sie als „abhängige Beschäftigung“ konzipiert ist und auch kein universelles Recht auf soziale Teilhabe und politische Mitwirkung begründet, das heißt: Ihre Normalitätsstandards haben traditionell die Ausgrenzung beziehungsweise Geringschätzung von Frauen zur Voraussetzung wie auch zur Konsequenz.

³ Mit der Entgrenzung der Ökonomie entsteht ein Trend zur Rückbettung ökonomischer Handlungsbezüge in die soziokulturellen Zusammenhänge lokaler Gemeinwesen. Lebensunterhalt und Lebensqualität der Menschen definieren sich immer stärker über das soziale Netz, ihre Optionen zur Teilnahme und über die Möglichkeiten, Kompetenzen zur Gestaltung des Gemeinwesens einbringen zu können. vgl. Elsen, Susanne: Wirtschaft von unten. Zum Verständnis gemeinwesenorientierter Ökonomien, In: Sozial extra, Wiesbaden: Heft 1-2/98, S. 5-8

Globalisierung zur Regionalisierung“ bietet eine neue Perspektive: Eine **regionale soziale Infrastruktur** ermöglicht dem Einzelnen eine sinnerfüllte Existenz in einer wirtschaftsverträglichen Weise. Zentrale Elemente dieser Strategie sind die Regionalisierung und Kommunalisierung der Erzeugung sozialer Güter und Dienstleistungen. Von der Globalisierung zur Regionalisierung - das bedeutet eine neue Perspektive und Herausforderung für die kommunale Jugendhilfe und Schule.

3. Individualisierung - Werteverfall oder Wertewandel?

Jugend ist längst kein Wort mehr für Zukunft und Hoffnung. Zum ersten Mal in der Geschichte der jungen Bundesrepublik wächst eine Generation heran, der es **materiell** schlechter gehen wird als der Elterngeneration. Die Slogans der Vergangenheit - Arbeit für alle, wachsender und gleicher Lebensstandard, dynamische Rente - wirken auf die „Kinder der Freiheit“ (Ulrich Beck) wie öffentlicher Hohn und Zynismus.

Der Eindruck täuscht nicht: Die politische Macht, die finanziellen Mittel und die öffentliche Aufmerksamkeit gelten längst der älteren Generation. Es scheint nur noch eine Frage der Zeit und der Gelegenheit zu sein, dass die junge Generation auf die Solidarität der Älteren „pfeift“ und ihren Institutionen (Parteien, Gewerkschaften, Sozialversicherungssystemen) den Rücken kehrt. Der Weg in die Freiheit ist für viele nur noch als Flucht aus der Verantwortung zu haben. Die „Kinder der Freiheit“ sind gezwungen, ihr Recht auf Leben mit dem **Verzicht auf Verträge** zu erkaufen, deren Geschäftsgrundlage schon lange weggefallen ist.

Die Gegenseite kontert mit ihren bekannten Schlagworten und Feuilletonbegriffen. Die junge Generation bestehe aus „Solidaritätsflüchtlingen“, „Hedonisten“; die Gesellschaft insgesamt - so das Klagelied der „Hohen Interpreten“ - stehe vor einem Werteverfall.

„Warum den Deutschen einen ausgeglichenen Haushalt hinterlassen, wenn sie sowieso aussterben?“ (und auf die alten Werte „pfeifen“, möchte man hinzufügen), wird Franz-Josef Strauß auch in der „Neuen Mitte“ zitiert. Wo die einen zynisch lachen, bleibt den anderen das Lachen im Halse stecken. Gelegenheit macht nicht nur Diebe, sondern auch Solidaritätsflüchtlinge, wenn nichts geschieht.

Werteverfall? Das Gegenteil ist (noch) der Fall: Die junge Generation lässt sich zum bestimmenden Teil in die Gruppe der „pragmatischen Idealisten“ und der „Ökonomen“ einteilen.¹ Beide Gruppen verbindet jedoch eines: Der Wunsch nach Unabhängigkeit, Freisein von Angst, aber auch Überheblichkeit. Ihr Widerstand gegen Institutionen, die zu wenig Mit- und Selbstbestimmung verheißen, gegen das, was sie be-

¹ Zu den „pragmatischen Idealisten“ zählt ein gutes Drittel. Seit den 80er Jahren ist ihr Anteil im Westen von 26 auf 36 Prozent gestiegen. Diese Gruppe versucht, Idealismus und Beruf, sozialkommunikative Werte und Leistung miteinander zu verbinden. Die „Ökonomen“ orientieren sich eher an Leistung und Erfolg. vgl. auch die Studie von Gerhard Schmidchen: Wie weit ist der Weg nach Deutschland? Sozialpsychologie der Jugend in der postsozialistischen Welt, Opladen: Leske + Budrich (1997)

grenzt und zu deformieren versucht. Was als Werteverfall kritisiert wird, kommt eher einer Renaissance der Werte gleich. Den Ball, die Kritik kann man auch zuwerfen: In welcher Verfasstheit, in welchem Zustand sind die sozialen Institutionen, denen die Jugendlichen in ihrem Leben begegnen, vom Kindergarten bis zur Universität, von den Betrieben bis zu den Gewerkschaften, von den Parteien bis zu den Parlamenten?¹

Es zeigen sich somit zwei mögliche Entwicklungen für Jugendhilfe und Schule im Besonderen, für Staat und Gesellschaft im Allgemeinen: Die Sehnsucht der Jugend nach Moral und Sinn läuft ins Leere. Weder konservative Werteappelle noch sozialdemokratische oder grüne Beschlusslagen werden sie erreichen. Oder: Man bietet der „moralischen Generation“ Möglichkeiten und Spielräume, ihren Sehnsüchten nach Zugehörigkeit und Autonomie durch neue Formen und auf andere Weise zu entsprechen. Auch in einer individualistischen und flexiblen Gesellschaft ist Solidarität möglich.

Das **Dilemma von Bindung und Freiheit** verlangt jedoch eine Jugend- und Schulpolitik einer anderen Art und sucht eine Antwort auf das Problem moderner Gesellschaften: Wie müssen die gesellschaftlichen Verhältnisse verändert werden, damit in einer radikal veränderten Welt Werte und Bindungen, verantwortliches Handeln und gesellschaftliche Moral eine Chance haben?

4. Die kulturelle Dimension: Der flexible Mensch

Der flexible Mensch (Richard Sennett) ist inzwischen zum Schreckgespenst von Hochschullehrern und Lehrern, Kulturkonservativen und Politikern aller Parteien geworden. Dass Normalbiographien nicht mehr mit dem Leben der Erwerbstätigen vereinbar sind, heißt aber noch lange nicht, dass „die Ökonomie“ daran schuld ist. Wenn das Normale nicht mehr normal ist, dann ist das schlecht für die Norm.² Kapitalismus hat nicht nur mit Ökonomie, sondern sehr viel mit Kultur, mit den Wünschen der Menschen und ihren Optionen zu tun. Der flexible Mensch ist die kulturelle Folge, **nicht** das Problem der beschriebenen Entwicklungen von Globalisierung und Individualisierung.³

Der junge Mensch, der sich heute am Arbeitsmarkt behaupten und in der Lernkultur zurechtfinden muss, erlebt die Welt nicht mehr als etwas Statisches, sondern zuneh-

¹ Auf die Frage, ob man mit moralischem Verhalten - das heißt, andere nicht ausnutzen, sondern sie fördern, hilfsbereit sein und Frieden stiften - langfristig in unserer Gesellschaft besser dasteht, dann offenbaren sich erschütternde Ergebnisse; vgl. Schmidtchen, Gerhard: Wie weit ist der Weg nach Deutschland? Sozialpsychologie der Jugend in der postsozialistischen Welt, Opladen: Leske + Budrich (1997): Im Westen glauben dies nur 22, im Osten gar nur 11 Prozent. Die Botschaft ist eindeutig: Moralisches Verhalten zahlt sich nicht aus.

² Es ist die gleiche schwarze Utopie, die von links und rechts zu hören ist: Der flexible und mobile Mensch habe allen sozialen Ballast abgeworfen und alle sozialen Rücksichten abgeschüttelt: keine Kinder, keine Familie, keine verantwortlichen sozialen Beziehungen, keinerlei soziale Rücksichten. Wir können es nicht mehr hören!

³ Der Trend zu einer wachsenden Ungleichheit hat nicht nur mit dem flexiblen, digitalen Kapitalismus zu tun, sondern auch mit kulturellen Entwicklungen (Individualisierung, Emanzipation, Auflösung der Milieus, Investition in die eigene Person (self-building) bei der jungen Generation, die sich nicht mehr auf die alten Institutionen, sondern nur noch auf sich selbst verlassen kann.

مند Dynamisches. Das griechische „panta rhei“ bedeutet für ihn vor allem: Nichts wird mehr so, wie es einmal war. Der junge, flexible Mensch kann nicht mehr - wie einst - auf vorgegebene und stabile Muster zurückgreifen, nach denen sich das private und erwerbswirtschaftliche Leben ausrichtete. Als lernender Mensch muss er heute davon ausgehen, dass in Zukunft ein großer Teil der bisher ausgeübten Berufe nicht mehr existieren wird und Berufe an ihre Stelle treten, die sich heute noch niemand vorstellen kann. Er muss weiter damit rechnen und davon ausgehen, dass Arbeit und Alltag in sozialen Formen und unter institutionell-organisatorischen Bedingungen geleistet werden, die sich von den heutigen wesentlich unterscheiden werden.

Weder wird der junge Mensch heute nach der Ausbildung wissen können, ob er in das Arbeitsleben eintritt, noch wird er Gewissheit darüber haben, wie sich seine Arbeit auf sein sonstiges Leben auswirkt, ob er heiratet, ob seine Ehe den Belastungen und Turbulenzen seines Arbeitslebens standhalten wird usw. Es wird weiter vom Einzelnen verlangt, dass er über den Verlauf und die Dynamik seines Arbeits- und seines Privatlebens in eigener Regie, aber auch in eigener Verantwortung entscheidet. Der junge Mensch soll ein freier und selbstverantwortlicher „Lebensunternehmer“ sein. Doch sind die **sozialen Institutionen** der Bildung und Jugendhilfe auf den flexiblen jungen Menschen vorbereitet?

5. Bildung für das 21. Jahrhundert - Building Society!

Die Misere von Schule und Bildung lässt sich auf einen Begriff bringen: Schule und Bildung werden betrieben als staatliche Veranstaltung, nach staatlichen Lehrplänen, mit staatlichem Personal und unter staatlicher Aufsicht. Was einst als Fortschritt (Gleichheit und Aufklärung, Zurückdrängung von Kirche und Ständen) galt, führt heute bei den Betroffenen und Beteiligten zu Frust, Ressentiments und gegenseitigen Vorwürfen. Das Bildungswesen ist zu einer fremden und entfremdenden Einrichtung geworden, die keiner ihrer Aufgaben mehr wirklich gerecht wird - weder der pädagogischen noch der sozialen.¹ Die Schule - ein Museumsstück der alten Industriegesellschaft?

Wie kann der Übergang von einer staatlichen Einrichtung zu einem gesellschaftlichen Projekt, von einer geschlossenen Anstalt zu einem offenen Netzwerk, von einer Verlängerung des Kultusministeriums zu einer gemeinsamen Angelegenheit von Eltern und Lehrern, Schülern und Politikern und anderen local leaders der Bürgergesellschaft

¹ Stichwort „duales Berufsbildungssystem“: Es hat sich für viele Tätigkeitsfelder bewährt. Zwei Entwicklungen führen jedoch zur Krise der dualen Berufsausbildung: Firmen weigern sich zu Recht, Facharbeiter auszubilden, deren Jobs längst der Rationalisierung zum Opfer gefallen sind. Gleichzeitig bringt der Strukturwandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft andere Tätigkeitsfelder hervor. Diesem Strukturwandel wird das duale Bildungssystem immer hinterherlaufen. Weder wird es sich so schnell anpassen können, wie sich der Arbeitsmarkt verändert, noch werden die neuen anspruchsvollen Jobs die alten Qualifikationen erfordern. Das duale Ausbildungssystem hemmt durch seine Ausrichtung auf ein eng definiertes Beschäftigungsfeld die Entwicklung neuer Beschäftigungsstrukturen. Mit den Ansprüchen, die ein lebenslanges Lernen in der Wissensgesellschaft fordert, ist dies nicht mehr vereinbar.

gestaltet und geschaffen werden? Ist eine **Entstaatlichung jenseits von Privatisierung** denkbar?

Öffentliche Verantwortung für Schule und Ausbildung muss nicht bedeuten, dass diese als staatliche Anstalten betrieben werden. Mehr Wettbewerb muss nicht unbedingt zur Aufgabe sozialer Ziele führen. Man kann ihn aber so organisieren, dass soziale Ziele zielgenauer erreicht werden. Eine solche Neuorientierung verlangt jedoch den Abschied von den falschen Alternativen mehr oder weniger Staat, Eigeninitiative oder soziale Gerechtigkeit, Staat oder Privatisierung. Ein aktivierender Staat investiert vor allem in Menschen und Strukturen und nicht in Verwaltungen und Maßnahmen. Die neuen Gestaltungsmöglichkeiten der Lokalen Agenda 21 werden ohne eine **Neuorientierung von unten**, aus der Perspektive der Gesellschaft und ihrer Akteure, auf halber Strecke stehenbleiben.

Schule und Jugendhilfe sollten sich statt an den alten Alternativen - soziale Gleichheit und Gerechtigkeit¹ - an einem neuen magischen Viereck orientieren: **Vielfalt, Offenheit, Fairness, Inklusion**.

5. 1. Für eine Kultur des Aufwachsens

Globalisierung, Individualisierung und Flexibilisierung führen zur Entstandardisierung des traditionellen Lebenslaufes. Die einstigen drei fest abgegrenzten Phasen - Ausbildung, Arbeit und Rente - sind inzwischen überholt. Für die privilegierte Generation der zwischen 1930 und 1950 Geborenen war das Modell der Lebenstreppe noch plausibel. In der Jugend wurden sie Politiker - und blieben es auch lange. Oder sie ergriffen als junge Erwachsene einen Beruf - und behielten ihn ein Leben lang. Was heute allorten übersehen wird: Die meisten Frauen von Politikern, Beamten und Facharbeitern haben die traditionelle Rollenteilung (Kinder, Küche, Karriereverzicht) in diesen „dreißig glorreichen Jahren“ (Fourastie) akzeptiert.

In Zukunft wird es nur noch einer Minderheit Jugendlicher, überwiegend aus privilegierten Familien, gelingen, die „Königswege ins Erwachsenenleben“ (Franz-Xaver Kaufmann) zu gehen. Die meisten Jugendlichen werden eher auf Umwegen ihren individuellen Weg ins Berufsleben gehen müssen, ihr Leben buchstäblich selbst erfinden müssen.

5. 3. Die Folgen der Entkopplung der Bildungs- von der Jugendphase

Die einzige Sicherheit, mit der Jugendliche heute in das Leben gehen, ist das Wissen, dass es Brüche geben wird, dass sie immer wieder neu anfangen müssen und dass sie sich nicht - wie ihre Väter - auf eine männliche berufliche Normalbiographie vorberei-

¹ Das Streben nach Gleichheit und Gerechtigkeit befördert nicht gerade die besten, sondern eher die niederen Instinkte im Menschen. Nicht nur der Sozialneid bei denen „da unten“, sondern auch eine besondere Form der Heuchelei bei denen „da oben“ ist hiermit gemeint. Die Privatschulen werden von Politiker-Kindern besucht, die solche Schulen ideologisch ablehnen.

ten und verlassen können. Das hat Folgen für das Bildungswesen und die Jugendhilfe. Ihre Institutionen werden sich künftig von der Illusion verabschieden müssen, den jungen Leuten alles in der Jugendphase zu vermitteln. Auch die Vermittlung von kognitivem Wissen wird nicht mehr ihre alleinige Aufgabe sein.

Die neuen Institutionen der Bildung und Jugendhilfe müssen künftig mehr als bisher „Daseinskompetenzen“ (Kaufmann) vermitteln. Das wird von ihnen mehr abverlangen als nur „lebenslanges Lernen“. Es wird Zeit, Geld, Strukturreformen und andere Ressourcen (Personal) brauchen.

Was aus parteipolitisch verständlichen Gründen verschwiegen und sorgfältig tabuisiert wird: Mit zunehmender Bildungsexpansion wird die „Selektion der Verlierer“ immer schärfer. Berufssystem, Eltern und die Gesellschaft orientieren sich an den Hochqualifizierten. Die Hauptschule droht zur Restschule der Verlierer zu werden. Worin bestehen die Gestaltungsmöglichkeiten der kommunalen Schule und Jugendhilfe, wenn starke Minderheiten ein ganzes Leben lang als Verlierer durch die Gesellschaft gehen oder gar völlig aus ihr herausfallen? Die **Reform der Hauptschule und der beruflichen Bildung** wird zu einem zentralen bildungspolitischen Postulat.

5. 3. Objektive Möglichkeiten, subjektive Anforderungen und die Herausforderung für Schule und Jugendhilfe

Für Jugendhilfe und Schule gewinnen neue Aufgaben an Bedeutung. Die objektiven Möglichkeiten der Jugendlichen werden sich künftig erweitern, wenn die sozialen Vorgaben aus Familie, Milieu und Religion an Verbindlichkeit verlieren. Wie und wo können Jugendliche aus der Vielfalt der Möglichkeiten subjektiv einen sinnvollen Gebrauch machen? Jugendliche sind zwar mit einem Verlust an Sicherheit konfrontiert, es wächst aber auch ihre persönliche Verantwortung für das Gelingen des eigenen Lebens. **Den neuen Freiheiten entsprechen neue Risiken.**

Was passiert in einer Gesellschaft mit unendlichen Wahlmöglichkeiten mit jenen, die auf all den Beziehungs- und Arbeitsmärkten nicht mehr gewählt werden? Jugend heißt heute: Wer sich auf das Gelingen des Lebens vorbereiten will, muss auch Kompetenzen für ein kreatives Scheitern lernen. Künftig werden somit die sozialpolitischen Tätigkeiten und Arenen wichtiger, die nicht mehr Jugendhilfe und noch nicht Altenhilfe sind. Bisher waren Sozialstaat und Jugendhilfe vor allem immer dann aktiv, wenn die Menschen passiv wurden (Alter, Krankheit, Arbeitslosigkeit). Was müssen Schule und Jugendhilfe künftig tun, damit junge Menschen **Krisen und Scheitern kreativer** bewältigen und immer wieder aktiv werden können?

Es stellen sich **an Schule und Jugendhilfe zwei neue Fragen:**

1. Wie und wo werden künftig die Funktionen erfüllt, die bisher Schule und Jugendhilfe wahr- und übernahmen (Integration, Sozialisation und Erziehung junger Menschen)? Die Schule als Schule der Nation.

2. Wie und wo kommen künftig junge Menschen mit jungen Menschen zusammen, in Kooperation und Konflikt? Wie und wo (ver)lernen sie soziale (Un)Tugenden? Die Schule als soziale Arena.

6. Jugendhilfe und Schule mit Zukunft

Im 19. und 20. Jahrhundert richteten sich die Ansprüche an Bildung, Schule und Jugendhilfe an den Staat. Beim Bildungs- und Sozialstaat glaubte man sie gut aufgehoben. Gegenwärtig sind jedoch berechtigte Zweifel erlaubt, ob die Einrichtungen des Bildungswesens unter sozialen und unter qualitativen Aspekten den Ansprüchen gerecht werden. Die Frage sei zumindest erlaubt: Könnte die Trennung von Produktion und Finanzierung von **Bildungsgütern** nicht mehr Wettbewerb und einen sozial gerechteren Zugang zu Schulen und Hochschulen bringen? Die real existierende Privatisierung der Bildungsgewinne und die Sozialisierung der Bildungskosten ist nicht gerecht; sie ist dysfunktional für die Qualität des Bildungswesens.

Eine neue Schul- und Jugendpolitik hat einen Sozial- und Bildungsstaat zur Voraussetzung, der nicht mehr vor allem Lebenslagen und Lebensstandard sowie Statusgruppen schützt und sichert, sondern Übergänge und Statuspassagen erleichtert und jedem (mindestens) seine **zweite Chance** gibt.

Einer neuen Bildungs- und Jugendpolitik kommt bei der Aufgabe, Sicherheit in unsicheren Zeiten zu schaffen, eine zentrale Bedeutung zu. Es braucht somit neue soziale Institutionen, die integrierend wirken, ohne die Anreize zur individuellen „Lebensunternehmer-Verantwortung“ zu beeinträchtigen. Eine Selbstorganisation des Lernens setzt daher nicht nur eine höhere Qualität der bisherigen Institutionen voraus, sondern muss auch neue lernfördernde Strukturen hervorbringen.

6. 1. Die neuen Institutionen von Schule und Jugendhilfe

Im Mittelpunkt der neuen sozialen Institutionen steht das kontinuierliche Lernen. Ihre Lerninhalte beinhalten zunehmende Komplexität. Nicht mehr vorrangig auf Wissenserwerb allein ausgerichtet, fördern sie neue Wertvorstellungen, neue Verhaltensweisen und den Umbau von Erfahrungen. Das Bildungswesen - Schule und Jugendhilfe - müssen somit junge Menschen auf eine kaum vorhersehbare Zukunft vorbereiten.

Lehr- und Bildungspläne sollten künftig auf die Förderung der Persönlichkeit und Kreativität der jungen Generation in sämtlichen Bildungsgängen abzielen. Ein Aktionsplan „Bildung für alle“ könnte beispielsweise dem System die Grundstruktur vorgeben, individuelle Bildungswege anzubieten. Dieser Plan sollte auch die hierzu erforderlichen Hilfen enthalten: Entwicklung der Schulverwaltung und des Unterrichts durch Schulversuche, Anregung von Entwicklungsprojekten und Fortbildung der Lehrer. In einem themenorientierten Pflichtunterricht mit den Schwerpunkten „Berufswelt und Arbeitsmarkt“ steht weiter ein integrierter Ansatz im Mittelpunkt. Ziel ist es hier,

die Schüler bereits im dritten Grundschuljahr an die Themen „Arbeitsmarkt“, „Berufswahl und Berufsausbildung“ heranzuführen. Innovationen erwachsen aus Freiräumen. Eine rasche Reaktion auf Veränderungen ist am ehesten in der Region möglich. Die **Stärke der Region** liegt in der Chance, mit innovativen Ideen Standortvorteile zu gewinnen und damit neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen. Voraussetzung vergrößerter Handlungs- und Gestaltungsspielräume vor Ort ist allerdings eine Deregulierung staatlicher Vorgaben, die Erhöhung der Flexibilität der Ausbildung (Dauer, Ausbildungsstufen, Inhalte), die Dezentralisierung von Ressourcen und Kompetenzen sowie die Veränderung der Ordnungsmittel (Reduzierung der Anzahl der Berufe, Förderung der regionalen Vielfalt). Noch ist die staatliche Gesamtverantwortung für Schule und Jugendhilfe überkomplex.

7. Lebenspolitik statt Phasenpolitik!

7. 1. Schule und Jugendhilfe als Kompetenzzentren

„Wir haben die Welt nicht von unseren Eltern bekommen, wir haben sie von unseren Kindern gepachtet“, so drückt eine indianische Weisheit die Generationenverantwortung aus.

Die veränderten Bedingungen der neuen Arbeits- und Lebenswelt erfordern **ein lebenslanges Lernen**, indem Institutionen und Individuen ihr Lernen weitgehend selbst steuern und organisieren. Ein Aus- und Weiterbildungssystem, das sich langfristig auf Bedarfsprognosen und deren Festschreibung sowie an Defiziten ihrer Klienten orientiert, wird diesen Herausforderungen nicht mehr gerecht.¹ Mehrdimensionalität und mögliche Wechsel **zwischen** den verschiedenen Bereichen der Arbeitswelt werden zunehmend wichtiger.² Eine Selbstorganisation des Lernens setzt nicht nur eine höhere

¹ Es ist inzwischen zum Ritual der herrschenden Jugendberufspolitik geworden: Der Mangel an Ausbildungsplätzen führt zu Kampagnen der Politik, die die Wirtschaft aufruft, zusätzliche Ausbildungsplätze bereitzustellen. Die rotgrüne Regierung hat es sich jetzt zur vorrangigen Aufgabe gemacht, diesen Mangel verstärkt zu bekämpfen. Zu diesem Zweck hat sie erhebliche Mittel (zwei Milliarden DM bundesweit) in ein Sofortprogramm investiert. Die bisherigen Kampagnen und Maßnahmen sind jedoch eher eine Alibifunktion bezogen auf die tatsächliche Bekämpfung einer sich verfestigenden und strukturellen Arbeitslosigkeit. Sie erreichen nur einen Bruchteil der Betroffenen (100.000 Jugendliche), schaffen keine dauerhaften Perspektiven (neue Arbeitsplätze) und zielen auf den sogenannten ersten Arbeitsmarkt - einen Arbeitsmarkt, den es für diese Zielgruppe kaum noch gibt. Auch die Philosophie und Botschaft dieser Politik - eine bessere Motivation, Beratung, Betreuung und Qualifizierung der Betroffenen trage zum Abbau der Arbeitslosigkeit bei - ist wenig plausibel. Durch diese verstärkte „Individualisierung der Arbeitslosigkeit“ werden die Betroffenen zusätzlich stigmatisiert, desintegriert und demotiviert. Durch den den Maßnahmen zugrundeliegenden Defizitansatz und die zu starke Funktionalisierung (auf das aktuelle Stellenangebot, Zertifikate, Abschlüsse, Grundfertigkeiten) werden die individuellen Stärken und Fähigkeiten der Jugendlichen ignoriert, die oft jenseits einer direkten wirtschaftlichen Verwertbarkeit liegen.

² In der Weiterbildung zeichnen sich folgende Tendenzen der Neustrukturierung und Neubewertung ab: die Integration des Lernens in die berufliche oder wettbewerbsorientierte Arbeit und die Aufhebung bisheriger tayloristischer Trennung, - die Dominanz des Innovations- und Anpassungslernens, die Herausbildung neuer Lernfelder und Lernformen im sozialen Umfeld sowie die Integration vielfältiger Formen des selbstorganisierten Lernens (Selbst- und Fernstudium).

Qualität der bisherigen Institutionen voraus, sondern muss auch neue, lernfördernde Strukturen hervorbringen.¹ In der „neuen Arbeitsgesellschaft“ werden „weiche“ Kompetenzen wie Teamarbeit, Selbständigkeit und Planung wichtiger; die einst „harte“ Währung der Industriegesellschaft, das Fachwissen, tritt an zweiter Stelle. Es wird nicht mehr reichen, da es sich schnell verändert. Auch mit Innovationen „mithalten“ zu können, ist wenig aussichtsreich.

Selbst innovativ zu sein, wird die Herausforderung für den Schüler des 21. Jahrhunderts. Statt Lernpläne als Verwaltungsvorschriften zu „erlassen“, wird es Aufgabe des Staates sein, ergänzend Kompetenzziele zu formulieren. Dazu werden die Handlungs- und Gestaltungsspielräume der regionalen Akteure vergrößert und der Qualifikationsbedarf regional ermittelt werden müssen.

Die Schulen werden künftig eigene Wege suchen müssen, um diese Ziele zu erreichen.² Vertreter der Wirtschaft, der Arbeitnehmer und der Kommune entscheiden hier selbst über das Budget, den Schulleiter und die Aufnahme ihrer Schüler.³ Bildung wird zum wichtigen **Infrastrukturfaktor** im Wettbewerb mit anderen Regionen.⁴ Lehrer arbeiten in Teams, verwalten ihr Geld und entscheiden gemeinsam mit dem Schulleiter oder der Schulleiterin, wer eingestellt wird, welche Kursangebote erstellt werden sollen und stehen mit Teams anderer Schulen in Kontakt. Lehrer kommen nicht mehr nur in die Schule, um Stunden zu geben. Im Zentrum der neuen Schulen stehen nicht Klassenzimmer, sondern Werkstätten und Labors. Einheiten und Module von Ausbildung wechseln mit Arbeits- und Betriebseinheiten ab. Die Lernmodule erstellen sich die Auszubildenden weitgehend selbst. Die Schulen helfen auch bei der Stellensuche und machen so „Maßnahmen“ für arbeitslose Jugendliche zunehmend obsolet.

¹ Es kommt dabei maßgeblich auf einen neuen Begriff von Integration an. Der alte Integrationsbegriff mit dem Ziel der Integration in den sogenannten ersten Arbeitsmarkt verurteilt die benachteiligten Jugendlichen zunehmend zum Scheitern, zur Desintegration und oft zu einer dauerhaften Resignation und daraus resultierender Verweigerungshaltung. Die Schere zwischen notwendigen Voraussetzungen und messbaren Qualifikationen geht dabei immer weiter auseinander. Die berufliche Integration, insbesondere für chancen-benachteiligte Jugendliche, wird immer unwahrscheinlicher. In Zukunft wird es daher zur Aufgabe einer neuen Integration, ihre Zielsetzung zu relativieren. Dabei wird es vor allem darauf ankommen, Kenntnisse und Fähigkeiten von ihrer ausschließlichen wirtschaftlichen Verwertbarkeit zu entfunktionalisieren. Durch kreative Arbeit sollen Schlüsselqualifikationen wie Selbstbewusstsein, verbale Kommunikationsfähigkeit, zielorientiertes Handeln, Durchsetzungsvermögen und Teamgeist erworben und ganzheitliche Erfolgserlebnisse verinnerlicht und nachhaltig gesichert werden. Die Jugendlichen werden so in die Lage versetzt, aktiv ihre persönliche und gesellschaftliche Umwelt zu verändern.

² Jüngstes Reformbeispiel dafür ist Dänemark, das den diesjährigen Carl-Bertelsmann-Preis für berufliche Ausbildung erhalten hat, vgl. Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Berufliche Bildung der Zukunft, Band 1, Dokumentation zur internationalen Recherche, Gütersloh: Bertelsmann (1999)

³ In Deutschland wird die Öffnung der Schulen für Privat-public-Partnership durch komplizierte Verfahren für Projekte oder Schulversuche erschwert. Die Kosten der Berufsausbildung würden - so die allgemeine Klage - zunehmend von der Wirtschaft auf die öffentliche Hand verschoben.

⁴ In Deutschland beklagt man an der dualen Berufsausbildung vor allem, dass Ausweichmaßnahmen wie Programme der Arbeitsverwaltung, schulische Vollzeitausbildung oder vorberufliche Bildung als Beiträge der Länder zu oft ausgleichen müssten, was an betrieblicher Ausbildung nicht geleistet werde.

Der **Staat wird zum Kunden**, der mit den Schulen Verträge abschließt und für die Auszubildenden bezahlt. Die Schule im 21. Jahrhundert wird sich mehr als Wissens- und Kompetenzzentrum der Region verstehen, weniger als „Aufbewahrungsanstalt“ von Bildungskonsumenten. Schüler lernen am wenigsten, wenn sie nur zuhören. Lernmilieus und lernfördernde Strukturen werden so zum Hauptthema. Die Schule als „offenes Lernzentrum“. Der Lehrer als Unternehmer. „Vom Unterrichten zum Lernen“. An der eigenen Biographie basteln. Eine Utopie für das kommende Jahrhundert?

7. 2. Schule und Jugendhilfe als sozialer Raum

Die Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts muss erst noch herausfinden, was als sinnvoll gelten soll. Bildung darf nicht bloß der Vorbereitung auf das traditionelle Arbeitsleben dienen. Sie muss zuallererst den Zugang zum Wissen vermitteln und den rechten Umgang damit.

In der „neuen Arbeitsgesellschaft“ werden „weiche“ Kompetenzen wie Teamarbeit, Selbständigkeit und Lebenslaufplanung wichtiger. Die einst „harte“ Währung der Industriegesellschaft - das Fachwissen - tritt an zweiter Stelle. Auch mit Innovationen „mithalten“ zu können, ist wenig aussichtsreich. Selbst innovativ sein, wird die Herausforderung für den Schüler und Jugendlichen des 21. Jahrhunderts.

Wo lernen Jugendliche und Schüler die neuen Kompetenzen und Skills der Zukunft? Als Bestandteil ihrer Ausbildung könnten Schüler und Jugendliche künftig einen Teil ihrer Zeit bei Non-Profit-Organisationen leisten. Hier würden sie den Unterschied und das Zusammenspiel zwischen wirtschaftlichem, staatlichem und sozialem Kapital verstehen und begreifen, dass ihr Wert als Mensch nicht nur davon abhängt, ihre Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt zu verkaufen. In diesen neuen sozialen Institutionen lernen und erfahren sie, dass die Erzeugung von sozialem Kapital¹ ebenso wichtig und wertvoll ist wie diejenige von wirtschaftlichem oder staatlichem Kapital.

7. 3. Das Beispiel Dänemark²

Die Schulen in Dänemark sind in ihrer inhaltlichen und pädagogischen Gestaltung autonom. Ihre Innovationsbemühungen werden vom Bildungsministerium gefördert

¹ vgl. Graf, Friedrich W./Platthaus, Andreas/Schleissing, Stephan (Hrsg.): Soziales Kapital in der Bürgergesellschaft, Stuttgart: Kohlhammer (1999)

² Dänemark hat den diesjährigen Carl-Bertelsmann-Preis für sein Bildungssystem erhalten, vgl. Bertelsmann-Stiftung (Hrsg.): Berufliche Bildung der Zukunft, Gütersloh: Bertelsmann (1999). Das dänische System vereint Vorteile des mitteleuropäischen (deutschen) dualen Ausbildungssystems und der schulorientierten Modelle der nordischen Staaten in einer gelungenen Synthese: Dem Jugendlichen wird einerseits ein breiterer theoretischer Hintergrund vermittelt als im deutschen System, da er im Vergleich zu diesem mehr Zeit in der Schule verbringt. Andererseits wird ihm aber auch mehr praktische Ausbildung im Unternehmen vermittelt.

und stimuliert. Immer mehr Schulen - und Branchenkomitees¹ - nehmen diese Möglichkeit wahr und setzen ohne strikte Vorgaben innovative Mittel der pädagogischen Entwicklungsarbeit um. Die von den Schulen selbst verantworteten Budgets richten sich nach ihrer Leistung: Je mehr Schüler sich für eine Schule entscheiden, desto höher sind die Zuwendungen.

Kompetenzentwicklungspolitik für Schüler und Jugendliche erfordert hier eine enge Abstimmung, insbesondere mit der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Sozial- und Regionalpolitik. Dieses Politikfeld kann daher weniger als ein isoliertes Thema angesehen werden, sondern bedarf der kontinuierlichen prozessualen Abstimmung. Die Integration des Lernens in den Arbeits- und sozialen Prozess bedeutet vor allem auch eine Überwindung des klassischen „Lern-Taylorismus“ (Lernen in Kursen).

Das dänische Beispiel als besonders erfolgreiches Modell vermittelt die Fähigkeiten, selbständig zu lernen, stellt aber auch Unterstützung und Bildungsangebote für spätere Lebensphasen bereit und bildet diese im Bildungsprogramm ab. Das dänische System zeichnet sich durch einen hohen Grad der Differenzierung aus: Es fördert und kommuniziert die Eigenverantwortung und Notwendigkeit lebenslangen Lernens, leistet sich aber parallel auch umfangreiche Beratungs- und Bildungsangebote. Die beteiligten Institutionen und Akteure arbeiten abgestimmt und bieten ein sehr breites Spektrum von allgemeiner bis hin zu berufsbezogener Bildung.

7. 4. Kommunalisierung der Schul- und Jugendpolitik

Es wird zu der Aufgabe einer kommunalen Schul- und Jugendpolitik, die Stellung der Schule und der Institutionen der Jugendhilfe durch größere Autonomien zu stärken. Finanzielle Selbstverwaltung und erheblich mehr Spielraum bei Planung und Umsetzung der Leitlinien und Programme verändern auch und vor allem die Aufgaben der staatlichen Schul- und Jugendpolitik: Statt einer detaillierten Aufsicht und Regulierung beschränkt sich die Funktion des Bildungs- und Jugendministeriums darauf, allgemeine Grundregeln für Ausbildungen in Zusammenarbeit mit dem Rat für Berufsausbildung und zum anderen Richtlinien für die einzelnen Ausbildungsgänge der beruflichen Aus- und Fortbildung festzulegen.

In Zukunft sind alle **lokalen Akteure** - Unternehmen, Sozialpartner, Staat, Schulen und Lehrer - aktiv zu beteiligen und so in die Verantwortung zu nehmen (Verantwortung durch Beteiligung). Die Zusammenarbeit dieser Akteure garantiert die ständige Erneuerung des Systems. Von der Wissensvermittlung zum Erwerb von Fähigkeiten, von der Lehre zum Lernen wird zum Leitbild einer kommunalen Schul- und Jugendpolitik. Im Zentrum steht dabei der Einzelne und die Entwicklung seiner Fähigkeiten.

¹ Branchenkomitees werden für jeden Kurs der beruflichen Aus- und Weiterbildung eingesetzt. Sie spielen eine zentrale Rolle bei der Entwicklung und Erneuerung von Kursen und der Aufstellung von Lehrplänen. Die Komitees werden von den Organisationen der Sozialpartner gebildet (mit paritätischer Besetzung) und sind verantwortlich für Dauer, Struktur, Ziele und Prüfungsstandards der Kurse beruflicher Aus- und Weiterbildung. Die Komitees entscheiden auch, welche Unternehmen als Ausbildungsbetriebe zugelassen werden.

Schüler und Jugendliche übernehmen hier die Verantwortung, Individualität und Flexibilität werden gestärkt. Ergebnis ist ein neues Gleichgewicht zwischen dem System und dem Einzelnen.

Dies alles wird ohne eine wirkliche Kommunalisierung der Schul- und Jugendpolitik nicht zu haben sein. „Mehr oder weniger vom Gleichen“ hieß die Maxime der alten Schul- und Jugendpolitik. Warum setzt man nicht auch im sozialen Bereich einen sozialen Wettbewerb in Gang, der Eltern und Jugendlichen nach sozialen Kriterien Geld oder Gutscheine in die Hand gibt, mit denen sie sich Bildung und Jugendhilfe „kaufen“ können? Dies wäre ein innovativer Weg, das soziale Wachstum einer Gesellschaft vom Wachstum der Haushalte abzukoppeln.

Die Wege aus der „Bildungs- und Nachhaltigkeitsfalle“ fangen mit einer Umkehr im Denken an: Schulen und freie Träger kümmern sich wieder um jeden Einzelnen ihrer Kunden, da jeder Schüler und Jugendliche mit Geld kommt. Dies wäre eine neue und soziale Verteilungspolitik: Jetzt können auch Angehörige der unteren Einkommensklassen, was bisher das Privileg der Besserverdienenden in den privaten Institutionen der Bildung und Jugend war - Einfluss ausüben, Widerspruch anmelden, mit Abwanderung drohen. Die Kommune als Körperschaft des öffentlichen Rechts hätte dabei für einen geordneten Wettbewerb zu sorgen, Markttransparenz zu sichern, Ausschreibungen zu organisieren.

Die Gestaltungsmöglichkeiten der kommunalen Schul- und Jugendpolitik liegen somit in Zukunft in einer wettbewerblichen Ordnungspolitik des Sozialen. Die Trennung von Ordnungs- und Verteilungspolitik, **mehr Wettbewerb und die Stärkung der Nachfrager**, die nicht Träger, sondern „Verbraucher“ fördert, ist die Lokale Agenda auf dem Weg in eine nachhaltige und ökonomisch vernünftige Sozialpolitik für das 21. Jahrhundert.

Offene Abschlussdiskussion:

Denkanstöße auf dem Weg in eine nachhaltige Zukunft

MODERATION: DR. ROLF-PETER LÖHR

Geschäftsführer des Vereins für Kommunalwissenschaften e. V., Berlin

Dr. Rolf-Peter Löhr: Zu Beginn der Abschlussdiskussion möchte ich mich noch einmal auf den Beitrag von Herrn Dettling beziehen. Seine Positionen und Visionen waren wirklich Denkanstöße, die von den gewohnten industriegesellschaftlichen Standards abweichen. Sie sind deswegen besonders interessant, weil diese Positionen nicht von einem älteren Zukunftsforscher vertreten werden, sondern von einem betroffenen jungen Menschen, der in diese Gesellschaft hineinwächst und grundsätzlich andere Entwicklungsbedingungen erwartet und diese formuliert. Nun bin ich gespannt, wie das Plenum darauf reagiert. Bitte, die Diskussion ist für alle offen.

Christine Paarmann, Vorstandsmitglied und Gründerin des Vereins „Zukunftshäuschen“ e. V., Berlin: Die Denkanstöße von Herrn Dettling finde ich ganz toll, weil ich mir solche Visionen bereits seit langem gewünscht habe. Es sollte endlich laut und überall hörbar darüber diskutiert und gesprochen werden, welche Art von Schule wir beispielsweise künftig brauchen.

Wir brauchen eine Schule, in der die Schüler selbständig und freiwillig zu den Lehrern kommen. Denn es macht keinen Sinn, Schüler zu drücken, damit sie Dinge lernen, die sie gar nicht lernen möchten, zumal man ganz genau weiß, dass nur 20 Prozent des vermittelten Stoffes aufgenommen und behalten wird. Die Schule von heute ist so ineffektiv, dass ihr Sinn fast ins Gegenteil verkehrt wird.

Dr. Rolf-Peter Löhr: Danke, Frau Paarmann. Sie verbinden den Wert der Denkanstöße in erster Linie mit den Visionen über die Schule der Zukunft. Mich interessiert, worin dabei die Jugendhilfe eine Rolle spielt. Herr Dettling wies bereits darauf hin, dass „Hilfe“ ein schrecklicher Begriff sei. Was ich noch wichtiger finde, ist die Aussage von Herrn Dettling, dass Jugendliche eine Chance brauchen, um nach einem Scheitern wieder klar zu kommen, ein „Recht auf Scheitern“. Ist das aber nicht ein Modell für die dynamischen, aktiven, innovativen jungen Menschen? Was soll aus den Jugendlichen werden, die weniger aktiv und dynamisch sind?

Dr. Peter Markus, Studienleiter der Evangelischen Akademie Iserlohn/Institut für Kirche und Gesellschaft: Ich möchte vorausschicken, dass ich kein Pädagoge bin, mich aber seit Jahren wissenschaftlich und praktisch mit den Problemen der Schule beschäftige. Ich kann mir die Schule, die Herr Dettling skizziert hat, schon gut vorstellen. Diese Gedanken oder Denkanstöße finden auch Raum in den Vorstellungen solcher Kommissionen wie „Zukunft der Schule“, die beispielsweise Johannes Rau für eine zukunftsweisende Politik gefördert hatte.

Ich habe in diesem Zusammenhang mehrere Fragen. Zunächst als Ergänzung der Frage von Dr. Löhr: Was passiert mit den Menschen, womit ich nicht nur Kinder und Jugendliche meine, sondern auch die Lehrerinnen und Lehrer? Lehrer sind auch normale Menschen. Denn was die Bereitschaft zu Veränderungen betrifft, so ist diese Art von Veränderungen, wie sie sich Herr Dettling vorstellt und die ich in den Zielsetzungen sehr gut nachvollziehen kann, ausgesprochen weitreichend. Lehrer werden an einer Hochschule ausgebildet, nachdem sie selbst die Schule durchlaufen haben; sie besitzen eine fachwissenschaftliche Ausbildung; sie kommen später in ein Fortbildungsseminar und gehen dann praktisch wieder in die Schule. So ist bei vielen Lehrern natürlich das, was das wirkliche Leben ausmacht, eher fern als nah. Das bedeutet, dass es kaum organisierte Möglichkeiten für Lehrer gibt, sich für eine „Zukunftsschule“ zu qualifizieren.

Was Herr Dettling wünscht, würde nicht nur ganz konkret eine neue Schule in kommunaler Trägerschaft bedeuten, sondern eine Revision des Ausbildungssystems der Lehrerinnen und Lehrer voraussetzen - bis hin zur alternativen Gestaltung des normalen Schulalltages.

Damit komme ich zu meiner zweiten Frage: Wenn es denn nun so wäre, dass sich einzelne Schulen in diese Richtung bewegten, wie würde denn dann ein Grundset von Wissen und Kompetenzen - Bildungschancen für alle - sichergestellt werden können? In der von Herrn Dettling skizzierten Perspektive müsste man meines Erachtens erwarten, dass die positive Entwicklung guter Schulen in „guten“ Stadtteilen, die schon jetzt mit Fördervereinen, Projekten und Modellaktivitäten weit vorn rangieren, natürlich weiter befördert wird. Aber die Schulen in sogenannter schwieriger Umgebung würden bei den dargestellten Positionen wohl eher tendenziell benachteiligt sein. Ich frage: Wie geht man damit um?

Meine dritte Frage lautet: Wie würden denn die ersten Schritte der Umsetzung der Lösungsansätze von Herrn Dettling aussehen? Existiert bereits eine konzeptionelle und fachpolitische Vorstellung etwa in Bezug auf Bündnispartner, mit denen man beginnen könnte, eine sicher notwendige Diskussion zu führen?

Dirk Friedrichs, *Dezernent für Grundsatzfragen im Landesjugendamt Hessen, Wiesbaden*: Ich möchte auf einen Aspekt eingehen, über den Herr Dettling referiert hat. Er hat von einem sogenannten dritten Arbeitsmarkt gesprochen oder von einer dritten Ebene, wo all diejenigen landen sollen, die sonst durch alle „Maschen“ des neuen Systems fallen. Ich möchte Herrn Dettling bitten, das etwas näher zu erläutern.

Daniel Dettling, *Leiter des Arbeitskreises „Zukunft der Arbeitsgesellschaft“ der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG), wissenschaftlicher Mitarbeiter des Lehrstuhls für Europäisches Verfassungs- und Sozialrecht an der Universität Potsdam*: Ich habe nicht über einen dritten Arbeitsmarkt gesprochen, sondern über einen Markt, wo junge Leute lernen, mit künftigem Scheitern und Niederlagen umzugehen. Das werden sie nicht im sogenannten zweiten Arbeitsmarkt oder irgendwelchen Maßnahmen tun können, weil dort eine Alimentierung von Passivität vorherrscht.

Je früher und präventiver Fertigkeiten und Kenntnisse vermittelt werden, desto besser ist es für junge Leute. Deshalb stellt sich die Frage, warum das nicht bereits in der Schule geschehen kann oder parallel dazu in sozialen und gemeinnützigen Organisationen und Vereinen. Es werden dies künftig jedoch nicht mehr die Vereine sein, die in den Wohlfahrtsverbänden zusammengeschlossen sind, sondern neue, lokale Bündnisse und Netzwerke, die auch gefördert werden müssen. Damit ist auch unmittelbar das Förderprivileg der „Etablierten“ angesprochen.

Dirk Friedrichs: Die Frage, die sich in diesem Zusammenhang stellt, lautet: Was passiert mit denjenigen, die die Anforderungen nicht erfüllen können oder wollen?

Daniel Dettling: Das ist in erster Linie eine arbeitsmarktpolitische Frage, aber auch eine gesellschaftspolitische. Es wird hier mehr Übergänge geben, auch Teilzeitarbeitsplätze. Es wird Phasen geben, in denen junge Menschen relativ lange freiwillig arbeitslos sein werden, weil sie eben etwas anderes machen wollen. Demgegenüber wird es Zeiten geben, in denen sie sehr viel zu tun haben werden. Es kommt meines Erachtens zunehmend darauf an, diese Übergänge zu gestalten.

Die staatliche Aufgabe wird darin bestehen, die mit diesen Veränderungen verbundenen Grundrisiken mit Grundsicherheiten zu beantworten, die jungen Leute „abzufedern“ und nicht hängen zu lassen. Das setzt natürlich eine Reform der Arbeitsmarktförderung voraus. Diese Reform hängt mit anderen zusammen; wir diskutieren ja nicht im luftleeren Raum, sondern erörtern eine grundlegende Reform des Sozialstaates, was zweifellos über die Reform der Jugend- und Schulpolitik hinausgeht.

Christine Paarmann: Im Referat von Herrn Dettling klang es mir so, dass sich die Lehrer künftig selbst auf dem Markt als Unternehmer verkaufen oder vermarkten müssten, woran ich großen Zweifel habe.

Ich möchte noch einen anderen Aspekt aufgreifen. Es geht mir um die Frage, wie nach einem Umdenken die Gruppen in den neuen Schulen zusammengesetzt sein sollen. Ich meine, auch dafür gibt es Lösungen. Wenn ein Lehrer sich selbst nicht „verkaufen“ kann - auch Lehrer sind verschieden, sie haben das auch nicht gelernt -, dann könnte man eine Art gemeinsame Verwaltung organisieren, die die verschiedenen Lehrer nach Fähigkeiten und Schwerpunkten anbietet. Ich glaube, das wäre kein Problem.

Dr. Rolf-Peter Löhr: Ob das kein Problem ist, will ich bezweifeln. Ich denke jedoch, dass sich Schule in dem erörterten Zusammenhang grundsätzlich in Frage stellen lassen muss, weil die Ineffektivität von Schule in unserem Zusammenhang in verschiedenen Analysen festgestellt wurde, die bereits seit längerer Zeit vorliegen. Die Folgerungen daraus waren bisher leider immer mager.

Ich bitte um einen weiteren Diskussionsbeitrag.

Karin Lück, Leiterin des Landesjugendamtes Mecklenburg-Vorpommern, Neubrandenburg: Mir bereitet auch das Sorgen, was Herr Dr. Löhr bereits vorhin anmerkte.

Von Herrn Dettling wurde nach meinem Empfinden etwas verächtlich auf das Kinder- und Jugendhilfegesetz Bezug genommen, was sicher der Sichtweise des Referenten entspricht. Nur wo bleiben dann die vielen Jugendlichen in einer derartigen Leistungsgesellschaft, die uns von ihm beschrieben wurde? Wo bleibt die Masse der Kinder und Jugendlichen?

Wenn es in das Belieben einer Kommune gestellt wird - je nachdem, wie reich sie ist - etwas zu tun oder auch zu lassen, dann kann man von einem Sozialstaat oder von Chancengleichheit nicht mehr reden. Das ist etwas, was mich mit sehr großer Sorge erfüllen würde. Man kann nicht alle gesetzlichen Grundlagen als unangemessenes Regelwerk abtun, wenn man nicht gleichermaßen auch sagen kann, diese oder jene Rahmenbedingungen sollten oder müssen eingehalten werden. Mir liegt vor allem am Herzen, dass eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung für die junge Generation - die Kinder und Jugendlichen - gesehen und übernommen wird.

Wir wollen zukunftsorientiert mit allen Dingen umgehen, aber sich so zukunftsorientiert zu geben, dass an den Fundamenten gerüttelt und gesägt wird, wäre mir doch ein wenig zu viel des Guten. Die Vision erscheint mir zudem ein wenig rosarot. Apropos rosarot: Vieles von dem, was Herr Dettling dargestellt hat, klingt einem Ossi-Ohr nicht unvertraut; ich meine vor allem, was die Absolutheit der Darstellungsweise betrifft.

Dirk Friedrichs: Frau Lück hat noch einmal verdeutlicht, was ich meine. Wir können natürlich auch zu US-amerikanischen Verhältnissen kommen, wenn wir die gesamtgesellschaftliche Problematik nicht erfassen. Dann würden wir natürlich neue Arbeitsplätze dadurch schaffen, dass sich die Wohlhabenden Sicherheitsanlagen um ihre Häuser bauen, damit sie die Auswirkungen der sozialen Schieflage nicht mitbekommen. Ob das gesamtgesellschaftlich zu verantworten wäre, möchte ich doch sehr in Frage stellen.

Die Überlegungen sind nicht ganz neu. Ich bin das erste Mal vor fünf oder sechs Jahren mit dieser Problematik konfrontiert worden. Damals lief ein Film im Hessischen Rundfunk mit dem Titel „Leben im Cyberspace“. In diesem wurde aufgezeigt, wie die Arbeit in dreißig oder vierzig Jahren aussehen könnte, wie wenig Beschäftigung die Menschen überhaupt noch finden und welche sozialen Spannungen sich daraus ergeben.

Dort ist meines Erachtens die Problematik, obwohl ich vieles von der dargestellten Zukunftsvision akzeptieren kann. Ich halte auch das Aufbrechen von Verkrustungen für unbedingt notwendig. Doch meiner Meinung nach ist es äußerst bedenklich, die gesamtgesellschaftliche Seite bei der Erörterung auszublenden oder zu behaupten, dass man das schon irgendwie in den Griff bekommen wird. Ich denke, man muss sich unbedingt mit den Auswirkungen befassen, weil man die Entwicklung nur als eine Einheit begreifen kann: die Lösung der wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Fragen.

Daniel Dettling: Herr Friedrichs, ich habe den Eindruck, dass sie mich vollkommen missverstanden haben. Ich denke, mein Referat war gerade darauf angelegt, den jungen Leuten auch eine zweite oder dritte Chance zu geben. Ich habe mich intensiv mit

den „neuen Ausgeschlossenen“ und „Überflüssigen“ beschäftigt. Den Schuh ziehe ich mir nicht an. Der Vorwurf der „amerikanischen Verhältnisse“, ist mir ein bisschen zu einfach. Der alte Gesellschaftsvertrag beruhte auf der klassischen Arbeitsteilung, dass Frauen die soziale Arbeit machten und Männer vollzeiterwerbstätig waren. Jugendliche bereiteten sich hier auf einen Beruf und eine Zukunft vor, Rentner genossen ihren (erwerbsarbeits)verdienten Ruhestand. Das war der alte Arbeitsvertrag und der alte Sozialstaat.

Wenn man beispielsweise in Deutschland außerhalb des Erwerbslebens steht, dann bleibt man in diesem Land sehr lange, oft für immer draußen. Das ist in den USA anders. So gesehen bin ich für eine Amerikanisierung der Verhältnisse. Viele Jugendliche wollen vor allem Chancen haben, die sogar unter dem Tarif bezahlt sein können. Das heisst nicht gleich, soziale Risiken und soziale Auswirkungen zu privatisieren, wie das in den USA und in Großbritannien die Regel ist. Diese Gesellschaften haben eine andere soziale Kultur. Dort werden viele Unterprivilegierte, die „sozial auffallen“, in Gefängnissen aufbewahrt. Die USA geben dafür fast so viel Geld aus wie Deutschland im sozialen Sektor. Das ist meines Erachtens eine kulturelle Frage, die jede Gesellschaft anders und auf ihre Weise beantworten muss.

Der Staat wird künftig nicht mehr alles garantieren können; er wird nur noch Grundrisiken übernehmen können. Und wenn wir Eigenverantwortung und Selbständigkeit ernst nehmen, dann müssen eben junge Leute, die sich zu nichts mehr bereiterklären und nur noch vor dem Fernseher hocken, vielleicht auch Konsequenzen akzeptieren, zum Beispiel die Tatsache, dass sie dann nur noch Gutscheine für lebensnotwendige Dinge bekommen werden. Das ist die kommunitarische Antwort auf den Sozialstaat und auf dieses Problem.

Die andere Folge: Man steckt diese Jugendlichen in Gefängnisse oder andere „Aufbewahrungsinstitutionen“. Die deutsche Universität scheint mir immer mehr eine solche zu werden. Vielen gefällt es so gut darin, dass sie gar nicht mehr „heraus“ wollen. Eine dritte Alternative gibt es nicht mehr, weil weder Schule, Kirchen noch Gewerkschaften diese Leute auffangen werden. Ich denke, es ist wichtig, dass wir von der klassischen Arbeitsgesellschaft hin zu einer neuen Zeitgesellschaft kommen müssen, dass soziale Zeiten anerkannt, materiell belohnt, aber auch eingefordert werden.

Beispielsweise sollte künftig jemand, der sich im sozial gemeinnützigen Sektor ehrenamtlich beschäftigt, gefördert und honoriert werden. Er darf nicht mehr diskriminiert werden, wie das bislang geschehen ist. Es wird in Zukunft darauf ankommen, dass solche Zeiten und solches Engagement gleichberechtigt auch akzeptiert und gefördert wird - sei es durch Anrechnung auf die Rente, durch Stipendien oder auch großzügige Darlehen. „In die Menschen investieren“ muss zur neuen Agenda in der Sozialpolitik werden. Ein Facharbeitsplatz bei Siemens wird in Sachsen mit einer Million DM subventioniert. Warum kann man jungen Arbeitslosen nicht einmal das Arbeitslosengeld in Höhe von einem Jahr bar auf die Hand auszahlen? Doch zu einem solchen Vorschlag kommt aus fast allen politischen Lagern ein klares Nein! Die jungen Leute würden das Geld dann nur versaufen, meint man. Soweit ist es in die-

sem Land schon gekommen, dass man jungen Menschen nicht zutraut, etwas aus ihrer eigenen Zukunft zu machen.

Ein anderer Aspekt: Lehrer als Unternehmer. Heutzutage müssen wir alle Unternehmer sein. Ich würde Lehrern künftig nur noch Zeitarbeitsverträge geben, vielleicht für sieben oder acht Jahre. Andere Berufsgruppen müssen mit diesem Risiko auch leben. Es muss auch für Lehrer mehr Übergänge geben. Auch ein Lehrer kann zeitweise bei Daimler-Benz arbeiten und junge Leute ausbilden, auch ein Sechzigjähriger Deutschlehrer kann Aussiedlern oder Asylbewerbern Deutschunterricht geben, wenn er pensioniert ist und sich gesundheitlich noch fit fühlt. Davon hätten alle Beteiligten etwas: der einzelne Lehrer, Unternehmen, Randgruppen, aber auch die Schüler.

Ich denke, unsere Gesellschaft darf sich nicht mehr vorwiegend aus Frührentnern rekrutieren. Es ist entwürdigend, einem Fünfundfünfzigjährigen oder Sechzigjährigen zu sagen: *„Dann lebe mal noch 30 Jahre lang, aber die Gesellschaft braucht dich nicht mehr.“* Darauf darf es einfach nicht ankommen. Es wird künftig wichtig, diese Menschen auch zu beschäftigen, ihnen Anreize zu geben, damit sie etwas aus ihrem Leben machen können.

Das ist mehr oder weniger der Gesellschaftsvertrag, den sich der Arbeitskreis der „Zukunft der Arbeitsgesellschaft“ der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG) vorstellt. Ein Gesellschaftsvertrag, der die Betroffenen zu Beteiligten macht, auch zur Beteiligung auffordert. Wer sich daran nicht beteiligen will, der soll dann die Folgen bitte auch selbst zu tragen haben. Da wird auch das beste KJHG nicht mehr viel helfen, auch nicht der beste Wohlfahrtsverband, weil diese Instrumente des KJHG, des AFG oder des BSHG oft erst zu spät greifen; dann nämlich, wenn die jungen Leute draußen sind.

Die Vorstellungen des Arbeitskreises gehen dahin, eine präventive Sozialpolitik sowie eine präventive Jugendpolitik nach dem Motto auf den Weg zu bringen: *„Je früher, desto besser“*. Es kann nicht angehen, dass beispielsweise jemand eine Arbeitsförderungsmaßnahme nicht erhält, weil er noch nicht lange genug arbeitslos ist. Vielmehr muss es doch so sein, dass ein Arbeitsloser sofort wieder vermittelt und beschäftigt werden kann, auch wenn diese Tätigkeit niedriger entlohnt wird als seine letzte. Ich plädiere daher dafür, die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld erheblich zu verringern. Die Schweiz zum Beispiel hat damit sehr gute Erfahrungen gemacht. Ein Jahr reicht. Dann sind die Leute viel schneller in Arbeit als nach drei oder vier Jahren wie in Deutschland. Nach dieser Zeit haben sie nämlich überhaupt keine Chance mehr...

Ich will Sie damit nicht angreifen, sondern nur provozieren und ein wenig ärgern. Die Gesellschaft sieht bisher die „Kunden“ der einschlägigen Sozialgesetze als defizitär an, die irgendwie betreut oder befähigt werden müssen usw. Das ist ja alles schön und gut. *„Je früher, desto besser!“* Die Orte werden die Schulen sein, die Hochschulen und künftig wahrscheinlich auch die Bundeswehr, weil die Wehrdienstpflicht verfassungswidrig ist und deshalb fallen wird. Die Bundeswehr wird künftig auch wichtig werden

als „Schule der Nation“, nämlich gerade auch für Ausländerkinder und die vielen neuen doppelten Staatsbürger.

Ich habe meine Vorstellungen von einer aktiven Arbeitsmarkt-, Sozial- und Jugendpolitik geschildert. Noch eine Gedanke zur Zusammenarbeit von lokalen Agenturen, von lokalen Ökonomien, lokalen Vereinen, lokalen Freiwilligenagenturen. Hier herrscht oft die Sorge, von „oben“, von den großen Trägern „gedeckt“ zu werden. Wenn man beispielsweise in einer lokalen Freiwilligenagentur Arbeitsplätze vermittelt oder auch angeboten bekommt, oder jemand kommt und Freiwillige sucht, denen man etwas zahlen will, wird einem sofort das Gemeinnützigkeitsgebot, das Zusatzlichkeitsverbot usw. entgegengehalten. Das sei Aufgabe der Wirtschaft oder der Wohlfahrtsverbände.

Die Wohlfahrtsverbände sind inzwischen so verbürokratisiert, staatsnah und subventionsabhängig geworden, dass sie künftig in diesem Sektor nicht mehr viel ausrichten werden. Sie können diese Arbeiten aber lokalisieren. Solange die lokalen gemeinnützigen Organisationen und Freiwilligenagenturen dermaßen „gedeckt“ und abgeschottet werden, dürfen wir uns nicht wundern, wenn die Bürgerinnen und Bürger rausfallen. Das ist eben das zweischneidige Schwert.

Dr. Rolf-Peter Löhr: Ich will nun versuchen, etwas zu vermitteln. Ich denke, indem ich die Aussagen von Herrn Dettling resümiere, das Entscheidende, was wir erreichen müssen, ist der Auftrag, alle Mitglieder dieser Gesellschaft in diese Gesellschaft zu integrieren. Und Integration vollzieht sich bisher ganz wesentlich über Erwerbsarbeit. Wenn ich es richtig verstehe, besteht Herrn Dettlings These darin, dass die bisherige klassische Erwerbsarbeit infolge der Globalisierung immer weiter abnehmen wird, zumindest in der Form, wie wir sie bisher hatten. Dies ist meiner Meinung nach etwas, was wir künftig viel stärker berücksichtigen müssen als bisher.

Die Globalisierung wird dazu führen, dass hier in Deutschland der über Erwerbsarbeit erworbene Lebensstandard sinkt. Deswegen hebt Herr Dettling hervor, dass viele andere Arbeit, die auch da ist, wie zum Beispiel „einfache“ Dienstleistungen sozialer Art, geleistet und finanziert, auch anerkannt werden muss, was bisher nicht geschieht. Beispielsweise ist Frauenarbeit im Rahmen der Familie bisher nicht anerkannt, ist kein Thema für eine künftige Rente. Aber das ganze soziale System basiert darauf, dass Frauen diese Arbeit leisten, für Altenpflege, für Kinderpflege usw.

Was ich bei Herrn Dettlings Thesen erstens wichtig finde, sind die neuen Denkansätze. Und das zweite ist die Eigenverantwortlichkeit. Das ist sozusagen das Pendant dazu. Das heißt: Es sollen künftig keine Strukturen mehr gefördert werden, durch die man - über welche Subsidien auch immer - besser leben kann, als wenn man arbeitet.

Dies ist natürlich eine weitreichende Folgerung. Es liegt in der Natur des Menschen, dass wir gerne an dem festhalten wollen, wie es bisher war und wie es auch erfolgreich und schön war. Aber objektiv betrachtet sehen wir zu wenig die vielfach belegte Tatsache, dass es so wie bisher nicht weitergehen kann. Was zur Zeit in der Republik passiert, ist wohl das Abstrafen dafür, dass diese Gedanken gedacht werden und sogar laut

formuliert werden. Wir müssen versuchen, wirklich strukturell neu an eingefahrene Sozialleistungssysteme heranzugehen, um auch danach zu schauen, wie Veränderungen sozial verträglich auf den Weg gebracht werden können.

Auf der anderen Seite sehe ich auch eine „Modernisierungsfalle“. Viele Lösungen der Arbeitsmarktprobleme, die diskutiert werden, betreffen nur die Aktiven, die Intelligen-ten, die Innovativen, die mit Hightech umgehen können. Damit werden wir Armut produzieren, denn wir werden hochqualifizierte Arten von Arbeitsplätzen schaffen, ebenso wichtige, aber einfache Arbeitsplätze würden wegfallen. Für die hiervon be-troffenen Menschen hätten wir nichts mehr zu bieten. Zwar gibt es das Argument, wo-nach verstärkt soziale Dienstleistungen angeboten werden könnten, wobei diese aber auch finanziert werden müssten. Wie das geschehen soll, ist meiner Meinung nach nicht so ganz einfach.

Aber wenn wir heute und jetzt nicht in diese Richtung denken, werden wir irgendwann vor einem unlösbaren Problem stehen, was äußerst fatal wäre. Deshalb sind Diskussio-nen wie diese zwingend notwendig.

Hans Peter Wilden, *Referent für die Sekundarstufe I im Landesinstitut für Schule und Weiterbildung Nordrhein-Westfalen*, Soest: Meiner Meinung nach hat uns Herr Dett-ling einige flotte Sprüche mitgeteilt, die uns daran gehindert haben, einzuschlafen. Ich will aber den Sprüchen zwei oder drei differenziertere Sichtweisen hinzufügen. Ich komme aus dem Bereich der Schule.

Zunächst einmal: Es geht heute in der Schule auch darum, sich mit vielen Forderungen auseinanderzusetzen, die jeweils von der Gesellschaft, von Interessengruppen sowie allen möglichen Personen und Institutionen an die Schule gerichtet werden. Vor zehn Jahren zum Beispiel stand in Nordrhein-Westfalen die Schule massiv unter Druck, weil die Industrie- und Handelskammern und eine Reihe Betriebe mit den Leistungen der Absolventinnen und Absolventen der Schulen des Landes nicht zufrieden waren. Heute gibt es eine Vereinbarung zwischen der Landesregierung, den Gewerkschaften und den Arbeitgebern über die in allen Schulen Nordrhein-Westfalens zu vermitteln-den Basisqualifikationen. Zu diesen Basisqualifikationen gehören auch Kompetenzen, wie sie Herr Dettling unter den Stichworten „Selbständigkeit“ und „Eigenverantwor-tung“ fordert.

Wir sind auch als Schulvertreter der Auffassung, dass die Fragen der Förderung und der Anforderungen im Erziehungsbereich neu bedacht werden müssen. Das Verhältnis war und ist immer spannungsgeladen. Als Pädagoge neigt man zu der Aussage: „*Ich möchte doch, dass aus dem Kind oder Jugendlichen etwas wird – ich muss es för-dern.*“ Andererseits aber muss man von ihm auch etwas fordern, es herausfordern.

In diesem Spannungsverhältnis zwischen Fordern und Fördern gibt es in der Tat Bewe-gung, auch hinsichtlich der Einsichten und Einstellungen, die die Kolleginnen und Kollegen in den Schulen haben. Es hat ein Prozess begonnen, in dessen Verlauf viele Dinge neu bedacht und bewertet werden.

Herr Dettling hat Zweifel, dass man durch Erlasse Schule verändern kann. Der Staat muss aber vorgeben, festlegen, was in jeder Schule einer bestimmten Schulform getan werden muss, was alle Kinder und Jugendlichen – egal welche Schule sie besuchen – lernen sollen und lernen können. Dazu dienen Richtlinien für die Schulformen und Lehrpläne für die Fächer. In ihnen wird beschrieben, welche Ansprüche und Erwartungen Eltern, Schülerinnen und Schüler und die Gesellschaft insgesamt gegenüber der Schule haben können und welche Anforderungen die Schule an die Schüler und ihre Eltern stellen kann. Ich weiß nicht, wie man sonst regeln sollte, was alle Lehrerinnen und Lehrer zu tun und zu lassen haben. Ich halte es auch für selbstverständlich, dass das jeweilige Bundesland solche Vorgaben für die Schulen macht, für die es verantwortlich ist.

Die Polemik Herrn Dettlings gegen Erlasse, Regelungen und Lehrpläne, die verbindliche Vorgaben für den Unterricht enthalten, sind meines Erachtens unqualifiziert, auf jeden Fall unbedacht. Wohl bemerkt: Es geht nicht darum, die besten zehn Prozent der Lehrerschaft zu veranlassen, etwas Bestimmtes zu tun. Diese zehn Prozent oder sogar mehr haben das Gespür für notwendige Veränderungen und handeln auch ohne Vorgaben richtig. Es geht darum, dass mindestens 80 bis 90 Prozent der Lehrerschaft notwendige Änderungen erkennen und auch die Chance haben, mit ihren Fähigkeiten und Kräften an den Veränderungen mitzuwirken. Und das bekommt man nur dann hin, wenn verbindliche Vorgaben für die Schulen definiert werden.

Die Frage, ob vorher und parallel zu der Arbeit hinsichtlich der Vorgaben Überzeugungsarbeit geleistet werden muss, um die Einsichtsfähigkeit der Lehrerinnen und Lehrer im Hinblick auf die notwendigen Veränderungen der Schulpraxis zu fördern, ist eindeutig mit ja zu beantworten. Man wird die Menschen nicht dazu veranlassen, ihre Einstellungen zu überprüfen und sich engagiert für Änderungen einzusetzen, wenn sie nicht verstehen, dass Änderungen zwingend erforderlich sind. Auch deshalb muss die Weiterentwicklung von Schule breit diskutiert und sorgfältig angelegt werden.

Michael Sündermann, *Leiter des Jugendhauses der Gemeinde Zeuthen, Brandenburg*: Ich möchte hervorheben, dass man natürlich über Veränderungen von Strukturen reden muss. Man darf aber nicht vergessen, dass eine wichtige Abwägung darin besteht, zu sagen, wo Schlüsselqualifikationen wie soziale Kompetenzen in Schulen vermittelt werden. Aus meiner praktischen Erfahrung geht es jetzt vor allen Dingen darum, mit Jugendlichen Lebensentwürfe planbar zu machen, das heißt, einen gewissen Lebensrhythmus herzustellen. Die Erfahrung, die ich bei meiner Arbeit in den Schulen und im Jugendbereich mache, besagt, dass wir durch die zunehmende Zerrissenheit auch eine zunehmende Verweigerung von Jugendlichen haben.

Ich denke und hoffe, dass sich die meisten Jugendlichen dem verweigern werden, was Herr Dettling ausgeführt hat - einer verstärkten Individualisierung und dem Transport von US-amerikanischen Bildern. Eine solche skizzierte Entwicklung würde meines Erachtens die Gesellschaft in Frage stellen. Das wäre doch wohl die Konsequenz aus den Denkanstößen von Herrn Dettling. Ich denke, man muss wirklich abwägen und überlegen, bis zu welchem Punkt man gehen kann. Diese Frage müsste man auch beim

Thema „Schulen“ stellen. Bis zu welchem Punkt sind die Schulen überhaupt in der Lage, diesen beschriebenen und vorgezeichneten Weg zu gehen?

Dr. Rolf-Peter Löhr: Ich sehe durchaus auch die Probleme, die Herr Sündermann aufgezeigt hat. Die Frage ist nur, ob nicht das, was wir zur Zeit machen, dazu führt, dass sich die Gesellschaft auflöst. Wir haben eine räumliche und soziale Polarisierung in der Gesellschaft, die ziemlich dramatische Formen angenommen hat und viele Menschen aus der Gesellschaft ausgrenzt. Da muss irgendwie etwas passieren, nur mit den alten Mitteln können wir diese Probleme nicht mehr lösen.

Michael Sündermann: Das ist richtig. Aber ob eine angedachte extreme Liberalisierung und Individualisierung von Gesellschaft der Schlüssel zur Lösung der angestauten Probleme ist, bezweifle ich vehement. Vernünftige gesellschaftliche Strukturen sind einfach zwingend notwendig, damit sich heranwachsende Kinder und Jugendliche orientieren können und soziale Rückinformationen über ihre Handlungsmöglichkeiten erhalten. Damit Entwicklung überhaupt funktionieren kann, sind Strukturen unerlässlich.

Und wenn wir über nachhaltige Entwicklung reden, so besteht zum vorher Gesagten offensichtlich ein Widerspruch. Nachhaltige Entwicklung verlangt Strukturen, die stabil sind, an denen man sich orientieren kann. Die Vision Herrn Dettlings würde logischerweise dazu führen, dass über kurz oder lang Strukturlosigkeit das vorherrschende Kennzeichen von Gesellschaft wäre.

Heidrun Kunert-Schroth, wissenschaftliche Mitarbeiterin im Deutschen Institut für Urbanistik (Difu), Berlin: Es wird immer schwieriger, auf den Vortrag von Herrn Dettling zurückzugreifen, weil während der bisherigen Diskussion bereits viele andere Gedanken formuliert wurden. Ich möchte mich jetzt kurz und knapp zum dem Thema des Vortrages von Herrn Dettling äußern, über die Rechte zukünftiger Generationen.

Die Diskussion, die wir bisher geführt haben und die sich vorrangig auf die Gefahren von Individualisierung sowie auf die fehlende Solidarität zwischen den einzelnen Gruppen bezog, ist sicherlich vielschichtig. Das Problem kann jedoch meines Erachtens nur dadurch aufgelöst oder zumindest bearbeitet werden, wenn man den Anfang richtig gestaltet; den Anfang in den Kindergärten, den Anfang dann, wenn Kindern bewusst wird, dass sie eigene Rechte haben. Mit diesen Rechten besitzen sie auch ein Stück Würde. Sie dürfen diese Rechte nicht nur einfordern können; sie müssen diese Rechte auch leben können.

Das muss nach meinem Verständnis zuallererst in der Familie gelebt werden. Kinderbestrafungen müssen zurückgenommen werden; die Eltern müssen es lernen, mit dieser anderen Wahrnehmung ihrer eigenen Kinder umzugehen. Dann könnte dies auch in der Schule gelebt werden, dass sich zum Beispiel die Schüler für die Rechte des Lernens ganz anders definieren und damit auch verantwortlicher umgehen lernen.

Dieser Prozess kann nur von „unten“ beginnen und deshalb kann man diese Ansprüche und systemischen Veränderungen nur schwerlich der gegenwärtigen Generation „auf-

pfropfen“. Das, was Herr Dettling als Desorientierung beschrieben hat, heißt ja auch, dass diese Werte der jungen Generation eigentlich gar nicht zur Verfügung stehen, dass diese auch nicht im Miteinander von Eltern und Lehrern gelebt werden. Das könnte man später nur sehr schwer implantieren.

Was wir als neue Ansprüche kennzeichnen, ist meiner Meinung nach ein Stück Kulturrevolution. Diese Neuorientierung auf Kinderrechte beeinflusst so vieles, nicht nur Strukturen und Prozesse; sie beeinflusst das Denken, auch benachteiligter Jugendlicher, die lernen, dass sie Führungsqualitäten haben können beziehungsweise erwerben können. Die Jugendlichen müssen begreifen, dass sie aus dieser vielfach beschriebenen „Modernisierungsfalle“ herausgeführt werden können und es sogar viele Chancen dafür gibt. Das wäre etwas ganz anderes als die alte Fürsorge. Es geht künftig darum, an den Kompetenzen anzusetzen und diese zu fördern.

Ich möchte in diesem Zusammenhang ein Beispiel aus den USA erwähnen. Es gibt dort auch Versuche, mit benachteiligten Jugendlichen in Stadtteilen zu arbeiten, wobei man sie dabei nicht an der moralischen Ecke packen will, indem man ihnen stets suggeriert, dass sie etwas für die „Gesellschaft“ oder die „Umwelt“ tun müssen. Vielmehr wurde beispielhaft in den USA angeboten: Zwölf Jugendliche werden als Praktikanten für einen Zeitraum von sechs oder acht Wochen finanziert. Das sind ihre Schulferien. In dieser Zeit machen sie eine Ausbildung zum sogenannten Stadtteilexperten. Sie lernen dabei alle notwendigen Dinge über ihren Stadtteil kennen; über technische Infrastrukturen wie Verkehr, Wohnungsbau bis hin zu kulturellen Aspekten, was insgesamt dazu führt, dass dieser Stadtteil von ihnen verstanden wird und sie dabei lernen, Führungsqualitäten zu entwickeln, Vorträge zu halten, Leute zu mobilisieren. Das erfordert natürlich viel Geld, das im konkreten Fall durch die Projektleiter akquiriert wurde.

Und was passiert hinterher? Die Jugendlichen engagieren sich beim Fahrradwegebau oder in Reparaturwerkstätten. Dieses Projekt ist sozusagen ein Selbstläufer auf Grund der hohen Investition in das „Humankapital“.

Ein solches Projekt ist in diesem Umfang meiner Kenntnis nach bisher in Deutschland noch nie praktiziert worden. Auch in diesem Zusammenhang muss man allerdings hervorheben: Es existiert in den USA eine andere Kultur, die viel stärker auf Non-Profit-Organisationen setzt als auf das, was staatlicherseits passiert. Es gibt in den USA auch nicht die Absicherung wie in Deutschland, die glücklicherweise über Jahrzehnte hinweg auf der Tradition des 19. Jahrhunderts basierte und die viele Generationen genießen konnten. Nur jetzt sind wir aufgerufen, neu über Strukturen und systemische Ansätze nachzudenken.

Dr. Mathias Alsleben, *Freiberuflicher Projektleiter, Bützow, Mecklenburg-Vorpommern*: Ich möchte mich direkt auf die Aussagen von Herrn Wilden beziehen und hervorheben, dass ich seine Denkansätze für falsch halte. Es muss meines Erachtens zu einer Weiterentwicklung von Schule kommen. Gerade in den neuen Bundesländern sind wir vor allem auf Grund sinkender Geburtenraten plötzlich mit einem erhöhten Leidensdruck von Lehrern konfrontiert, mit der Angst um den Arbeitsplatz. Um diesen

abzubauen oder zu kompensieren, kommt es gerade im Grundschulbereich darauf an, wie die Schule eingerichtet ist und zukunftsfähig ausgerichtet wird.

Gerade im Grundschulbereich gibt es bereits eine massive Diskussion. Dabei zu formulieren, die Lehrer bewegten sich nicht und deshalb müsse mit Verordnungen und Erlassen reagiert werden, würde die Falschen treffen, zumal ein entsprechender Druck vorhanden ist. Auch Lehrerinnen und Lehrer haben Angst um ihren Arbeitsplatz. Auch die Tatsache, dass die Lehrer in Mecklenburg-Vorpommern sogenannte 50-plus-x-Verträge unterschreiben müssen, sie zu fünfzig Prozent bezahlt werden und der Rest dazu kommt, wenn sie entsprechende Stundenzahlen erreichen, verstärkt die Verunsicherung.

Solche Regelungen haben durchaus die Wirkung, dass von den Schulen selbst Entwicklungen angeschoben werden. Gerade die Frage der sogenannten Überregulierung durch Bildungsministerien ist für Schulen meiner Meinung nach absolut entwicklungsfeindlich. Und eine Neuregelung daran anschließend noch zu wollen, erscheint mir völlig daneben. Dabei geht es wohl um „Entfrachtung“, um nichts anderes.

Wenn man sich überhaupt keine Gedanken darüber macht, wie die Zukunft aussehen soll, sondern nur an das Bewahren denkt, dann wird man meines Erachtens gegen die „Wand“ laufen, wobei wir wohl beim Gegen-die-Wand-Fahren sind. Rechnet man zusammen, wie die Zahlen auf dem Arbeitsmarkt aussehen, dann liegen wir de facto ohne spezielle Maßnahmen zumindest in den östlichen Bundesländern bei einer Arbeitslosenrate von rund 50 Prozent. Da ist schon irgendwie die Gesellschaft und auch die Jugendhilfe am Ende.

Ich komme auf die Thesen von Herrn Dettling zurück: Er sprach über die Privatisierung der Bezahlung von Bildung. Das könnte natürlich im Umkehrschluss dazu führen, dass man künftig urteilt: Die Angebotsqualität für den einzelnen Jugendlichen hänge davon ab, wo dieser wohnt, also von der strukturellen Stärke der Region. Deshalb frage ich, ob Herr Dettling bei seiner Vision Ausgleichsmechanismen des Staates sieht, und wenn ja, welche?

Daniel Dettling: Zum Stichwort „Auflösung der Gesellschaft“: Das hört man ja ständig; das ist ebenso modern und populär wie der Begriff „Amerikanisierung der Verhältnisse“. Dennoch wird auch Falsches nicht richtig, indem man es ständig wiederholt. In der Tat hat mir vor kurzem jemand vorgeworfen, ich wolle die Gewerkschaften abschaffen. Dabei hatte ich lediglich behauptet, diese würden sich auflösen, wenn sie so weitermachen wie bisher. Institutionen lösen sich selbst auf, wenn sie auf Veränderungen nicht entsprechend reagieren. Die Weimarer Republik beispielsweise wurde nicht abgeschafft, es waren weder die „bösen Kapitalisten“ noch die „bösen Nazis“. Diese Republik hatte sich selbst aufgelöst.

Institutionen lösen sich selbst auf; die Gesellschaft von heute offenbart auch Auflösungstendenzen. Man kann sie kreativ oder produktiv angehen oder ängstlich defensiv. Ich bin für den kreativen Umgang. Es gibt in diesem Zusammenhang ein aussagekräftiges Zitat von dem Ökonomen Schumpeter, der auch über soziale Fragen ge-

schrieben hat. Er formulierte: „*Entweder arbeiten wir an der Zerstörung kreativ selber mit oder wir werden zerstört.*“ Das ist eben der Unterschied, auf den es mir ankommt.

Von unten anfangen, mit einer Kulturrevolution ... Natürlich, am Anfang einer Revolution steht immer die Kultur, die Idee oder das Leitbild. Das Leitbild heißt hier „Wege jenseits der Modernisierungsfalle“. Bisher waren doch die Antworten auf die „Modernisierungsfalle“ und auf die „Globalisierungsfalle“ entweder „mehr Markt“ oder „mehr Staat“. Ich denke nicht, dass das künftig die beiden „Heilsbringer“ sein werden. Es gibt noch einen dritten Weg, der da heißt: „ab in die Kommunen, Orte und Gemeinden“. Ich denke, die neue Regierung bewegt sich langsam dorthin.

Wir können Probleme einerseits verstaatlichen; dieser Weg wurde bisher mit den beiden „sozialdemokratischen“ Parteien CDU und SPD gegangen. Diese haben die Republik verstaatlicht. Wir können die Republik andererseits aber auch stärker privatisieren, mehr „ökonomisieren“. Dieser Weg ist die zweite Alternative. Diesen Weg beschreiten die USA und Großbritannien. Wenn wir weiterhin Ängste wie „Terror der Ökonomie“ oder „Amerikanisierung“ schüren, dann wird man letztendlich dorthin kommen. Davor will ich aber warnen; ich hoffe vielmehr, mit meinen Ausführungen einen Ansatz zur Problemlösung geliefert zu haben.

Meine Erfahrung ist: Zukünftig Ausgeschlossenen helfen Sie immer am besten dann, wenn weniger Ausgeschlossene den stärker Ausgeschlossenen helfen. Das heißt konkret: Schüler der 7. und 8. Klassen könnten in Kindergärten für ein paar Tage oder Stunden jüngeren Kindern helfen; indem sie sich mit den Kids beschäftigen. Dadurch würden sie Verantwortung übernehmen und zugleich lernen. Studenten könnten in den Schulen arbeiten, sich engagieren usw. Ich habe dort selbst hervorragende Erfahrungen gemacht und glaube, die jungen Leute können von anderen jungen Leuten, von nicht oder noch nicht „Verschulten“ mehr lernen als oft von Lehrern. Das ist eine andere Bezugsebene. Ein Lehrer erscheint zu oft als „Übervater“, eine Lehrerin als „Übermutter“. Damit sind sie natürlich überfordert, daher kommt der sogenannte „Burn out“ der Lehrer.

Dann kommen wir auch gleich zur Finanzierung der neuen sozialen Institutionen. Man könnte natürlich sagen, die Studenten sollten, um sich zu finanzieren, arbeiten gehen - in „Kneipen“ und anderswo. Besser wäre es aber aus Sicht der Gesellschaft, sie jobben in Kindergärten und Schulen. Dafür müssen auch Angebote gemacht werden, auch die „Entlohnung“ müsste stimmen. Wie wäre es beispielsweise mit einem Darlehen oder Studiengebühren? Sicherlich muss eine solche soziale Arbeit auch finanziert werden. Diese kann durch den Staat bezahlt werden, indem er den Studenten die Studiengebühren erlässt, oder sie kann dadurch finanziert werden, indem man diese Arbeit auch wirklich bezahlt.

Dann sind wir beim eigentlichen Thema dieser Fachtagung, einer wirklichen Reform des Kommunalwesens, der Gemeindepolitik und des Gemeinderechts. Bisher sind Kommunen Verwaltungskörperschaften, sie sind Vollzugsorgane der Länder. Der Be-

griff der Selbstverwaltung und Artikel 28 des Grundgesetzes verdecken mehr als sie aussagen. Die Kommunen haben kaum noch Gestaltungs- und Handlungsspielräume; sie sind finanziell teilweise bankrott oder werden an der „kurzen Leine“ geführt.

Die Diskussion darüber muss natürlich auch geführt werden. Es muss mehr Geld, es müssen mehr Kompetenzen sowie mehr Spielräume, Experimentierfelder und Öffnungsklauseln in die Kommunen. Sonst können wir die Demokratie gleich vergessen. Demokratie wird sonst nur noch von oben verwaltet. Das heißt: Sie schafft sich von oben ab und löst sich schließlich ganz auf.

Noch ein Ausblick: Schule verstehe ich künftig als den Ort der Kommune. Wir brauchen weniger Ämter, es wird künftig weniger Verbände geben, die Schüler werden sich weniger in Verbänden engagieren. Dagegen wird es mehr Verantwortlichkeiten und Gelegenheiten zum konkreten Engagement geben. Jugendliche können sich nachmittags in Ganztagschulen engagieren, wozu natürlich auch Angebote gemacht werden müssen. Die Kommune wird künftig diese Transformation zum „Lebens- und Multiort Schule“ zu managen haben, indem sie die Jugendlichen fördert, präsent ist, Beratungsleistungen zur Verfügung stellt, rechtlichen oder ökonomischen Beistand leistet und sich eben nicht nur als Verhinderer und Blockierer irgendwelcher Maßnahmen und Tätigkeiten darstellt.

Einen anderen Weg sehe ich nicht; es sei denn, wir gingen wieder zurück in die Zukunft.

Christine Paarmann: Ich möchte über die Schule von morgen sprechen, die künftig ganz anders aussehen muss als heute. Nur sind wohl in einem solchen Veränderungsprozess Etappen nötig; ein plötzlicher Wechsel wäre wahrscheinlich gar nicht möglich, weil schon allein die Kinderbetreuung gefährdet wäre und alles, was damit verbunden ist. Beispielsweise könnten sich die Unterrichtszeiten der Schule ändern und die Berufstätigkeit beeinflussen, besonders die der Mütter, denn die effektiven Lernzeiten entsprechen ohnehin nicht denen des Berufslebens.

Trotzdem, man muss das Ziel formulieren. Man muss Visionen auch haben dürfen und aussprechen, auch wenn das ungewöhnlich oder sogar komisch klingt.

Tatsache ist: Die Strukturen, die gegenwärtig in der Schule existieren, machen unselbstständig. Das hängt meiner Meinung nach damit zusammen, dass die existierenden Gruppen, in denen sozial gelernt wird, nicht adäquat sind. Beispielsweise gibt es Gruppen im Berufsleben, in denen man nicht sagt, was man denkt. Auch in der Schule existieren Gruppen, in denen man auch nicht sagt, was man denkt. Dort existieren auch Klassen, in denen die Schüler unter Leistungsdruck stehen und keine wirkliche Gemeinschaft bilden können. Auch die Kirche hat ihre Probleme, wo zumeist nur das gilt, was bibelkonform ist.

Meines Erachtens müssten die sozialen Gruppen, in denen man lernt, frei sein und klein genug. Es fehlt wohl eine sogenannte Zwischenstruktur, zwischen Familie und

den existierenden Gruppen. Gerade die kleinen Gruppen sind die Grundlage für das soziale Lernen. Und wenn das soziale Lernen nicht gelernt wird, dann werden auch die jungen Leute nicht selbständig. Dieses Selbständig-Werden im sozialen Lernen muss breit gefördert werden, wenn nicht, so werden die Kinder und Jugendlichen auch nicht selbständig lernen wollen. Dieses Problem haben wir dann bis in das hohe Alter - die Selbständigkeit, die schon im Kindesalter verhindert wird. Bereits im Kindergarten müsste man damit beginnen, dass dort nicht nur Kinder nach Altersgruppen geordnet zusammen sind, sondern dass die Kinder mit Erwachsenen und Kindern anderer Altersgruppen zusammen lernen.

Wir haben eine Schubladengesellschaft; die Kinder oder Erwachsenen lernen immer nur in ihrer jeweiligen Gruppe. Politisch wird auch nur nach Schubladen entschieden. Es müssen meiner Meinung nach künftig unabhängige, altersunterschiedliche kleinere Strukturen gebildet werden, Diese müssen sich selbständig in den Wohngebieten entwickeln, sie sollten nicht von der Kommune angeboten werden. Um aber dorthin zu kommen, müssen die Menschen zunächst reifer werden. Insofern sind meine Gedanken natürlich auch eine Vision.

Wenn man solche Strukturen bildet, muss man auch das nötige Wissen über den Menschen haben. Da haben wir alle noch immer die Augen zu. Das Verhalten des Menschen müsste eine größere Bedeutung für das Handeln erlangen, denn es gibt Verhaltensweisen, die sich in bestimmten Situationen wiederholen. Man sollte sie mit einkalkulieren.

Zur gegenwärtigen Schule möchte ich soviel sagen: Wir haben dort 13 Jahre „Gehirnwäsche“. Jeden Tag wird Schülern vorgeschrieben, was sie denken sollen. Wir brauchen uns wirklich nicht wundern, wenn später junge Menschen sogar von Gymnasien kommen, die nicht oder nur vermindert selbständig denken können.

Dr. Rolf-Peter Löhr: Ob man Schulen mit „Gehirnwäsche“ gleichsetzen sollte, bezweifle ich doch sehr. Dieses Urteil halte ich nicht für tragfähig. Ich kenne viele Lehrerinnen und Lehrer, die Kinder und Jugendliche gerade zur Selbständigkeit erziehen; ich kenne auch sehr gute Ergebnisse von Schule. Wir sollten uns wohl doch um ein ausgewogeneres Urteil bemühen. Mehr möchte ich zu diesem Gedanken nicht sagen, sondern gleich das Wort weitergeben. Bitte.

Jan Asmus, *Leiter der Abteilung Allgemeine Soziale Dienste im Bezirksamt Hamburg-Nord:* Wir haben uns während dieser Diskussion vorrangig mit dem Thema „Schule“ beschäftigt, aber „netterweise“ hat Herr Dettling bei seinem Rund-um-Schlag auch das KJHG kritisiert. Da ich in der Verwaltung arbeite, habe ich vorwiegend mit dem KJHG zu tun. Deshalb würde mich Herrn Dettlings Meinung sehr interessieren, welche Kernelemente ein künftiges Gesetz zur Förderung von flexiblen Kindern und Jugendlichen enthalten sollte oder müsste.

Maxi Malzahn, *Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/WählerInnengemeinschaft in der Bürgerschaft der Hansestadt Rostock und ehemalige langjährige Vorsitzende des*

städtischen Jugendhilfeausschusses: Wenn ich es richtig verstanden habe, hat Herr Dettling die folgende These aufgestellt: Da sich die Gesellschaft in Auflösung befindet, ist es jetzt unsere Aufgabe, gegenzusteuern und neue Modelle zu entwickeln. Dieses Problem theoretisch zu erörtern, damit hätte ich überhaupt kein Problem.

Mir ist nur aufgefallen, dass Herr Dettling bestimmte Bereiche in seiner Modelldarstellung ausgeblendet hat, auch in Bezug auf das KJHG. Das Kinder- und Jugendhilfegesetz ist der Erziehung der Eltern nachrangig. Den Menschen, die nach dem KJHG arbeiten, vorzuwerfen, erst dann mit den konkreten Hilfemaßnahmen zu beginnen, wenn es sozusagen schon zu spät ist, lässt sich auf dieser Ebene nicht mehr diskutieren. Im Grundgesetz ist festgelegt, dass es die vörderste Aufgabe der Eltern ist, ihre Kinder zu erziehen. Es sind aber leider nicht alle Eltern erziehungsfähig; und auch mit sämtlichen Beratungsstellen wird man diese Eltern nicht in die Lage versetzen können, plötzlich oder schrittweise erziehungsfähig zu sein. Es gibt die verschiedensten Gründe, warum das so ist.

Das bedeutet, man würde auch nach Herrn Dettlings Vision einen bestimmten Prozentsatz von Kindern - gerade im jungen Lebensalter - haben, die einer Situation ausgesetzt sind, wo sie sozusagen nicht allein gegensteuern können und wo man auch nicht von Verantwortung reden kann. Alle Modelle, die mir zu Ohren kommen, prüfe ich für mich immer, indem ich frage, was mit diesen erwähnten Kindern passiert und wie sie befähigt werden, in einen Zustand zu kommen, mit dem sie in dem jeweiligen Modell existieren können. Auf alle Modelle, bei denen mir klar wird, dass deren Umsetzung letztendlich auf Kosten dieser Kinder geht oder gehen würde, reagiere ich ziemlich allergisch.

Herr Dettling fordert, dass sich die Gesellschaft vollkommen verändern muss. Alle Menschen sollen künftig flexibler sein und gewohnte Normen, Verhaltensmuster, Rahmenbedingungen etc. über den Haufen werfen. Würde sich das vollziehen, merkte man recht bald, dass die von mir beschriebene Gruppe Kinder ein Störfaktor wäre; andere Gruppen auch, Behinderte zum Beispiel. Irgendwann käme man dann - drastisch formuliert - zur Euthanasie als mögliche Konsequenz. Das liegt meines Erachtens zu Ende gedacht in diesem Modell. Und deshalb möchte ich dabei nicht mehr mitdenken.

Jeder Mensch hat für mich einen Wert an sich. Es ist nicht entscheidend, ob man einen Menschen nun als belastend empfindet oder nicht. Ich möchte ein Modell finden, bei dem jeder Mensch auf diesem Planeten Menschenrechte hat. Wenn wir das auf die Agenda 21 beziehen, bedeutet das natürlich für uns in Deutschland - und wahrscheinlich für ganz Westeuropa -, dass wir unseren Lebensstandard verringern müssen, sobald wir den geforderten Ausgleich ernst nehmen wollen.

Um das freiwillig machen zu können, müssen wir wohl eine andere Alternative bieten, die etwas Positives für jeden einzelnen Menschen mit sich bringt. Die Vision Herrn Dettlings wird nach meinem Empfinden nicht das Positive in den Menschen wecken, sondern eher das Negative. Mich würde vorrangig interessieren, was man verändern kann, dass trotz einer anderen Lebensweise jeder Einzelne dennoch Möglichkeiten

hat, etwas Positives für sich selbst zu gewinnen, auch wenn sein Lebensstandard sinkt. Anders wird es bei endlichen Ressourcen nicht funktionieren. Falls man den Planeten als Einheit betrachtet, wird das wohl so sein. Dabei interessiert mich vor allem, wie wir mit Kindern umgehen. Wie können wir sie wirklich befähigen, selbständig tätig zu sein, ohne dass es nur den Fähigkeiten der Eltern überlassen bleibt, ihnen entsprechende Hilfestellungen zu geben?

Für die Bereiche Schule und Jugendhilfe möchte ich hervorheben: Es wird auch bei Herrn Dettlings Modell immer so sein, dass Lehrer eine Leistungsabfrage vornehmen müssen. Allein durch die Tatsache der Leistungsabfrage gibt es vom Kind zum Lehrer bereits eine andere Stellung als vom Kind zum Sozialpädagogen. Das wird man auch bei einem anderen Schulmodell nicht ändern können. Und das ist auch eines der Konfliktthemen zwischen Schule und Jugendhilfe. Dabei muss man schauen, wie man das zusammenbringt. Dieser Rund-um-Schlag, bei dem alles nur in Frage gestellt wird, birgt die Gefahr, dass man die Zwänge vergisst, die objektiv in jedem Fachbereich vorhanden sind.

Was beispielsweise Herr Dettling völlig ausgeschaltet hat, ist die Suchtproblematik, die ihre Ursachen in biologischen Voraussetzungen sowie in den sozialen Bedingungen hat. Damit müssen wir auch künftig irgendwie umgehen können. Wir können ja nicht alle Bereiche des menschlichen Lebens clean oder sauber machen, um Herrn Dettlings Vision durchsetzen zu können, die sich meiner Meinung nach lediglich an Eliten sowie an couragierte Kinder und Jugendliche wendet.

Wenn man sich die USA anschaut, hat die dortige Gesellschaftsgestaltung natürlich eine harte Konsequenz. Die Leute werden zwar in Arbeit gebracht, wobei sie aber immer noch nicht in der finanziellen Lage sind, ihre Familie zu erhalten. Sie können schnell aus den Sozialsystemen herausfallen. Dann sind sie richtig auf der Straße.

Viele Menschen haben außerdem von ihren persönlichen Voraussetzungen her nicht die Möglichkeit, allein wieder hereinzukommen. Ihre Ausgangsvoraussetzungen, ihre Kindheitserlebnisse und Erfahrungen sind häufig so belastend, dass für sie auch im weiteren Leben Stressverarbeitung schwierig bleibt und sie ihre Probleme nicht selbstständig, nicht ohne professionelle Hilfe lösen können.

Dr. Ilse Kokula, Referentin für Jugendschutz der Berliner Senatsverwaltung für Schule, Jugend und Sport: Ich möchte die Richtung des neuen Denkens von Herrn Dettling nicht denken. Bei mir sind das einige andere Argumente als bei Frau Malzahn. Ich stoße mich vor allem an der Perspektive, dass Kinder und Jugendliche - wenn sie denn nicht entsprechend aktiv sind - lokal und global herausfallen. Gemeint ist damit, sie fallen durch das Netz, das sie auffangen könnte.

Ich denke, die Aufgabe als Mitarbeiter von Behörden, als Politiker und als Fachkräfte der verschiedenen Professionen müsste doch vor allem darin bestehen, dieses Herunterfallen oder Durchfallen zu verhindern. Ich möchte auch keine US-amerikanischen Verhältnisse.

Ich möchte ein wenig auf den Vorschlag zur untertariflichen Bezahlung eingehen. Es hat eigentlich rund 130 Jahre Kampf und Auseinandersetzungen gekostet, halbwegs akzeptable Löhne für einen Großteil der Bevölkerung durchzusetzen. Neuere Studien kommen zu dem Schluss, dass die neuen Teilzeitjobs und die untertariflichen Bezahlungen in den USA eine Entwicklungshemmung darstellen. Statistisch macht es sich ganz prima, wenn man darauf verweisen kann, die Arbeitslosenzahlen gesenkt zu haben. Dazu zählen in den USA auch Teilzeitjobs von zwei Stunden in der Woche. Die Familie ist dann immer noch auf die Essenmarken angewiesen...

Gleichzeitig werden gerade im US-amerikanischen Dienstleistungsbereich bestimmte Sektoren gefördert, in denen keine Entwicklung stattfindet, wenn unterbezahlte Menschen nur zeitweilig tätig sind. Mit einer Einweisungszeit von wenigen Stunden sollen diese funktionieren. Dann ist auch das Scheitern bereits programmiert. Alles bleibt auf einem sehr niedrigen Niveau, was auch keine Förderung der neuen Kommunikations- und Informationstechniken darstellt.

Ich möchte auf einen anderen Aspekt eingehen. Ein Schlagwort der neuen Zeit ist das der Sponsoren. Sponsoren suchen sich die Projekte, die für sie attraktiv sind. Früher nannte man das Mäzenatentum, man schmückte sich mit Gemälden usw. Heutzutage schmückt man sich gelegentlich mit einem sozialen Projekt. Aber der Sponsor bestimmt, was er fördern will; es sind nicht die Verantwortlichen der Projekte, die sich die Sponsoren suchen. Zudem setzen Sponsoren ihre Leistungen von der Steuer ab. Es bleibt auch für den Staat, der „schlanker“ werden soll, in diesem Zusammenhang viel weniger als vorher.

Klaus T. Hofmann, *Stellvertretender Vorsitzender des Vereins zur Förderung von Community Education (COMED e. V.), Dortmund*: Im Grundsatz bin ich geneigt, den von Herrn Dettling vorgetragenen Ideen viel Kredit einzuräumen. Ich finde es deshalb schade, dass diese Debatte erst am Ende der Fachtagung stattfindet. Das Thema ist wahrlich wichtig genug und könnte sehr wohl selbst eine ganze Fachtagung ausfüllen. „Entstaatlichung“ und die „Stärkung der Kommunen“ - das müssten Stichworte sein, die den Verein für Kommunalwissenschaften in besonderem Maße interessieren sollten.

Ich erinnere daran, dass schon 1983 Dieter Sauberzweig, der damalige Direktor des Deutschen Instituts für Urbanistik, den Kommunen dringlich eine Rückeroberungsstrategie in einem für sie bedeutsamen Aktionsfeld, der Schule, anempfohlen hatte. Es handelt sich also nicht um ein neues Thema, sondern um ein Dauerthema für die Kommunen. Ich denke, es ist außerordentlich wichtig, darüber nachzudenken, wie man die fälligen Veränderungen in der Schule mit der Förderung von Eigeninitiative, Eigenverantwortung und Selbstregulierungsfähigkeit verknüpfen kann.

Gegen einzelne Aspekte dessen, was Herr Dettling hier vorgestellt hat, habe ich indes Einwände, die ich kurz andeuten möchte. So bin ich überzeugt, dass das von ihm in den Vordergrund gestellte Marktmodell nur dann gesellschaftlich akzeptabel funktionieren kann, wenn als Korrektiv eine soziale Komponente integriert wird. Herr Dettling hat sich unter anderem auf den Kommunitarismus bezogen. Ich verstehe die Dis-

kussion um kommunitaristische Ideen so, dass es darum geht, unerwünschte Nebenfolgen der an sich zustimmungspflichtigen Individualisierung zu zügeln und durch eine Gemeinwohlorientierung auszugleichen. Wenn dies in Herrn Dettlings Modell keine Berücksichtigung findet, dürfte dieses in Deutschland wegen der hier ganz anders gearteten sozialpolitischen Tradition nicht vermittelbar sein.

Ein anderer Einwand richtet sich gegen die von Herrn Dettling skizzierte anthropologische Fundierung seiner Konzeption. Ich meine insbesondere die These, dass der Mensch im Wesentlichen das sei, was er aus sich selber gemacht hat. Er sei im Ganzen seines eigenen Glückes und Geschickes Schmied. Auf dieser Prämisse soll - wenn ich ihn recht verstanden habe - das von ihm vorgestellte Modell aufgebaut werden. Dies erinnert nun in fataler Weise an den hybriden marxistischen Topos vom Menschen als Herrn und Schöpfer seiner Geschichte. Dies ist nach meiner Überzeugung ein schwerwiegender und folgeschwerer Fehler, dem deutlich widersprochen werden muss.

Wir sind im Gegensatz zu der zitierten These eben nur zum geringen Teil das, was wir aus eigenen Bemühungen und nach eigenem Willen sind. Lebenskürze, externe Gegebenheiten und Widerfahrnisse begrenzen unsere Handlungsmöglichkeiten. Diese Einsicht kann man durch die gesamte Geistesgeschichte verfolgen. Heute etwa ist das genauso Thema eines skeptischen Philosophen wie Odo Marquard, der dies in anthropologischer Perspektive formuliert, oder wie wissenschaftstheoretisch begründet bei Nicholas Rescher aus Pittsburgh. Wer diesen Zusammenhang leugnet, belastet die im und am Leben Gescheiterten, die zu kurz Gekommenen und Benachteiligten zusätzlich zu ihrem Unglück auch noch mit dem Vorwurf, sie seien an ihrem Schicksal selbst Schuld.

Für im Ganzen zustimmungsfähig halte ich dagegen das, was Herr Dettling zur Schule gesagt hat. Ich gehöre zu denjenigen, die aus guten Gründen heute eine optimistische Einschätzung der Schule haben. Ich weiss, dass es in allen Bundesländern zehn bis 20 Prozent Schulen gibt, die aus eigenem Antrieb heraus vieles von dem verwirklichen, was Herr Dettling der Schule generell anempfiehlt.

Der bereits erwähnte Kommissionsbericht „Zukunft der Bildung - Schule der Zukunft“ zum Beispiel enthielt viele Thesen und Vorschläge für Innovationen, die dem sehr nahe kommen, was Herr Dettling heute dargelegt hat. Und diese Publikation - nur eine von vielen gleichartigen - ist mit 120.000 verbreiteten Exemplaren eines der meist diskutierten Bücher zum Thema „Schulen, die sich selbst auf den Weg machen“ - häufig ausdrücklich durch affine Landesprogramme unterstützt. Sie stellen genau das in den Mittelpunkt ihrer Bemühungen, was hier, aber eben auch anderswo gefordert wird: Eigeninitiative, Verantwortungsübernahme, Ermöglichung von Selbstwirksamkeitserfahrungen und anderes mehr.

Oliver Ginsberg, *Bildungsreferent beim Bund für Jugendfarmen und Aktivspielplätze (BdJA)*, Stuttgart: Ich habe soeben auf dem Evaluationsbogen zur Fachtagung das Stichwort „Praxisbezug des Abschlussplenums“ gelesen. Dabei fiel mir auf, dass die Diskussion etwas in Richtung Polemik abdriftet: Von Euthanasie war vorhin die Rede

und von anderen Dingen... Natürlich muss man, wenn man einen solchen Rund-um-Schlag oder einen ehrenwerten und sicher auch notwendigen Angriff auf Verkrustungen und Besitzstandswahrung führt, damit rechnen, dass Polemik aufkommt.

Allerdings hätte ich es besser gefunden, wenn wir uns in der Diskussion mehr auf konkrete und positive Beispiele konzentriert hätten. In vielen Schulen wird bereits in Richtung Stadtteilorientierung und Nachhaltigkeit gearbeitet, wird versucht, die Schule umzugestalten. Allerdings nicht nur dort, sondern vielleicht noch mehr bei freien, stadtteilorientierten Trägern der Jugendhilfe, die leider entgegen der Ankündigung zu dieser Fachtagung etwas zu kurz gekommen sind.

Drittens wären auch konstruktive Beispiele der Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule interessant gewesen. Ich wünsche mir einmal eine Veranstaltung, bei der solche Inhalte stärker im Vordergrund stehen.

Günther Poggel, *Leiter des Referates Gesamtjugendhilfeplanung und Statistik der Berliner Senatsverwaltung für Schule, Jugend und Sport*: Wir haben in der Jugendhilfe auch einen Vertreter namens Dettling, der um die Ecke denkt und zutreffend meint, die Zeichen der Zeit zu erkennen. Ich sehe in Herrn Daniel Dettlings Ausführungen, die ich durchaus unterstütze, einen Widerspruch. Er hob hervor, wenn wir weiterhin Ängste schürten, würde das mit Sicherheit nicht zu entsprechenden Lösungen und Strategien führen. Andererseits geben die von ihm hier richtig wiedergegebenen Einschätzungen insgesamt jedoch genug Anlass, eben doch verschärft Sorge zu entwickeln. Meine Frage - der andere Dettling versucht zumindest Antworten zu geben - lautet: Haben Sie auch Antworten und Strategien parat? Ich glaube, dass sich die Stiftung nicht allein damit begnügt, die Öffentlichkeit aufzurütteln.

Zwei Bemerkungen dazu. Erstens: Wenn ich beispielsweise meinen Sohn sehe, der durchaus seine Situation als Schulabbrecher in einem sich grundsätzlich verschärfenden Wettbewerb junger Menschen erkannt hat, wie soll es den Kindern gehen, die in anderen sozialen Zusammenhängen aufwachsen und die sich ihrer zum Teil ausgeweglosen Situation schon deshalb nicht unbedingt bewusst sind?

Zweitens: Mir wird in diesem Sinne wirklich Angst, wenn ich sehe, dass Hochschullehrer, die Herrn Dettlings Vortrag nicht gehört haben, weiterhin Lehrer nach altem Muster ausbilden, die dann selbst wieder 25 Jahre lang Schüler ausbilden wollen, sich selbst aber kaum fortbilden und trotzdem ihr Wissen für zeitgemäß halten; ich meine damit beispielsweise die fortschreitende technische Entwicklung und die Möglichkeiten der EDV in der Schule. Sehen Sie einen Ausweg aus der Misere?

Noch eine letzte Frage: Herr Dettling hob hervor, dass die Eigenverantwortung gestärkt werden müsse. Diese Forderung ist alt; sie ist schon lange Zeit aktuell. Glauben Sie aber nicht auch, dass wir, die wir um die Zusammenhänge wissen - ob als Verwaltung oder als sogenannte Experten -, dass der Staat insgesamt bei der Lösung der Probleme eine stärkere Verantwortung hat und diese wahrnehmen muss? Wenn Politik und Fachwelt sowie staatliche Stellen nicht rechtzeitig Wege aufzeigen, die die Eigen-

verantwortlichkeit unterstützen und fördern, so würde meines Erachtens dieses Gebilde Staat Gefahr laufen, seine Ressourcen leichtfertig zu verspielen und damit seine Existenzgrundlage zu verlieren.

Dr. Ilse Kokula: Ich möchte mich noch einmal kurz auf Herrn Ginsberg beziehen. Wer, wie Herr Dettling, vom Podium aus provoziert, muss wohl auch Provokationen von der anderen Seite hinnehmen.

Es wurde wörtlich gesagt, der Lehrer solle sich künftig als Unternehmer verstehen. Ich wünsche mir, dass Lehrerinnen und Lehrer unterrichten, und wenn es möglich ist, auch für ein gutes Klima in ihrer Klasse sorgen. Wenn ich mir vorstelle, dass sich Lehrerinnen und Lehrer künftig mit Public Relations, mit Managementfaktoren und mit Management neben ihren vielfältigen Aufgaben befassen sollen, so wird mir angst und bange. Ich wünsche, dass Lehrerinnen und Lehrer zuallererst und direkt unterrichten können, manchmal auch entgegen dem Wunsch mancher Kinder und Jugendlicher.

Es kann nicht angehen, dass Lehrer darüber nachdenken müssen, wie sie sich künftig selbst am besten vermarkten und verkaufen können. Ich möchte das so nicht, sondern wünsche mir für dieses Land, dass Kinder und Jugendliche mit voller Kraft unterrichtet werden.

Dr. Ingo Gottschalk, *Jugendhilfeplaner im Jugendamt der Landeshauptstadt Magdeburg:* Ich würde mir wünschen, dass die Fragestellung nach den Grundrisiken und dem Maß der Grundsicherung bei den notwendigen Veränderungen verstärkt berücksichtigt wird. Zugleich möchte ich Herrn Dettling noch einmal direkt ansprechen. Mich interessieren seine Visionen bezüglich der Entwicklung der Jugendhilfe, was meiner Meinung nach bisher etwas zu kurz gekommen ist.

Dr. Rolf-Peter Löhr: Danke sehr. Ich möchte zum Abschluss der Diskussion das Wort noch einmal an Herrn Dettling weitergeben, der der Sohn von Warnfried Dettling ist. Soviel zur Erklärung.

Daniel Dettling: Ihre Kritik ist teilweise unberechtigt, weil ich auch einige konkrete Vorschläge von meinem Vater habe; er hat auch einige von mir. Dann sollten Sie fairerweise auch sagen: Wo der Vater nicht kritisierbar ist, darf der Sohn eigentlich auch nicht kritisierbar sein. Sie können uns natürlich gern auch beide kritisieren.

Jedenfalls habe ich auch konkrete Vorschläge einer neuen Sozial- und Jugendpolitik gemacht. Zur Jugendhilfe und zum KJHG: Vielleicht werde ich eines Tages einmal Jugendminister und werde die Chance haben, das Gesetz zu reformieren. Vielleicht schafft es sich auch selbst ab. Ich würde auf jeden Fall einen Paragraphen hinzufügen: „Pädagogen und zu „Pädagogisierende“ lernen wechselseitig voneinander. Entsprechende Maßnahmen sind zu stützen und zu fördern“.

Die Reform des KJHG ist eigentlich nicht mein Thema gewesen. Es wurde bereits das Stichwort „Nachrangigkeit“ erwähnt. Das ist ein Tabu in Deutschland - Nachrangig-

keit, Subsidiarität der Erziehung bei Staat und Gesellschaft. Mir geht es nicht darum, die Jugend und den Schulbereich zu verstaatlichen, sondern zu vergesellschaften. Wenn wir ehrlich sind, ist es doch so: Gehen die Kinder in den Kindergarten oder zur Schule, dann sind die Eltern aus der Pflicht genommen, die meisten sehen das so; sie delegieren gerne die Verantwortung an die Verwaltung, den Staat. Dann sollte man diese Delegation von Verantwortung aber auch ernst nehmen, Ganztagskindergärten oder Ganztagschulen anbieten und sagen: Ab dem fünften oder sechsten Lebensjahr spätestens ist der Artikel 6 Grundgesetz normativ und auch faktisch überholt.

Es wurde 35 Jahre lang die Ehe gefördert. Ergebnis war, dass es immer weniger Familien, das heißt weniger Kinder gibt. Jetzt müssen wir es meiner Meinung nach umgekehrt machen. Die Ehe löst sich auf, aber die Familie muss unterstützt werden. Familien sind per Definition Verantwortungsgemeinschaften. Deshalb ist der Staat eben nicht nachrangig in die Pflicht genommen, sondern vorrangig. Ich würde zum Beispiel Bürgern, die keine Kinder haben, mehr oder weniger nur noch eine Grundrente geben beziehungsweise ihnen weniger Rente zahlen. Wer nichts für die Zukunft der Gesellschaft und dieses Landes tut, der sollte nur noch eine Grundrente bekommen. Diese Diskussion werden wir auf jeden Fall verstärkt führen müssen.

Rechte der sozial Schwachen und Euthanasie usw...Ich finde, das ist ziemlich starker Tobak. Wir können gerne verstärkt darüber diskutieren, wie die sozial Schwachen zu fördern sind. Ich habe Wege und Auswege geboten. Ich habe hervorgehoben, dass man auch diesen Leuten Angebote machen muss, dass sie sich sozial zu engagieren haben und das auch können.

Es kommt auf jeden Menschen an und jeder Mensch macht einen Unterschied. Das ist mein normativer Ausgangspunkt. Kein Mensch soll in eine Anstalt verwiesen werden. Wir brauchen keine Heime für Kinder und Schwererziehbare. Das ist möglich, wie es die Entwicklung in Frankreich oder den Niederlanden beweist. Nur die Deutschen sind so anstaltsfixiert. Auch Behinderte können lokal durchaus eingebunden werden, in Communities, in Nachbarschaftsgemeinden usw.

Wir schieben solche Leute gerne ab, was auch Teil unserer Kultur ist. Das fängt bei den Alten an und hört bei Benachteiligten auf. Wir delegieren solche Leute gern in Anstalten, erfinden dafür Gesetze und zahlen dafür sehr viel Geld. Das ist nicht nur ökonomisch ineffizient. Es ist entwürdigend und entmenschlichend zugleich, solche Menschen in Anstalten zu schicken.

Die Logik der einzelnen Gesetze - so auch des Pflegegesetzes - besteht darin: Je ineffektiver und inaktiver diese Menschen sind, je länger sie in den Betten liegen und betreut werden müssen, desto besser ist es für den Träger, weil dieser mehr Geld bekommt. Das ist die Logik dieses Sozialstaates.

Einige Gedanken zum BAT und zu Niedriglöhnen. Es ist immer schön, über BAT und Niedriglöhne zu diskutieren, wenn man selbst BAT-berechtigt ist. Ich denke, 15 oder 16 DM in der Stunde sind durchaus human; mit diesem Geld kann man auch leben.

Der Staat könnte ja notfalls über Zuschüsse einspringen. Aber diesen Menschen präventiv und zunächst zu sagen, dass sie die tarifvertraglichen Bestimmungen nicht erfüllen und dort nicht hineinkommen, finde ich sozialstaatlich sehr bedenklich. Diese Form und Auffassung von Sozialstaat - nach dem Motto, sozial ist, wenn der Staat Geld ausgibt, das andere, demokratisch nicht legitimierte Tarifpartner vorher ausgehandelt haben - lässt viele erst gar nicht rein.

Hier in Berlin ist übrigens ein gutes Projekt gescheitert. In jeder Woche fallen in Berlin 19.000 Schulstunden aus. Da wollte man kreativerweise eine Lehrernotfeuerwehr einrichten; es sollte ein Budget geben, mit dem Lehrer zeitweise „vermietet“ werden können. Aber Zeitarbeit in Deutschland ist auch ein Tabu-Thema. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft war dagegen. Das Projekt ist leider gescheitert. Schulstunden fallen aus; die Schüler werden nicht betreut, Lehrer sind krank. Aber solche kreativen Modelle werden dann gerne auch von den Leuten blockiert, die immer „drin“ sind.

Zu den Stichworten „Selbstverantwortung“ und „Lehrer als Unternehmer“. Auch ein Lehrer muss sich kritisieren lassen, auch ein Lehrer muss kontrolliert werden, denn sonst funktioniert auch die Selbstkontrolle nicht. Auch ein Lehrer sollte meines Erachtens mobil sein und sich versetzen lassen dürfen. Wir haben in einem Pausengespräch darüber gesprochen, dass viele Lehrer nicht darüber reden wollen, weil sie ängstlich sind und an mögliche negative Konsequenzen denken. Es gibt gerade im Schulbereich ein Besitzstandsdenken sowie eine stark ausgeprägte Inflexibilität, was nicht nur den Strukturen und den Schulen schadet, sondern den Lehrern selbst. Lehrer, die nach diesem Prinzip leben, sind nach meiner Erfahrung auch nicht besonders glücklich; sie sind oft depressiv, frustriert und werden oft krank.

Insgesamt glaube ich, dass ich mit meinen Visionen und Zukunftsvorstellungen nicht allzu negativ war. Natürlich wollte ich provozieren und habe deshalb vielleicht ein wenig radikal Thesen und Vorstellungen formuliert. Meiner Meinung nach ist das ein Privileg von Jugend. Ich bin davon überzeugt, dass mein Modell von Schule und Jugendpolitik zukunftsweisend ist. Es ist nicht privatistisch, aber auch nicht etatistisch.

Ich glaube, das ist die einzige Möglichkeit, über die wir in Zukunft diskutieren sollten; wenn nicht, würde sich meine Generation mehr oder weniger von diesem Staat verabschieden. Das tun wir teilweise schon. Es gibt grüne und sozialdemokratische Wirtschaftsminister in diesem Land, die dazu auffordern, nicht in „marode Systeme“ wie in die gesetzliche Rentenkasse einzuzahlen. Wenn das so ist und bleibt, dann können wir uns von diesem „Modell Deutschland“ verabschieden, das in der Vergangenheit ein relativ erfolgreiches Modell war. Institutionen gehen zugrunde, weil ihr „Geist“ und ihre Moral nicht mehr gelebt werden.

Ich möchte Sie zum Schluss meiner Ausführungen ermutigen und dazu aufrufen, sich an der Diskussion zu beteiligen. In Zukunft wird es verstärkt auf diese Fragen ankommen, wenn wir notwendigerweise Veränderungen zum Positiven durchsetzen wollen.

Dr. Rolf-Peter Löhr: Danke sehr, Herr Dettling. Im Programm zur Fachtagung hieß die Diskussion so harmlos „Denkanstöße“. Die Diskussion hat zehn Minuten länger gedauert, als sie hätte dauern sollen. Aber niemand verließ den Saal. Die Diskussion, an der sich viele Tagungsteilnehmer sehr engagiert beteiligt haben, war insgesamt sehr erregend.

Ich denke, dass der von Herrn Dettling angeschnittene Problemkreis uns wirklich alle existenziell betrifft. Insofern halte ich auch die Praxisorientierung dieser Abschlussdiskussion für sehr gegeben. Es ist zwar richtig, was Frau Dr. Kokula hervorhob, dass länger als 130 Jahre für die Tariflöhne gekämpft wurde. Bloß das war die Industriegesellschaft, und die gibt es nicht mehr. Damit stellen sich die Regeln neu. Das Argument, dass das, was 50 Jahre lang gut und richtig war, Bestand haben soll, kann bei veränderten Bedingungen keine Geltung mehr beanspruchen. Wenn man bestehende Missstände, um nicht zu sagen Besitzstände, erhalten will, muss man neue Gründe dafür finden und danach schauen, ob diese unter den neuen Bedingungen tragfähig sind. Darauf hatte Herr Dettling eigentlich nur hingewiesen.

Um auf das Thema „Lokale Agenda 21“ zurückzukommen, möchte ich auf Folgendes verweisen. Ein Problem dieser Republik ist - wie in den Arbeitsgruppendifkussionen deutlich wurde - die Ressortorientierung, man könnte das auch Schubladendenken nennen. Jeder denkt in seiner Schublade und für seine Schublade, aber die Schubladen kommunizieren nicht miteinander. Darin liegt das Problem begründet.

Wir können aber nicht zurück in die 50er Jahre. Also müssen wir dieses Schubladendenken überwinden. Die Lokale Agenda 21 ist ein Ansatz dazu. All diejenigen, die hervorheben, Neues in ihrem Berufsfeld bereits früher eingebracht zu haben, dokumentieren damit Entwicklungslinien. Natürlich gab es schon früher Versuche, integrierte Stadtentwicklung zu machen, aber eigentlich nur aus einer Perspektive. Diese Integration ist nicht wirklich passiert. Insofern ist die Lokale Agenda wieder ein neuer Ansatz.

„Soziale Stadt“, das neue Bund-Länder-Programm zur Stadtteilentwicklung, ist von der anderen Seite her genau derselbe Versuch, Kooperation zu fördern sowie eingefahrene Gehwege und Denkweisen zu verlassen. Dabei kommt es darauf an, uns einzubringen, um die sozialen Ziele, die wir haben und verteidigen wollen, unter den neuen Bedingungen und neuen Umständen auch wieder garantieren zu können.

So habe ich Herrn Dettling auch verstanden. Er wollte meiner Meinung nach niemanden ausgrenzen. Er wollte nur sagen, dass das, was wir gegenwärtig auf vielen Politikfeldern machen, nicht den veränderten Bedingungen entspricht. Beispiel verhaltensauffällige Jugendliche: Herr Dettling hat anschaulich begründet, dass wir es uns zu leicht machen, es auch finanziell zu teuer und ideell zu billig ist, wenn wir solche Jugendliche zu schnell in Heime und andere Einrichtungen abschieben. Wir können mit denen sehr viel mehr machen.

Das Programm „Soziale Stadt“, das die Bundesregierung aufgelegt hat, versucht gerade, die Leute zu beteiligen und zu aktivieren, die nicht von vornherein zu den Gewinn-

nern gehören. Denn wir können davon ausgehen, dass die Potenziale und Möglichkeiten, die diese Leute haben, so sind, dass sie selbst ihre Situation effektiv verbessern können. Jedenfalls besser, als es der Staat mit noch so viel Geld könnte. Das hat dieser nämlich jahrzehntelang versucht; er hat damit keinen Erfolg gehabt.

Diesen Wechsel vom leistenden zum gewährleistenden, vom fürsorglichen zum aktivierenden Staat zu sehen und zu begreifen, ist meiner Meinung nach gerade der Schlüssel dafür, worum es bei dieser Abschlussdiskussion ging. Wir können an den alten Regeln, die früher einmal erfolgreich waren, nicht mehr so ohne weiteres festhalten. Die Diskussion hat deutlich gemacht, dass wir die Wege umbauen müssen, das Ziel jedoch, die soziale Gerechtigkeit in dieser Gesellschaft zu erhalten, nicht aus dem Auge verlieren dürfen.

Auf diesem Wege sind „*Visionäre die einzigen Realisten*“, wie es Helmut Kohl einmal formuliert hat. Wenn wir nämlich keine Visionen entwickeln und nicht prüfen, was davon notwendigerweise umgesetzt werden muss, könnten wir im Wust der Vergangenheit förmlich ersticken. Wir müssen zweifellos die Vergangenheit bedenken, aber wir müssen auch in die Zukunft blicken. Dazu hat Herr Dettling uns heute vielfältige Denkanstöße gegeben, keine fertigen Lösungen; das wollte er auch nicht. Vielmehr hat er in unserer Runde zur verstärkten Diskussion der vielfältigen Probleme aufgerufen. Das bitte ich Sie wirklich alle in Ihrem Umfeld, in Ihrem Bereich zu tun und auch mit der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen in Kontakt zu treten.

Ich danke Ihnen allen sehr für die Mitwirkung an dieser Tagung. Ich habe eingangs gesagt, dass wir hier nur etwas gewinnen können, wenn wir alle unseren Beitrag leisten. Es ist auch bei einer solchen Tagung so, dass nicht nur die Referenten ihre Gedanken einbringen sollen. Vielmehr muss es darum gehen, gemeinsam voneinander zu lernen und dabei die oft erwähnten alten Schubladen zu öffnen sowie Vorurteile und Vorbehalte zu überwinden.

Ich hoffe, dass die Fachtagung dazu einen kleinen Beitrag geleistet hat. Ich würde mich freuen, Sie hier in Berlin bei einer der nächsten Fachtagungen des Vereins für Kommunalwissenschaften zu einem sicher wieder kontroversen, aber zukunftsrelevanten Thema begrüßen zu können.

Literaturhinweise

Bayerischer Jugendring, München (Hrsg.)

Ziele, Ideen, Zukunft gestalten. Kinder und Jugendliche mischen mit bei der Agenda 21. Arbeitshilfen.

München (1999); 101 S.

Beyersdorf, Martin/Michelsen, Gerd/Siebert, Horst

Umweltbildung. Theoretische Konzepte, empirische Erkenntnisse, praktische Erfahrungen.

Neuwied: Luchterhand (1998); 384 S.

ISBN 3-472-03150-6

Böhm, Monika

Stellung und Bedeutung der ökologischen Kinderrechte im Rahmen des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland.

In: Forum Jugendhilfe,

Bonn: Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (1998); Nr. 4

Brenner, Gerd

Jugendarbeit und Ökologie.

In: Deutsche Jugend, Weinheim: Juventa; 47 (1999); Nr. 12

Brenner, Gerd/Waldmann, Klaus (Hrsg.)

Eingriffe gegen Umweltzerstörung.

Ökologische Aktionen - Ökologisches Lernen.

Weinheim: Juventa (1994); 224 S.

ISBN 3-7799-0964-2 (Praxishilfen für die Jugendarbeit)

Breuel, Birgit

Bedeutung der Agenda 21 für die EXPO 2000.

Die zentrale Rolle von Kindern und Jugendlichen bei einer nachhaltigen Entwicklung.

In: Jugendpolitik, Neuwied: Luchterhand; 24 (1998); Nr. 4

Bundesministerium für Umwelt,

Naturschutz und Reaktorsicherheit, Bonn (Hrsg.)

Umweltpolitik. Konferenz der Vereinten Nationen für

Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro.

Dokumente. Agenda 21.

Bonn (1993)

Bundesministerium für Bildung,

Wissenschaft, Forschung und Technologie, Bonn (Hrsg.)

Umweltbildung benachteiligter Jugendlicher.

Bonn (1995); 160 S.

Bezugsadresse: Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft,
Forschung und Technologie, Referat Öffentlichkeitsarbeit, 53170 Bonn

CAF/Agenda-Transfer, Bonn (Hrsg.)

Lokale Agenda 21. Anregungen zum Handeln. Beispiele aus der Praxis.

Bonn (1998); 70 S.

Deutscher Städtetag, Köln (Hrsg.)

Städte für eine umweltgerechte Entwicklung.

Materialien für eine Lokale Agenda 21.

Köln (1995); 73 S.

(Beiträge zur Stadtentwicklung und zum Umweltschutz; 24)

Dröschel, Alexander (Hrsg.)

Kinder - Umwelt - Zukunft.

Münster: Votum (1995); 261 S.

ISBN: 3-930405-28-8

EXPO 2000 Hannover GmbH/Niedersächsischer Städtetag (Hrsg.)

Fischer, Annett/Rösler, Cornelia

Lokale Agenda 21: Kommunen aktiv für die Zukunft.

Hannover (1997)

Forum Umwelt und Entwicklung, Bonn (Hrsg.)

Arbeitsmappe Lokale Agenda. Loseblattsammlung für NRO,

Basisgruppen und Bürgerinitiativen,

die einen Lokalen Agenda 21-Prozess initiieren möchten.

Bonn (1997)

FU Berlin, Forschungsgruppe Umweltbildung/

Verein zur Förderung der Ökologie im Bildungsbereich e.V., Berlin (Hrsg.)

Haan, Gerhard de

Wissen - Bewußtsein - Handeln?

Umweltbewußtsein und Umwelthandeln bei Kindern und Jugendlichen.

Berlin (1998); 42 S.

ISBN 3-927064-53-X

FU Berlin, Forschungsgruppe Umweltbildung/

Verein zur Förderung der Ökologie im Bildungsbereich e.V., Berlin (Hrsg.)

Haan, Gerhard de/Kuckartz, Udo/Rheingans, Anke

Umweltkommunikation und Lokale Agenda 21. Materialien V:

„Das Konzept Nachhaltigkeit und die Lokale Agenda aus Sicht der Bürger.

Ergebnisse einer Bürgerbefragung in Berlin“.

Berlin (1998); 28 S.

ISBN 3-927064-60-2

FU Berlin, Forschungsgruppe Umweltbildung/
Verein zur Förderung der Ökologie im Bildungsbereich e.V., Berlin (Hrsg.)
Haan, Gerhard de/Schaar, Katrin
**Kooperationsstrategien schulischer Umweltbildung und ihre Leitbilder.
Teilergebnisse der ethnographischen Begleituntersuchung
zum BLK-Modellversuch Umweltbildung
im Ballungsraum des wiedervereinigten Berlins.**
Berlin (1995); 29 S.
ISBN 3-927064-25-4

Gernert, Wolfgang/Janssen, Karl (Hrsg.)
**Agenda 21 für die Jugend.
Bestandsaufnahme, Handlungsfelder, Perspektiven.**
Neuwied: Luchterhand (1999); 229 S.
ISBN 3-472-03779-2

Häusler, Richard/Berker, Rolf/Bahr, Beate/Brückmann, Sabine
**Lokale Agenda 21. Zukunft braucht Beteiligung.
Wie man Agenda-Prozesse initiiert, organisiert und moderiert.**
Bonn: Wissenschaftsladen (1998); 152 S.
ISBN 3- 980-2020-8-9

Homburg, Andreas/Matthies, Ellen
Umweltpsychologie. Umweltkrise, Gesellschaft und Individuum.
Weinheim: Juventa (1998); 248 S.
ISBN 3-7799-0320-2

Landesinstitut für Schule und Weiterbildung, Soest (Hrsg.)
Dalhoff, Benno
**Projekte zum Natur- und Umweltschutz
und ihre Bedeutung für die Öffnung von Schule.**
Bönen: Verlag für Schule und Weiterbildung (1997); 315 S.
ISBN 3-8165-4129-1

National Coalition für die Umsetzung
der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland, Bonn (Hrsg.)
**Ökologische Kinderrechte - Verpflichtungen
aus der UN-Kinderrechtskonvention. Diskussionspapier.**
Bonn (1998); 23 S.
Bezugsadresse: Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe
Haager Weg 44, 53127 Bonn

Neels, Manuela/Rabe, Ray/Schmidt, Anja
**Kinder und Jugendliche als Experten gefragt (Beteiligungsprojekte
in Brandenburg/Stadtspiel/Zukunftswerkstatt).**
In: Jugendhilfe, Neuwied: Luchterhand; 36 (1998); Nr. 6

Paulitz, Harald

Umwelterziehung - ein Gebot der Stunde.

In: Zentralblatt für Jugendrecht, Köln: Heymanns; 86 (1999); Nr. 7/8

Petri, Horst

Ökologische Kinderrechte.

Eine neue soziale Basisbewegung für mehr Demokratie.

In: Unsere Jugend, München: Reinhardt; 49 (1997); Nr. 12

Preisenhöfer, Peter

Umwelteinstellungen und Umweltverhalten in Deutschland.

Leverkusen: Leske + Budrich (1999); 264 S.

ISBN 3-8100-2479-1

Projektbüro "Meine Stadt - 2010", Bützow (Hrsg.)

Jugendliche entwickeln ein Konzept

für eine zukunftsbeständige Stadt/Region. Projektbericht.

Bützow (1998)

Schröder, Richard

Freiräume für Kinder(t)räume!

Kinderbeteiligung in der Stadtplanung.

Weinheim: Beltz (1996); 184 S.

Stiftung Mitarbeit, Bonn (Hrsg.)

Apel, Heino/Dernbach, Dorothee/Ködelpeter, Thomas/Weinbrenner, Peter

Wege zur Zukunftsfähigkeit - ein Methodenhandbuch.

Bonn (1998); 164 S.

ISBN 3-928053-59-0

(Arbeitshilfe für Selbsthilfe- und Bürgerinitiativen; 19)

Stiftung Mitarbeit, Bonn (Hrsg.)

Kinderpolitik - Kinderbeteiligung.

Konzepte, Modelle, Materialien.

Bonn (1993)

Themenheft: Das Prinzip Nachhaltigkeit.

Was die Agenda 21 für die Jugend bedeuten kann.

In: Jugendpolitik, Neuwied: Luchterhand; 24 (1998); Nr. 3

Umweltbundesamt, Berlin/Bundesministerium für

Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Bonn (Hrsg.)

Kuhn, Stefan

Handbuch Lokale Agenda 21.

Wege zur nachhaltigen Entwicklung in den Kommunen.

Bonn/Berlin (1998); 143 S.

Umweltbüro Nord e.V., Pöglitz (Hrsg.)
Langner, Tilman
Umweltbildung und Lokale Agenda 21.
Pöglitz (1997); 32 S.

Zacharias, Wolfgang
„München lebt - die natürliche Stadt“.
Ein Projekt zwischen Stadtnatur und Kindermuseum.
In: Deutsche Jugend, Weinheim: Juventa; 47 (1999); Nr. 12